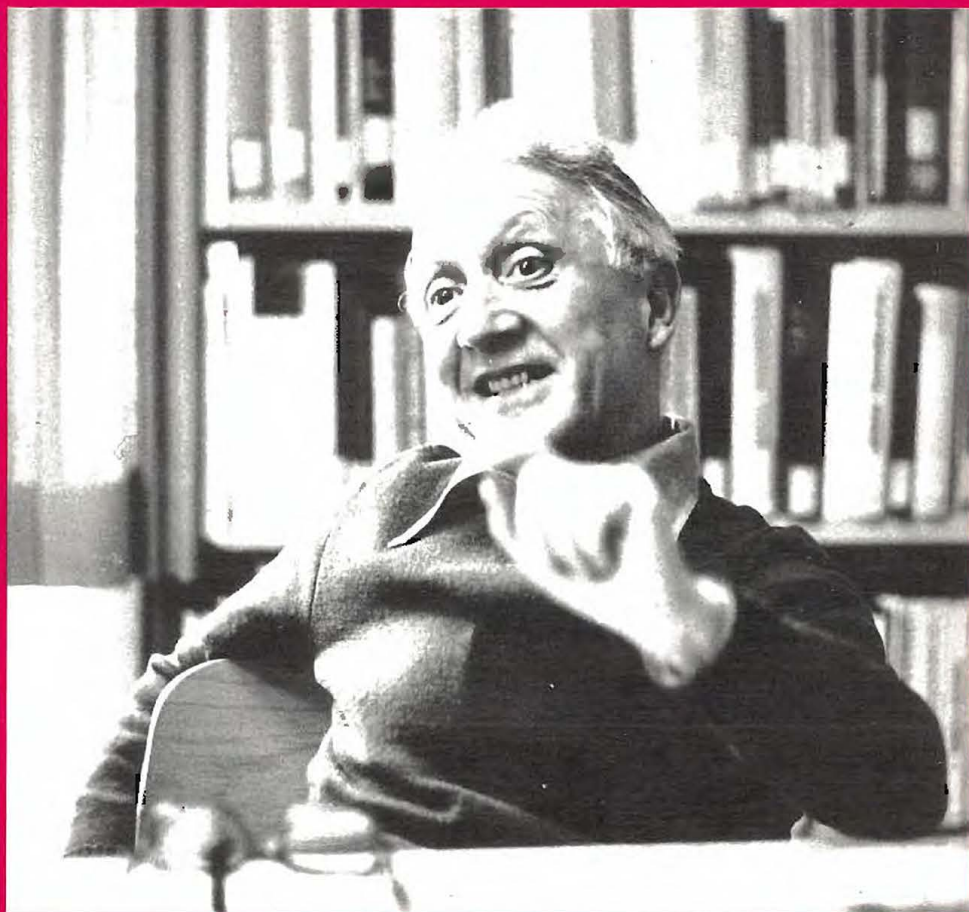


Josef Schleifstein

Der Intellektuelle in der Partei

Gespräche



va&g

Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft

6

7000

Schriftenreihe der Studiengesellschaft
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung

Herausgegeben von
Wolfgang Abendroth †

Frank Deppe

Georg Fülberth

Gerd Hardach

Band 62

Josef Schleifstein

Der Intellektuelle in der Partei

Gespräche

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Schleifstein, Josef:

Der Intellektuelle in der Partei. Gespräche

– Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswiss., 1987.

(Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte
und Arbeiterbewegung; Bd. 62)

ISBN 3-921630-70-3

NE: Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und

Arbeiterbewegung «Marburg, Lahn»: Schriftenreihe der Studiengesellschaft ...

© 1987 Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH

Rosenstraße 12/13

D – 3550 Marburg

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Spiegel & Co., Marburg

Druck und Bindung: Druckerei Wenzel, Marburg

ISBN 3-921630-70-3

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

1. Jugend in der Weimarer Zeit	7
2. Politik der KPD vor 1933	22
3. Nach dem 30. Januar	32
4. Widerstand, Verhaftung, Zuchthaus	36
5. Emigration in der Tschechoslowakei	41
6. In London (1939 – 1946)	56
7. Nachkriegsentscheidungen in den Westzonen	71
8. Politik der KPD	87
9. Historische Forschungen in der DDR	103
10. 1968: Studentenbewegung. Konstituierung der DKP. Gründung des IMSF	117
11. Marxismus und Naturwissenschaft	124
12. Internationalismus	140
13. Entwicklung der Sowjetunion	157
14. Perspektiven der Bundesrepublik	166
 Anmerkungen	 182
Zur Person	185

Das Gespräch mit Josef Schleifstein fand am 18., 19. und 26. Februar 1986 statt. Er hat seine Antworten bei der Vorbereitung dieses Bandes bis zum 4. April 1987 aktualisiert.

Die Herausgeber

**Frank Deppe = F.D.
Georg Fülberth = G.F.
Gert Meyer = G.M.
Josef Schleifstein = J.S.**

1. Jugend in der Weimarer Zeit

G.M.:

Lieber Jupp, Du bist 1915 in Lodz, im früher zum zaristischen Reich gehörenden Teil Polens geboren. Kannst Du etwas über Deine Vorfahren, Deine Eltern, Deine Familie erzählen? In welchen Traditionen haben sie gestanden, in welchen kulturellen Zusammenhängen? Vielleicht kannst Du auch etwas über die ethnischen Probleme in diesem Teil Polens berichten? Wie war das Verhältnis zwischen den verschiedenen Völkern – den Polen, Russen, Juden, Deutschen? Und dann fragen wir schließlich: kamen Deine Eltern auch schon mit sozialistischen Ideen in Berührung?

J.S.:

Die Schwierigkeit ist, daß ich über meine frühe Kindheit sehr wenig weiß. Ich bin als ganz kleines Kind, schon mit etwa vier Jahren, nach Deutschland „exportiert“ worden. Ich konnte schon als Schulkind mich nicht an irgendeine andere Sprache erinnern, die ich gekannt hätte. Meine Eltern waren jüdischer Herkunft, aber offenbar assimiliert an die polnische Bevölkerung. Mein Vater war ursprünglich Lehrer, war schon früh mit der sozialistischen Bewegung in Berührung gekommen, mußte vor dem ersten Weltkrieg emigrieren, zunächst in die Schweiz, dann nach Deutschland. Und auch die Mutter war – vielleicht nur als Sympathisantin, das weiß ich nicht genau – mit der sozialistischen Bewegung im damaligen Kongreßpolen verbunden. Gewissermaßen bin ich durch einen Zufall noch in Polen geboren, denn mein Vater war schon in Deutschland, meine Mutter fuhr nach Hause, und darüber brach der erste Weltkrieg aus. Nach dem Krieg ist sie dann mit mir nach Deutschland übersiedelt. Der kulturelle Zusammenhang war offenbar stärker polnisch und russisch geprägt als jüdisch. Der Zusammenhang mit dem Judentum war vielleicht mehr traditionell-emotionaler Natur, nie religiös oder „national“.

F.D.:

Du hast in der Diskussion aus Anlaß der Intelligenz-Konferenz des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) auch schon knapp über Deinen Werdegang berichtet. Da heißt es hier: „Mein Vater sympathisierte mit den Kommunisten, meine Mutter wurde 1928 Mitglied der KPD – ich war zunächst als Gymnasiast der einzige Sozialdemokrat in unserer Familie.“ Kannst Du über diesen Weg auch in dieser Familienkon-

stellation etwas sagen. Du wirst dann 1931 als 16jähriger Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Wie bist Du zur SPD gekommen?

J.S.:

Zur SPD bin ich gar nicht gekommen. Ich sympathisierte als Gymnasiast mit den Sozialdemokraten. Jeder linke Gymnasiast zu dieser Zeit stand ja unter einem starken bürgerlichen Druck. Die ganze Atmosphäre am Gymnasium machte mich also gegenüber radikaleren Strömungen sehr skeptisch. Auf der anderen Seite war ich gefühlsmäßig stark von sozialistischen Ideen, von Gleichheitsideen, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Armut bei gleichzeitigem Überfluß wandten, von zu Hause her geprägt. Weiter rechts als sozialdemokratisch konnte ich von der häuslichen Atmosphäre her gar nicht sein; so daß ich im Mai 1929, als in Berlin 31 Tote auf der Straße lagen – aufgrund eines Befehls des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel – zu Hause eigentlich keine Argumente mehr hatte. Das war etwas, was mich emotional derart berührte, daß ich mich jetzt – soweit man das als 14jähriger kann – stärker mit den Unterschieden der beiden Strömungen in der Arbeiterbewegung zu befassen begann.

F.D.:

War das Klima bei Euch in der Familie sehr tolerant? Habt Ihr hart gestritten?

J.S.:

Ja, wir haben vielleicht hart diskutiert. Aber es war insofern tolerant, als die Eltern politisch niemals irgendeine Autorität geltend machten, sondern die Einstellung hatten: Du wirst schon noch von selbst klug.

G.M.:

Über welche Autoren sind die sozialistischen Ideen vermittelt worden? Also was stand bei Euch im Bücherschrank? Was hast Du als junger Mensch gelesen, was hat Dir Dein Vater gegeben oder auch nicht gegeben? Wie ist der kulturelle Zusammenhang des Sozialismus bei Dir in der Jugend gewesen?

J.S.:

Die sozialistischen Ideen kamen vor diesem Alter von 14, wohlgemerkt. Sie kamen wohl eher aus den allgemeinen häuslichen politischen Diskus-

sionen, daher, daß mein Vater die „Weltbühne“ bezog, daß er linke Zeitungen hatte. Dann aus den starken emotional sozialistischen Anschauungen meiner Mutter und auch ihrem organisatorischen Beitritt zur KPD 1928. Ich begann mit den großen Romanen. Was mich unheimlich faszinierte in der frühen Jugend, waren Dostojewski, Tolstoi, zum Teil auch schon Gorki, dann aber die großen französischen Romanschriftsteller. Ich begann sehr früh, solche Autoren aus dem Bücherschrank meines Vaters und aus der öffentlichen Bibliothek zu holen, und nicht so sehr schon politische Literatur oder neuere sozialistische Belletristik.

G.M.:

Was für eine Zeitung habt Ihr in der Familie gelesen?

J.S.:

Mein Vater las furchtbar viel. Und er las die damaligen großen bürgerlichen Blätter, insbesondere das „Berliner Tageblatt“, dann die „Weltbühne“. Daneben bestellte dann später – und das war meine erste Bekanntschaft mit kommunistischen Auffassungen – meine Mutter die „Sächsische Arbeiterzeitung“, die damals die lokale kommunistische Zeitung für Westsachsen war. Ab und zu kaufte mein Vater auch die „Welt am Abend“, das populär-kommunistische Blatt – mehr in der Form einer leichteren Boulevard-Zeitung aufgemacht, aber politisch recht gut, glaube ich heute noch.

F.D.:

Mich interessiert ein Problem, das biographisch, aber auch für den Historiker interessant sein mag: Du bist dann 16jährig in den KJVD eingetreten. Hast Du noch in der Schule Erfahrungen mit dem Antikommunismus, aber dann auch mit dem Antisemitismus gemacht? Das ist die eine Frage. Die andere Frage, die mehr den Historiker betrifft: Es ist doch interessant, daß sich eine breite Schicht von Intellektuellen jüdischer Herkunft gerade in der Zwischenkriegsperiode – als Reaktion auf die Erfahrung des ersten Weltkrieges und die Oktoberrevolution –, nach links wendet und sich der kommunistischen Bewegung anschließt. Oftmals sind sie großbürgerlicher Herkunft. Ich will jetzt nicht alle aufzählen. Das ist gewiß auch für den Historiker interessant, und es gibt zahlreiche Arbeiten zur Soziologie des Antisemitismus. Max Horkheimer, der natürlich kein Kommunist geworden ist, der aber in der Frühphase des Frankfurter Instituts für Sozialforschung eine engere Beziehung zum Marxismus hatte, hat uns dieses Phäno-

men in Vorlesungen erklärt. Er sagte: Dieser Druck des Antisemitismus war gleichzeitig eine Triebkraft, die auf der einen Seite ein enormes Leistungspotential freigesetzt hat, und die zum anderen auch die Radikalisierung der politischen Einstellung – also die Kritik an den herrschenden Verhältnissen – gefördert hat.

J.S.:

Ja, zur ersten, biographischen Seite der Frage: bei mir war es dann so, daß ich meinen intellektuellen und moralischen Antrieb vor mir selbst nicht hätte verteidigen können, ohne wirklich aktiv zu werden. Es hätte mir nicht ausgereicht zu sagen: gut, ich stimme jetzt mit euch, also Vater, Mutter und älterem Bruder überein, sondern ich wollte dann auch etwas tun. Und der zweite, allgemeinere Aspekt. Es stimmt schon, daß der Anteil Intellektueller jüdischer Abstammung in der Arbeiterbewegung und unter den linksbürgerlichen Kräften stärker war als der Anteil der Juden an der Bevölkerung insgesamt. Aber ich würde das nicht überproportionieren und überschätzen. Wenn man genau hinsieht, wird man feststellen, daß es oft damit zusammenhängt, daß es viele berühmte, bekannte Intellektuelle – Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler – jüdischer Herkunft gab, die sich der Arbeiterbewegung oder progressiven, linken Strömungen anschlossen. Die Ursachen sind sicher auch die, die Du genannt hast, Frank. Nur dieser Anteil war quantitativ – nimmt man die gesamte jüdische Bevölkerung – doch nicht so groß, wie es infolge der vielen *bekannten* Namen scheinen mag. Das ist ein Irrtum, dessen Korrektur sehr wichtig ist, wenn man verstehen will, wie sich die jüdische Bevölkerung *insgesamt* politisch verhalten hat in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Das zweite ist, daß die Wirkung des Antisemitismus auf den Charakter des einzelnen, der sich der Arbeiterbewegung oder linken Strömungen zuwandte, ganz verschieden war. Er hat sicher eine sehr viel stärkere „Anfälligkeit“ für soziale Probleme, für Unterdrückung, für Ungerechtigkeit erzeugt. Er hat also sicher manche Motivation bewirkt, sich den Richtungen anzuschließen, die für Unterdrückte, für Arme, für sozial Benachteiligte Partei ergriffen. Dann gab es ja objektive Barrieren. Wer Politik machen wollte, konnte als Jude kaum in eine Partei oder Strömung gehen, die rechts von der Demokratischen Partei, der späteren Staatspartei gewesen wäre, weil ja alle anderen, selbst die Deutsche Volkspartei Stresemanns, in irgendeiner Form – wenn auch relativ mild – antisemitisch waren. Insofern waren schon objektive Barrieren für die parteipolitische Betätigung von Juden

gegeben. Aber ich glaube, man darf die Zahl der aktiven jüdischen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung und in den linken Strömungen nicht überschätzen. Allerdings war ihr Anteil natürlich höher als der Anteil derer, die die Nazis dann als die „Arischen“ bezeichnet haben. Unterdrückte Minderheiten sind verständlicherweise immer stärker in progressiven Bewegungen repräsentiert als nicht-unterdrückte, ganz gleich, in welchem Lande man es untersucht. Noch ein Aspekt zum Antisemitismus in der Schule. Der begann schon in dieser Zeit, wenn auch in unserer Schule – ich besuchte ein Realgymnasium – erst seit 1930. Nur muß ich einschieben, daß ich persönlich in einer – wenn man will – privilegierten Situation war. Die Schule war von mir „abhängig“: Ich mußte bei jedem Schulfest Klavier spielen, irgendeinen Sonatensatz von Mozart oder Haydn oder ein Schubert-Impromptu. Außerdem hingen Schüler in der Klasse mehr von mir ab, weil in den meisten Fächern sie von mir und nicht ich von ihnen abschreiben wollten, so daß ich da kein Maßstab bin. Ich war der einzige jüdische Schüler in meiner Klasse von etwa 25, und ich habe noch keinen Antisemitismus gespürt. Als kleinen Witz könnte man anfügen: der einzige, der schon ein junger Nazi war damals in meiner Klasse, hatte das Pech, daß ich eines Tages in der kommunistischen Zeitung meiner Eltern eine Anzeige seines Vaters, eines Handwerksmeisters, entdeckte und nun den Schülern zeigen konnte, wie weit es mit der Nazi-Konsequenz in seinem Elternhaus bestellt war. Da war er politisch unten durch in der Klasse.

G.M.:

Wie war es bei den Lehrern?

J.S.:

Die Lehrer waren im wesentlichen deutschnational-konservativ. Wenn einmal einer bürgerlich-liberal war, dann war das schon eine seltene Ausnahme bei uns. Offene Nazis gab es damals unter meinen Lehrern nur einen. Und der war durch sein Verhalten und durch sein „Können“ unbeliebt, bei der ganzen Klasse. Wenn er gerade mich herausholen wollte, weil die Klasse lärmte, fand sich immer einer, der sagte, er sei derjenige gewesen, der es getan habe, und nicht der Schleifstein.

F.D.:

Ich würde da gern noch eine Frage anschließen, mit der wir zugleich etwas vorgreifen, um dann das Thema abzuschließen. Du hast mir einmal gesagt,

daß Deine ganze Familie schrecklich durch die Vernichtungspolitik der Nazis in den KZs dezimiert wurde. Du selbst – wir werden noch darüber sprechen – bist dann als Kommunist in die Emigration gegangen. Inwieweit beeinflußt Dich diese Erfahrung noch heute? Wir haben wieder Antisemitismus-Diskussionen in der Bundesrepublik, die Diskussionen im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1985, Bitburg, Antisemitismus-Diskussionen in Frankfurt und so weiter. Wie weit sind Deine Einstellungen zur Problematik des Faschismus, zur deutschen Geschichte auch durch diese Erfahrungen bis heute bestimmt? Erfuhrst Du diese Problematik mit dem kühlen Intellekt des marxistischen Theoretikers und Historikers – oder ist das nicht doch auch eine sehr starke, schmerzliche emotionale Erfahrung?

J.S.:

Es ist sicher eine starke emotionale Erfahrung. Das ist ganz unvermeidlich. Aber es ist unmöglich, Emotion und Ratio zu trennen, vor allen Dingen für einen Menschen, der ein ganzes Leben lang Marxismus gelesen und versucht hat, Marxismus zu begreifen, der wissenschaftlich gearbeitet hat, unmöglich, die Emotionen nicht durch diese Rationalität kontrolliert, geläutert zu sehen. Das ist ganz unmöglich. Und insofern habe ich bei allen Emotionen nie daran gezweifelt, daß der Antisemitismus nicht eine deutsche Erscheinung ist, daß unter ähnlichen historischen Bedingungen und Schicksalen auch andere Völker in ähnliche Situationen hätten kommen können. Das heißt, ich habe nie die Neigung empfunden, das deutsche Volk mit dem deutschen Faschismus, dem deutschen Imperialismus gleichzusetzen. Vielleicht kommen wir später einmal dahin, daß ich das erklären kann.

G.M.:

Aber bis zu dieser tödlichen Konsequenz ist es nur in der deutschen Geschichte gekommen.

J.S.:

Ja. Pogrome gab es in der Vergangenheit in vielen Ländern. Aber es ist richtig: bis zu dieser Konsequenz ist es nur in der deutschen Geschichte gekommen. Aber das ist, wie ich glaube, nichts spezifisch Deutsches. Es kann nicht durch einen Volkscharakter erklärt werden. Das wäre Rassismus mit umgekehrtem Vorzeichen. Es ist etwas spezifisch Imperialistisch-Faschistisches. Die Konsequenz hängt damit zusammen, daß die Bestialität eines ökonomisch und militärisch so starken Imperialismus, die Bestia-

lität herrschender Klassen, die auf Weltherrschaft aus sind, ganz andere Dimensionen annimmt und dadurch auch die Folgen von ganz anderer Dimension sind. Verbunden mit dem Rassenwahn ergab das die Einmaligkeit des Völkermordes durch den Hitlerfaschismus. Die Dimension der Verbrechen gegen andere Völker, Polen und Russen, war gar nicht soviel geringer, was beweist, daß es nicht nur Rassenpolitik gegen die Juden gab.

G.M.:

Noch eine Frage zum Problem der Schule. War Deine Schule schon eine republikanische Schule oder noch eine wilhelminische Schule? Hast Du da viel gelernt? Gab es positive Impulse für Deine spätere wissenschaftliche Betätigung? Oder würdest Du heute sagen, Du wärest am besten gar nicht zur Schule gegangen?

J.S.:

Das ist schwer zu sagen. Es war noch eine stark wilhelminisch bestimmte Schule. Das gilt meiner Meinung nach für nahezu alle Gymnasien der Weimarer Republik. Der ganze Charakter aller historischen, irgendwie ideen-trächtigen Fächer war wesentlich bestimmt von der deutschnational-konservativen, aus der wilhelminischen Epoche stammenden Ideologie, auch in Sachsen. Ich will es an einem Beispiel illustrieren, das mir dazu einfällt: Sachsen war – ich glaube anfangs neben Preußen – das einzige Land, wo der Verfassungstag der Weimarer Republik ein Feiertag war. Es gab offenbar die Anordnung, diesen Verfassungstag in den Schulen durch eine kleine Feier zu begehen. In unserer Feier sprach an diesem Tag immer derselbe Lehrer, ein Mann, der dem Dialekt nach aus Nordbayern stammte. Er sprach also regelmäßig über die Verfassung, aber nicht etwa über die Weimarer Verfassung, sondern über die Bismarck'sche Verfassung von 1871.

G.M.:

Aber Ihr habt die Feier im August gemacht, nicht im Januar.

J.S.:

Im August.

G.M.:

Welchen Beruf wolltest Du ergreifen, als Du Abiturient warst? Was waren Deine Wünsche?

J.S.:

Ich habe angefangen, Musik zu studieren, in Leipzig. Das war aber zu dieser Zeit schon nicht mehr mein Berufswunsch. Das Musikstudium resultierte daraus, daß meine Eltern und auch die ersten Klavierlehrer – vom 6. Jahre an – mich für musikalisch begabt hielten, kein Wunder in einer ostjüdischen Familie. Es gab so viele Virtuosen dieser Herkunft, daß offenbar die Eltern alle glaubten, sie hätten musikalische Wunderkinder. Ich habe die Musik sehr geliebt, ich liebe sie bis heute. Aber mein Interesse hatte sich seit dem 15. Jahr bereits verlagert auf Politik, Geschichte, Philosophie. Ich habe – schwarzer Humor – einmal gesagt, mich hätten die Nazis in der Berufswahl „gerettet“, indem sie mich einsperrten.

F.D.:

Du hast vorhin gesagt, daß Du in der Schule gespielt, bei Veranstaltungen gespielt hast. Bist Du auch als Konzertpianist aufgetreten?

J.S.:

Nein, so weit war ich noch lange nicht. Ich habe gelegentlich in Jugendsendungen des Rundfunks gespielt. Leider hatte ich das Pech, infolge einiger für eine spätere berufliche Entwicklung nicht geeigneter Lehrer technisch völlig versaut worden zu sein und noch einmal ganz von vorn anfangen zu müssen. Aber da ließ dann auch schon das Interesse nach. Ich wäre wahrscheinlich zur Musikwissenschaft und Musikgeschichte übergegangen. Aber ich wurde ja dann am 1. November 1933 schon verhaftet.

G.M.:

Bedauerst Du im nachhinein, daß Du das nicht hast weiterführen können?

J.S.:

Nein, ich bedauere es nicht. Ich wäre allenfalls ein durchschnittlicher Musiker geworden. Ob ich mich der Musikgeschichte gewidmet hätte, weiß ich nicht. Das ist eine andere Frage.

F.D.:

War das eigentlich typisch für Intellektuelle Deines Alters am Ende der Weimarer Republik, daß sie sich vielleicht einen bürgerlichen Beruf für absehbare Zeit nicht mehr vorstellen konnten, sondern der Ansicht waren, die wichtigste Aufgabe sei jetzt doch die Politik?

J.S.:

Ich glaube, das war für viele typisch, für viele, die mit Leidenschaft engagiert waren. Es ist ja auch ganz einleuchtend, daß man den großen Bedarf an geistig-theoretischer Arbeit als junger Intellektueller, an sich selbst, aber auch in der Bewegung spürt, und daß man ja dann oft gar nicht das Maß und die Wirkung der Antriebe beurteilen kann. Man fühlt sich zur Politik hingezogen. Angesichts der sozialen Unsicherheit in geistigen Berufen übt doch eine berufliche Entwicklung mit der Politik im Mittelpunkt, eine Existenz als „Berufsrevolutionär“, auch noch mit den „romantischen“ Aspekten, die das zu haben scheint oder auch hat, eine große Anziehungskraft aus.

F.D.:

Zu diesem Übergangsfeld Musik-Politik. Du hast einmal erzählt, daß Du eine musikalische Truppe, eine Agitprop-Gruppe, im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands geleitet hast. Kannst Du uns etwas darüber erzählen?

J.S.:

Die Agitprop-Gruppen haben damals durch politische Szenen, oft auch kleine politische Schauspiele, durch Lieder die Versammlungen, Kundgebungen usw. der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes umrahmt. Sie spielten eine große Rolle im dem berühmten Film: „Kuhle Wampe“ des Jahres 1931. Da sieht man noch die damals bekannteste Gruppe: „Das rote Sprachrohr“ in Berlin. Das waren oft sehr begeisternde Auftritte, und da alle diese Gruppen ja auch musikalische Begleitung brauchten, war ein Klavierspieler immer nützlich. Außerdem hat mich das auch begeistert. Musikalisch war Hanns Eisler seit 1930 eine Offenbarung. Es gab keinen Komponisten, der die Stimmung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung so reflektiert und geprägt hat. Das war natürlich auch eine sehr emotionale Bindung, wenn einen Musik interessierte, die solche politische Tätigkeit nahelegte. Es war meine Form der politischen Tätigkeit, eine äußerst anstrengende, denn das politische Leben war so, daß fast jeden Abend Versammlungen, Kundgebungen stattfanden, und wir fuhren auch überall herum. Es bedeutete sehr viel Arbeit.

F.D.:

Seid ihr auch auf die Dörfer gefahren?

J.S.:

Hauptsächlich in die Städte, die kleinen Städte, beispielsweise vor Streiklokale, vor Betriebe, selten auf die Dörfer. Wir haben Lieder gesungen und kleine politische Szenen aufgeführt. Die konnte man oft nur kabarettistisch, satirisch aufführen. Manche waren etwas länger. Es gab ja auch den Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands (ATBD), übrigens war sein Vorsitzender damals Arthur Pieck, der Sohn von Wilhelm Pieck; eine leitende Rolle spielte darin Alfred Kurella. Der ATBD gab auch Hefte mit Szenen heraus, die von Schriftstellern geschrieben waren, die mit der KPD sympathisierten. Es mußte also nicht jede Gruppe selbst produzieren, obwohl viele Gruppen den Ehrgeiz hatten, sich selbst die Szenen zu schreiben. Das war literarisch und dramatisch sehr unterschiedlich. Es gab die auch formal guten Stücke vom „Roten Sprachrohr“ in Berlin oder auch von der „Kolonne links“ in Berlin. In Düsseldorf war der Ratgeber dieser Gruppen Wolfgang Langhoff, der ihnen als Regisseur half. Es gab oft bekannte Schauspieler, die diesen Laiengruppen halfen, ein gewisses elementares künstlerisches Niveau zu erreichen.

F.D.:

Mit welchen Erwartungen, Hoffnungen, Vorstellungen bist Du dann 1931 eigentlich in die kommunistische Bewegung eingetreten? Wir sollten kurz versuchen, die Situation des Jahres 1931 zu erfassen, die gesamtpolitische Entwicklung und die Entwicklung der KPD ab 1930. Der Faschismus kam einerseits als unmittelbare Gefahr und als Massenbewegung auf; auf der anderen Seite der Höhepunkt der Konfrontation innerhalb der Arbeiterbewegung KPD und SPD. Mit welchen Erwartungen bist Du in die kommunistische Bewegung eingetreten? Ich glaube, das sollten wir an den Anfang stellen, weil wir dann im Blick auf das Jahr 1933 noch viele zusätzliche Probleme ansprechen müssen.

J.S.:

Die Erwartungen waren sicher überhöht, ganz unvermeidlich, einmal von der Jugend her: ich war 16 Jahre alt. Natürlich auch von der Situation selbst her. Es war für einen jungen Menschen mit starkem sozialem Antrieb kaum vorstellbar, daß die Menschen Massenarbeitslosigkeit dieser Art,

das Elend dieser Jahre lange aushalten würden, ohne zu rebellieren, ohne revolutioniert zu werden. Diese Vorstellung war fast unvermeidlich, würde ich sagen, auch wenn man es später als illusionär erkannte. Man sagte sich: alle Menschen sehen das doch! Die Geschäfte sind voll mit den schönsten Dingen, es gibt alle Möglichkeiten, und dennoch hungern Millionen Menschen, leben von den armseligsten Unterstützungen. Das System bringt es nicht fertig, die brachliegenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Das schien einem derart wahnsinnig, daß man sich sagte: die Leute müssen doch merken, daß der Weg, der das mit sich gebracht hat nach der Novemberrevolution 1918, nicht richtig sein kann. Und unsere Vorstellung als junge, unerfahrene Menschen war die: das können die sozialdemokratischen Massen doch nicht mehr lange mitmachen. Sie müssen ja begreifen, daß wir recht haben. Diese Vorstellung war uns selbstverständlich, weil das, was wir vorfanden, ja das Ergebnis dessen war, was seit 1918 sich entwickelt hatte. Und wir waren viel zu unerfahren, um die ganze Widersprüchlichkeit des geschichtlichen Prozesses und die ungeheuren Komplikationen, die sich da auftraten, die ganze Dialektik des Agierens und Reagierens in solchen historischen Situationen zu verstehen.

G.F.:

Was hat denn das konkret damals in Leipzig ausgemacht? Leipzig ist eine der ältesten Städte der Arbeiterbewegung und hatte damals, soviel ich weiß, eine bürgerliche Stadtregierung, wahrscheinlich war Goerdeler noch Oberbürgermeister. Aus den Erinnerungen von Selbmann weiß ich, daß die zu der Zeit einen sehr berühmten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten hatten, Fleißner, und die Sozialdemokratische Partei in der Stadt, ganz gewiß von alters her, sehr stark verankert war. Das mußte bedeuten, daß die Kommunisten in Leipzig doch in einer deutlichen Minderheitsposition waren. Seid Ihr nun eine neue Schicht gewesen, die politisch gehandelt hat, oder seid Ihr im wesentlichen aus einer Abspaltung von der SPD hervorgegangen, oder wart Ihr nur junge Leute, während die älteren vielleicht noch alle bei der Sozialdemokratie waren? Wie sah das lokalpolitisch aus?

J.S.:

Ursprünglich – das heißt nach der Novemberrevolution – waren es sicher die jüngeren Kräfte, die zur KPD gegangen waren. Man darf aber nicht vergessen, daß die USP in Leipzig sehr stark war, daß also die KPD hier seit dem Herbst 1920 nicht klein war, vielmehr eine große Massenunter-

stützung hatte. Als ich in den Jugendverband kam, waren die Kommunisten in Leipzig eigentlich schon stark. Nicht so stark wie die Sozialdemokratie, aber es entsprach fast der späteren Relation, etwa von den Novemberwahlen 1932 oder der in ähnlichen Großstädten. Es war natürlich nicht wie im Ruhrgebiet, nicht wie in Berlin, aber so ähnlich wie in den anderen Großstädten. Sicher war die kommunistische Bewegung in ihrer Alterszusammensetzung sehr viel jünger, und – was glaube ich wichtiger war – in der sozialen Zusammensetzung weit stärker geprägt, sowohl bei ihren Mitgliedern als auch bei den Anhängern, durch die Arbeitslosigkeit. Unsere Beziehungen zur SPD waren nicht sehr gut. Bis etwa 1932 herrschte bei den jüngeren Mitgliedern, die zur KPD kamen, der Gedanke vor: die sozialdemokratischen Massen müssen ja jetzt endlich erkennen, daß der Weg, den die SPD geht, falsch ist. Wir hatten nicht die Idee, sie sind unsere Gegner – das bezogen wir weitgehend auf die Politik der Führung, auf die Führer – sondern: wir müssen auf Teufel komm' raus die Sozialdemokraten davon überzeugen, daß sie unseren Weg gehen. Der Einheitsfront-Gedanke, der in die Richtung ging: wir müssen mit den Sozialdemokraten als Sozialdemokraten, als sozialdemokratische Mitglieder und als Organisation jetzt gemeinsame Sache machen, der fiel uns Jüngeren viel schwerer als den Älteren und vielleicht auch denen, die nicht in den Betrieben waren, den Arbeitslosen oder Intellektuellen, viel schwerer als denen, die in den Betrieben und den Büros arbeiteten. Das ist eine Frage, die man von der individuellen Erfahrung her noch einmal untersuchen müßte. Viele Kommunisten hatten noch Arbeit. Aber auch die bekannte Statistik, die ich in meinem kleinen Büchlein über die „Sozialfaschismus-These“ bringe¹, gibt nicht genau wieder, daß die Kommunisten vom Wähleranhang her keine so starke Arbeitslosenpartei waren. Diese Statistik reflektiert nur die soziale Zusammensetzung der Mitgliederschaft.

G.M.:

Die Wähler hatten noch mehr Arbeit als die Mitglieder?

J.S.:

Natürlich. Wir hatten noch viele Wähler, die in den Betrieben waren, wir hatten auch viele rote Sportler, Arbeitersänger oder Anhänger im Jugendverband, die nicht Parteimitglieder waren. Aber trotzdem: nimm' unsere Agitprop-Gruppe, die konnte im Grunde nur arbeiten, weil alle erwerbslos waren, außer mir, der ich noch zur Schule ging.

G.F.:

Könnte das nicht bedeuten, daß sich das auch auf die literarische und musikalische Form der Arbeit dieser Agitprop-Gruppen auswirkte, die ja rein musikgeschichtlich und theatergeschichtlich in bester Erinnerung ist? Kann es nicht sein, daß unter Umständen ein Widerspruch besteht zwischen der hohen künstlerischen Entwicklung dieser Agitationsart und der Möglichkeit, Massenanklang zu finden, weil hier Arbeitslose einwirken wollen auf Leute, die eine Arbeit haben?

J.S.:

Möglich. Aber das würde ich nicht verbinden mit dem künstlerischen Niveau, das übrigens keineswegs überall hoch war. Das möchte ich doch jetzt sehr relativieren. Ich würde es in die Richtung umkehren wollen, daß der Einfluß der Gesamtpolitik sich viel stärker ausprägt in solchen Agitprop-Formen. Oft waren die radikalsten Töne sprachlich auch durch die satirische Form bedingt, gerade in den Publikationen, in den Zeitungen, in den Agitprop-Materialien, auch in den Szenen der Agitprop-Gruppen. Diese besonders radikalen Ausprägungen in der Form, in der Sprache mußten allerdings zusätzliche Barrieren für das Verständnis sozialdemokratischer Arbeiter in den Betrieben bringen.

G.F.:

Du meinst politische Barrieren?

J.S.:

Ja, politisch, nicht ästhetisch. Ästhetisch würde ich eher sagen: im Gegenteil. Denn ein von Eisler geschriebenes Arbeiterlied, wenn man es auf musikalischem Niveau vergleicht mit den Jahre vorher noch gesungenen Chören der Arbeitersängervereine, mußte auch die sozialdemokratischen Arbeiter sehr viel mehr packen, elektrisieren, als das, was sie vorher sangen.

G.F.:

Wären die wirklich bereit gewesen, sich durch diese neuen Formen anziehen zu lassen?

J.S.:

Ja ich glaube, es packte sie einfach sehr viel mehr. Die alten Chöre paßten

nicht mehr zur Situation. Das ist auch dadurch beweisbar, daß es zunächst noch sozialdemokratisch geprägte Vereine waren, die die ersten Eislerischen Chöre sangen, etwa „Auf den Straßen zu singen“ oder andere.

G.M.:

Nach der großen Krise brauchte man eine neue Musik?

J.S.:

Es ist sicher keine mechanische Beziehung. Aber es ist die Erfahrung einer tiefen Erschütterung, die mit der Krise sich zuspitzte, aber schon in der ganzen Nachkriegsentwicklung steckt. Die war natürlich mit dem ganz flachen, rosaroten Optimismus, dem nicht durch Leiden hindurchgegangenen Optimismus, gar nicht vereinbar. Was sollten die Massen in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit mit dem reinen „Empor zum Licht“ anfangen? Da gab es einen tiefen Bruch. Und der wird am adäquatesten reflektiert durch Eisler und wenige andere. Es ist ja auch kein Zufall, daß die unmittelbar mit der SPD verbundene Kunst (nicht die sozialistische oder im weitesten Sinne auch utopisch beeinflusste linksbürgerliche Kunst) in dieser Zeit nichts Bedeutendes hervorbringt.

F.D.:

Wie würdest Du Dir eigentlich erklären, daß in der damaligen Situation ja doch eine revolutionäre Kunstform, ich denke jetzt auch an Eisler, entsteht, die auf einem sehr hohen Niveau sozusagen musikalische Form und künstlerische Ausdrucksform im Zusammenhang mit revolutionärer Politik reflektiert und die Massen in dieser Zeit ergreift, während man – vielleicht ist das nicht ganz richtig – heute sagen müßte, daß wir doch auch viele neue künstlerische, kulturelle Formen haben, aber wenn ich mir die Songgruppen der jungen Leute anschau, dann sind die ja in der Entwicklung einer eigenen kulturellen ästhetischen Artikulationsform und nehmen viele Elemente aus der Pop- und der Rockkultur. Das ist eigentlich mit Eisler überhaupt nicht zu vergleichen, also was das Niveau der ästhetischen Reflexion betrifft. Und trotzdem hat die Eislersche Musik die Massen ergriffen. Wie erklärst Du Dir diese Differenz?

J.S.:

Ich würde sie mir in der Hauptsache so erklären, daß die Attraktion, die die Aktionskraft einer revolutionären Massenbewegung, die sehr starke,

in die Zukunft weisende Impulse auslöst, auf geniale künstlerische Begabungen groß ist. Zu einer solchen Umwälzung in der Sprache des Arbeiterchores, des Arbeiterliedes gehört eine große Begabung wie Eisler, dem andere gefolgt sind. Diesen neuen Ausdruck mußte eben ein wirklich genial begabter Künstler finden. Aber man darf nicht unterschätzen, daß die Wirkung Eislers auch ein Erbe beinhaltet. Eisler ist nicht ohne das Erbe denkbar. Dieses Erbe schließt Kurt Weill ein, der unmittelbar vorausgeht, sein musikalisches Material, seine Songgestaltung usw. in der Dreigroschenoper. Dieses Erbe ist auch ein klassisches Erbe plus ein Aufgreifen neuer Formen. Eisler war Schönberg-Schüler, allerdings mit dem konsequenten Anspruch, daß er von vornherein versucht hat, das Arbeiterlied und alles, was er schrieb, auf sein Publikum hin zu schreiben, daß er nie versucht hat, das Verständnis der Massen in dem Genre, in dem er für sie schrieb, zu überfordern. Aber es geht auch um ein klassisches Erbe. Wenn ich es an einem einfachen Beispiel illustrieren soll: „Der rote Wedding“, das populärste aller Eislerlieder von der Melodik her, zitiert eine Stelle aus der schwierigsten aller Beethoven-Sonaten, der Hammerklaviersonate B-Dur op. 106. Also so entfernt vom Erbe ist selbst das nicht.

G.M.:

An welche Freunde vor dem Jahre 1933 – vielleicht noch aus der Schulzeit oder aus der kommunistischen Jugendbewegung – kannst Du Dich erinnern? Was habt Ihr gemeinsam gemacht und erhofft? Was ist aus ihnen später geworden?

J.S.:

Ich darf vielleicht einen Genossen erwähnen, der aber erst nach meinem Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband einer meiner besten Freunde wurde. Sein Name ist der einer berühmten Figur im Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz. In diesem Buchenwald-Roman ist er die Hauptfigur: Herbert Bochow. Er war auch mit Bruno Apitz befreundet. Aber im Roman ist er eine symbolische, eine Phantasiefigur. Herbert Bochow, der später als Mitglied einer Berliner und Dresdner Widerstandsgruppe von Arbeitern, Intellektuellen und Künstlern hingerichtet worden ist, war damals einer meiner besten Jugendfreunde. Er war ein junger Schriftsteller und Publizist, der dann beruflich in der Agitprop-Abteilung der KPD arbeitete. Mit ihm habe ich damals viel diskutiert und philosophiert – wie man das in der Jugend tut, über die ganze Welt, über die Lage

in Deutschland. Ich habe von ihm viel gelernt. Wir hatten beide literarische und künstlerische Neigungen, aber außerdem weite historische und philosophische Interessen. Vom Aussehen her war er das Gegenteil von mir. Die Nazi-Schergen werden ihn wahrscheinlich später oft gefragt haben, wie denn so ein hellblonder, germanischer Mustertyp überhaupt in die kommunistische Bewegung kommen kann.

G.M.:

Was hat er später gemacht?

J.S.:

Er ist von den Nazis 1942 hingerichtet worden, er hatte in einer der aktivsten Widerstandsgruppen dieser Jahre gearbeitet.

G.M.:

Hast Du ihn noch nach 1933 getroffen?

J.S.:

Nie wieder. Nein. Er war in Deutschland. Ich wurde nach der Entlassung aus dem Zuchthaus als „staatenlos“ abgeschoben und bin dann nach Prag gegangen.

2. Politik der KPD vor 1933

F.D.:

Wir sollten jetzt über die Politik der KPD vor 1933 diskutieren. Im Zusammenhang Deiner Erfahrungen als Jugendlicher drängt sich geradezu die Frage auf, ob die Politik der KPD in dieser Periode – auch mit ihren Fehlern – nicht in gewisser Weise unvermeidlich gewesen ist. Mir scheint, daß die Auseinandersetzung mit dieser Frage vor allem für junge Leute, die beginnen, sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung zu beschäftigen, außerordentlich wichtig ist. Einige Elemente der KPD-Politik dieser Periode (wie die sogenannte „Sozialfaschismustheorie“, das Verhältnis zu den Sozialdemokraten, die Einschätzung der Bedeutung der bürgerlichen Demokratie) wurden später – und bis heute – als Fehler bezeichnet und sind bald (1934/35 – man könnte auch

sagen schrecklich spät!) korrigiert worden. Waren diese Fehler unvermeidlich? Ich nehme an, du wirst diese Frage nicht uneingeschränkt bejahen. Aber wo liegt denn – aus heutiger Sicht – die Spannung zwischen dem, was notwendig, und dem, was an Alternativen möglich war? Du selbst hast ja in den letzten Jahren ein kleines Buch zur Sozialfaschismus-These veröffentlicht.

J.S.:

Ja, das ist schwer, kurz zu erzählen. Ich will es versuchen, ohne daß ich jetzt im historischen Rückblick einer unmittelbaren Antwort ausweichen will: Aber ich glaube, im historischen Sinne waren manche der Fehler unvermeidlich. Ich will es zu begründen versuchen: Nehmen wir 1930 oder 1931. Wenn man da eine historische Bilanz der europäischen Entwicklung ziehen wollte, was konnte man da eigentlich folgern für Deutschland, insbesondere vom Standpunkt der beiden Strömungen der Arbeiterbewegung? Man konnte nur das Resümee ziehen: Zwei Wege sind in Europa nach dem ersten Weltkrieg von der Arbeiterbewegung eingeschlagen worden. Der eine Weg in Rußland, der andere Weg hauptsächlich in Deutschland und in Österreich. Wie sah die Bilanz aus? Auf der einen Seite entwickelte sich – unter furchtbaren Schwierigkeiten, ganz gewiß, wie wir inzwischen wissen, mit großen Belastungen – ein selbständiger antiimperialistischer Staat, regiert von den Kommunisten, mit einer sich entfaltenden Wirtschaft, sich auf eigene Füße stellend, die Verteidigungskraft ausbauend, konterrevolutionäre Gefahren überwindend. Auf der anderen Seite, wo ja das Versprechen, den Kapitalismus zu überwinden, genauso lebendig war nach der Revolution von 1918, entwickelt sich zunächst die Restauration und später, abermals gegen alle Versprechungen und Beteuerungen, sogar die faschistische Gefahr. Die Gesamtbilanz war, wenn man nicht der Totalitarismus-These anhing (die es ja inhaltlich – wenn auch nicht terminologisch – gab), so eindeutig für den jungen, revolutionär gestimmten Arbeiter oder Intellektuellen, der in die politische Bewegung kam, daß einem Zweifel gar nicht möglich schienen, daß man glaubte – ich habe es ja schon gesagt –, es ist gar kein anderer Weg denkbar. Nimmt man nun diese Gesamtbilanz, wie sie einem damals erschien und wie sie ja auch 1933 in furchtbarster Weise bestätigt wurde, dann bestand für Selbstkritik bei uns, von den fundamentalen Forderungen und Zielen her, gar keine besondere Notwendigkeit – muß ich (für mich) bis zum Jahre 1931 jetzt sagen. Es schien einem der Bedarf für Selbstkritik noch gar nicht gegeben oder kaum

gegeben. Wir merkten schon, daß unsere Sprache nicht stimmte, daß wir den sozialdemokratischen Arbeitern anders gegenüber treten mußten, freundschaftlicher, kameradschaftlicher. Das alles merkten wir schon. Oder daß wir sie nicht als kleine Zöglinge anreden durften, das merkten wir auch. Nur war das wohl sehr viel komplizierter im Betrieb, wo man einem sozialdemokratischen Betriebsrat, der ganz auf der offiziellen Parteilinie oder Gewerkschaftslinie war, gegenüberstand. Das war sehr unterschiedlich. Aber in der großen Linie, würde ich sagen, existierte das innere Bedürfnis nach einer sehr gründlichen Selbstkritik wenigstens bei uns Jüngeren noch nicht. Geht man also von den objektiven Bedingungen aus, so gibt es noch einen anderen Grund, weshalb ich glaube, daß die Fehler in gewisser Weise Elemente des Unvermeidbaren in sich bargen, Elemente, die darin begründet sind, daß prinzipiell der revolutionäre Weg derart bestätigt schien gegenüber dem reformistischen Weg, daß die konkrete Analyse der Bedingungen darüber sehr vernachlässigt wurde. Meiner Meinung nach kommt subjektiv hinzu, daß die Verarbeitung Lenins in der deutschen, vielleicht sogar in der internationalen Arbeiterbewegung eine *einseitige* Verarbeitung war; daß man den *gesamten* Lenin, der die Probleme der Stellung zur Demokratie, zur bürgerlich-demokratischen Umwälzung in Rußland, die ganzen Fragen der *Übergänge* von bürgerlich-demokratischen zu sozialistischen Umwälzungen behandelt hatte, eigentlich kaum – auch das ist wiederum historisch verständlich – verarbeitet hatte, auch theoretisch kaum verarbeitet hatte, wie das später dann auf und nach dem VII. Weltkongreß geschah. Ich verweise hier auf die Bedeutung der Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ von 1905. Eben hierdurch wurde auf dem VII. Weltkongreß und auf der Brüsseler Konferenz der KPD korrigiert, daß es eigentlich keine Alternative mehr gebe als die zwischen Imperialismus und Sozialismus. Hierdurch wurde die Möglichkeit zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegenüber reaktionären, faschistischen Systemen erschwert. Das wurde allenfalls pragmatisch, taktisch behandelt. Es trat konkret immer wieder auf: Kapp-Putsch, Rathenau-Mord, Verteidigung einzelner demokratischer Rechte und Freiheiten. Aber nicht als strategisches Problem. Und dadurch wurde die kommunistische Bewegung in gewissem Sinne von der faschistischen Entwicklung überrascht; insofern als eben der Lenin, der über die historischen Wechselbeziehungen von Demokratie und Sozialismus geschrieben hatte, ungenügend rezipiert worden war.

G.M.:

Aber die Weimarer Republik zeigte ja der Arbeiterbewegung vor allem ihre reaktionäre Seite, so daß der Zugang, über diese Lenin'schen Positionen eine andere Einstellung zur bürgerlichen Demokratie zu erhalten, sehr erschwert war.

J.S.:

Absolut. Das habe ich versucht zu sagen. Man braucht nur daran zu denken, daß es in den letzten Jahren der Weimarer Republik stets 5 - 6000 politische kommunistische Häftlinge gab. Dennoch hätten natürlich die deutsche Partei und die Kommunistische Internationale diese Veränderungen in einem so starken kapitalistischen Land wie Deutschland gründlicher mit den Maßstäben der Lenin'schen Theorie verarbeiten müssen. Es gab diese objektiven Schranken. Insofern gab es auch unvermeidbare Fehler, beeinflußt von der vorangegangenen historischen Entwicklung, wie sie dann auch Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß geschildert hat.² Aber es ist ganz offensichtlich, daß eine leninistische Analyse diese Veränderungen in den Herrschaftsformen hätte anders beurteilen müssen. Demgemäß hätte auch die sich verändernde Rolle der Sozialdemokratie anders verstanden werden müssen, so wie das dann 1935 geschah.

G.F.:

Es reicht wahrscheinlich doch nicht aus, das dadurch zu erklären, daß die Weimarer Republik der kommunistischen Bewegung nur ihre reaktionäre Seite gezeigt hatte. Denn das ist ja nun Theoriebildung gewesen, die nicht nur von der KPD vorgenommen worden ist, sondern schon 1928 von der Kommunistischen Internationale. Und da wäre schon die Frage zu stellen: Wie kommt es eigentlich, daß die Fähigkeit, neue Informationen zu verarbeiten, die vorgelegen haben, so gering gewesen ist? Das kann ja nicht eine Sache der Massenstimmungen allein gewesen sein, zumal es für eine kommunistische Partei nicht ausreicht, sich auf Massenstimmungen zu berufen.

J.S.:

Ja, absolut korrekt. Ich würde sagen, das resultiert hauptsächlich aus zwei Ursachen. Die eine Ursache war, daß nach einem so gewaltigen geschichtlichen Ereignis wie der russischen Oktoberrevolution die Neigung unerhört groß war, einen *bestimmten* Weg (das finden wir auch historisch in der Verarbeitung der französischen Revolution durch revolutionäre bürgerli-

che Kräfte in den verschiedenen Ländern Ende des 18. Jahrhunderts) auch in den Formen, wovor Lenin ja schon gewarnt hatte, zu verabsolutieren. Und man muß das auch stimmungsmäßig erlebt haben, um zu begreifen, wie groß diese Neigung zum unmittelbaren Vergleich der deutschen und der russischen Entwicklung, zur Verabsolutierung des russischen Weges war, besonders bei uns Jüngeren.

G.M.:

Das Beispiel der Sowjetunion war unmittelbar Tagespolitik, hat direkt eingewirkt in das politische Denken und Handeln.

J.S.:

Natürlich. Das darf man nicht vergessen.

F.D.:

Nun gibt es noch die These von bürgerlichen Historikern, die die Politik der KPD in einer ganz anderen Weise auf die innenpolitische Situation in der Sowjetunion zurückführen. Zur KI-Politik, vor allem zur KPD-Politik in dieser Zeit in Deutschland sagen Hermann Weber und andere: degeneriert zum Befehlsempfangskomitee für Stalin. Dabei wird die These immer wieder variiert, daß die damaligen inneren Auseinandersetzungen in der Sowjetunion – sowohl der Übergang zum Industrialisierungsprogramm ab 1928 als auch die Auseinandersetzung mit den sogenannten Rechten, also mit der Bucharin-Gruppe, schließlich auch die Nachwirkungen der Auseinandersetzungen mit Trotzki – letztlich dazu geführt haben, diese „ultra linke“ Phase der Politik der KI und dann auch der KPD einzuleiten.

J.S.:

Das ist – auf gut Deutsch gesagt – Quatsch. Die meisten der Älteren, die diese These verfochten haben, wissen sogar, daß es barer Unsinn ist. Kein Mensch brauchte den radikalisierten entweder kommunistischen oder mit den Kommunisten sympathisierenden Arbeitern zu erklären, daß der Weg der Weimarer Republik falsch war. Selbst die sozialdemokratischen Massen sahen ja, daß er nicht der richtige war. Sie blieben der Sozialdemokratie treu, weil sie bestimmte Resultate der Weimarer Republik erhalten wollten. Aber daß diese Resultate unbefriedigend waren, daß sie nicht zum Sozialismus geführt, daß sie nicht zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Sicherheit der Arbeitsplätze geführt hatten, das sahen sie natürlich

alle. Sie wollten nicht zu den Kommunisten, weil ihnen dieser Weg nicht aussichtsreich erschien, weil sie vieles von dem, was die Führer über die Kommunisten sagten, glaubten, weil sie sich eine Revolution nicht vorstellen konnten, aber nicht, weil sie mit den Gesamtergebnissen der Weimarer Republik einverstanden gewesen wären. Insofern bedurfte es keiner äußeren Anstöße. Ich würde im Gegenteil sagen: manchmal gab es ja Anstöße von der Komintern gegen Sektierertum. Später auch völlig berechtigte Anstöße in anderer Richtung von seiten der Kommunistischen Partei Deutschlands.

G.M.:

Kannst Du noch einmal auf die Genesis des ultralinken Kurses eingehen? Kam er aus Moskau oder nicht?

J.S.:

Es wird behauptet, die sektiererischen Fehler in der Politik der deutschen Kommunisten seien aus Moskau, aus der Komintern gekommen. Es sei eine Fernsteuerung gewesen. Das ist Unsinn. Es bedurfte in Deutschland keiner solchen Anstöße. Solche Anstöße kamen aus der deutschen Realität. Massenhaft. Seit 1918. Die Niederschlagung der Kämpfe in Berlin 1918/19, die Kämpfe im Ruhrgebiet, die Bewaffnung der Freikorps, die Untätigkeit nach dem Kapp-Putsch und dem Rathenau-Mord, die Absetzung der Arbeiterregierungen von Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen und Thüringen 1923 – das waren die Anstöße für diese Politik. Und sie gingen ja später weiter. Beispielsweise der konkrete Anstoß für die RGO-Politik (im übrigen gingen manche Anstöße einer linken Gewerkschaftspolitik international auf die deutschen Erfahrungen zurück) kam aus dem Massenausschluß kommunistischer Gewerkschafter aus den ADGB-Gewerkschaften. Politik ist immer Wechselwirkung, immer Aktion und Gegenaktion. Insofern bedurfte es solcher Anstöße von außen überhaupt nicht. Später allerdings, das muß man sagen, als die deutschen Erfahrungen mit der unmittelbaren faschistischen Gefahr reifer waren, beispielsweise als es um die Teilnahme an dem preußischen Volksentscheid im Sommer 1931 ging oder dann in der Auseinandersetzung mit sektiererischen Positionen in der KPD gegen die Auffassungen von Heinz Neumann, Hermann Remmele und anderen, da bestärkten die Anstöße seitens der Komintern oft ultralinke Haltungen. Es ist sicher, daß die Parteiführung der KPD mit Thälmann damals in den Fragen der Aktionsein-

heit, der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, weiter war, als es Ratschläge aus der Komintern ermöglichten.

G.F.:

Was meinst Du, hätte auf dem Höhepunkt der Krise nach 1929 eine KPD-Führung, die sich konsequenter auf eine Politik der Aktionseinheit orientiert hätte, den gleichen Masseneinfluß wahren können, den sie nun tatsächlich hatte?

J.S.:

Ja, ich glaube bestimmt, daß sie nicht nur diesen, sondern noch einen größeren Einfluß gehabt hätte. Es ist eine Tatsache, daß, je konsequenter, je massiver die KPD-Führung eine wirklich verständliche, für breitere Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einsichtige Einheitsfrontpolitik betrieb – seit dem Frühjahr 1932, wenn auch noch nicht ausreichend –, sie an der Basis bei den Sozialdemokraten desto mehr Anklang fand. Das geht auch aus den damaligen Polizeiberichten eindeutig hervor. Etwas anderes ist die Frage, ob die sozialdemokratische Führung anders reagiert hätte, falls die KPD sich stärker auf eine Einheitsfront von unten „und“ von oben eingestellt hätte. Das ist schwer zu entscheiden. Aber ich glaube nicht, daß die sozialdemokratische Führung anders reagiert hätte. Das ist das *eigentliche* Problem dieser Jahre. Es gibt ja Einheitsfrontappelle der KPD an den entscheidenden Knotenpunkten. Die Reaktion ist bekannt. Sie war – von der Führung der SPD und des ADGB – immer rein negativ.

Und die These vieler sozialdemokratischer und linksbürgerlicher Historiker, daß eine andere Politik möglich gewesen wäre, wenn die KPD schon vorher anders agiert hätte, die würde ich auch aus folgendem Grunde bezweifeln. Die SPD-Führer waren ja erfahrene Politiker. Wenn sie selbst ehrlich eine gemeinsame Abwehr des Faschismus gewollt, aber den kommunistischen Angeboten mißtraut hätten, dann hätte ihnen ein sehr einfaches Mittel zur Verfügung gestanden, um die KPD auf die Probe zu stellen: sie hätten ihrerseits die Bedingungen einer Zusammenarbeit formulieren und zu einer Kooperation auf dieser Basis auffordern können. Und ich bin fest überzeugt, ein ehrlicher Appell von sozialdemokratischer Seite wäre befolgt worden. Die Kommunisten hätten nicht gewartet oder beiseite gestanden, wenn ein Appell zum Generalstreik, zum Massenstreik, zu Massenaktionen von der SPD erfolgt wäre.

F.D.:

Kam es denn zum Beispiel in Leipzig auch zu Einheitsaktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten 1932 oder dann noch im Frühjahr 1933? In der neueren lokalen Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung dieser Periode werden in sehr vielen Städten und Regionen solche Einheitsaktionen zutage gefördert.

J.S.:

Ja, solche Aktionen gab es. Aber soweit ich mich in Leipzig erinnern kann, waren es meistens entweder unmittelbare Abwehraktionen gegen den nazistischen Straßenterror in Arbeitervierteln – also des Kampfbundes gegen den Faschismus und der Jungfront mit sozialdemokratischen Genossen vom Reichsbanner. Oder es war auch die Teilnahme an Begräbnissen von Opfern. Das waren die elementarsten, auch sehr stark emotional bedingten gemeinsamen Aktionen. Es gab viele Diskussionen. Zum Beispiel wurde einer vom Kommunistischen Jugendverband (KJV) eingeladen, bei einer Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) über II. oder III. Internationale zu reden. Das war dann schon eine unerhört weitgehende Sache, ein äußerst mutiger Schritt. Da wurden damals allerdings auch sehr viele linke SAJler ausgeschlossen, weil sie mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) sympathisierten oder weil sie zu uns übergingen. Wir haben auf solchen Versammlungen nur nachzuweisen versucht, wie recht die III. Internationale hatte, und daß es nur einen Weg gab, nämlich zu den Ideen der III. Internationale überzugehen, obwohl ich theoretische Zeitschriften las, in denen z. T. andere Positionen vertreten wurden. Die Position: ganz unabhängig davon, ob Ihr noch für die II. Internationale seid und wir für die III., wir müssen erst einmal gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen, habe ich wenigstens zu dieser Zeit wohl kaum geteilt.

G.M.:

An der Basis gab es gemeinsame Abwehraktionen. Bis zu welcher Ebene gab es diese Gemeinsamkeit? Etwa bis zur Ebene eines Stadtverbandes? Wann hat sie dann in den „oberen Regionen“ aufgehört?

J.S.:

Es gab sie wirklich, wie wir ja inzwischen auch aus den Dokumenten wissen, auch schon auf höherer Ebene, auf Kreisebene, auf Stadtebene. Nur:

die Politik der Partei war oft noch so, daß solche Initiativen, wo sie stattfanden, von der Führung kritisiert und gewissermaßen zurückgepfiffen wurden. Von sozialdemokratischer Seite natürlich erst recht – da wurden sie schärfstens bekämpft. Dafür gibt es Beispiele, die längst publiziert sind.

G.M.:

Eine Frage zum italienischen Beispiel. Das hat ja bereits 1922 gezeigt, daß sich der Faschismus in einer gesellschaftlichen Krisensituation etablieren kann, auch mit einer Massenbewegung im Rücken, und daß er dann über lange Jahre hinweg sein Regime aufrechterhalten und festigen kann. Hat dieses Beispiel für Euch vor 1933 eine Rolle gespielt? Es hätte ja einen Impuls für verstärkte Einheitsfrontinitiativen vermitteln können.

J.S.:

Soweit ich mich erinnern kann, hat es für die jungen Kommunisten keine Rolle gespielt. Wir hatten es – wie ich glaube – nicht verarbeitet. Ich weiß auch nicht, inwieweit es von den Gesamterfahrungen her eine Rolle gespielt hat. Ich glaube, daß die gesamte deutsche Arbeiterbewegung, der revolutionäre wie der reformistische Flügel, sehr stark beeinflusst war von der großen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, von dem Bewußtsein, dem Gefühl: bei uns kann das nicht passieren. Das ist infolge der Kultur- und Zivilisationsstufe, infolge der großen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung nicht möglich. Das ist auch die Situation 1933, weshalb wir – meiner Meinung nach in beiden Teilen der Arbeiterbewegung, vielleicht mit Ausnahme sehr erfahrener Theoretiker und Politiker – der Meinung waren: der Faschismus wird in Deutschland eine Episode sein. Das läßt sich eine Arbeiterklasse wie die deutsche nicht lange gefallen. Ihre unmittelbare Kraft in der Ökonomie ist erhalten, die große Masse der deutschen Arbeiter ist unempfänglich, unempfindlich für die faschistische Agitation – wie das der gewaltige Block der Arbeiterstimmen auch noch Ende 1932 zeigte. Diese Masse der Arbeiter, mit ihrem kulturell-politischen Niveau, mit dieser Tradition wird nicht passiv bleiben. Ich würde sagen, ich hatte dieses Empfinden auch noch nach dem Januar 1933, selbst noch im Zuchthaus. Wir hatten schon die furchtbare Warnung von Ernst Thälmann.³ Aber wir haben angenommen, die Arbeiterklasse, von den Betrieben her, wird sich das nicht lange gefallen lassen. Wir teilten die Vorstellung von einer Massenstreik- und Generalstreikbewegung. Es würde eine ähnliche Lage wie zur Zeit des Kapp-Putsches entstehen. Das waren

ja lebendige historische Erfahrungen von elementarer Natur. Selbst Historiker, wie wir wissen, sind geprägt von Analogien. Das darf man nie vergessen.

F.D.:

War es nach 1933 – zur Zeit der Verfolgung und der Emigration – nicht für einen Marxisten, einen Kommunisten, besonders schwer, mit diesen neuen Erfahrungen – vor allem auch im Blick auf das Verhalten der Arbeiterklasse – umzugehen? Ich meine damit einmal den Bruch im Traditionsbewußtsein der deutschen Arbeiterbewegung. Wie konnte es kommen, daß diese starke Kraft, dieses „Bollwerk“, vom Faschismus geschlagen wurde? Zum anderen, das ist vielleicht noch wichtiger: Die Erfahrung des Faschismus hat nun einmal gezeigt, daß die Arbeiterklasse durch direkte Gewalt, aber auch durch Demagogie und Manipulationstechniken, durch rassistische und chauvinistische Ideologien beeinflußt, zumindest für eine bestimmte historische Periode „stillgelegt“ werden kann. – Dafür waren ja auch die Jahre nach 1914 ein Beispiel.

J.S.:

Natürlich. Das war eine furchtbare Erfahrung. Sie wurde gerade für die Kommunisten noch verstärkt durch die Erfahrung des zweiten Weltkrieges, durch die Erfahrung des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, durch die Rolle der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes im zweiten Weltkrieg. Diese Erfahrungen haben wir erst im Verlaufe des zweiten Weltkrieges ganz verarbeitet. Sicher begann eine Verarbeitung schon auf dem VII. Weltkongreß, auf der Brüsseler Konferenz der KPD. Vielleicht haben wir sie auch in ihren ganzen Ausmaßen noch nicht erkannt. Jedenfalls wurde ein ernster Versuch eigentlich erst während des zweiten Weltkrieges gemacht.

F.D.:

Würdest Du sagen, daß der Aufruf der KPD vom Juni 1945 durch diese Verarbeitung geprägt war? Wir kommen sicher noch darauf zurück.

J.S.:

Ja, er enthält sie. Aber natürlich schon Materialien des Zentralkomitees der KPD, Materialien der Kommunisten in den Emigrationsländern haben diese Erfahrungen aufgearbeitet. Eine ganz hervorragende historisch-lite-

rarische Reflexion dieser Erfahrungen, die eine große Rolle in der Diskussion der Kommunisten gespielt hat, die damals – wenn man so will – das Glück hatten, in der Emigration zu sein und über alle diese Dinge nachdenken zu können, war die Arbeit von Johannes R. Becher „Deutsche Lehren“ aus dem Jahre 1944. Später ist für die ganze DDR, aber auch für viele Kommunisten und fortschrittliche Menschen in den Westzonen und der Bundesrepublik das Buch von Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“⁴ bei dieser Verarbeitung wichtig geworden.

3. Nach dem 30. Januar

G.M.:

Wir wollten Dich als nächstes zum 30. Januar 1933 befragen. Kannst Du Dich an diesen Tag und an die darauf folgenden Tage erinnern? Du warst in Leipzig? Wie war die Stimmung in der Bevölkerung? Was haben die Menschen erwartet, befürchtet? Kannst Du etwas über die Stimmung in einzelnen Bevölkerungsteilen sagen, vielleicht auch etwas über die Haltung der jüdischen Bevölkerung in Leipzig?

J.S.:

Ich kann mich an den 30. Januar natürlich erinnern. Ich kann mich daran erinnern, daß wir alle tief erschüttert waren. Man durfte dabei nicht vergessen, daß so etwas schon in der Luft lag in den vorangegangenen Monaten. Die Berufung Hitlers als Reichskanzler war ja keine ganz außerhalb aller Möglichkeiten liegende politische Tatsache. Nur wir haben natürlich am 30. Januar zunächst, und übrigens auch noch später, erwartet: jetzt wird die Arbeiterschaft vereint handeln. Die KPD hatte zum Generalstreik aufgerufen. Das heißt, unsere ganze Arbeit war darauf gerichtet: jetzt muß etwas passieren. Und ich muß sagen, daß die jüngeren Kommunisten sogar meinten, selbst wenn die sozialdemokratischen Massen nicht mitmachten, müßten wir jetzt allein agieren. Ich habe, wenn ich ehrlich sein soll, erst später begriffen, daß wegen der sozialen Zusammensetzung der Partei, infolge der Tatsache, daß die große Masse der in den entscheidenden Großbetrieben, im Transport, im Energiesystem beschäftigten Arbeiter der Sozialdemokratie folgte, eine isolierte Aktion der Kommunisten objektiv unmöglich war. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß viele junge

Kommunisten derselben Meinung waren. Und diese Hoffnung, es muß etwas Gemeinsames geschehen, die ging natürlich noch weiter. Denn zunächst waren selbst unsere Versammlungen ja nicht verboten. Es lief der Wahlkampf. Auch die Zeitungen erschienen noch, zum Teil verboten, zum Teil nicht. Wir konnten immer noch weitermachen, und unsere ganze Hoffnung und Einstellung ging eigentlich dahin: das wird sich nicht halten. Die Arbeiterklasse wird das durch Massenstreik verhindern – das war allerdings die einzige Möglichkeit, die wir uns vorstellen konnten. Wir meinten, daß auch breite Polizeiverbände in Preußen der Sozialdemokratie noch folgten, und erwarteten, daß ein Generalstreik die Nazis, das Großkapital und die bewaffneten Kräfte lähmen würde. Die Hoffnung war: das kann die Arbeiterklasse nicht unbeantwortet lassen. Und in dieser Hinsicht war die Reaktion nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 für uns ein tieferer Einschnitt als der 30. Januar unmittelbar, weil wir uns in dieser Zeit noch die gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse vorstellen konnten. Das ist jetzt die Erfahrung eines sehr jungen, unerfahrenen Kommunisten. Möglicherweise hatten unsere Genossen in der Führung schon eine ganz andere Analyse der Situation in den Zusammenkünften, in ihren Beratungen. Die Stimmung in der Arbeiterklasse, in der Arbeiterbewegung war einheitlich die einer Erschütterung, wenn sicher auch legalistische Illusionen in der Sozialdemokratie sehr viel stärker waren als bei den Kommunisten. Bei den Kommunisten konnte es legalistische Illusionen gegenüber der Hitler-Regierung nicht geben. Die Verfolgungen setzten sehr schnell ein. Bei den Sozialdemokraten waren solche Illusionen vorhanden. Sie lasen in ihren Zeitungen: man muß Hitler als legale Opposition gegenüber treten. Das stand nicht nur im „Vorwärts“ in Berlin, sondern auch in den lokalen Zeitungen. Allerdings würde ich sagen, viele der Sozialdemokraten hatten auch schon begriffen, daß das falsche Hoffnungen und Illusionen waren. Aber andere werden es sicher akzeptiert haben. Um so stärker dann ihre Erschütterung später, als diese Illusionen zerronnen sind. Es vollzog sich natürlich auch der in solchen Perioden unvermeidliche opportunistische Prozeß. Das heißt: Leute, die insbesondere unter den Beamten, unter Angestellten-Schichten um ihre Stellungen fürchteten, Leute aus dem bürgerlichen Lager, auch der Arbeiterbewegung (aber hier nur sehr begrenzt), liefen zu den Nazis über. Nach der Wahl vom 5. März sprach man von den „März-Gefallenen“. Es gab auch einzelne kommunistische Funktionäre, die dem erlagen. Es war übrigens interessant: psychologisch waren es meistens vom Typus her zur Phrase neigende Leute, also

besonders „radikale“ Phraseure aus der vorangegangenen Periode, die man dann plötzlich beim Gegner entdeckte.

Wenn ich einen kleinen „humoristischen“ Einschub machen darf: 1949, vor den Bundestagswahlen, schickte mich die Partei zu einer Wahlversammlung nach Gummersbach im Oberbergischen. Dort trat in der Diskussion der dortige Vorsitzende der CDU auf. Er sprach mit sächsischem Akzent. Und ich überlegte schon krampfhaft: Den kennst du, wer kann das nur sein? Da kam mir plötzlich die Erleuchtung: Natürlich kennst du den. Der war 1932 aus der SPD zu uns übergetreten. Und 1933 war er von uns zu den Nazis gegangen. Und nach dem Krieg war er CDU-Sekretär im Oberbergischen. Ich war der Redner der Versammlung, hatte folglich auch das Schlußwort und konnte jetzt den Gummersbachern – es waren ja auch viele Leute von anderer Seite da – plötzlich den politischen Lebensweg dieses Mannes erzählen, den dort am Ort keiner kannte. Unsere Genossen hielten mich für einen Hellseher. Der war ich aber nicht. Der Mann stammte aus Leipzig-Engelsdorf. Ich kannte den Weg dieses Chamäleons aus eigener Anschauung.

G.M.:

Es gab eine Begeisterungsstimmung im bürgerlichen Milieu in den Monaten Januar, Februar, März 1933?

J.S.:

Ja, ich würde sagen, diese Begeisterung war am stärksten im kleinbürgerlichen Milieu, im Beamtenmilieu, auch im Angestelltenmilieu, bis auf die relativ geringen Teile sozialdemokratisch beeinflusster Angestellter, während die Stimmung in den Arbeitervierteln ganz entgegengesetzt war. Auch in der Sozialdemokratie ging alles in die Richtung: jetzt müßte wirklich etwas geschehen. Das heißt, die Einheitsfrontstimmung war nie so stark wie in dieser Zeit zwischen dem 30. Januar und den Wahlen am 5. März.

F.D.:

Hast Du den 1. Mai 1933 in Leipzig miterlebt?

J.S.:

Ja. Da war es so, daß die große Masse derer, die dahin mußten, noch Gegner des Nazismus waren und ihren ADGB-Vorstand überhaupt nicht ver-

standen. Wer da zuhörte und beobachtete, der wußte, daß die große Masse der Arbeiterschaft nach wie vor antifaschistisch war. Zu diesem Zeitpunkt waren die KPD und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) bereits verboten.

G.M.:

Kannst Du ein Wort zur jüdischen Bevölkerung sagen? Wie hat sie reagiert?

J.S.:

Die jüdische Bevölkerung war tief erschrocken, eingeschüchtert, verstört, obwohl man immer begreifen muß, daß kein Mensch eine Vorstellung hatte von dem, was später kommen sollte. Keiner hätte es im 20. Jahrhundert für möglich gehalten, daß das, was der Phrase nach in „Mein Kampf“ oder in den antisemitischen Organen und anderen Materialien der Nazis stand, jemals verwirklicht werden könnte. Selbst die ersten pogromartigen Aktionen dann im April 1933, der Boykott jüdischer Geschäfte, hätten keinen ahnen lassen, daß in Deutschland so etwas möglich sein könnte. Dann setzte die Furcht, sicher auch die Überlegung ein: Wie lange kann man noch in Deutschland bleiben? Wird sich das Regime halten können? Aber da waren die Illusionen in der jüdischen Bevölkerung kaum geringer als in der Arbeiterbewegung. Auf jeden Fall war es ein Schrecken. Doch das, was dann kam, hätte kein Mensch für möglich gehalten.

4. Widerstand, Verhaftung, Zuchthaus

J.S.:

Ich habe einfach angefangen, illegal zu arbeiten, und dann wurde ich gewissermaßen „angeheuert“. Ein Genosse, der mich kannte, sprach mich daraufhin an, ob ich mit einigen älteren Genossen zusammenarbeiten würde. Er sagte mir überhaupt nicht, was das sein sollte – das war auch ein Schutzproblem. Wie ich in die Kurierarbeit bei der Bezirksleitung hineinkam – man nannte vieles damals Kurierarbeit nebenbei bemerkt –, das war so: Ich wurde gefragt, ob ich nicht die Wohnung meiner Mutter (mein Vater war Ende 1931 eines natürlichen Todes gestorben) für Beratungen von Genossen zur Verfügung stellen wollte. Ich sagte zu. Dann arbeitete bei uns in der Wohnung – wie ich später erst erfahren habe – die thüringische Bezirksleitung der KPD. Die hatte aus dem zu kleinen Erfurt, wo sie auch zu bekannt war, weggehen müssen – der engere Kopf dieser Leitung. Dann mußten sie aber auch sehr schnell aus Leipzig weg. Sie versuchten, andere Möglichkeiten in Thüringen zu finden. Ich wurde dann von dem für die Presse- und Agitationsarbeit verantwortlichen Genossen angeleitet – das war übrigens Rudolf Lindau, der Publizist und Historiker, der schon während des ersten Weltkrieges in der Hamburger Gruppe der Kriegsgegner um den Lehrer Knief war und eine großartige Erfahrung in der konspirativen Arbeit aus jener Zeit besaß. Bei ihm habe ich alles gelernt, was ich über illegale Methoden später wußte. Er heuerte mich gewissermaßen an für die Verbindung zu den Genossen, die dann die Vervielfältigungsarbeiten machten, und zu der Genossin, die die Manuskripte schrieb. Er war vorher ein führender Redakteur in der Partei gewesen, in Chemnitz und Dresden. Ich half mit bei der Erstellung von Flugblättern und Materialien. Das war die Arbeit, die ich dann auch fortsetzte, als er aus Leipzig wegging und ein anderer Redakteur, Karl Bobach aus Chemnitz, diese Arbeit fortsetzte. Auch er „übernahm“ mich, und ich machte diese Arbeit weiter. Wir gingen aber dann bald hoch. In Wirklichkeit durch eine frühere Genossin, die inzwischen als Lockspitzel benutzt wurde. Ein Danziger Redakteur, der vor 1933 bei der Roten Fahne war, war von der Gestapo durch Folterung umgebogen worden. Er suchte dann alle möglichen Genossen in anderen Städten im Reich auf, darunter auch – sie war früher mit ihm befreundet gewesen – diese Genossin. Sie war unsere Stenotypistin und wurde dann von der Gestapo benutzt, um uns einzufangen, einfach bei Treffs, die sie mit uns vereinbart hatte. Ich sollte ihr gerade ein Manuskript

zur Aufklärung über den Reichstagsbrandprozeß abliefern. So wurde ich am 1. November 1933 verhaftet. Ich ging gerade in eine Telefonzelle, hatte gar nichts gemerkt von den Gestapo-Leuten. Aber die dachten, ich hätte etwas gemerkt und wollte jemanden informieren. Sie kamen dann schnell in die Zelle, hielten mir die Pistolen vor. Das war am 1. November.

G.F.:

Kannst Du etwas über die Haft und über die Zeit im Gefängnis und im Zuchthaus sagen?

J.S.:

Die Haft war zu dieser Zeit am schlimmsten, solange man in den Händen der Gestapo war. Da war die Folterung gang und gäbe, weil sie versuchten, alles aus einem herauszuprügeln, was sie sich an Wissen und Auskünften erhofften. Bei mir gelang ihnen das nicht. Nur das, was diese Frau wußte, bekamen sie heraus. Das hatte die Wirkung, daß noch bei der Gerichtsverhandlung der Senatspräsident in für mich völlig unverständlichen schauspielerisch-pathetischen Ausführungen – dabei hatte er gar kein Publikum – sagte: „Aber Sie sagen bis heute nicht die Wahrheit.“ Nur weil sie ohnehin unsere Gruppe ziemlich komplett hatten, ließen sie es bei mir dann sein. Nach 30 Tagen kam ich in den sogenannten normalen juristischen Strafvollzug. Da waren zu dieser Zeit, zumindest in Sachsen, die Formen noch einigermaßen erträglich, auch die Beköstigung. Das traditionelle System, jedoch ohne die Vorteile, die früher in der Weimarer Republik der Überzeugungstäter gehabt hatte. Es war ein System, wo man nicht mehr gefoltert wurde, wo man als Untersuchungshäftling noch Zeitungen bestellen konnte. Ich habe mir die „Vossische Zeitung“ aus Berlin bestellt, die damals versteckt versuchte, noch gewisse versteckt-liberale Positionen zu vertreten. Dann hatte ich meinen Prozeß, den Prozeß mit den anderen Genossen, mit Karl Bobach, vorher Redakteur, und einem sächsischen Landtagsabgeordneten der Partei. Ich war bei weitem der Benjamin, denn ich war ja schon mit 18 Jahren verhaftet worden, und um mir Zuchthaus zu geben, mußte der Vorsitzende des Gerichtes sagen, meine Straftat hätte zwar vor der Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen, als ich noch nicht hätte Zuchthaus bekommen können, aber ich sei „voll reif“ gewesen und so weiter.

G.F.:

Sag mal, wie schafft man es, nicht auszusagen unter solchen Bedingungen?

J.S.:

Du schaffst es nur, indem Du schweigst oder nur aussagst, was sie von dir ohnehin wissen und was keinen *anderen* belastet, sonst schaffst du es nicht.

G.M.:

Woher weiß man denn, was sie wissen?

J.S.:

Du weißt es aus dem, was sie dir sagen. Ich wußte: wen haben sie schon. Das habe ich gesehen. Dadurch wußte ich, wen ich nicht belaste. Ich sagte mir: was wußte denn die Frau, die dir als Lockspitzel entgegengeschickt wurde, damit sie dich bei dem Treff bekamen. Sie wußte aber wenig von mir. Die wußte nur, daß ich ihr von anderen Manuskripte gebracht habe, die nicht in meiner Handschrift waren, die sie dann tippen sollte. Das hatte sie ja ohnehin ausgesagt. Von mir wußte sie sonst eigentlich nur folgendes: daß ich im September – weil ich dann mehrere Treffs mit ihr absagen mußte – einmal nach Berlin gefahren war. Und da konstruierten die, ich sei ein Verbindungsmann zum ZK gewesen. Das habe ich allerdings bis zuletzt bestritten. Und sie konnten es mir auch nicht nachweisen. Es stimmte übrigens auch wirklich nicht. Denn ich war nur nach Berlin gefahren, um für Rudolf Lindau einige Dinge zu regeln. Seine Frau wohnte damals noch in Berlin. Ich mußte – und da bin ich dann fluchtartig weg – noch einen Kontakt zu einer Familie in Reinickendorf herstellen, bei der gerade die Gestapo gewesen war. So war das. Aber das haben sie auch nicht beweisen können.

G.M.:

Du warst dann bis 1935 im Zuchthaus, zwei Jahre wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

J.S.:

„Vorbereitung zum Hochverrat“ – das war die generelle Anschuldigung damals, es sei denn, sie konnten dir Landesverrat wegen irgendwelcher militärischer Dinge nachweisen; wobei militärische Dinge auch sein konnten, daß du 1931 oder 1932 presserechtlich verantwortlich zeichnetest für eine Zeitung der Partei, und daß sie dann dort irgendeinen Artikel über die

Reichswehr entdeckten und behaupteten, das sei Militär-Spionage und somit Landesverrat. So war das beispielsweise bei Hans Fladung, dessen Erinnerungen ich jetzt herausgegeben habe.

G.M.:

Waren die Kommunisten schon vor 1933 von der Polizei katalogisiert?

J.S.:

Natürlich.

G.M.:

Und die Nazis konnten dann einfach nach diesen Listen vorgehen?

J.S.:

Die Verhaftung der kommunistischen Funktionäre und Parteiarbeiter am Abend des Reichstagsbrandes wurde aufgrund der Listen der politischen Polizei von 11.000 Funktionären in der Weimarer Republik vorgenommen.

G.M.:

Dann möchten wir fragen, wie die politischen Gefangenen im Zuchthaus die neue furchtbare Lage gesehen haben. Gab es Diskussionen, Kontroversen? Lief das politische Leben dort irgendwie weiter?

J.S.:

Das muß man sehr, sehr einschränken, weil ja, im Unterschied zu den großen Gemeinschaftsräumen im KZ oder zum Teil auch im Gefängnis, im Zuchthaus die meisten der politischen Häftlinge allein in den Zellen waren und sich kaum austauschen konnten; allenfalls waren sie zu zweit in einer Zelle. Dadurch war die Diskussion sehr begrenzt. Und soweit ich das aus eigener Erfahrung sagen kann, waren unsere Hoffnungen inzwischen sehr gedämpft. Dennoch würde ich meinen, haben vielleicht nur die erfahrenen Genossen – in Waldheim saßen damals sehr bekannte Führer der KPD, wie Ernst Schneller, Georg Schumann, der mir gegenüber in der Zelle saß, oder Fritz Selbmann – mit einer längerfristigen Stabilisierung des Faschismus gerechnet. Die jüngere Generation oder diejenigen, die nicht über diese politische Erfahrung verfügten, nahmen auch im Zuchthaus noch nicht an, daß der Faschismus sich über eine längere Zeit halten könnte.

F.D.:

Stimmt es, daß Du Dimitroff im Gefängnis begegnet bist?

J.S.:

Das war in Untersuchungshaft in Leipzig in der Elisenstraße. Es war die Zeit, wo der Prozeß in Leipzig lief und wo alle fünf Angeklagten im Reichstagsbrandprozeß mit uns saßen. Hier habe ich auch durch das Zellenfenster Dimitroff spazierengehen sehen und hatte auch eine zufällige Begegnung mit ihm. Das stimmt. Wir haben ihn natürlich – vor allem auch die jungen Genossen – unheimlich bewundert und geschätzt. Das war – wenn man will – ein Erlebnis, denn ich hatte ja schon vor meiner Verhaftung draußen sein Auftreten im Prozeß erlebt.

G.M.:

Ihr habt den Prozeß verfolgen können?

J.S.:

Ja, der Prozeß wurde ja überall in der Presse veröffentlicht. Die Verhandlungen wurden publiziert, sowohl in der Nazi-Presse als auch in den traditionellen bürgerlichen Zeitungen, die sich zum größten Teil angepaßt hatten, aber von der Information her so etwas noch brachten. Ich habe den Prozeß noch die ganze Zeit über verfolgen können. Und das war sehr aufüttelnd. Ich glaube, für alle Antifaschisten in Deutschland war es eine unerhörte Stärkung, die auch die illegale Arbeit beflügelt hat.

G.M.:

Gab es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten weitere Diskussionen um die Frage der Einheitsfront, um Schuld, Änderung der Strategie?

J.S.:

Die gab es. Aber bei uns im Zuchthaus war das sehr kompliziert. Beispielsweise in Waldheim im Zellenhaus saßen in den oberen Stockwerken auch Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten. Da wurde sicher auch, wo sich das machen ließ, in einzelnen Zellen viel diskutiert. Nur: ich befand mich in der Jugendabteilung, wo 18 - 21jährige saßen. Da waren etwa 15 politische Häftlinge, alles junge Kommunisten, und der einzige, der von der Sozialistischen Arbeiterjugend kam, hatte in der Illegalität bereits mit uns und für die KPD gearbeitet.

5. Emigration in der Tschechoslowakei

F.D.:

Wir sollten jetzt zur Emigration kommen.

G.M.:

Wie bist aus dem Deutschen Reich herausgekommen? Welche Staatsbürgerschaft hast Du gehabt?

J.S.:

Staatenlos.

G.F.:

Dein Vater war doch Beamter, wenn er Lehrer war? Und Beamte hatten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.

J.S.:

Nein, um Gottes willen. Mein Vater mußte nach seiner Flucht aus Polen in Deutschland einen kaufmännischen Beruf wählen. – Man nahm mir alle Papiere ab, und ich bin dann im autoritären halbfaschistischen Polen illegal gewesen. Ich habe mich zu Verwandten durchgeschlagen und versucht, so schnell wie möglich Anschluß an die deutsche Emigration in Prag zu finden. Das war dann vor Weihnachten 1935. Es war nur eine kurze Episode in Polen, ich bin da nur durch, um Geld zu bekommen, und zwar ohne alle Papiere.

G.M.:

Die nächste Station war dann Prag. Die Tschechoslowakei ist von allen Emigrationsländern vielleicht dasjenige, von dem wir am wenigsten wissen. Was hast Du in Prag gemacht? Du hast Kontakt mit anderen Emigranten gehabt, wie sah das aus? Wie war der Alltag, wie hast Du in Prag gelebt?

J.S.:

In Prag und in der Tschechoslowakei überhaupt war eine sehr starke deutsche Emigration. Zunächst war sie stärker als irgendwo sonst, weil dieses Land nah war und weil Kommunisten und Sozialdemokraten zunächst auch hier ihre Auslandsleitungen hatten. Wir waren ja in Prag als kommunistische Emigration einige Hundert. Durch die antifaschistische Solida-

rität der tschechoslowakischen Partei und anderer dortiger antifaschistischer Organisationen gab es einige Emigrantenheime, in denen wir – natürlich sehr ärmlich und unter schwierigen Bedingungen – lebten. Aber wir waren untergebracht, hatten primitiv zu essen. Wir arbeiteten an uns selbst, bildeten uns weiter. Wir versuchten, unter der tschechischen Arbeiterbevölkerung Aufklärungsarbeit über den deutschen Faschismus zu leisten. Und davon getrennt – einfach auch, um den Polizeibehörden keinen Einblick zu gewähren – operierten diejenigen, die unmittelbar nach Deutschland hinein arbeiteten. Ich wurde sehr bald, nach einer kurzen Zeit im Emigrantenheim, in diese Arbeit einbezogen. Ich arbeitete dann unmittelbar mit den Vertretern des ZK und des Politbüros, die damals in Prag waren. Wir nannten es auch Kurierarbeit. Ich half, Genossen aus dem Ausland zu empfangen, ihnen Quartiere zu besorgen, Geld zu beschaffen. Auch gehörte die Verbindung zur Grenzarbeit dazu. Ich wurde dann mit einer Gruppe der führenden Genossen – dazu gehörte u.a. Anton Ackermann – in Prag verhaftet. Man darf nicht vergessen, daß die Nazi-Diplomatie ständig auf alle Nachbarländer Druck ausübte, in denen politische Emigranten lebten und Zeitungen, Zeitschriften der politischen Emigration, der kommunistischen, der sozialdemokratischen, sogar der linksbürgerlichen erschienen – und in Prag gab es sehr viele solcher Organe. Die Nazis nahmen Einfluß, damit die Behörden die Arbeit nach Deutschland hinein unterbanden. Die tschechoslowakische Regierung – es war damals eine rechtsbürgerlich geführte Regierung – widersetzte sich verständlicherweise nicht allzusehr diesem Druck. Es wurden oft Genossen verhaftet. Manchmal versuchte man sogar, sie an das faschistische Deutschland auszuliefern. Das gelang in den allermeisten Fällen nicht, weil der Druck der antifaschistischen Kräfte in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit zu stark war. Auch ich wurde verhaftet, als „Komintern-Agent“, wie sie das nannten, dann aus Prag ausgewiesen und in einen damals winzigen mährischen Ort – er hat später eine große industrielle Entwicklung in der sozialistischen Ära erlebt – verbannt, unter Polizeiaufsicht. Ich durfte nicht weiter als fünf Kilometer gehen oder fahren und mußte mich immer melden. Und dort habe ich auch Tschechisch gelernt. In Prag konnte ein Emigrant nicht Tschechisch lernen, weil zu viele Leute Deutsch konnten oder er weitgehend in Emigrantenkreisen verkehrte. Dort aber war ich ganz allein auf mich gestellt, mußte mich also allmählich mit den tschechischen Genossen und Freunden verständigen und habe dann auch Tschechisch gelernt; habe aber leider das meiste wieder vergessen.

F.D.:

Warst Du damals eigentlich schon verheiratet?

J.S.:

Nein, meine Frau habe ich erst in London kennengelernt und habe dort erst geheiratet.

G.M.:

Kannst Du noch etwas über Prag berichten? Wie war die politische Stimmung der Bevölkerung? Es gab auch einen deutschen Bevölkerungsteil und ein großes jüdisches Prag, das teilweise deutschsprachig war?

J.S.:

Prag wäre ein Riesenthema. Natürlich war die große Mehrheit der Bevölkerung rein tschechisch. Der deutsche Anteil an der Bevölkerung – ich habe leider keine Zahlen – war nicht sehr stark. Dieser deutsche Anteil war groß- und mittelbürgerlich. Selbst der kleinbürgerliche Anteil war relativ gering. Deutsche Arbeiter waren ganz selten in der Prager Bevölkerung. Vielleicht waren es spezialisierte Facharbeiter, die aus Nordböhmen eingewandert waren. Insofern war der deutsche Anteil an der Bevölkerung absolut untypisch etwa für die Stimmung der Bevölkerung in Nordböhmen, in den Sudeten. Das heißt, die große Zahl von deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten, die man dort in der Arbeiterbevölkerung fand, gab es in Prag nicht. Der deutsche Bevölkerungsteil ging relativ schnell von den ehemals bürgerlich-nationalistischen Parteien zur nazistischen Henlein-Bewegung über. Die Prager tschechische Bevölkerung reflektierte das allgemeine politische Spektrum, natürlich insbesondere Sozialdemokraten, Kommunisten und die Strömung der Masaryk-Beneš-Richtung, die sich Narodny-Socialisti – Volkssozialisten – nannte und eine Art radikaldemokratische Partei war. So etwa nach dem Muster der französischen Radikalsozialisten und eine betont nationale Partei mit einer kleinbürgerlichen Massenbasis, die aber aufgrund der historisch-nationalen Traditionen auch in die Arbeiterklasse hineinreichte. Auch bürgerliche und rechte Strömungen gab es natürlich; allerdings: die Massenbasis der nationalen Agrarpartei, die damals an der Regierungsspitze stand, lag auf dem Lande und weniger in Prag oder den Industriestädten.

F.D.:

Deine Zeit in Prag fällt ja in die Periode nach dem VII. Weltkongreß und der Brüsseler Konferenz. Wie habt Ihr in Eurer konkreten Arbeit diese neue Orientierung umgesetzt? Dabei stellt sich eine weitere Frage: Gab es von seiten der Sozialdemokraten – da könnte man an das Prager Manifest⁵ denken, die Gruppe Klassenkampf, die daran wesentlich beteiligt war, die aber keineswegs die führende Strömung der Sozialdemokratie repräsentierte – oder von anderen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung bessere Möglichkeiten des Zusammenwirkens?

J.S.:

Wir haben zunächst natürlich Weltkongreß und Brüsseler Konferenz⁶ theoretisch verarbeitet, in intensiven, langen Diskussionen. Wir waren zwar irgendwie vorbereitet, insbesondere durch die französische Entwicklung, die wir ja bereits verfolgen konnten. Aber dennoch brachten der VII. Weltkongreß und Brüssel für uns viel Neues. Die gründliche theoretische Verarbeitung dessen, was damit verbunden war, erfolgte in diesen Diskussionen Ende 1935 und 1936. Ich kam ja erst Ende 1935 in die Emigration. Das war für uns ein entscheidender Einschnitt. Ich würde sagen, die ganze Generation kommunistischer Funktionäre – auch die, die es später erfahren haben in den Gefängnissen und Zuchthäusern, in den Diskussionen mit jenen, die diese Dokumente gelesen hatten – ist wesentlich davon geprägt. Es war der entscheidende Einfluß auf unsere ganze theoretische und politische Entwicklung und eine tiefe selbstkritische Aufarbeitung unserer Fehler.

F.D.:

War das für Dich persönlich ein schwieriger Lernprozeß? Wir hatten ja vorhin davon gesprochen, daß Du mit 16 Jahren auch den typischen Radikalismus des Jugendlichen vertreten hattest.

J.S.:

Ich würde sagen, ja. Obwohl ich andererseits auch glaube – das mag jetzt aber ein schönfärbender Irrtum aus der Erinnerung sein –, daß es mir verhältnismäßig leicht gefallen ist. Aber wie gesagt, das kann ein psychologischer Irrtum sein. Wir haben wirklich sehr bald – schon 1934/35 im Zuchthaus – darüber nachgedacht: haben denn nur die Sozialdemokraten Fehler gemacht, oder haben nicht auch wir Fehler gemacht? Worin bestanden die-

se Fehler? Darüber hat man natürlich schon im Zuchthaus nachgedacht, das ist selbstverständlich.

G.M.:

Die Frage war noch: Wurden die Diskussionen mit der Sozialdemokratie leichter nach dem „Prager Manifest“?

J.S.:

Das Problem ist, daß die ersten Ansätze von Diskussionen und Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Emigration bald von der Spitze des SPD-Emigrationsvorstandes abgebrochen wurden, so daß eigentlich nur oppositionelle Sozialdemokraten sich auf Diskussionen mit uns einließen. Dies gilt insbesondere für Sozialdemokraten, die sich schon früher abgespalten hatten, etwa Vertreter der SAP, in Prag besonders Max Seydewitz und seine Freunde. Die Führung der Sozialdemokratie in der Emigration selbst um Wels, Vogel, Ollenhauer oder Stampfer hatte sich zunächst noch die Gespräche an der Spitze reserviert, sie aber dann bekanntlich nach einem Gespräch mit Ulbricht und Dahlem bald wieder abgebrochen, so daß diejenigen, die sich mit uns trafen, Leute waren, die gegen die Politik der Führung Sturm liefen. Als wir dann 1936/37 begannen – ich war ja damals noch Jugendlicher und ein Teil unserer jungen Gruppe in der Partei –, Verhandlungen mit SAJ, SJV aufzunehmen, da geschah das in Richtung auf die Bildung einer gemeinsamen antifaschistischen Jugendorganisation, die ja dann in Paris und Prag auch gegründet wurde: die FDJ. Das waren schon Gespräche mit einheitsfrontbereiten Leuten. Willy Brandt hatte ja damals den Volksfront-Aufruf unterschrieben für die Jugend der SAP. Fritz Lamm in Prag, den ich damals in diesem Diskussionszirkel kennengelernt habe, hat diesen Aufruf, soviel ich weiß, unterschrieben.

F.D.:

Worauf würdest Du das zurückführen? Es hat doch in der Periode nach dem VII. Weltkongreß und während des spanischen Bürgerkrieges zahlreiche Einheitsfrontinitiativen gegeben. Ich denke z.B. an die italienische Arbeiterbewegung. Das Einheitsfrontbündnis zwischen PSI und PCI hat sehr lange gehalten – im Grunde genommen bis zu den frühen 50er Jahren. Warum kam es in der deutschen Emigration und im Widerstand nicht zu ähnlichen Formen der antifaschistischen Kooperation? Haben da die Kämpfe von vor 1933 – als historischer Ballast – noch starke Wirkung ausgeübt?

J.S.:

Ich glaube vor allen Dingen, daß bei den Italienern die langen Erfahrungen des Faschismus eine größere Rolle spielten. Dann auch, daß bei ihnen der unmittelbare französische Einfluß – die Führung ihrer Emigration war ja meistens in Paris – sehr viel stärker gewirkt hat als bei uns. Aber auch von der ganzen historisch-kulturellen Tradition her kamen in Paris entsprechende Impulse. Natürlich stand bei uns die sozialdemokratische Führung ohnehin sehr viel weiter rechts und war in der Emigration stärker beeinflußt von sozialdemokratischen Parteien wie der Labour Party in England oder den skandinavischen Parteien, die viel enger mit bürgerlich-parlamentarischer Politik verbunden waren, wo diese historisch ja nicht erschüttert war. Dadurch war eine ganz andere politische Bindung da. Es ist ja kein Zufall, daß sich Max Seydewitz und auch andere linke Sozialdemokraten in der Emigration, selbst Personen vom früher rechten Flügel, wie Breitscheid in Paris, sich der Zusammenarbeit mit der KPD stärker genähert haben als der eigentliche Kern des Parteivorstandes der SPD.

F.D.:

Darf ich noch eine Frage hinzufügen: Es wird von Sozialdemokraten oft gesagt, daß nach 1935 die Bedingungen für die Einheitsfrontpolitik durch die Moskauer Prozesse, dann durch Ereignisse in der zweiten Hälfte des spanischen Bürgerkrieges selbst verschlechtert wurden. Welche Rolle hat das tatsächlich gespielt?

J.S.:

Für eine ganze Reihe sozialdemokratischer Funktionäre wird das zutreffen, insbesondere was die Prozesse damals in der Sowjetunion betrifft. Für die rechte Spitze ist das wohl eher ein heute vorgebrachter Vorwand. Denn es ist historisch ablesbar, daß sie nach dem Prager Manifest (Januar 1934) die praktische Kooperation zunächst verzögert haben, um sie dann zu verhindern. Das ist auch erwiesen durch die Stellungnahmen vieler linker Sozialdemokraten der Klassenkampf-Gruppe aus dieser Periode. Und es ist ja vor allem noch später nachweisbar in der Haltung der Gruppen aus dem Vorstand in England und erst recht in den USA.

G.M.:

Haben diese Prozesse auch innerhalb der KPD gewirkt? Sie wurden ja in breitem Maßstab publiziert, die Protokolle waren öffentlich.

J.S.:

Sie haben uns – ich habe es schon mehrfach in Diskussionen gesagt – alle erschüttert. Aber wir haben natürlich an die Existenz von Spionage und Sabotage von seiten der Nazis und des deutschen Generalstabs geglaubt. Und wir haben vor allen Dingen daran geglaubt, daß die faschistische Führung – da sie wußte, daß die Sowjetunion das stärkste antifaschistische Bollwerk war – versuchen mußte, die stärksten Unterminierungsversuche in der Sowjetunion zu unternehmen. Und auch wenn wir uns nicht erklären konnten, wie aus alten Kommunisten Verräter geworden sein sollten – das konnten wir uns nicht erklären –, war uns doch eines klar: vielleicht sind sie, ohne daß sie es wußten, durch ihre oppositionelle Haltung in die Netze der faschistischen Geheimdienste gegangen. Das ist schwer zu glauben heute. Aber wenn Ihr Euch einmal ansieht, wie bürgerliche Antifaschisten jener Jahre reagiert haben – nehmt britische bürgerliche Diplomaten, die damals in Moskau in der Botschaft stationiert waren, vielleicht als junge Diplomaten, die keine ausgesprochenen Sowjetfeinde und in gewissem Sinne sogar Antifaschisten waren –, die reagierten genauso wie wir, das heißt: sie glaubten daran. Und in dem Briefwechsel der beiden vielleicht größten damaligen deutschen Physiker, beide Emigranten, Albert Einstein und Max Born, schreibt dieser an Albert Einstein in Amerika und fragt, wie er denn diese furchtbaren Prozesse einschätzt.⁷ Und Einstein antwortet ihm genau wie wir geantwortet haben: Ich bin fest davon überzeugt, daß die Nazis alles versuchen, um dort einzubrechen, denn sie wissen genau: das ist das Bollwerk des Antifaschismus. (Ich habe hier nur sinngemäß zitiert.) Oder die britische liberale Presse, der führende außenpolitische Korrespondent des liberalen „News Chronicle“, der als Berichterstatter an den Moskauer Prozessen teilnahm. Unabhängig von den furchtbaren Einzelheiten, auch wenn man sie im Detail nicht glauben mochte, mußte man annehmen: irgendwie versucht der Nazi-Spionageapparat dort eine gewaltige Unterminierung. Wir wissen heute, daß es anders war. Nur: daß man in der Situation des Naziterrors, des Antikommintern-Paktes von 1936, der Nürnberger Parteitage, des wütenden, massiven Antikommunismus und Antisowjetismus daran glauben konnte, das werfe ich mir bis heute nicht vor.

F.D.:

Ich möchte schon an dieser Stelle eine Frage einfügen, die sich im Blick auf bestimmte Gegenwartserfahrungen aufzudrängen scheint. Nicht wenige

aus jüngeren Generationen, die das Gefühl haben, die Arbeiterbewegung erleide nur Niederlagen, die kommunistische Bewegung komme nicht voran, reagieren mit Resignationstendenzen. Wenn wir nun die Periode zwischen 1933 und 1941 betrachten – die Niederlage von 1933, KZ, Folter und Emigration, die Niederlage der Antifaschisten in Spanien, der Beginn des zweiten Weltkrieges, der Überfall auf die Sowjetunion bis zu Stalingrad –, dann stellt sich doch die Frage, wie verkraftet man eigentlich ein solches Jahrzehnt psychologisch? Wir haben doch vorher von den großen Hoffnungen und Erwartungen gesprochen, die Dich als 16jährigen 1931 in den Kommunistischen Jugendverband geführt haben. Du hast selbst von dieser starken Hoffnung gesprochen: eine neue revolutionäre Periode muß anbrechen, der Kapitalismus ist reif für die proletarische Revolution. Und jetzt wurden die revolutionären Kräfte geschunden und gejagt. Außerdem darf man die schwierige Situation in der Sowjetunion nicht vergessen. Also, wie kommt man da durch?

J.S.:

Ich glaube, da muß man stärker die dialektischen Aspekte des widerspruchsvollen Entwicklungsprozesses sehen. Es war eben nicht nur eine Periode von Niederlagen. Es ist eben Angriff und Gegenangriff. Es ist Vormarsch der Reaktion und des Faschismus, und es ist eine massive Abwehr in Frankreich, in Spanien, ein antifaschistischer Aufschwung in den parlamentarischen Demokratien in Westeuropa und in Nordamerika. Es ist gleichzeitig, was man nie vergessen darf, eine gewaltige Periode der Stärkung und des Aufbaus in der Sowjetunion. Das kann man ja aus der Geschichte nicht streichen. Für uns deutsche Antifaschisten, für die spanischen Republikaner und französischen Antifaschisten, später natürlich, in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges, für alle Antifaschisten, für alle progressiven Kräfte in Westeuropa, in Nordamerika, wahrscheinlich in der ganzen Welt schien es ein zunächst einseitiger Prozeß des Vormarsches der Weltreaktion, des Faschismus. Aber wie gesagt, für uns war es kein geradlinig negativer Prozeß. Es war ein Prozeß, in dem es auch machtvolle Aufschwünge der antifaschistischen Bewegung und eine ungeheuerere Stärkung der Sowjetunion gab – bei all dem, was dort gleichzeitig innenpolitisch vor sich gegangen war. Das relativiert die einseitige psychologische Beeinflussung. Aber es kommt, glaube ich, noch etwas anderes hinzu. Aufgrund der historisch-politischen Grundkonstellation war den politisch überzeugten Sozialisten ja keine andere Alternative möglich. Sollten sie resignieren –

aus Mangel an Erfolg? Dazu war, glaube ich, bei denen, die in der kommunistischen Bewegung arbeiteten, aber auch bei den bewußten Sozialisten in der Sozialdemokratie die Überzeugung zu stark und auch das historische Denken zu sehr verankert. Manchmal war die Überzeugung vielleicht einfach naiv, eine naive Grundüberzeugung. Wir dachten in historischen Perspektiven. Wir alle wußten: die Arbeiterbewegung ist schon ziemlich alt. Die Alten hätten ja längst aufgeben müssen, wenn sie in so kurzen historischen Fristen gedacht hätten. Da hätten sie schon in Deutschland zur Zeit des Sozialistengesetzes aufgeben müssen. Für uns war es ja auch eine Frage der historischen Gesamtentwicklung, die Lage so einzuschätzen, solange man – das war das große Problem – davon überzeugt sein konnte, daß die Faschisten nicht durchkamen.

G.M.:

Aber die Faschisten hatten dauernd Siege zu verbuchen!

J.S.:

Sie hatten gewaltige Erfolge, aber keine andauernden. Wir wußten im Grunde genommen – man mag das mit religiösem Glauben vergleichen –, wir waren überzeugt davon: sie kommen in der Sowjetunion nicht durch.

G.M.:

Nur – die politische Identität mancher Genossen ist auch zerbrochen. Peter Weiss beschreibt das eindrucksvoll: zerbrochen nicht nur an den Widersprüchen der Politik, sondern auch an der materiellen Not in der Emigration, an der Isolation, an den dauernden Verfolgungen, an Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, auch am Mißtrauen. Überall waren ja auch Gestapo-Leute.

J.S.:

Weißt Du, ich habe das ja in der kommunistischen Bewegung erlebt – im Unterschied zu Peter Weiss. Das soll nicht heißen, daß sein Roman keine richtigen und sehr wichtigen Aussagen über jene Zeit enthielte. Das ist absolut der Fall.⁸ Nur: wenn man sich einmal überlegt: wer ist aus dem Kern der kommunistischen Emigration, wie ich ihn in Prag und später in London gekannt habe, denn wirklich abgefallen? Ganz, ganz wenige. Ein verschwindend geringer Prozentsatz. Und der vielleicht mehr aus privaten als aus politischen Gründen. Das ist eine Tatsache. Der ist

dann zum Beispiel beruflich einen anderen Weg gegangen, ist deshalb in England geblieben oder hat sich aus der Politik zurückgezogen. Das gilt für einige, aber nur sehr wenige. Damit will ich nicht sagen, daß es in Schweden genauso gewesen sein muß, obwohl ich das annehme. Anders war es an der Peripherie. Aber da muß man wieder sagen: unsere Emigrationsgruppe beispielsweise hat, später durch die Internierungslager befördert, Hunderte junge jüdische Emigranten zu Kommunisten gemacht. Sie mußten als Kinder oder Jugendliche aus Deutschland oder Österreich mit ihren Eltern weg, wurden in der Emigration zu Kommunisten und sind dann meist nach Deutschland, in die spätere DDR, zurückgegangen. Mit uns kamen sie zusammen, weil sie zunächst eine gesellige Organisation suchten. Sie begegneten uns in der FDJ oder dann in der Internierung.

G.M.:

War das in der Tschechoslowakei?

J.S.:

Hauptsächlich in England, aber auch schon in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei fing es an, da hatte diese Arbeit aber noch geringen Umfang, weil ja da nicht allzu viele Emigranten waren, fast nur politische Emigranten.

F.D.:

Ich will noch einmal auf die psychologische Problematik zurückkommen. Ich stelle mir vor, gerade jetzt in Prag, wahrscheinlich noch stärker als in England, obwohl da die Kriegssituation hinzukommt, man hat Angst. Es scheint doch normal, daß man in einer solchen Situation auch Angst hat. Politische Arbeit – vor allem von Kommunisten – hat auch damit zu tun, daß man einerseits durch Wissen über welthistorische Prozesse, andererseits aber auch durch die Kraft der Solidarität diese Angst immer wieder überwindet. Was waren denn solche Ereignisse in der damaligen Zeit, die Ihr wie Siege gefeiert habt? Haben zum Beispiel die chinesischen Ereignisse Mut gemacht?

J.S.:

Kaum. In der Tschechoslowakei wohl noch nicht. Was eine Rolle gespielt hat, waren erstens die Aufbauenerfolge in der Sowjetunion, trotz aller inneren Komplikationen. Zweitens der Nachweis der Verteidigungsfähigkeit

der Sowjetunion bei den japanischen Überfällen 1937/38 und die Rolle, die die Sowjetunion begann, in der internationalen Politik zu spielen, nachdem 1935 die Verträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei zustande gekommen waren. Drittens – das ist jetzt keine Rangordnung – die antifaschistischen Ereignisse in Spanien, die gewaltigen Energien, die Frankreich und Spanien für die Volksfrontideen, für die antifaschistische Front überhaupt in Westeuropa auslösten – auch die großartige kulturelle Bewegung, die hiermit verbunden war. Weltberühmte Künstler und Wissenschaftler näherten sich dem Marxismus, den Kommunisten an. Viele führende Geister Europas begriffen: der Kommunismus ist die Hauptkraft des Antifaschismus, dadurch aber auch die zivilisatorische, kulturelle Kraft der Gegenwart. Das waren unerhörte Erlebnisse. Auch die Solidarität mit Dimitroff, mit Thälmann, die von Romain Rolland, von Barbusse, von Hunderten anderer getragen wurde, spielte eine große Rolle. Vor allem in Frankreich, in England und in den USA gab es eine Hinwendung zahlreicher Wissenschaftler zum Marxismus.

G.F.:

Jetzt wart Ihr ja insofern auch wieder – trotz allem – in einer politisch (ich sage: politisch!) privilegierten Situation, als Ihr der sozialen Basis von Anpassung, die es damals in Deutschland gegeben hat, selbst als Emigranten entzogen gewesen seid. Die ganzen Gratifikationen, die der Faschismus auf seine eigene Massenbasis verteilt hat, das habt Ihr unmittelbar nicht zu spüren bekommen. Der Anpassungsdruck lastete auf Euch nicht.

J.S.:

Nein. Der Stamm der kommunistischen und sozialdemokratisch-bewußten Arbeiter, erst recht derer, die Widerstand geleistet haben, aber derer auch, die die Kraft nicht aufbrachten, aktiv Widerstand zu leisten, die aber passiv abwartend ihre Gesinnung behielten, die haben diesem Druck eigentlich nicht nachgegeben. Es sind Millionen, die diesem Druck im Innern vom Denken her nicht nachgegeben haben, schon gar nicht in den allerersten Jahren, bestimmt nicht vor den Kriegserfolgen.

G.F.:

Die Umstellung auf die Illegalität im Lande selbst, Umstellung auf Fünfer-Gruppen hat ja bedeutet, daß große Teile der Genossen dann organisatorisch fast nicht mehr erfaßt gewesen sind, fast nicht mehr betreut wurden.

Und dann: der weitere Kreis der Arbeiter-, Kultur- und der legalen Massenorganisationen ist entfallen, und an ihre Stelle treten nun die faschistischen Massenorganisationen, von denen man zumindest eine fast nicht vermeiden konnte, nämlich die Deutsche Arbeitsfront. Das heißt, viele, die vorher fest eingebunden waren, sind nun im Faschismus in einem luftleeren Raum gewesen, der aber sehr schnell mit neuen Organisationsformen gefüllt wurde, die von den Faschisten beeinflusst gewesen sind. Im Vergleich dazu konntet Ihr ja noch sozusagen unter Laboratoriumsbedingungen arbeiten.

J.S.:

Wir lebten sozusagen unter natürlich gegebenen *antifaschistischen* Bedingungen. Es war kein Kunststück, in der Emigration Antifaschist zu sein. Aber man war es ja schon vorher und hatte es in der illegalen Arbeit und im Zuchthaus bewiesen.

G.M.:

Du hast auch einige der sozialdemokratischen Emigranten kennengelernt. Wie sahen diese Begegnungen aus? Hast Du Max Seydewitz gekannt?

J.S.:

Man darf nicht vergessen, ich war ja ein ganz junger Spund, und da war es klar, daß ich zunächst zu den Älteren, Reiferen aufblickte und sie im Umgang kaum – außer unsere eigenen Genossen – kennenlernte. Ich habe solche Genossen von der anderen Seite eigentlich nur gehört, wenn sie einmal im kleineren oder auch größeren Kreis öffentlich auftraten. Ich glaube, ab 1936 gab es in Prag für die linke Intelligenz den Bert- Brecht-Club. Dorthin kamen auch Vertreter der Prager deutsch-jüdischen Intelligenz. Da habe ich zum ersten Mal Ernst Bloch erlebt. Und dort sprachen dann auch mal andere Vertreter der Emigration; die offizielle Sozialdemokratie nicht, aber linke um die „Neue Weltbühne“ gruppierte Kräfte.

Hauptsächlich trafen sich unsere Leute in diesem Bert-Brecht-Club. Egon Erwin Kisch und andere sprachen da, auch tschechische Literaturwissenschaftler, Künstler, soweit sie deutsch referieren konnten. Irgendwo habe ich dann auch mal Seydewitz gehört, aber natürlich nicht auf der Ebene eines gleichrangigen Verhandlungspartners mit ihm gesprochen. Die Emigrationsleitung hatte damals bei uns Wilhelm Koenen, der ja auch später in London war. Ich durfte aber, seit ich in der unmittelbaren Deutschlandar-

beit war, nicht in diesen Emigrationsumkreis gehen, weil ich sonst mich und andere, die mit mir arbeiteten, gefährdet hätte. Ich wäre dann der tschechischen politischen Polizei aufgefallen. Ich figurierte in Prag als Student, und obwohl ich nicht inskribiert war, saß ich jeden Morgen früh um 8.00 Uhr pünktlich in der Universitätsbibliothek. Das waren meine historischen und philosophischen Studien. Anders wäre ich dazu nie gekommen. Wenn man mit 18 Jahren in den Knast kommt, kann man es anders nicht machen.

F.D.:

Was hast Du gelesen?

J.S.:

Angefangen habe ich mit Marx, Engels, Mehring plus Historie überhaupt. In diesen Bereichen hatte ich schon früher gelesen. Ein Genosse, der Erinnerungen aus der Emigration publiziert hat, behauptete, ich sei schon damals theoretisch gebildet gewesen. Das ist sehr geschmeichelt. Aber ich hatte sicher gelesen oder einfach Wissen gesammelt, ganz unsystematisch, während ich in Prag schon systematischer Geschichte und Philosophie gelesen habe.

G.F.:

Wann hast Du angefangen zu schreiben?

J.S.:

Zu schreiben habe ich viel später angefangen. Die allerersten schriftlichen Versuche datieren zurück auf die erste Illegalität in Leipzig, wo ich so kleine Flugblatt- oder Aufklebertexte gemacht habe und zu den Materialien, die man mir gab, Stellungnahmen und Beurteilungen anfertigte. Oder man wollte eine Kritik haben von mir: Wie schätzt Du die Betriebszeitung ein? Wie beurteilst Du den Inhalt, die Sprache? Das waren überhaupt die ersten schriftlichen Versuche.

G.M.:

Hast Du regelmäßig geschrieben?

J.S.:

In Prag noch nicht, nein. In Prag habe ich für Ernst Reinhardt (Alexander

Abusch), der damals die illegale Rote Fahne redigierte, damit ich nicht nur in meinen technischen Arbeiten und in meinen Selbststudien aufging, eine Kritik der „Roten Fahne“ gelegentlich geschrieben. Aber das waren keine selbständigen Arbeiten. Mein erster Versuch datiert in die Zeit unmittelbar nach Prag. Meine Mutter hatte meine Exzerpte aus dem Zuchthaus gerettet. Da ich im Zuchthaus viel über die Rassentheorie gelesen habe, schrieb ich dann in Mähren meinen ersten, etwa 70-seitigen Text über die Rassentheorie. Der ist aber nie veröffentlicht worden. Bei der Übersiedlung nach London ist er zusammen mit meiner zweiten Bibliothek verlorengegangen. Ich bin ja noch am 11. März mit einem Flugzeug der KLM herausgekommen, und am 15. März 1939 war Prag besetzt. Viele unserer Genossen sind damals an der tschechisch-polnischen Grenze hochgegangen: Max Reimann, Walter Bartel und viele andere sind nicht mehr aus der Tschechoslowakei herausgekommen.

G.M.:

Kannst Du noch etwas über das jüdische Prag sagen, das dann von den Nazis vernichtet wurde?

J.S.:

Das jüdische Prag: da muß man differenzieren. Es war auch wieder – die quantitativen Verhältnisse kann ich nicht angeben – ein *geteiltes* Prag. Ich würde sagen, das ärmere kleinbürgerlich-jüdische Prag war ein tschechisches Prag, hatte die tschechische Sprache und Kultur angenommen. Das reichere, mittel- bis großbürgerliche jüdische Prag hatte starke Wurzeln in der österreichischen Zeit, stammte teilweise auch aus den deutschsprachigen Städten der tschechoslowakischen Republik oder des früheren Königreiches – Karlsbad, Reichenberg usw. – und war ein deutschsprachiges Prag. Die Prager literarische Tradition des jüdischen Bürgertums war hauptsächlich deutsch. Das war das intellektuell-mittelbürgerliche Milieu. Dennoch gab es einen sichtbaren Bruch. Du hattest immer jüdische Familien, die tschechisiert – so nannten sie es – waren, und du hattest die traditionell deutschsprachigen, auf Wien orientierten Familien. Auch in den tschechischen sprach man noch deutsch, oder man kannte es zumindest. Man war aber bewußt übergegangen auf die tschechische Seite, aus Sympathie zur Republik, wegen der heranwachsenden Kinder oder aus anderen Gründen. Aber Bekanntschaften hatten wir natürlich hauptsächlich mit unseren eigenen Genossen: Egon Erwin Kisch, der in den Emigranten-

heimen als Zauberer auftrat – ich habe ihn dort selbst erlebt – oder Franz Carl Weiskopf, der ja bereits in Berlin mit der KPD gearbeitet hatte und dann in der Emigration weiter in der deutschen antifaschistischen Presse schrieb. Es gab eine ganze Reihe dieser bereits mit der deutschen oder mit der österreichischen Partei verbundenen Freunde. Wir haben sie erlebt durch die Solidarität der – naturgemäß – antifaschistischen Juden, die uns irgendwie halfen, indem sie uns Mittagstische gaben oder die Möglichkeit, ihren Kindern Stunden zu geben. Ich habe das dann später in Mähren noch mit dem tschechischen Bürgertum in meinem Verbannungsort erlebt. Ich konnte mich ja nur aufrecht erhalten, indem ich sämtliche Stunden annahm, die ich bekam.

G.M.:

Nachhilfestunden?

J.S.:

Klavierstunden, deutsche Konversationsstunden, Englischstunden, alles, was ich kriegen konnte. Das Englisch war relativ gut, weil ich ja schon auf dem Realgymnasium damit begonnen hatte. Es fiel mir auch furchtbar leicht. Einem Mann aus der Verwaltung des Schlosses des Grafen Kinski, bei dem der Lord Runciman als erstes Station machte, der für Chamberlain versuchte, das Münchener Abkommen vorzubereiten, habe ich deutsche Konversation unterrichtet. So habe ich mich durchgeschlagen. Die jüdischen Bürger haben uns selbst als Kommunisten geholfen. Manche waren ja auch ausgesprochen links oder sympathisierten sogar mit den Kommunisten. Sie haben uns Wohnungen zur Verfügung gestellt. Bei einer solchen Familie, die tschechisch war, habe ich einen – wenn Ihr wollt – meiner besten Jugendfreunde gefunden, wahrscheinlich der begabteste junge Musiker, den die Tschechoslowakei damals hatte: Gideon Klein. Er ist dann von Theresienstadt nach Auschwitz deportiert und dort ermordet worden. Die Mutter und die Schwester dieses jungen Pianisten und Komponisten waren Kommunistinnen, und ihre Wohnung – eine gute bürgerliche Wohnung – diente auch dem ZK-Sekretariat der KPD als Sitzungsraum, das damals noch in Prag war.

6. In London (1939 – 1946)

F.D.:

Wann und wie bist Du nach England gekommen, wo hast Du gelebt? Hast Du die ganze Zeit in London gelebt?

J.S.:

Ich bin, wie gesagt, am 11. März 1939 als einer der Jugendlichen, die ein Visum von der fortschrittlichen britischen Studentenbewegung erhalten hatten, nach London gekommen. In London mußte ja eine Garantie gegeben werden. Da ich vom „British Youth Peace Assembly“ – das war ein Bündnis antifaschistischer Jugend- und Studentenvereinigungen im Kampfe gegen Faschismus und Krieg, eine Art Volksfrontorganisation – eine Visumsgarantie bekommen hatte, konnte ich im März nach London. Ich hatte, für ein Emigrantenschicksal, Glück: ich war die ganze Zeit über, die ganzen 7 1/2 Jahre in London. Anfangs durften wir ja nicht arbeiten, wir bekamen keine Arbeitserlaubnis als Flüchtlinge. Wir erhielten eine Unterstützung durch die jeweiligen Flüchtlingskomitees, und davon konnte man so recht und schlecht, na ja, sehr bescheiden, leben. Die eigentliche Hilfe kam dann von einem Stadtrat der Labour Party, Rodger Wrightson, einem linken Labour-Mann, der für's ganze Leben mein Freund gewesen ist und auch der Freund einiger anderer unserer Genossen. Er nahm eine Gruppe von uns in sein Haus in Paddington in London auf, wo wir umsonst wohnen konnten und uns von der kleinen Flüchtlingsunterstützung ernährten. Dort lebte der Kern der damaligen FDJ-Leitung für Großbritannien. Der Vorsitzende der FDJ, ein junger Berliner Arbeiter, Adolf Bochholz, ein Gießer, der später hohe Funktionen in der Metallurgie der DDR innehatte, war auch schon in Prag in der Emigration gewesen. Ich war der zweite Vorsitzende. Dort wurde unsere FDJ-Zeitung gemacht: „Free German Youth“. Das waren die ersten journalistischen Versuche von mir. In dieser kleinen Zeitschrift habe ich sehr viel geschrieben; ich schrieb über alles mögliche, über Politik, Kultur usw. Es war eine hektographierte, aber von einem hervorragenden kommunistischen Graphiker, einem Emigranten, recht hübsch illustrierte kleine Zeitschrift.

F.D.:

Hast Du in dieser Zeit gearbeitet?

J.S.:

Nein. Die Arbeitserlaubnis bekamen wir erst *nach* Kriegsausbruch, als die Arbeitskräfte knapp wurden und die britische Regierung gezwungen war, Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu geben. Ich habe dann erst einmal einen Kursus an einer polytechnischen Fachschule, könnte man sagen, im Elektroschweißen gemacht und habe dann etwa vier bis fünf Monate weit draußen im Londoner Südwesten, in Greenwich, in einer kleinen Fabrik als Elektroschweißer gearbeitet. Aber dann hatte ich das Glück, in einem der größten Flugzeugmotorenwerke Englands, einem Großbetrieb mit 4000 Mann, durch die Vermittlung eines kommunistischen Betriebsrats, des Shop-steward-Komitees unterzukommen, wo ich dann so eine Art Kontrolleur von Werkstücken und von Luft- und Wasserdruckmessungen etc. gewesen bin. Eigentlich war ich ja nur ein angelernter Arbeiter. Aber mir kam die Schulbildung zu Hilfe; da mußte man mit Zeichnungen und Sinus und Cosinus umgehen können usw., was ich noch aus der Schule kannte. Sonst hätte ich es nicht machen können.

G.M.:

Ist es richtig, daß Du in dem Betrieb auch zum Shop-steward gewählt worden bist und Du darauf auch sehr stolz bist?

J.S.:

Ja, das stimmt schon. Na ja, stolz, das ist vielleicht übertrieben. Daß ich das Vertrauen der britischen Kollegen gewann, ist schon etwas, worauf man stolz sein kann. Es war aber in diesem Betrieb nicht so schwer, wie es von außen erscheinen mag, weil die Kommunisten dort als die aktivsten Kräfte der Metallarbeitergewerkschaft (Amalgamated Engineering Union) sehr populär waren, besonders natürlich nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als ich es politisch nicht mehr so schwer hatte wie in der ersten Zeit.

F.D.:

Hast Du es in der ersten Zeit politisch schwer gehabt?

J.S.:

Nun, in der ersten Zeit hatten wir es alle recht schwer. In diesen Betrieb bin ich ungefähr Ende 1940/Anfang 1941 gekommen, als es noch sehr kompliziert war, unseren kommunistischen Standpunkt zu begründen, daß das eigentlich kein antifaschistischer Krieg sei, der da geführt wurde.

F.D.:

Waren schon die Bomben auf England geworfen?

J.S.:

Die Bomben waren schon gefallen. Das war schon fast am Ende des sogenannten „Blitzes“, wie die Briten sagten, also der großen Luftbombardements. Dieser „Blitz“ setzte ja unmittelbar nach dem Sieg über Frankreich ein und hielt den ganzen Sommer 1940 und den folgenden Winter über an. Dann begannen aber schon – „Barbarossa“ war beschlossene Sache – die Vorbereitungen auf dem Balkan, der Überfall auf Jugoslawien und Griechenland, der Aufmarsch der Hitler-Armeen an der Ostfront, und da wurden die Bombenangriffe seltener. Man mußte umgruppieren und sich auf den Einsatz der Luftwaffe in der Sowjetunion vorbereiten.

G.M.:

Noch einmal zu dieser ersten Kriegsphase 1939/40. Wie war die Haltung der KPD? War die Position: Es stehen sich zwei imperialistische Mächtegruppierungen gegenüber, die sich um Interessensphären und letztlich um die Weltherrschaft streiten? Oder aber: Der Krieg ist durch den faschistischen Aggressor als Angriffskrieg vom Zaun gebrochen worden, und alle Hitler-Gegner müssen zusammenstehen, um diese Aggression abzuwehren?

J.S.:

Die Position der KPD war die der Kommunistischen Internationale: Es ist ein imperialistischer Krieg zwischen den Westmächten und dem faschistischen Deutschen Reich. Nun müßte man die ganze Vorgeschichte erläutern, aber das würde zu lang werden. Es war uns natürlich von Anfang an klar (und das wurde auch von der KPD in gemeinsamen Erklärungen mit österreichischen, tschechoslowakischen, später auch mit polnischen Kommunisten ausgedrückt, was jedoch meist in den westlichen Darstellungen dieser Zeit unterschlagen wird), daß dieser Krieg in den schon unterdrückten, okkupierten Ländern Elemente eines antifaschistischen Krieges enthielt, auch in der Massenstimmung der Völker in Westeuropa. Nur waren wir der Meinung, daß die Führungen der westeuropäischen Mächte, also Großbritanniens und Frankreich, keinen antifaschistischen Krieg führten, und wir waren ja durch alle Tatsachen bestätigt. Die Franzosen nannten diesen Krieg bekanntlich den drôle de guerre, den komischen Krieg. Viele

Engländer sprachen vom „phony war“, dem Scheinkrieg, einer Art Ersatzkrieg, man könnte auch sagen, einem heuchlerischen Krieg. Das heißt, die Menschen wußten schon, warum beispielsweise, als Finnland auf die Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung Leningrads nicht einging, Chamberlain plötzlich im Parlament gewaltige Reden hielt und lange Listen von Kriegsmaterial verlas, das sie alles nach Finnland gesandt hatten. Aber sie hatten nicht einen Finger gerührt, um seinerzeit etwas für Polen zu tun. Das sahen wir alles. Nur, wir konnten die Entwicklung nicht voraussehen. Es war im Frühjahr 1941 allerdings bereits erkennbar, daß sich ein Wandel vollzog, der Aufmarsch gegen die Sowjetunion im Osten vor sich ging und mindestens strategisch, vom geographischen Raum her, vorbereitet wurde.

F.D.:

Wichtig ist jetzt diese Vorgeschichte. Das eigentliche Thema können wir nicht umfassend behandeln. Wir kennen heute mehr Akten. Wir wissen mehr über die Vorgeschichte des 23. August 1939. Das muß doch für Euch damals wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen sein. Hat Euch das nicht völlig verunsichert?

J.S.:

Das ist ein Irrtum. Das ist nicht so für die, die damals in England gelebt haben. Wir hatten ja im Grunde den besten Beobachtungspunkt, den man sich vorstellen kann. Denn wir konnten in London vom April bis zum August 1939, schon seit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Prag, genau verfolgen, wie das mit England und Frankreich auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite lag. Wir haben die Parlamentsdebatten im britischen Unterhaus verfolgen können, die massiven, wütenden Anklagen des konservativen Flügels um Churchill, Duff Cooper, Eden gegen die Chamberlain-Regierung, die Anklagen eines Lloyd George gegen die Chamberlain-Regierung, weil sie keinen Pakt mit der Sowjetunion wollte. Wir haben die Warnungen der Sowjetunion verfolgen können, die Warnungen von Stalin auf dem XVIII. Parteitag im März 1939, die späteren Warnungen von Woroschilow, als die Militärverhandlungen hinausgezögert wurden. Wir haben also genau verfolgen können, warum die Sowjetunion zu dem Schluß kommen mußte: Großbritannien und Frankreich wollen kein Bündnis mit uns; und wenn wir uns nicht in einen Krieg gegen eine große kapitalistische Koalition verwickeln lassen wollen, dann müssen wir versuchen, uns herauszuhalten.

F.D.:

Du warst also am 23. August 1939 nicht überrascht?

J.S.:

Sagen wir so: wir waren überrascht von der *offiziellen* diplomatischen Verlautbarung eines solchen Paktes. Denn wir waren in gewissem Sinne ja wirklich, wenn Ihr wollt, naive Antifaschisten, so komisch das jetzt klingt. Naiv – ein Ausdruck, der damals in der sowjetischen Diplomatie geprägt wurde – in dem Sinne, daß wir uns nicht vorstellen konnten, daß – trotz des Antikomintern-Pakts – mit dem faschistischen Deutschland ein offizielles Abkommen getroffen werden konnte. Aber kein bürgerliches Land hatte ja die diplomatischen Beziehungen zum deutschen Faschismus abgebrochen. Die USA hatten keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion, bis 1933 unter Roosevelt. Aber sie hatten *immer* diplomatische Beziehungen zu jedem faschistischen Land, jedem militaristischen oder diktatorischen Staat in der Welt. Und die Sowjetunion hatte ja die diplomatischen Beziehungen mit dem faschistischen Deutschland aufrechterhalten und umgekehrt. Wir konnten uns aber einen Pakt schwer vorstellen. Doch das war eigentlich nur die formelle Seite der Sache. Wir begriffen schnell, als das geschehen war und als wir dann auch die klugen, sehr scharf analysierenden, die britische und Weltpresse auswertenden Kommentare von R. Palme Dutt im „Labour Monthly“ lasen, daß es keinen anderen Weg für die Sowjetunion gab. Wir brauchten dann nur zurückzugehen, zum Beispiel zu der großen Parlamentsdebatte am 19. Mai 1939 im britischen Unterhaus, zu den Reden Churchills oder zu den Kommentaren Lloyd Georges noch im Juli, um das zu wissen. Es war ganz eindeutig: Die UdSSR hatte keine andere Alternative, und das war für uns sehr schmerzhaft. Es zeigte uns, wie isoliert sie war. Chamberlain und Daladier hatten Hitler im September 1938 in Berchtesgaden, Bad Godesberg und München mehrmals umarmt. Auch wenn die UdSSR dann schreckliche Kompromisse eingeht, sie tut es aus einer Defensivposition heraus. Die UdSSR begreift dann, daß die Churchill-Gruppe inzwischen ganz andere Interessen hat und daß die Idee der kapitalistischen Koalition nicht mehr akut ist. Aber Churchill wurde erst im Mai 1940 Premierminister. Wie konnte die SU in der damaligen Zeit anders handeln? Sie war das einzige sozialistische Land. Die ganze bürgerliche Welt arbeitete gegen sie in der Tradition der Geheimverträge. Wie konnte sie denn damals aus dem Zusammenhang des Krieges ausbrechen? Churchill gibt im Oktober 1939 eine interessante

Antwort auf den sowjetischen Einmarsch in die westbjelorussischen und westukrainischen Gebiete, die nach der Curzon-Linie schon 1919 als ethnische Grenze der SU zu Polen anerkannt worden waren. Er sagte: Die UdSSR ist der einzige Staat, der Hitler Paroli bietet. Sie läßt ihn nicht in diese Gebiete einmarschieren, die russisch sind. Das war Churchills Antwort, die wir auch gelesen haben.

F.D.:

Ich will noch eine Frage stellen. Es gab in dieser Zeit doch auch individuell furchtbare Schicksale. Mir ist der Fall eines alten Genossen bekannt, der vor 1932 in die Sowjetunion gegangen ist, 1936 in der Prozeßwelle verhaftet wurde und 1939 nach Deutschland geschickt wurde, wo er dann bis 1945 ins KZ gesteckt wurde.

J.S.:

Ja, das ist schrecklich. Es gehört, wie das Schicksal anderer guter Genossen, zur Geschichte der Verbrechen in der Stalinzeit. Aber es ist keine Frage des Nichtangriffsvertrages. Wahrscheinlich hat die sowjetische Diplomatie sogar damit gerechnet, daß in der damaligen Situation, als sie auch versuchte, Thälmann herauszuholen, diese Leute nicht verhaftet, nicht unmittelbar eingesperrt würden. Ihre Rechnung war wohl die: jetzt gibt es den Nichtangriffsvertrag, vielleicht werden sie die Personen, die in den letzten Jahren nicht illegal gearbeitet haben, nicht wieder einsperren.

G.F.:

Wie sollte Thälmann freikommen?

J.S.:

Es gibt keine offizielle Mitteilung. Aber die Sowjets hatten wohl einen Austausch angeboten. Die Nazis haben das abgelehnt. Sie wollten Geiseln haben. Und je bekannter diese waren, um so wertvoller waren sie für sie.

G.M.:

In gewissen Büchern steht geschrieben, daß die KPD nach dem August 1939 nur noch „halben“ Widerstand geleistet habe.

J.S.:

Nun, das ist sehr einfach nachzuprüfen. Ich habe einmal, um mich selber zu

vergewissern, Wolfgang Abendroth gefragt (Lisa Abendroth ist dabeigewesen): Du hast doch damals im Zuchthaus Luckau gegessen. Wie war das denn nach dem Nichtangriffspakt? War das wirklich so, daß kaum noch Kommunisten kamen? Und die Antwort war: Nur Kommunisten kamen. Der Widerstand wurde auch weiterhin – es ist nachweisbar anhand der Gestapo-Listen – in der Hauptsache, zu 90 bis 95 Prozent vielleicht, von Kommunisten, von deutschen Kommunisten geleistet. Der Nichtangriffsvertrag änderte überhaupt nichts. Die Zahl der Kommunisten war geringer als in den vorangegangenen Jahren, das war aber bereits 1938 sichtbar, weil eine Masse der Kader verhaftet war, weil der Terror, dann die Erfolge der Nazis sich stärker auswirkten und die illegale Arbeit erst wieder etwa ab 1941/42 zunahm. Aber es war ganz eindeutig: wo es Widerstand gab, waren es wie auch vorher hauptsächlich Kommunisten.

F.D.:

Wir sollten jetzt über die englische Emigration sprechen: Die englische Emigration hat zweifellos für die deutsche Nachkriegsgeschichte eine erhebliche Bedeutung. Allerdings denke ich dabei vor allem an das sozialdemokratische Exil, an die Führung der Sozialdemokratie, wenn man nur an einige Namen denkt – Ollenhauer, Richard Löwenthal, Schoettle, Eichler. Dazu kommt die Gewerkschaftsemigration; wichtige Gründungsdokumente der Einheitsgewerkschaften erschienen in London 1944/45. Man kann vermuten, daß wichtige Weichenstellungen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach 1945 in London stattgefunden haben. Welche Erfahrungen hast Du dort gemacht? Wie waren die Beziehungen zur sozialdemokratischen Emigration? Was waren die wichtigsten Themen der Diskussionen und der Auseinandersetzungen?

J.S.:

Das ist jetzt insofern ein schwieriges Thema, als ich darüber nicht oder kaum aus persönlichen Erinnerungen berichten kann. Denn ich war vollberuflich tätig in der Kriegsindustrie – ich arbeitete oft neun, zehn Stunden am Tag. Meine ganze politische Arbeit und Weiterbildung war auf die Abende beschränkt, obwohl ich oft unterwegs war. Man hat ja in der Jugend auch sehr viel physische Kraft. An unmittelbaren Verhandlungen war ich nicht beteiligt. Aber ich habe über sie erfahren aus den Beratungen unserer Emigrationsgruppe. Ich gehörte dann auch seit 1941 der Leitung der deutschen kommunistischen Emigrationsgruppe in Großbritannien an.

Die Führung des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes weigerte sich in London, mit uns offizielle Beziehungen aufzunehmen. Es gab dann – ich glaube 1944 – ein Gespräch, es gab immer wieder den Versuch unserer Leitung, mit dem sozialdemokratischen Vorstand ins Gespräch zu kommen. Es gab unterschiedliche Haltungen der einzelnen sozialdemokratischen Gruppen zu verschiedenen Zeiten. Ich will ein ganz interessantes Beispiel erwähnen. Als die Neu-Beginnen-Gruppe noch relativ selbständig arbeitete, da beteiligte sich – die Gespräche waren angeregt worden vom Freien Deutschen Kulturbund, insbesondere von den dort tätigen Kommunisten, wie Hans Fladung – diese Gruppe an einer großen Veranstaltung der antifaschistischen deutschen Emigration in London zum 25. Jahrestag der Oktoberrevolution und zur Solidarität mit der Sowjetunion. Es war eine große, gut besuchte Solidaritätsveranstaltung. Über 700 Menschen waren versammelt, und zu den Rednern gehörte eben nicht nur der Kommunist Hans Fladung⁹, sondern auch Richard Löwenthal für die Gruppe Neu Beginnen, und den Aufruf unterzeichnet hatten neben Löwenthal auch Erwin Schoettle und Vertreter der SAP in London. Sie hatten den Aufruf gemeinsam mit uns und mit linksbürgerlichen Antifaschisten unterzeichnet. Löwenthal hat damals eine begeisterte Rede für die Sowjetunion gehalten, für die Rolle, die sie im Kriege spielte, darüber, daß wir das Freisein von Luftangriffen in London den sowjetischen Armeen verdankten. Später war es dann so, daß Teile der sozialdemokratischen Emigranten doch, trotz des Vetos und der Barrieren der offiziellen sozialdemokratischen Führung, mit uns kooperierten. Sehr aktive Sozialdemokraten arbeiteten mit uns in der Freien Deutschen Bewegung – Adele Schreiber, eine frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Karl Rawitzki, ein bekannter Sozialdemokrat, und andere. Einen Durchbruch in den Beziehungen zur SPD gab es allerdings nicht. Das erschwerte sich noch, weil sie ja auch eine Position gegen Teheran und Jalta bezogen, die wir natürlich nicht teilten. Es war eine Position von überholten deutsch-nationalistischen Standpunkten, die auch gegenüber den westlichen Alliierten überhaupt nicht aufrecht zu erhalten waren und die bei der Gruppe um Vogel, Ollenhauer und Heine eine deutliche antisowjetische Spitze bekamen. Es war der Versuch, deutsche nationale Interessen, ich würde sagen: vorzuschieben, um den Konsequenzen der Gemeinsamkeit mit Kommunisten und der Sowjetunion zu entgehen. Es war ja leicht, von der Emigration her gegen die Oder-Neiße-Grenze zu polemisieren und gegen das, was sich damals abzuzeichnen begann, obwohl man genau wußte, daß

eine Parallelität zum ersten Weltkrieg völlig unhistorisch und unmöglich war, daß ein ganz anderer Krieg, ein *Vernichtungskrieg* stattgefunden hatte. Man wußte, welche Opfer die Sowjetunion und andere slawische Völker in diesem Krieg gebracht hatten; man wußte, daß die Vorstellung, man könne in Kategorien operieren wie nach dem ersten Weltkrieg, völlig unhaltbar war.

Noch eine Bemerkung zu den Gewerkschaftsdiskussionen in der Emigration. Erwin Schoettle hat damals einmal ein Papier unterbreitet, das heute noch von größtem Interesse wäre, worin er über die Stellung der Gewerkschaften in einem späteren, sozialistischen Deutschland nachdachte und im Grunde genommen die Position vertrat, die in der DDR verwirklicht wurde: nämlich, daß Gewerkschaften in einem sozialistischen Deutschland doch nicht gegen ein sozialistisches Wirtschaftssystem arbeiten könnten, sondern *für* dieses Wirtschaftssystem, für die neuen Eigentumsverhältnisse und für die Erhöhung der Produktion und der Produktivität eintreten müßten. Daher würde die Interessenvertretung ganz andere Aspekte gewinnen als in einem kapitalistischen Land. Das hat er leider später wieder vergessen.

F.D.:

Wann habt Ihr angefangen, Euch mit der Vorstellung vertraut zu machen, daß Ihr nach Deutschland, in ein befreites Deutschland zurückkehrt? Ab wann habt Ihr überhaupt darüber nachgedacht?

J.S.:

Wir haben eigentlich nie aufgehört, darüber nachzudenken. Aber das war natürlich zunächst abstrakt, es lag in einer weiteren Perspektive, das ist völlig klar. Konkreter wurde diese Frage mit den entscheidenden Kriegswendepunkten. Immer näher rückte sie, wenn man einmal Stalingrad als Wende nimmt, seit der Zerschlagung der deutschen Sommeroffensive 1943 und dem Übergang der sowjetischen Armeen über den Dnjepr im September 1943. Da rückte die Niederlage der faschistischen Armeen konkret in unser Bewußtsein. Es begannen dann ja auch die entscheidenden alliierten Verhandlungen in Teheran, dann in Jalta. Da begannen auch unsere konkreteren Vorstellungen und Diskussionen darüber: Wie werden wir agieren, unter welchen Bedingungen werden wir in Deutschland zu arbeiten haben?

G.F.:

...nicht so schnell. Noch einmal ein bißchen zurück. Bitte, mich würde zunächst noch interessieren: Was hast Du denn gedacht, als 1941 die Deutschen angegriffen haben und scheinbar zunächst mal unaufhaltsam vorrückten bis vor Moskau – und Du saßest in der Emigration. Was denkst Du zu der Situation?

J.S.:

Ja, das war wahrscheinlich das schlimmste halbe Jahr, und dann noch einmal die Zeit bis zum Herbst 1942, für alle, wobei man vielleicht – ich weiß nicht, wie es anderen ergangen ist – die psychische Situation als Jugendlicher berücksichtigen muß. Man hatte einen unerhörten Glauben an die Sowjetunion. Hinzu kamen natürlich auch die rein geographischen Dimensionen, die historischen Erfahrungen Napoleons usw. Aber diesen Rückzug hatten wir – auch aufgrund der Reden der sowjetischen Führer – nicht für möglich gehalten. Aber aufgegeben haben wir die Hoffnung nicht. Und man sah ja bald: ein Blitzkrieg war es nicht mehr. Wir sahen, daß es ein ganz anderer Krieg war, als die Faschisten ihn bisher geführt hatten. Das war das eine. Dann sahen wir, der Widerstand zieht sich immer weiter bis in den Winter hinein, und dann kam im November und Dezember auch schon der erste Rückschlag, den die faschistischen Armeen überhaupt erlebt hatten: vor Moskau. Daß der Krieg ein ganz anderer war, erlebten wir also im Grunde schon nach einigen Monaten, und das bestärkte unsere Überzeugung: Es ist ein furchtbarer Rückschlag gegen eine besser bewaffnete, erfahrenere, vom Angriff her strategisch im Vorteil befindliche Armee. Aber es ist kein Blitzkrieg mehr, und die Regenerationsfähigkeit der überfallenen Sowjetunion wird erst noch ins Spiel kommen. Jeder Tag, an dem man las, sie gehen weiter zurück, brachte aber immer neue furchtbare Erfahrungen, die man nur durch historische Überzeugung, wie immer man es nennen will, überwinden konnte.

G.F.:

Bist Du denn auch optimistisch geblieben?

J.S.:

Ja, im Grunde nur dadurch, daß ich mir sagte, das sind Rückschläge, die durch das Überraschungsmoment, durch die gewaltige materielle Überlegenheit usw. da sind, aber der sowjetische Widerstand ist ein ganz anderer

als der Frankreichs, und dieses Riesenland wird nicht besiegt werden können. Wir lasen die übersetzten Artikel aus der sowjetischen Presse über die Verlagerung der Kriegsindustrie hinter den Ural, über die allgemeine Mobilisierung, über den wachsenden Widerstand von Partisanen gegen die Okkupation. Um dieses Land zu bezwingen, so unser Fazit, werden all die momentanen Vorteile der Hitlerarmee nicht ausreichen.

G.F.:

Du meinst: Die Genossen in Deutschland, welche solche Informationsmöglichkeiten nicht hatten, waren schlimmer dran.

J.S.:

Ach, viel schlimmer, so war es ja auch am 23. August in den Gefängnissen und Zuchthäusern oder im Lande selbst viel schlimmer. Da waren wir in einer kinderleichten Situation im Vergleich zu diesen Genossinnen und Genossen. Selbstverständlich haben wir, wenn ich mich an die Diskussionen mit meinen britischen Kollegen im Betrieb erinnere, schon vorher gesagt, daß das von den Erfolgsaussichten her jetzt ein anderer Krieg ist. Sie haben mir ja am Anfang nicht geglaubt, daß das alles ganz anders wird jetzt. Auch den britischen Kommunisten haben sie nicht geglaubt, als sie sahen, wie das in den ersten Monaten lief. Aber je länger es dauerte, um so mehr verstanden sie: Ja, das ist tatsächlich ein ganz anderer Krieg, da kommen die Nazis eben mit den Blitzkriegsmethoden nicht weiter. Das war bereits erkennbar bei Moskau im November/Dezember 1941, und da war klar: wenn die jetzt nicht mehr durchkommen, dann wird es ein langer Krieg. Die Wende haben wir da noch nicht gespürt, die haben wir erst bei Stalingrad gesehen. Insofern war die Grundtendenz immer die eine: es wird ihnen nicht gelingen. Aber es war ein Hin und Her, je nach den militärischen Nachrichten. Ich muß übrigens sagen, uns hat eines sehr geholfen (das klingt jetzt sehr eigenartig, mancher wird vielleicht ungern daran erinnert werden): Als einer der bedeutendsten, durch und durch prosowjetischen Militärkommentatoren in Großbritannien arbeitete damals ein in der deutschen Sozialdemokratie populär gewordener Publizist. In England nannte er sich Max Werner, aber in Wirklichkeit war es der in der sozialdemokratischen Presse der Weimarer Republik bekannt gewordene Alexander Schifrin. Wir lasen die Analysen dieses Militärkommentators regelmäßig in der Zeitung der Genossenschaften „Reynolds' News“ mit großer Begeisterung. Schifrin war ursprünglich ein menschwistischer Emigrant

aus Rußland gewesen nach dem ersten Weltkrieg. Aber er schrieb eben dann, als Max Werner, vielleicht aus alter Liebe zu Rußland, ganz ausgezeichnete Berichte und die besten Militärkommentare zum Verlauf des Krieges an der sowjetischen Front.

G.F.:

Wann hast Du denn nun geheiratet?

J.S.:

Geheiratet habe ich im Sommer 1942. Ihr seht also, der individuelle Optimismus war da keineswegs getilgt. Meine Frau habe ich in London kennengelernt. Sie war wie ich ein deutscher Flüchtling. Sie mußte als jüdisches Mädchen versuchen, 1939 aus Köln herauszukommen, und hat sich zunächst als Haushaltskraft verdingt, um überhaupt emigrieren zu können nach England. Das war eine der ganz wenigen Möglichkeiten damals, und so ist sie fast um dieselbe Zeit wie ich, im Frühjahr 1939, angekommen. Sie war in Bournemouth, einem Seebad, bei einer sehr vornehmen konservativen Familie im Haushalt, aber hatte dort Anschluß an die Gruppe der Freien Deutschen Jugend gefunden, die durch kommunistische Emigranten initiiert worden war. Und als sie dann einmal auf eine Konferenz nach London delegiert wurde, auf der ich auch war, haben wir uns in der FDJ kennengelernt.

G.F.:

Kannst Du etwas über andere Emigranten sagen, sind Dir da Leute in Erinnerung?

J.S.:

Ja, natürlich, unter den deutschen Emigranten ist es eine Reihe von älteren Genossen. Man muß immer bedenken, ich kam mit 24 Jahren nach England und bin mit 31 aus der Emigration zurückgekehrt. Das sind ja noch in hohem Grade Lernjahre. Ich habe von einer Reihe der älteren Genossen das meiste gelernt. Obwohl ich selbst viele Schulungsabende machen mußte und sogar unsere kleine Propagandakommission (mit solchen Mitgliedern wie Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski) geleitet habe, aber rein organisatorisch, habe ich am meisten gelernt von Genossen wie Wilhelm Koenen: ein sehr erfahrener, sehr kluger, sehr elastischer und menschlich sehr warmer Genosse; von Genossen wie Kurt Hager, Grete Wittkowski,

Heinz H. Schmidt, Hans Kahle. Gelernt habe ich natürlich auch, weil ich mich sehr für Theorie und Geschichte interessierte, gerade von Alfred Meusel. Man muß sich eine normale Jugendgruppe vorstellen, in der ein Historiker vom Range Meusels etwa ein Dutzend Vorträge über den Deutschen Bauernkrieg hält. Jürgen Kuczynski hielt Vorträge über die aktuellen Wirtschaftsprobleme. Damals schrieb er ein Buch: „Die Ökonomie der Barbarei“ („The Economics of Barbarism. Hitlers New Economic Order in Europe“) über die faschistische deutsche Ökonomie mit den Massen der fremden Sklavenarbeiter usw. Das waren die Möglichkeiten, die wir hatten. Ganz abgesehen von den großen Möglichkeiten, die dadurch bestanden, daß damals ein ungeheurer Aufschwung des Marxismus in den englischsprachigen Publikationen vor sich ging. Das war etwa ein Jahr nach der Veröffentlichung von Bernal's: „Die soziale Funktion der Wissenschaft“, ein Buch des weltberühmten Naturwissenschaftlers, das einen ganz neuen Wissenschaftszweig begründet hat¹⁰. So hatten wir große Chancen zum Lernen. Obwohl wir Fabrikarbeiter waren, nutzten wir jede Minute, um uns selbst weiterzubilden. Ich habe in der Emigration jede Minute genutzt, um Bücher zu lesen, auch die Mittagspausen, wo die britischen Kollegen vielleicht mit etwas Spott auf mich gesehen haben, wie ich ausgerechnet in der Mittagspause immer dicke Wälzer vor mir hatte oder russische Vokabeln aus einem englischen Lehrbuch lernte. Aber das hat sie nicht weiter gestört. Sie kannten mich inzwischen schon. Sie kamen mit jedem Schreiben an irgendein Amt zu mir, da sie wußten, ich half ihnen auch außerhalb der unmittelbaren gewerkschaftlichen Vertretung.

G.F.:

Du beziehst Dich in Gesprächen öfters auf Beispiele aus der Geschichte der Naturwissenschaften. Hast Du einen besonderen Zugang zur Naturwissenschaft?

J.S.:

Ja, das war eine Leidenschaft in den englischen Emigrationsjahren. Damals stießen zahlreiche Naturwissenschaftler zum Marxismus. Gut, es begann bei mir schon in Prag, wenn wir uns über Philosophie unterhielten. Ich verfolgte seit damals die philosophisch-theoretischen Abhandlungen und Arbeiten über Naturwissenschaft. Ich las sehr bald das erste Buch, das in Westeuropa von Marcel Prenant über „Biologie und Marxismus“¹¹ und solche Problemfelder veröffentlicht wurde. Da habe ich eigentlich alles in

dieser Richtung konsumiert. Und es hat mir auch später sehr geholfen. Die Philosophie hat mich immer interessiert, und ich habe ja auch einige Zeit auf diesem Gebiet gearbeitet.

G.F.:

Hat Dich nun Deine Beschäftigung mit der Geschichte der Naturwissenschaften als Marxisten beeinflußt?

J.S.:

Mich als Marxisten? Ich würde sagen, nein, umgekehrt. Der Zugang kam von der marxistischen Philosophie her zu der, sagen wir, Anwendung der dialektischen Theorie und Methode auf naturwissenschaftliche Probleme. Was die eigenen Kenntnisse betrifft, so mußte ich mich auf reines Schulwissen und auf autodidaktische Interessen, die ich hatte, stützen. Es war ein mehr theoretisch-philosophischer Zugang. Ich hatte nur elementare Kenntnisse über Physik und Chemie – allenfalls Evolutionstheorie, die Evolutionsgeschichte in der Biologie.

G.F.:

Betreibst Du das in der Gegenwart noch weiter? Die Diskussion fängt ja wieder an.

J.S.:

Kaum, leider kaum. Aber ich kann Euch allen ein Exemplar eines kleinen Erinnerungsaufsatzes geben, den ich neulich für die Reihe „Dialektik“ geschrieben habe: „Bedeutende Naturwissenschaftler als marxistische Philosophen“. Hier gehe ich auf J.D. Bernal, J.B.S. Haldane, P.M.S. Blackett, M. Prenant und andere Naturwissenschaftler ein, die in jenen Jahren gewirkt haben.

G.M.:

Noch eine abschließende Frage zu Sklavenarbeit und Menschenvernichtung im Rahmen der „Economics of barbarism“. Was ist Euch in London über dieses umfassende System der Selektion, Deportation und Vernichtung bekannt geworden? Viele sagen, es sei gar nicht bekannt gewesen.

J.S.:

Das System der Zwangsarbeit war bekannt. Anders war es mit der Existenz

der Vernichtungslager. Zu sagen, es ist gar nicht bekannt geworden, ist falsch. Die ersten Nachrichten kamen etwa Ende 1942/Anfang 1943 – das genaue Datum weiß ich jetzt nicht. Diese Deportationen aus den europäischen Ländern, zunächst vor allen Dingen in Polen, waren verbunden mit Massenerschießungen, Massenterror. Darüber wurde berichtet. Und Nachrichten kamen auch aus der sowjetischen Presse während des Krieges, bei Rückeroberungen sowjetischer Gebiete, über das, was da passiert war. Massiv – als System der Todes- und Vernichtungslager, also in den wahren Ausmaßen – ist uns die Menschenvernichtung wahrscheinlich doch erst bekannt geworden nach den ersten Eroberungen in Ostpolen (Treblinka, Majdanek). Vielleicht auch schon vorher, da müßte ich mich selber noch einmal vergewissern. Als die Rote Armee vorrückte, da war es dann völlig klar, und da wußte man eigentlich auch über das gesamte Vernichtungssystem schon fast alles.

Ich will es illustrieren an einer ganz persönlichen Erfahrung: Ich mußte von vorneherein annehmen, daß Mutter und Bruder deportiert waren und ich sie nicht mehr wiedersehen würde. Bei meiner Frau war es ja so: der Vater war Jude, die Mutter aber nicht. Es war eine sogenannte Mischehe. Da rechneten wir eigentlich auch nicht mehr damit, daß sie in Köln noch überlebt haben konnten. Dann war es wie ein Wunder, das wir uns nie vorgestellt hätten, als wir die ersten Rote Kreuz-Meldungen von der Schweiz her hörten und wir die Eltern meiner Frau auf den Überlebendenlisten in Köln fanden. Köln war ja nun schon relativ früh, im April 1945, von den Amerikanern besetzt worden. Aber da waren wir völlig überrascht. Wir hätten es nie für möglich gehalten. Vorher schon war uns also klar, wenn einer überlebt haben sollte, ist das wie ein Wunder. Insofern muß es uns 1944 schon ganz deutlich gewesen sein: es ist ein System der restlosen Ausrottung.

7. Nachkriegsentscheidungen in den Westzonen

G.M.:

Du bist relativ spät – erst Ende 1946 – zurückgekommen. Warum?

J.S.:

Nun, wenn ich es einmal an einem sehr viel größeren Beispiel britischer Politik illustrieren darf. Wir sagten immer im Scherz in den Emigrationsjahren: Die Inder – ihre Politiker –, die dürfen alles, was sie wollen, über die indische Revolution hier in London sagen. Aber nach Indien zurück dürfen sie nicht. Und so war es natürlich auch. Ebenso war es dann auch mit uns deutschen kommunistischen Emigranten, die in die Westzonen zurückwollten. Obwohl man schon, wenn ich mich recht erinnere, zunächst zur Wannenseer Konferenz im Oktober 1945 drei oder vier der führenden Sozialdemokraten nach Hannover gelassen hatte und dann auch im Februar die Führer des sozialdemokratischen Parteivorstands zurück durften, besitze ich heute noch ein Schreiben des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Home Office (Innenministerium) auf eine Anfrage des kommunistischen Unterhausabgeordneten Phil Piratin aus dem Londoner Eastend – dort war er gewählt worden –, der in meinem Falle angefragt hatte, warum ich denn nicht zurück dürfe. Woraufhin – übrigens bei Hans Fladung war es genauso – der Staatssekretär geantwortet hatte, man könne doch bei den furchtbaren Lebens- und Wohnverhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen und mich zurücklassen. Dabei hatte ich in der Begründung meines Antrages angeführt, da die Eltern meiner Frau überlebt hätten, könnten wir nach Köln zurück, hätten also auch Unterkunft und würden uns schon über Wasser halten können. Aber die Antwort war: man könne die Verantwortung nicht übernehmen. Auf den Druck der Bergarbeitergewerkschaft hin war es allerdings gelungen, zwei kommunistische Gewerkschafter – Bergarbeiter – Karl Becker, ein Mitglied des Vorstandes der IG Bergbau in den Anfängen nach 1945 und verantwortlich für die Bildungsarbeit, Reichstagsabgeordneter der KPD, und Alfred Zeidler, einen sehr tüchtigen Organisationspolitiker, schon vor Hans Fladung und mir in die britische Zone zurückzubekommen. Aber wir, meine Frau, unsere kleine, dreieinhalbjährige Tochter und ich, sind dann erst Ende Oktober 1946 zurückgekommen.

G.M.:

Hast Du dann gleich in Köln mit der Parteiarbeit begonnen?

J.S.:

Ich bin in Köln sofort – das war ja der Grund meiner Rückkehr – in der Partei aktiv geworden. Das einzige, woran ich interessiert war, war, am Bau eines antifaschistischen Deutschlands mitzuarbeiten. Die Bezirksleitung berief mich zum stellvertretenden Chefredakteur der Kölner „Volksstimme“.

G.M.:

Wir haben vorhin über das Problem gesprochen, ab wann ihr damit gerechnet habt, wieder zurückzukehren und dann ein antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Gibt es für Dich irgendwelche ersten Eindrücke der Rückkehr nach Deutschland, nach Köln, die für Dich sehr tief waren? Warst Du sehr berührt, warst Du schockiert? Gibt es solche Eindrücke, die noch lebendig sind?

J.S.:

Ja, dabei muß man eigentlich folgendes beachten: Ende Oktober 1946, das bedeutete, daß ich zurückkam, als viele Weichen bereits gestellt waren, als vieles – noch nicht endgültig, es war noch im Fluß – schon in restaurativem Sinne lief, im Sinne des Bruchs der ursprünglichen Einheitsaktionen und selbst der organisatorischen Einheitsprozesse. Als man zurückkam, erlebte man das furchtbare Elend, den Hunger, dann diesen schrecklichen Winter, der ja gerade 1946/47 kam. Die zerbombten Städte, schon als wir in Osnabrück ankamen, das ist unvorstellbar, weil es ja auch nicht vergleichbar war mit dem, was wir in London in den einzelnen Stadtteilen kannten. Es war ein ganz anderes Ausmaß. Das Elend der Menschen, das war schrecklich deprimierend, und man sagte sich auch, wie schwer wird es werden, das aufzubauen. Zugleich allerdings hatten wir – vielleicht war das eine Illusion – das Gefühl: jetzt ist es ja fast unmöglich für die Menschen, nicht zu lernen. Man hatte das Empfinden: diese Katastrophe, die der Faschismus über Deutschland gebracht hat, muß eine Möglichkeit bieten in dem Sinne, daß wir die Menschen zu radikalem Umdenken bewegen können. Man unterschätzte also im Grunde genommen die Prozesse, die mit der Verdrängung zusammenhingen, mit der Aufarbeitung der eigenen Verantwortung. Wir als Kommunisten sahen natürlich die Masse der

Arbeiter, die mitgegangen oder einfach passiv waren. Wir sahen die Masse derer, die in hohem Maße die Opfer dieses Regimes und dieses Krieges waren, und nicht diejenigen, die Nutznießer waren oder politische und militärische Verantwortung gehabt hatten. Daher dachte man: das muß einen ungeheuren Umdenkungsprozeß bewirken. Man erkannte nicht, daß sich die Leute zunächst mit sich selbst beschäftigten, daß es ja eine unerhörte Kraft erforderte, einfach das Leben zu retten, etwas zu essen zu bekommen, die Kohle für den Winter zu organisieren, eine Behausung zu erhalten usw.

G.M.:

Was gab es an produktiven politischen Impulsen?

J.S.:

Es gab sehr viele, und das beweist ja auch die damalige und spätere Entwicklung in der DDR. Eine solche Katastrophe barg die Chance eines radikalen Umbruchs in sich. Das ist meine feste Überzeugung. Es hing wirklich von den subjektiven Kräften der Arbeiterbewegung und den antifaschistischen bürgerlichen Kräften ab, wie das zu bewirken war.

F.D.:

Nun sind wir ja doch in der Biographie eines Revolutionärs, der noch ziemlich jung ist. Du warst jetzt Anfang 30. Du kommst erst Ende 1946. Man könnte sagen: von 1945 bis 1947 ist also eine relativ kurze Zeit, die mit großen Hoffnungen auf eine demokratische Umwälzung besetzt ist. Ich will einen kleinen Bogen schlagen: Helga Grebing hat im vorigen Jahr auf der Linzer Konferenz in ihrem Referat sich auch auf Briefe von Sozialdemokraten aus dieser Zeit gestützt. In diesen Briefen kommt diese Hoffnung, von der Du gesprochen hast, sehr stark zum Ausdruck, auch von denen, die aus der Emigration kommen. In diesen Briefen kommt auch – allerdings sehr früh – eine gewisse Bereitschaft zu Ausdruck, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, jetzt einen wirklichen Neubeginn der Arbeiterbewegung zu machen. Nun wissen wir von diesen Sozialdemokraten, wenn sie später führende Positionen in der SPD, also der Godesbergischen Sozialdemokratie übernommen haben, daß sie einen großen psychologischen Druck erlebt haben, zum Teil auch zynisch reagiert haben; zynisch insofern, als sie dann den Anpassungsprozeß der SPD in den 50er Jahren nach rechts betrieben und gleichzeitig sich selbst gerechtfertigt haben,

indem sie wieder den Kommunisten die Schuld gegeben haben; den Kommunisten und der Entwicklung in der Sowjetunion, der SBZ und der DDR. Ab wann – Du sagst, 1946 waren schon einige Weichen gestellt – wird Euch denn politisch klar, daß jetzt mit dem Übergang in die Kalte Kriegs-Ära wieder eine neue Konfrontationssituation sowohl weltpolitisch als natürlich auch innenpolitisch einsetzt, die für die Kommunisten wieder ganz schwierig wird?

J.S.:

Das Schwierige ist ja, daß man in einem aktuellen politischen Prozeß – das wissen wir alle auch aus der Gegenwart – schwer die wirklich historischen Wandlungen bemerkt, und sie sind übrigens ja meistens auch – nicht immer – kaum mit einem ganz eng zu datierenden Einschnitt verbunden. Die Brüche sind meist fließender Natur, die eine ganze Weile noch Möglichkeiten offenlassen in verschiedenen Richtungen. Insofern würde ich sagen: Wir haben natürlich alle gemerkt, daß nach der Truman-Doktrin im März 1947 die Möglichkeiten enger wurden. Ich habe mich zu dieser Zeit viel mit Außenpolitik beschäftigt, alle meine Verbindungen genutzt und alles gelesen, was ich an internationaler Literatur bekommen konnte aus England, Amerika usw. Davon abgesehen, daß wir ja alle offiziellen sowjetischen Dokumente lasen, die Zeitschriften, die bereits in der sowjetischen Besatzungszone erschienen und die oft sehr umfangreiche analytische Aufsätze enthielten. Ich habe das alles sehr sorgfältig verfolgt, und man konnte natürlich seit der Truman-Doktrin die Entwicklungen sich abzeichnen sehen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung versucht gerade jetzt wieder, den Februar 1948 in Prag für die Verschärfung der internationalen Spannung verantwortlich zu machen. Die guten Leute verschweigen, daß es lange vorher den Hinauswurf der französischen Kommunisten aus der Regierung in Paris gegeben hat, daß es also immer Aktion und Reaktion war, wobei die Initiative zur Konfrontation niemals von der Sowjetunion oder von den Kommunisten in den einzelnen Ländern ausgegangen ist. Wir haben diesen Prozeß in der Deutschlandpolitik sehr bald zu spüren bekommen. Es dauerte ja nicht lange, daß, selbst mit den fadenscheinigsten Gründen, kommunistische Zeitungen verboten wurden. Ich habe in der Kölner „Volksstimme“ oft die Methode angewandt – manchmal wurden die Artikel auch nachgedruckt –, daß ich mit Hilfe von Labour-Zeitschriften, des „New Statesman“ oder der „Tribune“, versucht habe, die reaktionäre Politik der westlichen Besatzungsmächte sozusagen aus britischem

Munde zu kritisieren. Ich hoffte, wir kommen dann um ein Verbot herum. Das war aber ein Irrtum. Wir sind wegen der Publikation solcher Zitate verboten worden: von der Militärregierung, die im Auftrage einer Labour-Regierung handelte, aufgrund von Zitaten aus der Labour-Presse! Das merkte man, das war uns ja sichtbar, auch in der Abberufung fortschrittlicher, mit der Labour Party sympathisierender oder sonst aufrichtiger antifaschistischer Besatzungsoffiziere. Das merkten wir in jeder Richtung, und 1948 wurden ja dann die Kommunisten auch aus den Länderregierungen entfernt usw. Wichtiger ist aber die Tatsache, daß wir später merkten – und das war ein Prozeß, der noch nicht ganz abgeschlossen war, als ich zurückkam, aber doch schon weit gediehen war –, daß die sozialdemokratische Führung eine Kooperation mit uns ablehnte, daß schon wieder, insbesondere nach der Vereinigung der beiden Parteien in der sowjetischen Zone im April 1946, sehr feindselige Töne anklangen. Wir druckten in Köln damals die drei Zeitungen der großen Parteien, also CDU, SPD und KPD in der einen erhaltenen Druckerei von Dumont Schauberg. Die sozialdemokratischen Redakteure – wir erschienen an verschiedenen Tagen, alle Zeitungen erschienen zweimal, später dreimal wöchentlich – wichen uns ja weitgehend aus.

Willi Eichler und Heinz Kühn waren damals die Redakteure der „Rheinischen Zeitung“. Ismar Heilborn und ich waren die leitenden Redakteure der „Volksstimme“. Im Grunde wichen sie uns immer aus, und man traf sich dann nur selten und zufällig. Damals gab es noch einige fortschrittliche Leute an den Rundfunkanstalten, die von den Briten betrieben wurden, NDR, WDR. Im WDR arbeitete z.B. Karl Georg Egel, der später ein bekannter Filmautor in der DDR wurde. Er machte einen „Runden Tisch“, an dem Wilhelm Elfes für die CDU (bekanntlich ein sehr guter, fortschrittlicher Mann vom christlich-sozialen Flügel, der später von seinen Freunden wütend bekämpft wurde, vom Adenauer-Flügel, weil er für Verhandlungen und Verständigung mit der DDR war), Willi Eichler für die SPD, ich für unsere Partei teilnahmen. Wir trafen uns zu solchen Tischgesprächen. Ich erinnere mich an eine Begegnung mit der ersten britischen Studentendelegation, die mit Vertretern der SPD und der KPD zusammenkommen wollte; von der SPD kam Willi Eichler, von unserer Partei ich. Meistens waren es nur noch rein polemische Aussprachen. Die eigentliche Periode der Zusammenarbeit – bis auf die parlamentarische Ebene und kommunalpolitisch-parlamentarische Ebene – war fast schon vorbei.

F.D.:

Es gibt über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung nach 1945 weniger Literatur als über die Zeit vor 1933. Du kennst das Problem. Ich will mal einen sehr allgemeinen Zugang wählen, der Dich vielleicht auch provozieren soll. Man könnte ja sagen, vor 1933 haben wir – 1928/29 – die „ultralinke Wende“. Gibt es vielleicht nach 1945 einen analogen Vorgang? Die KPD betreibt zunächst bis 1947/48 eine Volksfrontpolitik im weitesten Sinne. Einige sagen, die KPD stand in einigen Positionen scheinbar rechts von der SPD – Schumacher, Sozialismus als Tagesaufgabe z.B. Dann erfolgt 1948 – das sollte Dich jetzt ein bißchen provozieren – eine „ultralinke Wende“. Jetzt, ab 1948, kommt es in der Politik der KPD – soweit ich die Quellen und Dokumente kenne, zu einem fast verzweiferten Kampf, um die Entwicklung nach rechts, die Restauration zu verhindern, um die deutsche Spaltung zu verhindern. Aus heutiger Sicht erscheint dies fast als ein illusionärer Kampf, wenn wir die großen weltpolitischen Entwicklungen berücksichtigen. Gleichzeitig gibt es wieder die harten politischen Angriffe gegen die SPD, gegen die Gewerkschaftsbewegung usw. Was ist der Zusammenhang dieser strategischen Umorientierung? Ist das kein Bruch? – Diese strategische Umorientierung ist dann gewiß auch in vielen Punkten sehr schmerzhaft, weil sie einhergeht mit dem wachsenden Bedeutungsverlust der KPD und dann übergeht in die unmittelbare Repressionsphase dann Anfang der 50er Jahre bis zum Verbot.

J.S.:

Ich sehe es, offen gestanden, anders. Ich sehe es vor allem deshalb anders, weil in gewisser Weise, wenn man den Gesamtprozeß sich vor Augen führt, unsere Geduld bewunderungswürdiger war als das dann folgende Umsichgreifen gewisser falscher linker Positionen. Denn man darf ja nicht vergessen, *wann* die massive antikommunistische Welle in der sozialdemokratischen Politik einsetzt. Man muß sehen, daß Politik nie von diesen Wechselwirkungsprozessen zu trennen ist. Es ist unvermeidlich, daß Politik sich nicht freihalten kann von dieser Natur des Echos, des: So wie man in den Wald hineinruft, so hallt es auch heraus. Da müßten die politisch agierenden Kräfte Übermenschen sein. Das sind sie nicht. Da gibt es allenfalls einzelne Theoretiker, die aber meistens außerhalb der Massenbewegung stehen, die solche Positionen einnehmen. In der Hinsicht würde ich sagen: Natürlich reagierten wir von Anfang an auf einheitsfeindliche Strömun-

gen, die ja leider sehr bald dominierend wurden in der Sozialdemokratie. Aber wir reagierten noch relativ geduldig. Auch in den polemischen Formen reagierten wir immer unter dem Gesichtspunkt, noch Möglichkeiten zur Gemeinsamkeit zu suchen – wenn das natürlich auch schon fast aussichtslos war. In den Parlamenten orientierten wir uns noch sehr stark auf diese Kooperation, machten in allen Landtagen – das ist genau zu untersuchen – große Kompromisse, verzichteten auf viele Forderungen, nur um sozialdemokratische Vorschläge – ob das die Sozialisierungsproblematik oder Verfassungskonzeptionen sind – mit durchzubringen. Wir versuchten, jede Möglichkeit wahrzunehmen, auch nachdem die weltpolitischen Prozesse (Truman-Doktrin, die Anti-Potsdam-Fronde in den USA, in den Westzonen usw.) längst massiv gegen die Kommunisten agieren. Wir versuchten, solche Schritte zu gehen, die zwar schon unvermeidlich polemisch sind, die kritisch sind gegenüber diesen Positionen, aber dies mehr in dem Sinne einer Warnung vor den restaurativen Tendenzen und vor den Rückschritten in den Westzonen, die unvermeidlich einsetzen müssen, wenn wir nicht die antifaschistischen Einheitsprozesse voranbringen können.

F.D.:

Ich möchte noch eine Frage hinzufügen. Sie scheint mir auch für die heutigen Diskussionen in der Friedensbewegung von einiger Bedeutung. Wenn wir einmal – gewiß hypothetisch – nach den Möglichkeiten historischer Alternativen fragen – für die weltpolitische und nationale Entwicklung nach 1945, genauer nach 1947/48 –, so müßte doch gefragt werden: Welche Entwicklung wäre in Europa und in der Welt möglich gewesen, wenn sich das Konzept der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung – getragen von einem breiten Konsensus gesellschaftlicher Kräfte – durchgesetzt hätte? Ich finde diese Problematik auch deshalb interessant, weil z.B. bei der Münchener Geschichtskonferenz des DGB im Jahre 1979 ein heftiger Streit über die Thesen des Historikers Lutz Niethammer ausgebrochen ist, der feststellte, daß die Entscheidung für den Marshall-Plan auch in den DGB-Gewerkschaften im Jahre 1948, d.h. die Entscheidung für den Westen, zugleich eine Entscheidung gegen die eigenen gesellschaftspolitischen Neuordnungsprogramme gewesen ist. Dazu gehörte dann auch die Blockbildung in den Fronten des Kalten Krieges – einschließlich der deutschen Spaltung und der Remilitarisierung seit den frühen 50er Jahren. Was waren denn nach euren damaligen Vorstellungen die Alternativen? Hätte die Konfrontations- und Hochrüstungspolitik im Zeichen der atomaren

Bedrohung, die dann einsetzte, verhindert werden können – z.B. durch eine europäische Friedensordnung?

J.S.:

Die Alternative war im Grunde die Alternative von Potsdam. Deshalb auch unsere Überzeugung, daß eine realistische deutsche Arbeiterpolitik oder antifaschistische Politik nur auf der Basis des Potsdamer Abkommens möglich war. Wenn man in spekulativer Richtung fragt: Gab es denn diese Chance auch noch nach dem Beginn des Kalten Krieges, nach dem mehr und mehr sichtbaren Auseinanderfallen der Anti-Hitler-Koalition, nach der Truman-Doktrin, so würde ich sagen: Das läßt sich historisch nicht beantworten. Man kann nur hypothetisch sagen: Auch wenn die amerikanische Politik mit Gewalt – und in Verbindung mit der Politik in Großbritannien, in Frankreich usw. – diesen Kurs in Deutschland durchgesetzt hätte (in den Westzonen – sie konnte ihn in der späteren DDR nicht durchsetzen), dann hätte natürlich ein Zusammengehen der deutschen antifaschistischen Kräfte, der deutschen Sozialdemokratie, der Kommunisten und in gewissem Grade auch der bürgerlich-nationalen, antifaschistischen Kräfte, eine *ganz andere* Entwicklung bedeutet. Es hätte die Position der Nachfolger Roosevelts, die die Rooseveltsche Linie verlassen hatten, unerhört erschwert und hätte die ganze Entwicklung des Kalten Krieges erschwert. Zu Potsdam: Es ist eine reine Fälschung zu sagen, Potsdam bedeute vom Standpunkt der Sowjetunion Kurs auf ein „sowjetisiertes“ oder sozialistisches Deutschland. Potsdam war ein Kompromiß, ein Kompromiß einer sozialistischen Macht mit kapitalistischen Mächten, es bedeutete in Wirklichkeit ein neutralisiertes, entmilitarisiertes Deutschland, in dem zwar die antifaschistischen Kräfte ganz andere Möglichkeiten gehabt hätten, in dem aber ein sozialistischer Weg das Problem des inneren Klassenkampfes gewesen wäre. Insofern ist die Frage der Einheit der antifaschistischen Kräfte das entscheidende damalige historische Problem. Ich sehe heute noch die Berechtigung der kommunistischen Partei in allen Teilen Deutschlands, daß sie auf *dieser* Basis operierte; weil jeder soziale und demokratische Fortschritt in den Westzonen davon abhing und weil in der Tat – da gebe ich allerdings Niethammer recht –, sobald diese Weichen in Richtung Marshallplan – ich habe das übrigens damals schon in einer Broschüre der KPD gesagt, die ich 1949 über den Marshallplan geschrieben habe¹² – gestellt waren, dies zugleich die Remilitarisierung bedeutete. Der Marshallplan ist die *Vorauszahlung* für die Remilitarisierung und für die

eigentliche Vollendung des Restaurationsprozesses in der späteren Bundesrepublik.

G.F.:

Wer ist dafür eigentlich verantwortlich: die außenpolitische Konstellation der drei kapitalistischen Siegermächte im Westen oder doch auch das innere Kräfteverhältnis? Also: Trotz aller Einheitsbestrebungen waren die spaltungsbereiten bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Kräfte offenbar erstens einmal schneller und zweitens auch kräftiger und im Rahmen ihrer Organisationen auch prägender.

J.S.:

Ich glaube, der Grundfehler in der sozialdemokratischen Politik unter Schumacher und der aus London zurückgekehrten Gruppe – bei der ja der Einfluß vor allem von Ollenhauer und Heine ausging, später erst von Eichler und anderen –, der unvermeidlich zur Westorientierung führen mußte, war eben der Antisowjetismus und Antikommunismus. Es gab ja die Meinung bei Schumacher, man könne die Mittelschichten mit dem Antikommunismus und gleichzeitig mit der Losung vom *Sozialismus als Tagesaufgabe* anziehen. Das war eine ganz bodenlose Illusion, sie hatte überhaupt keine reale Chance. Denn die einzige Kraft, welche die Mittelschichten hätte anziehen können, lag in der Einheit der Arbeiterschaft. Sie lag in einem massiven Block der Arbeiterbewegung, der bürgerliche Kräfte wirklich hätte loslösen können. Nun kann man sagen: wie das angesichts der amerikanischen, französischen und britischen Besatzung ausgegangen wäre, das wissen wir nicht. Aber wir wissen in jedem Fall, daß ganz andere Barrieren gegen den Restaurationsprozeß entstanden wären. Das andere bleibt geschichtliche Hypothese.

F.D.:

Wir sollten jetzt noch einmal auf den zweiten Teil meiner vorletzten Frage kommen. Du hast gesagt: zunächst einmal ist für die Nachkriegszeit bestimmend die Geduld, mit der die Kommunisten versucht haben, diesen Einheitsblock, diesen antifaschistisch-demokratischen Block politisch zu erreichen. Dann haben wir aber das Umkippen. Ich weiß nicht, ob es ein Umkippen ist – ich formuliere es zunächst einmal so...

J.S.:

Es ist kein Umkippen. Es ist ein Prozeß, der sich allmählich vollzieht, bei dem natürlich die internationalen Beziehungen eine ganz entscheidende Rolle spielen, bei dem die Entwicklungen in der DDR, auch ihre ökonomischen Schwierigkeiten in der „Interpretation“ durch die hiesigen Medien wichtig werden. Aber ich würde sagen, auch in dieser Periode gibt es den Versuch, der jetzt allerdings eine andere Färbung annimmt; es kommt jetzt in unsere politische Strategie sehr stark der Versuch, die Hoffnung – in gewissem Sinne kann man sagen, die Illusion –, über die Kämpfe um die *Abwendung der deutschen Spaltung* politische Bewußtseinsprozesse einzuleiten, die auch in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften und natürlich weit hinein in den kleinbürgerlichen Massen Wirkung erlangen würden, wenn das Bewußtsein Platz greift: was in den Westzonen jetzt vor sich geht, *muß* die deutsche Spaltung herbeiführen. Die institutionellen Tatsachen, die dann eintreten (und die ja immer erst später Antworten erfahren in der sowjetischen Zone, in der sowjetischen Deutschlandpolitik, in der Gründung der DDR, die eine Reaktion, eine Antwort auf diese Spaltungsprozesse darstellt), diese nationalen Probleme werden, auch aufgrund der Erfahrungen von Faschismus und Krieg, Umdenkungsprozesse einleiten. Später, als schon sichtbar war, daß das nicht auf der Basis der Einheitsprozesse von *unten* Erfolg haben konnte – höchstens diplomatisch 1952 im Frühjahr¹³ – hatten wir sicherlich manche Illusion. Dennoch ist es ja immer so: Wer kämpft, muß zunächst einmal solche Prozesse vorwärtszubringen suchen, auch wenn er nicht weiß, ob sie Erfolg haben können. Wenn man solchen Gefahren begegnen will, gibt es keine andere Alternative als diesen Weg zunächst einmal zu *versuchen*. So würde ich sagen, die Färbung ändert sich, selbst auch 1949 im Parlamentarischen Rat. Wir sind ja in den Verfassungsberatungen, die KPD beteiligt sich. Sie bringt fast eine ganz neue Verfassung, sie bringt soziale Grundrechte ein. Die KPD bringt den Vorschlag des Rechts auf Arbeit ein, auch auf der Grundlage von bereits vorher publizierten Verfassungsdokumenten der SED in der späteren DDR. Nur, was sie in den Vordergrund rückt, ist in dieser Periode *historisch absolut begründet*, auch in relativ breiten Massenstimmungen. Selbst die anderen sind nicht sofort bereit, einen westdeutschen Staat mit endgültiger Verfassung – sie weichen dem Begriff sogar aus und nennen es Grundgesetz – zu gründen. Das *nationale Moment* – manche Jugendliche werden diesem Braten vielleicht heute mißtrauen – war damals das entscheidende, das *friedliche Moment*. Das war die Frage: Ein entmilitarisiertes Deutsch-

land oder aber ein militarisiertes Westdeutschland, dem dann unvermeidlich auch eine Volksarmee in der DDR folgen mußte. Es war wesentlich auch gerade die Kriegserfahrung, die in dieser Frage steckte. Man mußte ihre Lösung versuchen. Natürlich haben die außenpolitischen Prozesse damals stark hineingewirkt, die ganze Entwicklung in Westeuropa und alles, was mit dem Kalten Krieg zusammenhing. Man darf ja auch nicht vergessen – man denkt immer nur an die McCarthy-Periode, an die Zeit Anfang bis Mitte der 50er Jahre –, daß die Beratungen des Komitees für „unamerikanische Aktivitäten“ unmittelbar nach der Truman-Doktrin beginnen. Fast alle progressiven amerikanischen Schriftsteller erscheinen damals als die kommunistischen Unterwanderer, und das alles schlägt auf die deutsche Politik zurück. Das soll nur zur Illustration der Zeitatmosphäre dienen.

F.D.:

Gab es aus dieser Situation heraus auch so etwas wie eine revolutionäre Ungeduld der KPD?

J.S.:

Ich glaube, man kann die Perioden am Ende der 20er Jahre und am Ende der 40er Jahre überhaupt nicht miteinander vergleichen. Wir waren ja nicht mehr in einer Angriffsphase oder Angriffsstimmung, sondern wir waren eigentlich in der Stimmung und in der Praxis der massiven Abwehr. Es bestand wirklich Kriegsgefahr, die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Emil Carlebach hat damals mit Kurt Schumacher gesprochen – vorher hatte er ja ein paar Jahre in Dachau mit ihm zusammengewohnt – er traf ihn dann 1946. Da hat Schumacher begründet, warum er mit ihm nicht sprechen will. Er sagte: es kommt sowieso zum Krieg zwischen Rußland und den Westmächten, und da stehst Du auf der Seite Moskaus und ich auf der Seite Londons.

G.F.:

Von heute aus könnte man sagen, mit der Truman-Doktrin von 1947 ist ja eigentlich, sagen wir, die außenpolitische Geschäftsgrundlage der Politik der KPD entfallen – die außenpolitische Geschäftsgrundlage war die Anti-Hitler-Koalition. Das ist die Ursache dafür gewesen, daß die Partei auch im Westen lizenziert worden ist, daß sie ja ähnlich wie in Westeuropa Regierungsfunktionen vom Magistrat aufwärts bis 1947/48 eingenommen

hat. Das zerbricht 1948. Die anderen Parteien, von der CDU angefangen, später dann die SPD und die FDP, stellen sich auf den Prozeß der Halbstaatlichkeit erstaunlich schnell um. Die Kommunisten nicht. Sie sagen: „Wir müssen uns orientieren auf Einheit“ bis weit in die 50er Jahre hinein und vergeben sich dann natürlich auch die Chance der Mitwirkung im Westen – das war ja auch im Grunde keine Chance –, geraten damit auch in einen ganz starken Nachteil. Aber sie halten also Ziele aufrecht, die nicht mehr zu verteidigen gewesen sind: die nationale Einheit, das Potsdamer Konzept. Das wäre eine mögliche Antwort auf die Frage nach den Ursachen für das Scheitern der KPD. Eine andere Antwort aus der Sicht des Jahres 1986 wäre – und das kommt mit dem vollen Durchbruch der Nachkriegskonjunktur, also spätestens im Sommer 1948 voll zum Ausdruck: daß wir einen ganz neuen Akkumulationstypus in Deutschland haben, den niemand vorhergesehen hat. Es kommt eine „lange Welle“ von 20 Jahren – da haben die Sozialdemokraten und auch andere Schwierigkeiten, das zu interpretieren, sie geraten in eine Oppositionsposition hinein. Mehr noch gilt das für die Kommunisten. Sowohl außen- als auch wirtschaftspolitisch geraten jetzt die Kommunisten, spätestens ab 1948, in eine Situation hinein, die sie in einen völlig neuen Lernprozeß zwingt, der innerhalb weniger Monate oder Jahre überhaupt nicht zu bewältigen ist. Der Rückgang der Mitgliederzahl läuft einerseits parallel zum Rückgang der Mitgliederzahl anderer Parteien auch – das hängt mit der Währungsreform zusammen. Andererseits hat er auch etwas damit zu tun, daß für längere Zeit doch die ganze Evidenz der westdeutschen Entwicklung der Programmatik der KPD – wie sie im Juni 1945 entworfen wurde – zuwiderläuft. Das heißt, die KPD bleibt plötzlich hinter den Realitäten zurück und braucht lange, lange Jahre, um das nachzuvollziehen. So könnte man es aus heutiger Sicht vielleicht auch interpretieren, was ab 1947 passiert ist. Was würdest Du dazu sagen?

J.S.:

Selbst aus der Sicht des Jahres 1986 würde ich sagen, es ist eine zu kurzgreifende weltpolitische oder gar welthistorische Analyse. Und das trifft auch für die westdeutsche Entwicklung zu. Zwar ist sicher, daß im März 1947 die Truman-Doktrin, für die Deutschlandpolitik der Westmächte vielleicht schon im September 1946 die Byrnes-Rede in Stuttgart, tiefe Einschnitte bedeuteten. Es wurde klar, daß in den USA inzwischen eine Koalition des rechten Flügels der Demokraten mit der ohnehin gegen die Roosevelt-

Politik eingestellten Republikanischen Partei sich gegen die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition zusammengefunden hatte. Nur: konnte man annehmen, daß die amerikanische Politik imstande sein würde, die Grundlage von Potsdam sofort und auf der ganzen Front zu verlassen? Das konnte man nicht annehmen, und übrigens ist das nicht einmal passiert. Denn die USA waren eben noch eine ganze Weile gezwungen, zu verhandeln. Und das Entscheidende war: Konnten die Kommunisten diese Grundlage sozusagen als „Illusion“ aufgeben und sich schon eine andere Grundlage zu dieser Zeit suchen? Oder mußten sie nicht diese Basis verteidigen und sie mit nationalen deutschen und *friedlichen* Interessen zu verbinden suchen, um zu zeigen, daß die für die Deutschen eine sehr viel bessere Basis sind? Mußten sie nicht ihren Einfluß auf die *Rettung* gerade dieser, vielleicht schwer erreichbaren, vielleicht illusionären, im deutschen Interesse aber sehr viel besseren Grundlage konzentrieren? Konnten sie sozusagen Potsdam verlassen und den Amerikanern oder auch der Reaktion in den Westzonen das vollständige Aufgeben des antifaschistischen Konsenses oder der Potsdam-Grundlage erleichtern? Das war die eine Seite. Aber angenommen, wir hätten Potsdam bereits als völlig überholt abgetan (daß wir selbst diese Zweifel hatten und intern oft darüber diskutierten und uns darüber klar waren, daß die Westmächte diesen Boden bereits verlassen hatten, daß wir sozusagen mehr als Warner und Mahner und nicht als Gläubige diesen Prozeß verfolgt haben, das könnt Ihr nachlesen): Wäre es für uns prinzipiell möglich und strategisch günstig gewesen, eine andere Position einzunehmen? Auf keinen Fall. Welche gab es denn? – Es hätte doch nur eine einzige Alternative für Kommunisten oder Linksozialisten oder nationalbewußte Antifaschisten und Antimilitaristen gegeben: die Linie Revolution, antikoloniale Revolution. Eine andere Gegenposition hätte es ja schwerlich geben können, und die wäre unreal und selbstmörderisch gewesen. Also war das Festhalten an Potsdam die einzige Alternative. Es ist im übrigen ein schrecklicher historischer Irrtum anzunehmen, daß man in jeder Epoche Erfolge erzielen kann. Das kann man nicht. Da muß man im politischen Agieren – übrigens jede Opposition, nicht nur die revolutionäre – durchhalten.

Aber geschichtlich sieht das alles etwas anders aus. Wenn man nämlich dann in Jahrzehnten summiert, sind die Ergebnisse ganz andere. Die zweite Sache ist: Natürlich haben wir auch, wenn Ihr wollt, Illusionen erzeugt, unvermeidlich. Solange man sich auf einen Boden stellt, der bereits ausgehöhlt ist – Potsdam –, erzeugt du unvermeidlich auch Illusionen. Man

kann intern dann natürlich Rechenschaft ablegen. Wir haben es ja auch öffentlich getan. Es kam ja dann auch im Herbst 1947 die weltpolitische Analyse von sowjetischer Seite zum Verlassen der Anti-Hitler-Koalition und des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte. Das war ja für uns auch eine Frage der Verarbeitung, die intensiv theoretisch vor sich ging. Nur: wir mußten in der praktischen Politik an der bisherigen Linie – also sagen wir: Antifaschismus, Antimilitarismus, deutsche Einheit – festhalten, weil es für uns keine andere Aktionsgrundlage gab. Wenn ich es einmal bildhaft übertragen soll: Wir kennen alle den die soziale und politische Realität verhüllenden Charakter der bürgerlichen Verfassungen, und doch haben wir die Pflicht zu sagen: Natürlich, bürgerliche Verfassungen haben immer einen verhüllenden Charakter, aber wir müssen sie beim Wort nehmen, beim Buchstaben nehmen. Ähnlich war es mit den internationalen Verträgen, mit dem Potsdamer Abkommen. Selbst aus der Sicht von heute, also im historischen Rückblick, würde ich sagen: Was wir Kommunisten wollten, war eine tiefe antimonopolistische, antimilitaristische Umwälzung. Wer will bestreiten, daß das im Interesse des ganzen deutschen Volkes lag? Dafür gab es nur *eine* außenpolitische Grundlage: Potsdam. Im einzelnen haben wir damals sicher viel Falsches geschrieben und gesagt. Nur, von der Grundsatzlinie her, glaube ich, hatten wir keine andere Wahl. Die ökonomische Entwicklung: da hast Du natürlich recht. Das ist die entscheidende Basis für das Begreifen der Entwicklung, die durch die Maßnahmen der Militärregierung, durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führung, durch den neu aufgebauten und ja sehr leicht von der Nazi-Vergangenheit her weiterzuführenden Antikommunismus und Antisowjetismus *allein* nicht zu schaffen war. Die rein politischen und administrativen Maßnahmen hätten nicht ausgereicht, um die starke Zurückdrängung der KPD zu erreichen. Sie wurde ermöglicht durch das, was dann einsetzte mit der ökonomischen Entwicklung. Die Möglichkeit der relativ langwährenden Nachkriegskonjunktur infolge des gewaltigen Nachholbedarfs und des Koreabooms haben wir sicher nicht richtig eingeschätzt. Nur, das war zu dieser Zeit noch nicht absehbar. Ich erinnere mich noch, ich hatte eine Arbeit von Varga und Mendelsohn aus Moskau bekommen, ich glaube 1948, als ich in Aachen zu einem Vortrag eingeladen war; ich sagte damals, analog zu den Tendenzen in den USA vor dem Koreaboom 1950, für die Bundesrepublik Krisenprozesse voraus. Wir tendierten alle dazu, die Entwicklung vor 1929 und die „Große Krise“ selbst als Maßstab zu nehmen.

G.F.:

Gibt es auch subjektive Konstellationen in der Parteipolitik für die Eingrenzung der Möglichkeiten der Arbeiterbewegung und der KPD? Wir haben ja schon die Faktoren der Innenpolitik genannt, diese riesige Konjunktur, die vielleicht von den Bürgerlichen auch gar nicht so erwartet worden war, nicht nur von der Arbeiterbewegung nicht. Wie reagiert darauf jetzt die KPD selber? Gibt es für ihr Schwinden oder für ihre verringerten Möglichkeiten auch subjektive Faktoren?

J.S.:

Ja, sicher gibt es subjektive Faktoren. Obwohl ich sagen würde, man darf diese subjektiven Fehler nicht überschätzen in ihrer Wirkung. Die Hauptwirkung ist die politische Großwetterlage, international, ökonomisch und innenpolitisch; wesentlich sind die konjunkturelle Entwicklung, der Antikommunismus, dann die Beziehungen der beiden deutschen Staaten. Die Fehler sind eindeutig: sie bestehen meiner Meinung nach vor allem darin, daß wir die Möglichkeiten der Mobilisierung breiter Massen gegen die Remilitarisierung und für ein entmilitarisiertes geeintes Deutschland überschätzt haben; daß wir die Wirkung der unmittelbaren sozialen Verbesserungen, auch im Sinne der Atempause für breitere Massen nach den furchtbaren Leiden und Entbehrungen des Krieges und in ihrer Orientierung auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse, auch die Nachwirkungen der Entpolitisierung, die ja im Grunde nie aufgehört hat, trotz vorübergehender stimmungsmäßiger Veränderungen – daß wir all das unterschätzt haben. In diesem Sinne haben wir auch oft eine falsche Sprache, eine zu radikale Sprache gesprochen. Aber das sind, meiner Meinung nach, sekundäre Fragen. Man kann das auch oft in der Geschichte verfolgen: die besten Methoden, Losungen, Forderungen, Ideen erzielen in Perioden, in denen die politische Großwetterlage eine andere ist, keine Wirkung. Sonst wären ja solche Ereignisse in der Geschichte völlig unerklärbar wie die Tatsache, daß drei oder vier Jahre genügen, um von der chauvinistischen Massenstimmung des 4. August 1914 zur revolutionären Krisenstimmung 1917/1918 zu kommen. Es wäre völlig unerklärbar, wenn das eben nicht von den Leiden und Erfahrungen der Massen im Krieg her erklärt würde, sondern von noch so guten politischen Losungen.

F.D.:

Wir haben in dieser Zeit in den kapitalistischen Ländern einen unglaublich

chen Druck vor allem auf die kommunistische Bewegung. Du hast es schon erwähnt, sie fliegen aus den Regierungen heraus. Es wird immer klarer, daß die Restauration, die amerikanische Politik usw. auch mit repressiven innenpolitischen Methoden versucht, den Block der antifaschistischen, demokratischen Kräfte aufzubrechen, die Resistenza-Bewegung zu schwächen in Italien – da haben wir das Attentat auf Togliatti in dieser Periode. Das alles zusammen bedeutet jetzt einen unglaublichen Druck auf die Sowjetunion, vor allem auf die politische Lage – was im imperialistischen Kalkül natürlich eine Rolle spielt – in den mittel- und osteuropäischen Ländern, verbunden mit großen innenpolitischen Problemen in diesen Ländern. Auch in den westlichen kapitalistischen Ländern ist es diese Druckkonstellation, die jetzt wiederum in der kommunistischen Bewegung eine Verhärtung erzeugt. Beim XX. Parteitag der KPdSU hat Chruschtschow ja nicht nur Stalins Terror in den 30er Jahren kritisiert, sondern auch noch einmal bestimmte Perioden nach 1945, jetzt also in dieser Phase, Titoismus-Konflikt z.B. Ich habe vor kurzem einmal die hessische KPD-Zeitung aufgeschlagen aus dieser Periode – die „Sozialistische Volkszeitung“, da beschäftigt sich die Hälfte der Zeitung mit den Abweichungen und Gefahren in der KPD. Ist das sozusagen das Produkt?

J.S.:

Der verhängnisvolle Bruch Stalins mit Jugoslawien ist ja eine solche unmittelbare Reaktion auf die Kalte-Kriegs-Politik des amerikanischen Imperialismus. Es herrscht die Furcht, die sozialistischen Kräfte könnten gespalten, auseinanderdividiert werden, wobei doch jede Kraft in dieser antiimperialistischen Front gebraucht wird. Diese Reaktion – mit völlig falschen Methoden – wurde ja schon vor dem XX. Parteitag durch die sowjetische Politik, die Reise der sowjetischen Führer nach Belgrad korrigiert, durch die Wiederaufnahme normaler staatlicher Beziehungen. Das alles wirkte sich aber auf die kommunistischen Parteien aus, und zwar, weil sie naturgemäß von ihrer Grundorientierung her annehmen mußten, daß diese Einschätzungen korrekt sind. Das gilt für die französische Partei und für die italienische Partei. Insofern wirkte es sich natürlich aus auf die ganze kommunistische Bewegung. Es mußte verhärtende Folgen, ideologische Auseinandersetzungen usw. nach sich ziehen. Auch wir hatten das in der KPD und haben sicherlich manchen guten Genossen in dieser Zeit verloren. Nur: unsere Urteilmöglichkeit war begrenzt. Aber wir mußten gegen jede Schwächung der Einheit sein. Selbstverständlich waren die Auswirkungen

äußerst ungünstig für die kommunistische Bewegung insgesamt. Daher auch die intensiven Versuche der Sowjetunion, es nach dem Tode Stalins so bald wie möglich zu korrigieren.

G.F.:

Die ganze internationale Konstellation war wirklich sehr, sehr schwer. Die Sowjetunion hat wirklich nach dem Krieg ganz anders dagestanden als vor dem Krieg, also wirklich bis aufs Blut ausgepeinigt. Dann kommt der Koreakrieg.

J.S.:

Das Schlimme ist, daß der Kalte Krieg bei Stalin offenbar eine Rückkehr zur Festungsmentalität im Verhältnis zu den bürgerlichen Regierungen und Diplomaten bewirkt hat, was ja vor dem Hintergrund der riesigen Verluste der UdSSR im zweiten Weltkrieg auch verständlich war. Und nun kommen die Furcht und das Mißtrauen, das eine oder andere volksdemokratische Land könne mit Sonderwegen die Front des Sozialismus schwächen.

8. Politik der KPD

G.F.:

Wir wollen jetzt noch einmal zurückgehen bis zum Moment Deiner Rückkehr in die Westzonen im Oktober 1946. Du hast also ganz wichtige Entwicklungsschritte der KPD in den Westzonen erst nur aus der Emigration beobachten können. Es muß ja die KPD nun gerade in der Zeit 1946/47 in einer ziemlich komplizierten Situation gewesen sein, vorausgegangen war der im Reichsmaßstab angelegte Vereinigungsprozeß 1945/46 zwischen SPD und KPD, der dann nur erfolgt ist in der SBZ. Aber was war denn dann, sagen wir ab Ende 1946, die offizielle Stellung der KPD? Sie ist ja im Grunde nur noch ein Restfaktor, wenn man so will, der übriggeblieben ist aus einem nicht ganz gelungenen Vereinigungsprozeß, das war da auf der einen Seite die große SED in der sowjetischen Besatzungszone, und Du hast dann andererseits in den Westzonen die KPD, die ja dann nach den Intentionen des Vereinigungsprozesses eigentlich nicht hätte bestehen sollen...

J.S.:

Nun war man sich natürlich in der sowjetisch besetzten Zone und erst recht in den Westzonen im klaren darüber, daß dieser Vereinigungsprozeß zwar auf einer einheitlichen Basis angestrebt wurde und weiter anzustreben sein würde, aber gleichzeitig wußte man auch, daß die Bedingungen in den Westzonen bereits andere waren. Darüber war man sich von Anfang an im klaren. Jetzt waren ja schon wesentliche Entwicklungsetappen sowohl in der Besatzungspolitik der Westmächte als auch innerhalb der SPD vor sich gegangen, so daß es klar war, daß der Zeitpunkt einer Vereinigung oder auch der ganze Weg des Vereinigungsprozesses in den Westzonen anders verlaufen würde. Die Tatsachen dafür waren gegeben. Der Versuch war, durch die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei in den Westzonen diesen Prozeß zu beschleunigen. Dieser Versuch, linke Sozialdemokraten und die Organisationen der KPD zur SED zu vereinigen, wurde von den westlichen Besatzungsmächten verboten. Es wurde verboten, den Namen SED zu gebrauchen. Die Begründungen waren unterschiedlich: die der amerikanischen und britischen Behörden liefen darauf hinaus, daß das in ihren Zonen nicht gestattet würde, weil es eine Tarnung der KPD sei. Die Begründung der Franzosen war etwas anders. Auf jeden Fall wurde es untersagt, so daß zentral zunächst eine Arbeitsgemeinschaft KPD – SED geschaffen wurde: die KPD in den Westzonen, die SED in der sowjetischen Zone. Viele bekannte westdeutsche Kommunisten waren in der Leitung dieser Arbeitsgemeinschaft vertreten. Aber der Wille zur Vereinigung existierte auch bei nicht wenigen Sozialdemokraten in den Westzonen. Auch auf dem Vereinigungsparteitag vom April 1946 waren ja Hunderte von linken Sozialdemokraten aus den Westzonen zur Vereinigung bereit. Nach der Vereinigung, im Sommer und Herbst 1946, sprachen Führer der SED, unter ihnen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, auf großen Kundgebungen in einer ganzen Reihe von Großstädten der britischen und amerikanischen Zone mit einem Riesenbesuch. Der Vereinigungswille war tatsächlich stark. Es gab, insbesondere auch nach der Vereinigung zur SED, in den Westzonen viele zur Einheit bereite Sozialdemokraten. Etwas unbefangenere bürgerliche Historiker, wie der Amerikaner Lewis J. Edinger, weisen darauf hin, daß sogar noch im Frühjahr 1947 weit mehr als ein Drittel der sozialdemokratischen Mitglieder durchaus für eine Vereinigung gewesen seien. Es gibt ja in dieser Zeit noch eine ganze Reihe Beispiele dafür, daß Schumacher nicht überall Erfolg hatte mit seinen Versuchen gegen die Einigung. Es gibt die bekannte Abstimmung in Westberlin vom

31. März 1946, wo zwar in bezug auf die sofortige Vereinigung mehrheitlich mit „Nein“ gestimmt wird, wo aber der größte Teil der Abstimmenden für eine prinzipielle Zusammenarbeit und spätere Vereinigung eintrat. Aber, um zu den späteren Entwicklungen zu kommen: es war so, daß diese Arbeitsgemeinschaft SED-KPD eine ganze Weile existierte, sich aber immer deutlicher abzeichnete, daß die ganz andersgeartete Entwicklung in den Westzonen selbständige Organisationsstrukturen der KPD notwendig machte, daß diese Art des Vereinigungsprozesses nicht durchführbar war. Und so entwickelten sich dann auch die organisatorischen Strukturen in der Richtung einer Zusammenführung der Zonenorganisationen der KPD. Im Frühjahr 1948 findet in Herne die Konferenz statt, auf der ein Parteivorstand der KPD für die Westzonen beschlossen und dann auch in Frankfurt geschaffen wird. Es folgte der Versuch, die Barrieren der Sozialdemokraten uns gegenüber abzubauen und Sozialdemokraten für die Partei zu gewinnen, nachdem es mit der SED gescheitert war. Es gibt den Versuch, auf der Solinger Konferenz im Frühjahr 1949, die KPD in *Sozialistische Volkspartei* umzubenennen. Das war bereits eine Delegiertenkonferenz, wo die gewählten Delegierten aus den einzelnen Zonen und Landesorganisationen gewählt worden waren. Auch dieser Versuch wurde von den Besatzungsmächten vereitelt. Wir hatten die Hoffnung, den Vereinigungsprozeß von *unten* her weiterzutreiben. Von oben war ja völlig klar, daß es aussichtslos war, da gab es ja längst die einheitsfeindliche antikomunistische Politik der Schumacher-Führung. Man mußte versuchen, und das tat die Partei auch, insbesondere auf parlamentarischem und gewerkschaftlichem Feld, gemeinsam zu agieren, wo man dies konnte, und gleichzeitig den Prozeß der Diskussion und Zusammenarbeit auf lokaler, betrieblicher Ebene weiterzutreiben. Das war die Absicht der Namensumbenennung, die nichts damit zu tun hatte, daß wir nun unbedingt wegen des Antikommunismus den Namen „Kommunistische Partei“ loswerden wollten. Der hauptsächliche Grund war, *Brücken* zu sozialdemokratischen Mitgliedern, auch unorganisierten Sozialisten und Sozialdemokraten zu bauen, die sich organisatorisch noch nicht festgelegt hatten oder mit der SPD-Politik nicht einverstanden waren. Daher: Sozialistische Volkspartei. Das wurde von den Briten und Amerikanern sofort abgelehnt, während die Franzosen auf den Ausweg verfielen, zu sagen: Wenn Sie einen solchen Namen wollen, müssen Sie eine *neue* Partei gründen, Sie müssen einen völlig neuen Antrag stellen zur Neubildung einer Partei. Es gab eine ganze Reihe von Gegenstimmen in Solingen, gegen diesen Beschluß, die Partei

umzubenennen. Das erschien manchen Genossen als unzulässiger „Rückzug“. Die Schwaben waren es, glaube ich, die am stärksten dagegen opponierten. Der Genosse Hermann Nuding ist aufgetreten und noch eine Reihe anderer Genossen.

G.F.:

Offiziell ist der Name nie durchgesetzt worden?

J.S.:

Nein. Die Ablehnung der Besatzungsmächte entthob uns jeder weiteren Diskussion.

G.M.:

War das auch der Hintergrund für die Auseinandersetzungen um den Titoismus in der Partei, die man in der kommunistischen Presse verfolgen kann?

J.S.:

Die Namensnennung hatte damit nichts zu tun. Nein, der Hintergrund über Titoismus war international, ausschließlich international. Das ging aus von den Kominform-Dokumenten, von der Beschuldigung der Jugoslawen, und wir akzeptierten das ja, wobei man hinzufügen muß: Wir hatten nicht die historische Erfahrung, um daran zu zweifeln. Das wesentliche Moment war für uns die Frage des Zusammenhalts der sozialistischen, der volksdemokratischen Länder. Wir konnten damals nicht sehen, daß Stalin die Entwicklung völlig falsch einschätzte, daß mit dem Entstehen dieser Länder – und insbesondere infolge der großen Eigenständigkeit und der großen Rolle der jugoslawischen Partisanenarmeen – neue und andere Formen und Wege sich herausbildeten. Wir haben damals einige gute Genossen verloren, die mit den jugoslawischen Partisanen gekämpft hatten oder Jugoslawien kannten und die Anschuldigungen nicht akzeptierten. Das hat der kommunistischen Bewegung überall geschadet. Ich erinnere mich noch, wie ich einen jugoslawischen Korrespondenten, der zu dieser Zeit zu uns kam und mit mir ein Interview wollte, so habe abblitzen lassen, daß die Sekretärin im Nebenzimmer, eine Hamburger Genossin, ganz erschrocken war und meinte, sie hätte mich noch nie so abweisend erlebt wie in diesem Fall. Ich erwähne dies, um die Atmosphäre zu schildern, die das zur Folge hatte. Es war ja wirklich eine äußerst komplizierte

Situation, wobei wir nicht begriffen, daß die wahre Schwächung davon ausging, daß Stalin meinte, allen dieselbe Linie aufzwingen zu müssen. Es war zwar sicher ein lebenswichtiges Anliegen, die ökonomischen und militärischen Kräfte der volksdemokratischen Länder zusammenzuhalten, um der atomaren Erpressung durch die „roll back“-Strategie der USA entgegenzutreten. Stalins Methode in Jugoslawien mußte aber das Gegenteil bewirken.

G.F.:

Es bleibt ja zunächst einmal so, daß die KPD erst ab 1948 einen eigenen Vorstand in den Westzonen hatte und das Leitungsorgan der Partei damit auch in der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD war, wenn ich das recht sehe.

J.S.:

Bis dahin, ja. Ich würde das aber relativieren. Die Arbeitsgemeinschaft KPD-SED, das war eine Zusammenfassung, die gewissermaßen die große Linie der auf Gesamtdeutschland gerichteten Strategie betraf. Die Politik der Partei in den einzelnen Zonen, die konkrete Politik zu Tagesfragen war nicht dadurch bestimmt.

G.F.:

1946 sind die Entscheidungen in den anderen Stäben der Parteien gefallen, in der SPD eigentlich schon seit Wennigsen, seit 1945; bei der CDU fällt die Entscheidung im Februar/März 1946. Kaiser fährt zu Adenauer, und dieser empfängt ihn kaum. Es wird klar, das Zentrum der Christlich-Demokratischen Union liegt in der britischen Zone und wird damals schon abgeschnitten von der sowjetischen Besatzungszone. Bei der FDP war das nicht so wichtig, da lief das tatsächlich auch bis 1948 gesamtdeutsch weiter. Die beiden großen Parteien aber, CDU und SPD, haben sich spätestens ab 1946 ihre operativen Stäbe geschaffen, die ausschließlich auf die Westzonen beschränkt sind, in den Westzonen gearbeitet haben. Die KPD, die die gesamtdeutsche Perspektive doch als operative Perspektive hatte, soweit ich jetzt sehe und wir es bisher gehört haben, hat im Grunde keinen auf die Westzonen beschränkten Operationsstab gehabt.

J.S.:

Nein, und zwar aus dem Grunde, den Du selbst schon nennst. Wir konnten ja die Perspektive, daß eine demokratische Erneuerung im gesamtdeut-

schen Maßstab erfolgen sollte, nicht schon vorzeitig aufgeben. Das wäre ein Aufgeben der politischen Perspektive damals gewesen, und wir mußten versuchen, die organisatorische Struktur dieser politischen Zielsetzung anzupassen. Daher waren wir in der Praxis ganz unvermeidlich – weil wir ja auch nicht ganz weltfremde Leute waren – bestrebt, die konkrete Politik, die Entwicklung der konkreten Forderungen, Vorschläge, Entwürfe usw. – das ist überall nachzulesen – den konkreten Bedingungen anzupassen. Doch dies geschah immer in Beziehung zu den weitergehenden Bestrebungen für ein antifaschistisches Deutschland insgesamt. Da die Entwicklung in der sowjetischen Zone in dieser Richtung, in der von uns angestrebten Zielsetzung, weiter war, waren unsere Vorschläge auch angepaßt an die dortigen Entwicklungen, um die Dinge in den Westzonen voranzubringen.

G.F.:

Wie lange hat die KPD eigentlich an diese Perspektive geglaubt, die Perspektive eines demokratischen Gesamtdeutschland?

J.S.:

Eigentlich noch sehr lange. Es änderte sich natürlich dann der Perspektivcharakter sowohl zeitlich als auch inhaltlich. Die gesamtdeutsche Perspektive spielte später nicht mehr im Sinne des unmittelbaren politischen Massenkampfes in den Westzonen eine Rolle, sondern sehr viel stärker im Sinne a) der Verhandlungen der Mächte des Potsdamer Abkommens und Frankreichs und b) in einer noch späteren Phase als Ziel der Verhandlungen von DDR und Bundesrepublik. Es war völlig klar, daß ohne Vereinbarungen – je nachdem, welche Forderungen im Vordergrund standen, bis zu der des Friedensvertrages – der Großmächte, später der beiden deutschen Staaten und der Großmächte, eine Einigung auf friedlicher und anti-nazistischer Grundlage nicht zustandekommen konnte.

G.F.:

Das heißt aber, daß nach 1947, ja eigentlich schon ab September 1946, seit der Byrnes-Rede, ein eigener staatsrechtlicher, ökonomischer Mechanismus in Westdeutschland in Gang gesetzt wird mit eigenen Gremien, Wirtschaftsrat hier in Frankfurt, dann der Parlamentarische Rat, und die Kommunisten auch überall in diesen Gremien beteiligt sind, aber andererseits ihre Politik auf einer ganz anderen Ebene ansetzen, nämlich auf einer Ebe-

ne, für die es gar keine Mechanismen gibt, nämlich für Gesamtdeutschland. Bedeutet das nicht auch, daß man sich in die Rolle des Zuschauers, des Kommentators, des Opponenten hineinbegibt, während die anderen das machen, was man Politik nennt? Die Kommunisten sagen: das ist im Grunde nicht die Ebene, auf der wir handeln wollen, wir können nur versuchen, im Hinblick auf die internationale Arena zu kämpfen; in der gleichen Zeit machen die anderen eine Verfassung für diesen Teilstaat.

J.S.:

Ja, in der Situation war es so, daß dieser Widerspruch existierte. Nur: in gewissem Sinne existiert ein solcher Widerspruch immer für oppositionelle Kräfte, insbesondere für grundsätzlich oppositionelle Kräfte. Er existiert nicht immer in dieser institutionellen Form, d.h., er existiert nicht immer so, daß man ankämpft gegen bestimmte sich vollziehende staatliche Verfassungsprozesse. Aber er existiert ja politisch, sozial, geistig auch sonst im Kampfe von oppositionellen Bewegungen. Soweit es damals diese staatliche, institutionelle Neuorientierung, den sich herausbildenden Separatstaat gibt, darf man nicht vergessen: das sind Dinge, die damals noch in *Bewegung* sind, die man hinterher, historisch rückblickend, sehr leicht als bereits unvermeidlich und abgeschlossen ansehen kann, die aber im Prozeß der Entwicklung selbst keineswegs bereits als abgeschlossen, vollendet angesehen werden können. Vor allem dann nicht, wenn man gegen eine solche Entwicklung, die noch im Fluß ist, ankämpft. Das reale Bild dieser Entwicklung sieht so aus: Wir sind ja nicht beiseitegetreten und haben gesagt: Wir wollen mit den Landtagen, die jetzt gebildet werden, nichts zu tun haben. Wir wollen mit den Verfassungen, die jetzt in den Ländern geschaffen werden, nichts zu tun haben. Wir haben ja nicht gesagt: es wird ein Zonenbeirat gebildet, und da nimmt die KPD nicht teil. Die KPD hat sogar einmal – wenn ich ein ganz extremes Beispiel nehmen darf – mit Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, für uns Max Reimann, *gemeinsam* an den obersten Befehlshaber der britischen Militärregierung geschrieben. Also es war nicht so, daß die KPD diese konkreten Bedingungen einfach negiert hätte. Sondern sie hat versucht, in diesen Institutionen für Ziele zu arbeiten, die ja von der Stimmung her eine breite Massenbasis hatten, wenngleich nicht in der Färbung, in den konkreten Formen und Methoden, die wir vorgeschlagen haben. Es ist ja nicht so, daß damals etwa irgendeine der anderen Strömungen hätte offen erklären können: wir sind für die Spaltung Deutschlands, und wir sind für einen separaten westdeutschen

Staat. Sie mußten das ja – weil sie der Stimmung in der Bevölkerung Tribut zollen mußten – unter dem Slogan tarnen: Wir tun das als ersten Schritt zur Einheit. Von alledem ausgehend, kam es zu dieser Politik. Sie hatte infolge der Stellung der anderen keine allzu starke parteipolitische Basis, das stimmt. Andererseits stand die Partei ja auch vor der Frage: ist nicht die Konzentration auf diese Seite der westdeutschen Entwicklung, Kampf gegen die Spaltung, Kampf gegen die Bildung eines selbständigen westdeutschen Staates geeignet, andere Schranken, die gegenüber der KPD bestanden, Einwände, Vorurteile, den antikommunistischen Druck abzubauen, würde dieses Moment nicht helfen, viele Kräfte, bis hinein ins Bürgertum, davon zu überzeugen, daß das Festhalten am Konzept von Potsdam im Interesse des ganzen deutschen Volkes ist?

F.D.:

Inzwischen ist aber schon wieder eine neue Generation von Kommunisten angetreten. Du warst jetzt schon einer der älteren der Partei, und ich könnte mir vorstellen, daß in dieser Zeit von 1945-47 auch sehr viele junge Leute in die Partei hineingestömt sind. Das war wahrscheinlich zunächst ein Aufschwung. Dann geraten sie in dieses Abflauen hinein, ab 1947. Viele verlassen die Partei. Das sieht man an der Mitgliederentwicklung; andere, ganz junge Leute, vielleicht erst 20 Jahre alt, sind jetzt in der Partei. Wie war eigentlich die Stimmung bei diesen jungen Mitgliedern? Im Mai 1949 wird die Bundesrepublik konstituiert, und der Zug geht in eine ganz bestimmte Richtung ab. Wie stellt sich z.B. ein FDJ'ler im Frühjahr 1949 die nächsten zwei Jahre vor?

J.S.:

Immer noch mit einem starken Optimismus. Das ist ja immer so in solchen Perioden. Das ist im nachhinein sicher schwer verständlich, aber der Optimismus rührte ja her aus dem Bewußtsein, aus der Hoffnung, genauer gesagt: Es ist undenkbar, daß es antifaschistische Kräfte geben könnte nach diesem furchtbaren Krieg, die auf ein einiges und friedliches Deutschland verzichten wollen. Die Frage ist ja bereits verknüpft mit dem Remilitarisierungsproblem. Es beginnt 1949/50, wo die Remilitarisierungspläne offenkundig werden, wo dann auch die „Ohne mich“-Bewegung einsetzt, die starke Antikriegsstimmung, die starke Stimmung gegen jede Bewaffnung. Was zwingt denn einen Strauß, zu sagen: „Ich werde nie ein Gewehr in die Hand nehmen“? Was zwingt Adenauer dazu, immer wieder und öffentlich

zu beschwören, daß er nicht im entferntesten daran denkt, einen westdeutschen Beitrag zum westlichen Militärbündnis zu wollen? Heuchelei ist der Tribut, den das Laster der Tugend zollt, sagt Blaise Pascal. Es war der Tribut an die Massenstimmung. Die Kommunisten rechneten damit, daß diese Stimmung, nicht im engen Parteisinne, aber im Sinne dieser Bewegung für eine Vereinbarung der Großmächte zum Friedensvertrag führen könnte, daß man dafür alles tun müsse; auch zu Vereinbarungen der bereits existierenden beiden deutschen Staaten in Richtung auf die Einheitsentwicklung.

F.D.:

Ich würde da gern noch eine zweite Frage anschließen. In dieser Zeit, 1951/52, setzt sich eine politische Orientierung der KPD durch, die heute auch noch diskutiert wird. Dafür gibt es Stichworte wie „These 37“, „Revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes“. Ich will einmal bei der Gewerkschaftsproblematik bleiben: der Hessische Metallarbeiterstreik 1951, bei dem von der KPD eigene Streikkomitees gebildet werden. Zugleich werden die großen politischen Fragen, wie die Remilitarisierungsfrage, die Frage der deutschen Einheit – bis übrigens zum Metallarbeiterstreik 1954 in Bayern – in die Streikkämpfe von der KPD hineingetragen. Dann: die Reaktionen der KPD auf die Reverspolitik einiger Gewerkschaftsführungen führen ja auch dazu, daß viele kommunistische Gewerkschafter aus den Gewerkschaften ausscheiden. Wir wissen, daß die DKP heute zu diesen Fragen eine ganz andere Position hat. Aber man fragt sich erstens: Wie kam es zu dieser Politik? Zweitens: Wenn man die Argumentation der damaligen Zeit anschaut, hat man sehr stark den Eindruck, daß die Grundkonzeption der KPD von der Überlegung ausgeht: Westdeutschland wird in eine amerikanische Kolonie verwandelt. Togliatti sagt in der Zeit einmal: die Amerikaner haben die Westzonen in ein riesiges Bordell verwandelt. Das ist wichtig, weil das ja auch in anderen Zusammenhängen mit Togliatti interpretiert wird. Remilitarisierung natürlich – Du hast davon gesprochen –, die Hoffnung auf eine Chance, im Bereich der internationalen Politik doch noch zu einer Vereinbarung, sagen wir auf der Basis von Potsdam, zu kommen usw. Man hat, wenn man das heute liest, den Eindruck, daß es fast ein verzweifelttes Aufbäumen gegen diese Entwicklung ist; jetzt auch mit einer Radikalisierung der politischen Sprache, der politischen Programmatik im Blick auf die Arbeiterklasse, also z.B. die Gewerkschaftsfrage. Es ist aber doch offenbar ein großes Problem in der damaligen Zeit, daß diese Radikalisierung in der Arbeiterklasse selbst

nicht einsetzt, daß auch nach 1948 die ökonomische Entwicklung nicht in der Richtung von Krisen geht, wie es KPD und SPD voraussagten. Die soziale Lage der Arbeiterklasse hat sich kontinuierlich verbessert. War das jetzt einer der Gründe dafür, daß es auch immer schwieriger wurde, sich mit dieser politischen Programmatik an die Arbeiterklasse zu wenden? Und: hat das KPD-Verbot die strategische Bearbeitung dieser Veränderungen nicht in gewisser Weise erschwert? Denn: in dieser Periode, in den 50er Jahren, findet in allen kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern ein strategischer Reflexionsprozeß und auch ein theoretischer Diskussionsprozeß – die Stamokap-Diskussion mit neuen Erkenntnissen über die Entwicklung des Kapitalismus – statt, der dann zu neuen strategischen Orientierungen in der Bewertung des Verhältnisses von Reformen und der Perspektiven der Revolution führt.

J.S.:

Vielleicht kannst Du mich ab und zu durch Stichworte wieder an die einzelnen Punkte erinnern. Also wie kommt es zu diesen Überschätzungen und Überspitzungen? Ich glaube, die Hauptursache ist das *Friedensproblem*. Hier ist der Blick auf die historische Vergangenheit wichtig. Die kommunistische Bewegung war entstanden aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges. Die kommunistische Bewegung nach 1945 wurde, wenn Du willst, sogar von zwei Generationen geführt, deren bestimmende Erfahrung Faschismus und Krieg waren.

F.D.:

Und Revolution.

J.S.:

Oktoberrevolution, ja. Aber die bestimmenden Erfahrungen der deutschen Kommunisten, also die *inneren* Erfahrungen waren Faschismus und Krieg, einschließlich der eigenen Fehler vor 1933. Das heißt, die Hauptfrage im Bewußtsein, die auch die einzelnen sehr stark bestimmte, war *die Verantwortung* des deutschen Volkes im historisch-politischen und moralischen Sinne – die Mitverantwortung für den Faschismus und den zweiten Weltkrieg. Bei den furchtbaren Opfern der Völker – auch des deutschen Volkes – mußte der Friede die *erste* Aufgabe sein. Und daher schien die Remilitarisierung auch als Instrument, als eigentliches *Ziel* der Spaltungsprozesse, der Gründung des Weststaates. Wir waren mit dieser Auffassung

keineswegs allein. Es gibt das bekannte Wort von Rudolf Augstein: Da wurde nicht Militär für einen Staat, sondern ein Staat für das Militär geschaffen. Das bedeutet, daß wir diese *politische* Seite der Entwicklung bewußt in den Vordergrund gerückt haben und daß wir erwarteten, daß diese *Politisierung*, die Fragen der *Einheit* und der *Verhinderung* der Remilitarisierung, was zusammenfiel, bis in pazifistisch und national gesonnene Bürgerkreise hineinwirken würde, denen das entweder aus Tradition naheging, oder die einfach die Erfahrung aus dem Krieg gezogen hatten, insbesondere in der jungen Generation, der „Ohne-mich“-Bewegung eines elementaren, spontanen Antimilitarismus. Wir hofften auf tiefe Einbrüche auch in die Sozialdemokratie und insbesondere in die Gewerkschaften. D.h. wir unterschätzten sicher, daß das alles *überlagert* war durch die gleichzeitig vor sich gehenden ökonomischen und sozialen Prozesse der Hebung des Lebensstandards, der Möglichkeit, sich wieder eine Wohnung, Kleidung zu schaffen, der Anpassung der Millionenmassen von Flüchtlingen, die sich nun erst eine ganz dürftige Existenz aufbauen konnten. Wir unterschätzten die schweren Folgen der Entpolitisierung, der verbreiteten Furcht vor Politik, der Berührungängste gegenüber Kommunisten infolge der wieder einsetzenden Verfolgung und Diffamierung und der Wirkungen der infamen Hetze in der Frage der Kriegsgefangenen und der Grenzen. Diese Überlagerungen haben wir nicht in ihrem Ausmaß gesehen. Es ist ein verständlicher Fehler, weil ja die *existentielle* Bedrohung, die unmittelbare Kriegsgefahr sicher von allen progressiven Kräften überschätzt wurde. Aber man darf nicht vergessen, daß 1950 der Koreakrieg begann und daß die Politik der Eindämmung (containment) und des Zurückrollens (roll back) des Kommunismus bereits eingeleitet war.

F.D.:

... weil Du jetzt Koreakrieg ansprichst: Ich weiß, daß wir auch zuhause darüber diskutiert haben. Das ist eine sehr frühe Jugenderinnerung für mich: gibt es jetzt wieder Krieg? Das hing natürlich mit den Meldungen in der Presse und im Rundfunk zusammen.

Inzwischen weiß ich, daß damals tatsächlich die akute Gefahr eines Atomkrieges bestand; denn die USA haben den Einsatz von Atombomben erwogen und angekündigt. Das hing – wie wir wissen – mit der Roll-Back-Strategie zusammen. Betrachten wir einmal einen Moment diese Problematik aus der Perspektive der heutigen Friedensbewegung und auch der Kommunisten in dieser Frage. Je größer die Gefahr einer atomaren Kata-

strophe ist, umso wichtiger ist es, eine möglichst breite Front der Friedenskräfte – unter Einschluß der Sozialdemokraten, der Gewerkschafter usw. – herzustellen. Aber damals radikalisierte sich die Politik der KPD, indem frontal die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführungen als „Handlanger“ des US-Imperialismus angegriffen wurden, obwohl es doch auch in der SPD und in den Gewerkschaften starke Bewegungen – vor allem innerhalb der Jugendorganisationen – gegen die Remilitarisierung gegeben hat.

J.S.:

Ich glaube, man muß dabei hauptsächlich zwei Dinge im Auge haben. Das erste ist, daß die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges gerade den deutschen Kommunisten die Frage des *Friedens* in hohem Maße auch zu einer unmittelbaren *existentiellen* Frage werden ließen. Sie fragten sich: Wieviel Zeit haben wir noch? Mit welchen Entwicklungen können wir rechnen? Müssen wir nicht in hohem Maße auch offensiv, alarmierend, herausfordernd diese Fragen aufwerfen? Müssen wir nicht auch durch scharfe Anklagen die dramatische Situation klarmachen? Es herrschte ja eine Art Endzeitstimmung, wenigstens die Stimmung einer unerhörten Gefahr. Im Bewußtsein der Menschen spielen immer wieder – wir haben mehrfach darüber gesprochen – Analogien eine große Rolle. Und die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges waren furchtbar genug für die, die radikale Kriegsgegner waren, die wußten, daß für die Sowjetunion, für die entstehenden sozialistischen Länder und für uns alle auch angesichts der deutschen Situation, der zerbombten Städte, des Elends, der Millionen Flüchtlinge usw. *nichts schlimmer sein konnte als der Krieg*. Und diese Atmosphäre, die ja einen *realen Boden* hatte, bewirkte auch eine Radikalisierung in den Problemstellungen und davon abgeleitet natürlich auch eine Radikalisierung gegenüber den Kräften, die diese Gefahr entweder nicht sehen wollten oder die unserer Meinung nach durch ihre Politik subjektiv oder objektiv, gewollt oder ungewollt, solchen Entwicklungen Vorschub leisteten. Ich will jetzt unsere damalige Analyse nicht entschuldigen. Ich will nur die Ursachen für diese Dramatisierung aufzudecken suchen, die aus der Zeit verständlich ist. In dieser Zeit veränderten sich allerdings bereits die Kräfteverhältnisse – 1949 hatte die Sowjetunion ihre erste Atombombe gezündet, und es gab eben nicht mehr die Situation des atomaren Monopols der USA.

F.D.:

Zur Problematik der Dramatisierung möchte ich unbedingt noch eine Zusatzfrage stellen. Du hast jetzt den Zusammenhang der internationalen Situation – unter Einbeziehung der deutschen Frage – angesprochen. Das ist sicher die zentrale Ebene. Aber ich frage mich, ob es nicht noch eine andere Ebene gibt, ob die ganze Entwicklung bis zur Mitte der 50er Jahre (Spaltung Deutschlands, Remilitarisierung, Westintegration) nicht von vielen Antifaschisten – auch im „bürgerlichen Lager“ – als eine dramatische Entwicklung angesehen wird. Ich möchte an den Fall „Otto John“ erinnern, über den vor einiger Zeit auch im Fernsehen berichtet wurde. Er ging als Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1954 in die DDR, später kam er dann zurück. Die Details sind in unserem Zusammenhang jetzt nicht wesentlich. In der erwähnten Fernsehsendung hat er selbst im Interview über diese Dramatisierung gesprochen: als ehemaliger Widerstandskämpfer (Teilnehmer des 20. Juli) konnte er sich bei Adenauer nicht durchsetzen, weil dessen engster Berater Globke, Kommentator der faschistischen Rassengesetze usw., gewesen war. Der Richter am Bundesgerichtshof, der ihn dann später, nach seiner Rückkehr in die BRD, verurteilte, war ein ehemals hoher Nazi- und SS-Richter. Für die Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung und vor allem für die Kommunisten war es doch genau so: es war gar nicht unwahrscheinlich, daß sie jetzt wieder vor dem Richter oder Richtertypus standen, der sie selbst oder ihre Genossinnen und Genossen schon früher ins Zuchthaus oder ins KZ geschickt hatte. Es war gar nicht unwahrscheinlich (jetzt eher symbolisch gemeint), daß der Polizist, der in Essen Philipp Müller erschossen hat, vorher KZ-Wächter gewesen war. Und nochmal zur hehren Justiz: Es ist bekannt, daß ein Richter am Kasseler Verwaltungsgericht, der vorher „Rassenschandeurteile“ und dergleichen fällte, bis zur Pensionierung fleißig Berufsverbotsurteile produzierte ... Ich versuche mir einfach vorzustellen, wie Menschen, die unter dem Faschismus Unglaubliches erlitten haben, jetzt auf den Tatbestand reagiert haben, daß die sogenannte „Restauration“ nicht nur ein gesellschaftlicher und politischer Vorgang war, sondern daß darüber hinaus eben im Staatsapparat keine wirkliche Entnazifizierung stattgefunden hat. Man kann sich doch nur zu gut vorstellen, daß die Betroffenen auf diese Erfahrung nicht nur mit Enttäuschung, sondern mit Verbitterung, ja auch mit Haß reagieren.

J.S.:

Du hast absolut recht. Es vollzog sich die Restauration ökonomisch und politisch; es war personell eine weitgehende *Renazifizierung*, nicht Entnazifizierung. Man darf nicht vergessen, daß 1950/51, unmittelbar in Verbindung mit Korea, die Adenauer-Regierung von den Westalliierten forderte: Nun müßt ihr endlich Schluß machen mit der Entnazifizierung. Die große Mehrheit der Kriegsverbrecher, auch die Industriellen, werden zu dieser Zeit begnadigt. Das heißt, es vollzieht sich buchstäblich eine Renazifizierung. Sicher spielt das für die ganze Entwicklung der damaligen Politik eine wichtige Rolle. Dennoch würde ich sagen; die Hauptsache ist die unmittelbare *Kriegsgefahr* und die Verbindung der beiden Probleme: Remilitarisierung bedeutet Spaltung für lange Zeit, und das bedeutet eben den Boden für eine längere Periode der Kriegsgefahr, der Spannung und Konfrontation in Europa. Das bedeutet – wir mußten das in unsere Kalkulation immer einbeziehen – eine ökonomische, militärische Stärkung der USA, die damals eben – und bis heute – die entscheidende nicht nur antisowjetische, sondern *reaktionäre* Kraft in der Welt darstellen. Ich will noch etwas sagen zu dieser Kolonialisierungsthese. In dieser These gab es natürlich objektive Momente. Es gab ja nun einmal eine starke Abhängigkeit des sich restaurierenden westdeutschen Monopolkapitalismus von den USA, eine Abhängigkeit in vielen Richtungen. Der ganze Restaurationsprozeß, die Rettung der westdeutschen Monopole wären ohne die USA undenkbar gewesen. Aufgrund der inneren Kräfte wäre die Entwicklung nicht viel anders gelaufen – das ist bis heute meine Überzeugung – als in der DDR. Nur: diese „Kolonisierung“ hatte natürlich ihre Besonderheiten. Sie war im exakten historischen Sinne keine Kolonisierung. Das war eine starke Abhängigkeit, aber eben von Anfang an, gerade weil ja der Kurs in der USA-Politik die Wiederaufrichtung der militärischen und ökonomischen Potenzen des deutschen Imperialismus zum Ziel hatte. Die fortschrittlichen Amerikaner nannten das damals schon „Draperism“, nach dem General Draper, der personell der entscheidende Mann des US-Finanzkapitals war, der diese Politik in der amerikanischen Besatzungszone vorangetrieben hat. Es war eine Abhängigkeit, aber nicht im klassischen Kolonial-Sinne. Gleichwohl hatte der Begriff der Kolonisierung eine agitatorische Berechtigung. Er beinhaltete eine Zuspitzung. Analytisch war er sicher eine Übertreibung, und es bestand die Gefahr – und das ist vom heutigen Gesichtspunkt noch weit stärker zu unterstreichen –, daß dadurch die *eigenen* Ziele, die eigenen Bestrebungen, wenn auch in



Josef Schleifstein. Februar 1986 (Fotos: G. Meyer)

Abhängigkeit von den USA, des deutschen Großkapitals und der deutschen Reaktion unterschätzt wurden, daß diese Seite, die gegen die DDR gerichtet war, dann – noch weitergehend – der Versuch, die Politik der Stärke und die Westmächte zu instrumentalisieren für eigene Revancheziele, daß diese Seite, die wir später immer deutlicher gesehen und auch benannt haben, zunächst unterbelichtet, unterbewertet war.

G.M.:

Ich hätte noch eine Frage, bevor wir diesen Komplex abschließen. Ich möchte noch nach Deiner persönlichen politischen Tätigkeit in der kommunistischen Bewegung seit der Rückkehr in die Westzonen fragen.

J.S.:

Ich hatte schon erwähnt, daß ich in Köln stellvertretender Chefredakteur der „Volksstimme“ war. Dann, als im April 1948 beschlossen wurde, den Parteivorstand in Frankfurt am Main zu schaffen, wurde mir vorgeschlagen, die Leitung der Presseabteilung beim Parteivorstand zu übernehmen. Das habe ich getan. Es war im Juni 1948. Wir haben damals einen Presseedienst für alle kommunistischen Zeitungen in der Bundesrepublik geschaffen. Ich habe ihn schon jahrzehntelang nicht in der Hand gehabt und weiß gar nicht, was da drinsteht. Ich war zunächst der einzige, der da produziert hat. Dann hatte ich noch einen jüngeren Genossen als Hilfe, der in der Schweiz in der Emigration gewesen war. Wir haben versucht, durch Kommentare zu größeren Entwicklungen unsere Presse zu bedienen: zu Wirtschaftsrats-Problemen, zu Ruhr- und Besatzungsstatut. Ich habe dann eine Broschüre über den Marshall-Plan geschrieben. Aber bald wurde ich von dieser Aufgabe abgelöst, weil die Genossen offenbar der Meinung waren, daß meine eigentlichen Fähigkeiten auf theoretischem Gebiet lagen. Das hing auch ein wenig mit „Wissen und Tat“ zusammen und mit dem, was ich geschrieben hatte. Ich übernahm die Leitung der Schulungsabteilung, also der Bildungsarbeit der Partei und wurde dann später ins Sekretariat gewählt und für die ideologische Arbeit verantwortlich bis zu meinem Ausscheiden aus der Arbeit in der britischen Zone und in der Bundesrepublik.

G.F.:

Zur gleichen Zeit, als Du in Frankfurt gewesen bist, tagte ja noch der Wirtschaftsrat seit 1947. Hattest Du Kontakt zum Wirtschaftsrat? Bist Du einmal dort gewesen?

J.S.:

Ich war einmal dort, aber mehr auch nicht. Wir hatten im Wirtschaftsrat ganz ausgezeichnete Genossen. Das ist heute noch nachlesbar. Insbesondere Fritz Rische hat hervorragende Beiträge dort geleistet. Das IMSF hat vor Jahren ein kleines Buch von Aufsätzen und Reden von ihm herausgegeben, wo auch einige sehr frühe aus dem Wirtschaftsrat enthalten sind¹⁴. Manches, was dort von unseren Genossen aufgedeckt wurde, ist wert, historisch festgehalten zu werden.

G.F.:

Der Parteivorstand blieb wie lange in Frankfurt?

J.S.:

Er blieb in Frankfurt nicht länger als etwa anderthalb Jahre. Dann zogen wir, da sich alles viel mehr auf Nordrhein-Westfalen konzentrierte, dorthin. Bonn war schon die Hauptstadt. Aber nach Bonn konnten und wollten wir nicht gehen mit dem Parteivorstand, wir wollten doch ins Industrieviertel. Und um nun mindestens die Landesstrukturen zu beachten – und da es ja auch sehr nah am Ruhrgebiet liegt – sind wir nach Düsseldorf gegangen, wo wir übrigens sehr bald von den britischen Militärbehörden aus dem Parteihaus herausgeholt worden sind. Das wurde besetzt.

9. Historische Forschungen in der DDR

G.M.:

Was hast Du dann in den fünfziger Jahren in der DDR gemacht?

J.S.:

Infolge der einsetzenden Verfolgungen und der Herausnahme einiger Genossen, die in westlichen Emigrationsländern waren, eine Folge der damaligen Situation in den sozialistischen Ländern, bin ich in die DDR gegangen. Für mich selbst, individuell war es ein Glück. Dann habe ich die Möglichkeit gehabt – meine Neigungen lagen immer auf dem Gebiet der theoretischen Arbeit, die ich ja als Autodidakt bis dahin kaum habe erfüllen können –, wissenschaftlich zu arbeiten. Ich habe das Grundlagenstudium – hier würde man sagen „Studium Generale“ – auf dem Gebiet des

Marxismus-Leninismus mitbegründet, habe dann gearbeitet zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, habe damals auch die ersten Vorlesungen über die chinesische Volksrevolution gehalten. Ich hatte Zugang zu dem gesamten englischsprachigen Material über China, das damals hereinkam. Vielleicht muß ich noch hinzufügen: das geschah wesentlich am Franz-Mehring-Institut der Universität in Leipzig, die dann 1953 den Namen „Karl-Marx-Universität“ erhielt. Ich hatte ja keine akademischen Grade zu dieser Zeit. Es gab keine Leute, die über Marxismus lesen konnten nach dem Faschismus, und wenn man ihn unterrichten wollte, dann mußte man Autodidakten dafür nehmen. Ich habe über Franz Mehring meine Dissertation geschrieben und sie dann zu einem größeren Buch erweitert über die marxistische Schaffensperiode Mehrings¹⁵, ferner an der Herausgabe der bisher umfangreichsten und sicherlich auch wissenschaftlich solidesten Ausgabe der Werke von Mehring mitgearbeitet¹⁶. Die Mehring'schen Schriften über Philosophie, seine politische Publizistik, da allerdings nur eine Auswahl, habe ich herausgegeben (das ist nicht identisch mit den Bänden 14 und 15 der großen Mehring-Ausgabe!). Später habe ich – was ich in den Grundlagenvorlesungen begonnen hatte – über Geschichte der marxistischen Philosophie unterrichtet.

G.M.:

Kannst Du etwas über die Stimmung an dieser Universität sagen? Gab es damals schon viele Marxisten in der DDR oder warst Du weitgehend allein? Wie hat sich der Marxismus in diesen Anfangsjahren entwickelt?

J.S.:

Es gab zu dieser Zeit schon – denn sonst hätte ja das Grundlagenstudium gar nicht eingeführt werden können – junge Dozenten, die in Kurzlehrgängen auf ihre Arbeit vorbereitet worden waren und die nun das Grundlagenstudium entwickelten und sich natürlich erst im Prozeß der Arbeit selbst die Kenntnisse und das Niveau aneignen konnten, das für diese Arbeit notwendig war, und die dann alle erst in den folgenden Jahren, im Prozeß der eigenen Lehrtätigkeit und neben der Lehrtätigkeit, promovieren konnten. Der Kampf war zu dieser Zeit noch sehr kompliziert. Man mußte ja den Marxismus-Leninismus erst durchsetzen gegen viele Widerstände, alte Traditionen und Gewohnheiten, gegen die noch weithin verbreiteten bürgerlichen Auffassungen. Und das war ein sehr schwieriger Entwicklungsprozeß. Aber für diejenigen, die ihn mitgefördert haben, mitbestritten

haben, ein sehr interessanter, lebendiger Prozeß, der auch viel Befriedigung brachte, gerade im Unterricht mit so vielen jungen Menschen.

G.M.:

Kannst Du etwas über Deine Mitstreiter sagen? Stimmt es, daß der Romanist Werner Krauss, der in den 30er Jahren in Marburg lehrte, bevor er dann wegen seiner Widerstandstätigkeit zum Tode verurteilt wurde, in Leipzig war?

J.S.:

Krauss war ein bedeutender Gelehrter, das ist gar keine Frage, und er hat eine großartige Entwicklung in der DDR genommen. Wissenschaftler von diesem Rang, die gleichzeitig Marxisten waren und so fortschrittlich waren, hat es ja nicht viele gegeben, nur wenige.

F.D.:

Es beginnt ja nun für Dich eine Zeit intensiver wissenschaftlicher Arbeit, die bis heute nicht beendet ist. Du hast über Mehring gearbeitet und publiziert. Du hast die Werkauswahl der Schriften von Rosa Luxemburg mit besorgt und mit einer ausführlichen Einleitung versehen. Du hast dann eine viel gelesene Einführung in das Werk von Marx, Engels und Lenin geschrieben, letzteres sicherlich eine Art Bestseller. Man könnte sagen: auf der einen Seite: Grundlagen des Marxismus; auf der anderen Seite Marxismus des 20. Jahrhunderts: Lenin, Luxemburg, Mehring. Könnte man sagen, daß sich in diesen Schwerpunkten Deiner wissenschaftlichen Arbeit auch ein bestimmtes Verständnis von Marxismus ausdrückt?¹⁷ Du hast Dich in der jüngsten Zeit wieder mit Staatstheorie befaßt – Marx, Engels und Lenin¹⁸. Frage: Grundlagen des Marxismus und dann die Bestandteile des Marxismus im 20. Jahrhundert: Mehring, Lenin, Rosa Luxemburg – gibt das einen Sinn? Ich weiß, vieles, was man publiziert, hängt auch mit Arbeitsteilung zusammen, aber es sind ja nun einmal drei sehr bedeutende Personen. Faßt sich in diesen theoretischen Publikationsschwerpunkten zur Geschichte des Marxismus und seiner Entwicklung auch ein bestimmtes Verständnis des Marxismus von Deiner Seite aus zusammen?

J.S.:

Ich würde sagen, in gewissen Grenzen. Denn wenn es um Geschichte des Marxismus ginge, kann man das sicher nicht nur an Lenin, Mehring und

Rosa Luxemburg festmachen. Insofern war es thematisch von den Bedürfnissen und von meinen Neigungen her – Mehring sehr stark von meinen Neigungen her – ein Anfang, ein kollektiver Arbeitsprozeß, der wesentlich von Ernst Engelberg ausgegangen war. Thomas Höhle hatte über den vor-marxistischen linksbürgerlichen Mehring gearbeitet. Hans Koch hat später über den Literaturhistoriker und Ästhetiker Mehring geschrieben¹⁹. Mehring war eine Neigung seit meiner Jugend. Ich hatte, schon bevor ich ins Zuchthaus kam, Mehring mit großer Begeisterung gelesen. Und ich war sehr enttäuscht darüber, daß er von uns nicht genügend gewürdigt wurde. Auch aus dieser Enttäuschung heraus, die ja eine objektive Notwendigkeit widerspiegelte (man konnte hier auch keinem einen Vorwurf machen, weil ja einfach noch nicht die Zeit gewesen war, Mehring aufzuarbeiten), habe ich dann die marxistische Schaffensperiode von Mehring sehr gern behandelt. Wenn ich heute in das Buch hineinschaue – leider ist es ja völlig vergriffen –, dann bin ich immer noch nicht traurig darüber, obwohl ich natürlich viele Dinge für überholt, für unzureichend, auch für eng halte, die ich damals geschrieben habe. Aber es kann sich, glaube ich, noch halten – im großen und ganzen. Ich möchte noch etwas einfügen. Der Autodidakt, der Marxismus studiert hat – aus den politischen, praktischen Notwendigkeiten in der Arbeiterbewegung und der Marxismus studiert hat auch aus dem individuellen Lesebedürfnis –, der hat naturgemäß Schwächen, die aber auch gewisse Stärken beinhalten. Eine Stärke unserer Generation, die Marxismus autodidaktisch in der Bewegung studiert hat, ist vielleicht, daß wir ein universalistisches Marxismus-Studium betrieben haben, daß wir den Marxismus nicht auf einem Spezialgebiet studiert haben, sondern soweit wie möglich allseitig. Und insofern beginnt meine Arbeit am Marxismus keineswegs erst 1951.

F.D.:

Ich will versuchen, meine letzte Frage zu präzisieren. Mir ist sehr oft aufgefallen, daß der Begriff „historisch-konkret“ für Dich eine wichtige Bedeutung hat. Mir scheint, Du willst Jüngeren immer wieder vermitteln, daß die Lektüre von Lenin dabei besonders wichtig ist. In diesem Zusammenhang ist meine Frage zu verstehen.

Es gibt Marxisten, die sehr stark von der spezifischen philosophischen Tradition des Marxismus geprägt sind. Auf der anderen Seite gibt es Marxisten, die aufgrund der wissenschaftlichen Arbeitsteilung einen – verkürzt gesagt – mehr historisch-empirischen Bezug zur Analyse der Theorie-Pra-

xis-Problematik haben (ich meine damit z.B. Historiker der Arbeiterbewegung, Soziologen, Ökonomen u.a.). Es gibt sogar eine internationale Diskussion darüber, die sich um die von dem schwedischen Marxisten Göran Therborn aufgeworfene Frage bewegt, ob in der neueren Entwicklung des wissenschaftlichen Marxismus die Bedeutung des philosophischen Sozialismus zurückgetreten ist. Ich habe gelegentlich den Eindruck, daß Du – auf dem Fundament des historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie – mit dem Begriff des „Historisch-Konkreten“ für die stets sich erneuernde Notwendigkeit eines konkret historischen und dann auch empirischen Bezuges zur Theorie-Praxis-Problematik plädieren möchtest. Daher auch meine Frage, ob Lenin, Luxemburg und Mehring für Dich auch programmatische Bedeutung haben.

J.S.:

Es ist möglich. Ich bin mir, ehrlich gesagt, nicht ganz klar darüber. Aber was ich auf jeden Fall unterstützen würde und wo ich mich auch verstanden sehen würde, ist, daß das Problem der historischen Konkretheit für mich immer eine große Rolle gespielt hat. Immer. Und daß mich fast kaum ein Satz oder ein Herangehen von Lenin von Anfang an so beeindruckt hat wie sein Hinweis auf eines der Lieblingsworte Plechanows: „Die Wahrheit ist immer konkret“. Und dann der Satz: „...die konkrete Untersuchung einer konkreten historischen Situation“. Dieser Satz ist für mich sehr wichtig geworden in den Arbeiten an Mehring, und zwar auch in den Arbeiten an der Epoche, in der er geschrieben und gearbeitet hat. Es wurde mir klar, wie kompliziert es ist für den späteren Historiker, sich eine Epoche objektiv anzueignen, ohne den in gewissem Sinne ja unvermeidlichen, aber eben als marxistische Methode völlig ungeeigneten „Präsentismus“, d.h. also nicht mit dem Blick dessen, der, auf den Schultern schon vergangener Generationen stehend, die Geschichte korrigieren oder umschreiben will oder der die früheren Generationen belehren will, was ja immer sehr leicht ist. Wenn man 50 oder 100 Jahre später lebt, weiß man natürlich, was die anderen falsch gemacht haben. Und diese Schwierigkeit hat mich dann auch dazu geführt zu sehen, wie unheimlich wichtig in der praktischen Analyse, auch im akuten oder aktuellen Kampf, in historischen Arbeiten dieser Gedanke – es ist ja ein durch und durch marxistischer Gedanke – der „Konkretheit“ der Wahrheit in jedem Entwicklungsstadium ist.

G.M.:

In den 50er Jahren hast Du wahrscheinlich auch viel Stalin gelesen. Und ich frage: Was haben seine Werke für Dich bedeutet? Ist er für Dich ein wichtiger Theoretiker gewesen? Wie siehst Du das heute? Anknüpfend an den zuletzt genannten Begriff: Vielleicht ist „Präsentismus“ auch ein Element des Stalinschen Denkens gewesen – die Rückprojektion gegenwärtiger Positionen auf historische Entwicklungen, auf frühere politische Kontroversen. Das wäre dann ein Gegenpol zu jenem Denken, wie Du es für einen marxistischen Historiker für erforderlich hältst.

J.S.:

Dies ist ein sehr komplexes Problem. Ich habe neulich in einem Interview schon einiges dazu gesagt²⁰. Meiner Meinung nach war Stalin ein bedeutender Popularisator der Marxschen und Leninschen Theorie auf einer ganzen Reihe von Gebieten, insbesondere natürlich der Leninschen Theorie, der Leninschen Auffassungen über die revolutionäre Entwicklung in Rußland, über die Aufgaben der Kommunisten. Auch sein Festhalten – das habe ich schon 1970 in einer Diskussion in der Zeitschrift „Konkret“ (als kommunistischer Konzessionsschulze) mit Sebastian Haffner, Ernest Mandel und Harry Ristock gesagt – an den entscheidenden Lenin'schen Vermächtnis-Ideen ist in der Periode nach Lenins Tod für die Sowjetunion ein ganz ausschlaggebendes Moment der weiteren Entwicklung, der Festigung, des Aufbaus einer eigenen Industrie, der Sicherung der Verteidigungskraft gewesen. Ich habe damals auch gesagt, daß ich den Vorwurf des Epigontums, den die Trotskisten erhoben haben, für lächerlich halte. Denn wenn ein *Jahrhundertgenie* wie Lenin stirbt, gibt es nichts Näherliegendes als „Epigontum“, d.h. eben festzuhalten an den großen Gedanken, die in den letzten Aufzeichnungen von Lenin enthalten waren. Das entschuldigt in keiner Weise, was später geschehen ist und was absolut nichts mit Lenin zu tun hat. Was subjektive und objektive Gründe hat. Aber die objektiven Gründe entschuldigen nicht das, was subjektiv durch Stalin an Repressalien veranlaßt wurde. Nur – ich glaube, daß z.B. in den „Fragen des Leninismus“²¹ viele wichtige und für die konkrete Entwicklung der Sowjetunion relevante Dinge enthalten sind, wenn auch oft mit Einseitigkeiten und Einengungen. Das halte ich nach wie vor für bedeutsam. Nun darf man folgendes nicht unterschätzen. Es gibt hier einen Generationsunterschied, der sehr wichtig ist. Ich habe Lenin *vor* Stalin gelesen. Aber die spätere Generation in der kommunistischen Bewegung hat meistens Stalin

vor Lenin und Marx gelesen. In der älteren Generation ist es umgekehrt. Das ist äußerst wichtig. Denn dadurch wußte man auch, wo der wahre *Reichtum* der Theorie in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung lag. Man wußte, wo historische Verengungen eintraten. Unsere Generation kannte eben die Lenin'schen Aufzeichnungen zu Hegel und seine vollständigen philosophischen Arbeiten. Die Stalin'sche Deformation auch der Theorie hat uns allen zweifellos geschadet. Aber es konnte uns nicht in dem gleichen Maße schaden wie der Generation, die zunächst vor allem mit den Stalin'schen Schriften heranwuchs.

G.M.:

Du hattest das Korrektiv des Leninismus.

J.S.:

Natürlich. Auch das Korrektiv durch Marx und Engels, durch Mehring und Luxemburg. Sonst wäre Stalin durch die klare Sprache, Verständlichkeit, innere Logik, einfache Logik der Gedankenführung unbedingt „verführerisch“ erschienen. Außerdem war er einer der klügsten Politiker des Jahrhunderts. Man schaue sich die Verhandlungen in Teheran, Jalta und Potsdam an und die Einschätzungen und Urteile der bürgerlichen Staatsmänner, die ihn kennengelernt haben. Das darf man nicht vergessen. Ich habe im Februar 1986 in einem Interview über die Rolle Stalins u.a. gesagt: „Was nun die Beurteilung der Person und der Rolle Stalins betrifft, so sind die psychologisch-charakterlichen Momente sicher leichter einzuschätzen als die objektiven Ursachen und Bedingungen, die es zuließen, daß in einem von der Kommunistischen Partei regierten Land die persönlichen Eigenschaften eines einzelnen Menschen verhängnisvollen Einfluß gewinnen konnten. Lenin hatte bekanntlich vor einigen Charaktereigenschaften Stalins gewarnt und dem Zentralkomitee geraten, ihm nicht die große Machtfülle eines Generalsekretärs der Partei zu überlassen. Der Parteitag war seinem Ratschlag nicht gefolgt, weil sich die sowjetischen Kommunisten gar nicht vorzustellen vermochten, daß im großen Kollektiv einer revolutionären Arbeiterpartei charakterliche Eigenschaften eines einzelnen Führers je ernste Bedeutung erlangen könnten. Und das war historisch auch völlig verständlich. Denn es fehlte jede Erfahrungsgrundlage, es gab vorher keine Arbeiterpartei, die staatliche Macht ausübte. Die Tradition der Arbeiterbewegung und der russischen Kommunisten war die des unbegrenzten Vertrauens in ihre Führer. Welche Klasse oder politische Strö-

mung hätte denn einen politischen Führer vom Range eines Lenin aufzuweisen gehabt – mit seinem genialen Verstand, seiner Energie, seiner Bescheidenheit, seinem Mut zur Wahrheit, seiner tiefen Liebe zu den einfachen Menschen? Und warum hätte die russische Partei seinem Nachfolger mißtrauen sollen? ... Jeder hätte es für absolut unmöglich gehalten, daß in einer revolutionären Arbeiterpartei irgendein Führer egozentrischem Machtstreben erliegen könnte, wie das aus der Schreckens- und Skandalchronik feudal-absolutistischer, päpstlicher und bürgerlicher Politik seit Jahrhunderten bekannt war. Wir mögen das im Rückblick für naiv halten. Aber man darf nicht vergessen, daß eine soziale Massenbewegung, wie die des Proletariats, die gegen den Hunger, das Elend, die Ausbeutung, die Unterdrückung von Millionen und aber Millionen Menschen, gegen den Krieg und das Massenmorden kämpfte, ganz andere Sorgen hatte, als sich mit psychischen Eigenschaften eines einzelnen ihrer Führer zu befassen.“²²

F.D.:

Jupp, ich möchte da eine Frage anschließen, die die Geschichte der Intellektuellen und ihres Verhältnisses zum Marxismus betrifft. Ich habe den Eindruck, daß die Ausstrahlungskraft des Marxismus und der am Marxismus orientierten Arbeiterbewegung in der Stalin-Ära am stärksten gewesen ist. Man könnte Frankreich – aber auch andere Länder – als Beispiel heranziehen. Man könnte auch fragen, wie es kommt, daß Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der Studentenbewegung der teilweise extrem simplifizierte „Marxismus“ eines Mao Tse-tung einen beträchtlichen Einfluß gewann. Ist das ein Widerspruch – oder hängt das damit zusammen, wie sich in bestimmten historischen Perioden Intellektuelle auf Politik und auf eigene politische Praxis beziehen?

J.S.:

Ich glaube, die Zusammenhänge liegen tiefer. Den Versuch einer teilweisen Antwort findet Ihr in dem Aufsatz von mir über die Naturwissenschaftler. Es liegt insofern auch an Stalin, als es zusammenhängt mit dem Aufschwung der Sowjetunion, mit der Industrialisierung, den Fünfjahrplänen, den kulturellen Fortschritten, dem Fehlen einer Krise – und das in einer Periode des kapitalistischen Niedergangs, die die bis dahin furchtbarste Wirtschaftskrise hervorbringt 1929 – 1933. Daß da ein Land auf diese Weise fortschreitet, beeindruckt natürlich die linken Intellektuellen. Aber es

beeindruckt sie – und das darf man nie vergessen – auf dem Hintergrund der *konkreten faschistischen Gefahr*. Es beeindruckt sie, weil der Faschismus in Deutschland siegt. Und jetzt stehen die aufnahmefähigsten, in bürgerlich-humanistischen Traditionen aufgewachsenen Wissenschaftler in den bürgerlich-parlamentarischen Ländern vor dem Problem: Wo ist da noch eine Hoffnung? Sie sehen die Wirtschaftskrise in ihren Ländern und fragen: Wo ist denn heute die antifaschistische Abwehrkraft? Dann kommen wissenschaftshistorische Dinge hinzu. Bei den Naturwissenschaftlern passiert beispielsweise folgendes: 1931 findet in London ein Wissenschaftshistoriker-Kongreß statt, auf dem zum ersten Mal eine sowjetische Delegation erscheint. Und diese sowjetische Delegation führt ihnen historische Ansichten vor, die sie im Grunde völlig umkippen lassen. So etwas haben sie noch nie gehört. Und sie verstehen es auch gar nicht. Aber diejenigen, die sich politisch bereits antifaschistisch entwickeln, stoßen jetzt darauf: Dieses Land hat auch eine eigene Weltanschauung, eine eigene Philosophie, und man muß sich damit beschäftigen – mit dem Marxismus. Dieses Aufgreifen beginnt unmittelbar. Eine ganze Phalanx berühmter französischer Wissenschaftler tritt bald als Marxisten auf, darunter berühmte Naturwissenschaftler. Das greift nach England hinüber. Auch wegen der faschistischen Gefahr. Sie denken nach: wo ist denn eine Abwehr des Faschismus? Warum machen die Faschisten denn gerade dieses Land zu ihrem Hauptfeind – Anti-Komintern-Pakt – und nicht Frankreich oder England?

G.M.:

Sie interessiert der neue Stellenwert der Wissenschaft im System des Sozialismus.

J.S.:

Genau. Das ist aber schon eine Vertiefung, daß dieses Land auf einer wissenschaftlichen Philosophie beruht, daß es die Wissenschaft anerkennt. Hinzu kommt, daß in England damals (1934) ein Buch unter dem Titel erscheint: „The Frustration of Science“. Das ist der erste große Anstoß unter den Naturwissenschaftlern. Und da kommen Leute, die später gar keine Kommunisten geworden sind (etwa P.M.S. Blackett, der das erste große Buch über die Atombombe geschrieben hat, der mit dem Sozialismus sympathisierte, Physiker und Nobelpreisträger), schon vorher zu dem Schluß: der einzige konsequente Ausweg für die Wissenschaft ist der Sozialismus.

lismus. Und dann sagt er Anfang der 30er Jahre etwas ganz Aktuelles: „Die Naturwissenschaftler haben vielleicht nicht mehr sehr viel Zeit, um sich darüber klar zu werden, auf welcher Seite sie stehen.“ Das alles zusammen bedingt, glaube ich, diese Entwicklung.

F.D.:

Welche Schriften der Klassiker waren für Dich besonders wichtig? Es gibt doch für jeden einige Schriften, die er besonders schätzt, weil sie für ihn besonders wichtig gewesen sind.

J.S.:

Ich würde sagen, das variiert auch nach den Perioden, in denen man lebt und arbeitet. Es ist einfach auch eine Frage des Bedürfnisses: Worüber mußt Du Dich verständigen, selbstverständigen, indem Du auch solche Schriften liest? Und es war für mich ein großes Erlebnis, in Verbindung mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD, die Arbeiten von Lenin zu studieren, die das Problem der *Übergänge* behandeln (das ja für uns heute noch bei einer gesellschaftlichen Umwälzung das entscheidende historische Problem ist), das Problem, das Lenin als „Heraufführen an sozialistische Positionen, an sozialistische Entwicklungen“, als „Dialektik von Demokratie und Sozialismus“ bezeichnet hat. Das hat mich insbesondere in den akuten oder potentiellen Umwälzungsperioden, Umgestaltungsperioden immer am meisten gefesselt: zum Beispiel für die erste russische Revolution von 1905 Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, für die spätere Entwicklung die strategisch-taktischen Arbeiten, aber auch die Stellen in „Staat und Revolution“, während des ersten Weltkrieges geschrieben, die das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus betreffen – im Sinne der Kampfprozesse, der Übergangsprozesse, nicht im Sinne der Gestaltung der sozialistischen Demokratie. Ich möchte hier an einen Satz erinnern (es gibt eine ganz ähnliche Stelle in einem Engels-Brief an Bernstein), der für mich eine gewisse „Offenbarung“ war, weil er bis heute die wirkliche marxistische Revolutionstheorie im Kern enthält: „Wer eine *reine* soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben“²³.

Lenin schildert dann, nicht nur von den russischen Erfahrungen her, wie eine proletarische Revolution nur wenn sie sich mit kleinbürgerlichen Massenstömungen verbindet, überhaupt einen Erfolg erwarten kann. Es gibt

nicht die Gegenüberstellung: hie Imperialismus, hie Sozialismus²⁴. Das ist ein Gedanke schon bei Engels, wobei ich bis heute nicht weiß, ob Lenin dessen Brief an Bernstein schon kannte, ob der zu dieser Zeit schon publiziert war. Das sind Dinge, die ich versucht habe, mir anzueignen, und wo ich der Meinung bin, daß es ohne sie kein Verständnis gibt für marxistische, für leninistische Strategien. Ja, man müßte auch noch den „Linken Radikalismus“²⁵ hinzufügen, weil unvermeidlich für eine junge Bewegung, die im Kampf gegen den Opportunismus entsteht, die Gefahr, sich überradikal zu entwickeln und „linke“ Fehler zu machen, sehr viel größer ist und wahrscheinlich für eine längere Periode virulent bleibt, als Lenin das in den 20er Jahren angenommen hat und wir das später gemeint haben.

Bei der Leninschen These von den drei Bestandteilen des Marxismus darf man nie vergessen, daß es ein *historisches* Urteil ist, daß es also nur wiedergibt: Was umfaßt denn die entwickelte, niederlegte Theorie von Marx und Engels? Man darf nicht vergessen, daß seither eine mannigfaltige Entwicklung stattgefunden hat, insbesondere in den sozialistischen Ländern, aber auch überall sonst: daß der Marxismus als Theorie und Methode inzwischen auf nahezu alle Wissensgebiete angewandt wird, daß also der Marxismus im engeren Sinne als Theorie sicher eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung bleibt, die aber viel weiter zu bestimmen ist als zu dieser Zeit. Man findet oft, gerade in Westeuropa, bei denen, die sich weniger mit Lenin befaßt haben, heute noch eine solche Einengung, als ob Marxismus nur die Theorie der politischen Strategie und des politischen Kampfes wäre und allenfalls noch der ökonomischen Begründung dient. Ich halte das für eine durch die Praxis längst überholte Auffassung. Heute heißt, sich den Marxismus anzueignen bei den Klassikern, zugleich für jeden auf irgendeinem Spezialgebiet tätigen Sozialwissenschaftler Anwendung der Theorie und Methode auch auf die Spezialwissenschaften. Was die Wissenschaftler auf diesen Gebieten vom Marxismus lernen können, darf nicht so aufgefaßt werden, als ob der Marxismus irgendeine Spezialmethode ersetzen könne. Er kann nur allgemein-philosophische und allgemein-gesellschaftliche Theorie und Methode geben. Aber dennoch muß man, glaube ich, den ganzen historischen Prozeß im Auge haben und erkennen, daß Marxismus heute allgemeine Wissenschaftstheorie geworden ist, die inzwischen ja auf zahlreichen Gebieten angewandt wird.

G.F.:

Was hast Du jetzt gemacht, hast Du ein Wissenschaftsprogramm des Mar-

xismus entworfen für seine künftige Entwicklung oder hast Du einen Zustand beschrieben? Oder polemisch: hast Du nicht unter Umständen dem gegenwärtigen Marxismus Schuhe angezogen, die aktuell noch ein bißchen zu groß sind?

J.S.:

Nein. Wenn ich beispielsweise an die Vorschläge Lenins in einem seiner Dialektik-Fragmente denke, wie eine *materialistische* Philosophie in Hegelschem Sinne aussehen müßte und was alles für eine solche Erkenntnistheorie zu leisten wäre, würde ich sagen: Das meiste ist noch Programm. Andererseits: Es gibt heute in allen Bereichen sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern so viele Marxisten, die versuchen, die Theorie und Methode in ihren Bereichen – Literaturgeschichte, Musikgeschichte, Kunstgeschichte, natürlich erst recht in der Erziehungswissenschaft, in der Juristerei, in der Psychologie und vielen anderen Gebieten – zur Anwendung zu bringen, so daß sich eine ganz andere Situation ergibt.

F.D.:

Heißt das, daß der Marxismus heute vielleicht auch pluralistisch geworden ist, daß sozusagen von den historischen Beschränkungen und Konzentrationen des Ausgangspunktes her sich der Marxismus vom Monismus notwendig zum Pluralismus entwickelt hat?

J.S.:

Nein. Die Anwendung des Marxismus, der marxistischen Theorie und Methode auf die verschiedenen Wissensbereiche und Wissenschaftsbereiche betrifft ja nicht die marxistische Theorie und Methode selbst. Selbstverständlich existiert heute mehr denn je, vor allem in Westeuropa, immer die Frage: Was ist der Kern der marxistischen Theorie? Was ist der Kern der marxistischen Methode? Was wird da angewandt auf die einzelnen Wissensbereiche? Darüber müßte man lange diskutieren. Ich habe versucht, gegen diesen Begriff des „pluralen Marxismus“ kürzlich in einem Brief an „Das Argument“ zu polemisieren und auch einige Punkte dieser Kernbestimmung des Marxismus anzuführen, die sicherlich ergänzt werden müssen²⁶. Aber meine Polemik beim „pluralen Marxismus“ richtet sich darauf, daß ich glaube, dieser Begriff ist *unnötig*, wenn man damit meint: Kampf gegen Dogma, unterschiedliche Meinungen zu einzelnen Problemen, die Notwendigkeit einer ständigen Weiterentwicklung. Er ist

dann unnötig, weil das auch die Überzeugung derer ist, gegen die sich solche Vorwürfe meistens richten, das heißt also wesentlich gegen die Anhänger Lenins. Ich möchte aber noch eines hinzufügen: Es liegt vor allem an der historischen Entwicklung und dem aktuellen Gebrauch des Begriffs „plural“, weshalb ich auch glaube, er ist nicht gut, nicht praktikabel in der Anwendbarkeit. Man darf nicht vergessen, daß alle Begriffe ihre historische Bedeutung erlangen in der konkreten historischen Auseinandersetzung und daß der Begriff des „Pluralismus“ beinhaltet, daß auch sozial und politisch unvereinbare, antagonistische Auffassungen dann unter einem solchen Dach erscheinen. Das hätte aber für den Marxismus keinen Sinn.

F.D.:

Für viele junge Leute, die sich durchaus für den Marxismus interessieren, stellt sich das Problem etwas anders dar. Sie identifizieren den Marxismus mit einem theoretischen und praktischen Wahrheitsanspruch – Marxisten erscheinen ihnen gelegentlich als die eigentlichen Konkurrenten von Theologen und Pfaffen. Falls jemand von diesen jungen Leuten die Aufzeichnung unserer Gespräche lesen wird, wird er in dieser Hinsicht hoffentlich recht verunsichert sein. Wir haben viel von Fehlern und Fehlentwicklungen gesprochen. Nach der Seite der Theorie hin könnten sie fragen: Offenbar „stimmt“ der Marxismus nicht? Oder nach der Seite der politischen Praxis könnten sie fragen: Es gibt offenbar auch Situationen, in denen eine vom Marxismus hergeleitete Strategie des Klassenkampfes nicht situationsadäquat ist, nicht zum richtigen Handeln anleitet? – Bestehen da reale oder scheinbare Widersprüche?

J.S.:

Zunächst einmal: Alle Erkenntnis richtet sich auf Wahrheit; und alles, was in irgendeiner Weise den Anspruch erhebt, wissenschaftliche Erkenntnis zu sein, erhebt natürlich auch den Anspruch, Wahrheit zu sein, Wahrheit zu enthalten. Die Kategorie Wahrheit ist im Marxismus und übrigens nicht erst im Marxismus – das ist ja ein Erbe vorangegangener Philosophie – immer eine Kategorie im Sinne des historischen *Prozesses*, in dem Sinne, daß Wahrheit, der menschliche Erkenntnisprozeß überhaupt, *historischer Natur* ist, daß sich die Menschen auf den verschiedenen Gebieten im historischen Prozeß ihrer gesellschaftlichen Praxis und Erkenntnis der Wahrheit immer mehr annähern können. Wahrheit enthält in jedem konkreten

historischen Zeitpunkt immer das Moment der Relativität, aber eben auch das Moment des Absoluten, die Seite des Absoluten in dem Sinne, daß es ja ohne wahre Erkenntnis im Grunde gar keine menschliche Praxis geben könnte. Normalerweise würde ja kein Mensch über eine Brücke laufen, wenn er nicht der Meinung wäre, die Erkenntnisse der Statik sind durch eine jahrhundertelange Praxis durch den Menschen einigermaßen erprobt, sonst würde er doch davor stehen bleiben. Und das gilt, natürlich abgewandelt, auch für den Entwicklungsprozeß auf gesellschaftlichem Gebiet, wobei da allerdings hinzukommt, daß gesellschaftliche Erkenntnis immer auch *Interessen* enthält, und Interessen in einer Klassengesellschaft immer auch unterschiedliche, gegensätzliche sind. Für die Arbeiterbewegung und die Arbeiterklasse könnte man sagen: gerade weil ihre Interessen objektiv gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet sind, brauchen sie subjektiv keine Angst vor der Wahrheit zu haben.

F.D.:

Deine Überlegung ging jetzt dahin, ob nicht, wissenschaftstheoretisch formuliert, differenziert werden muß zwischen der Erkenntnis von Wahrheit als Erkenntnis von Strukturen, Tendenzen, Gesetzmäßigkeiten von Gesellschaftsprozessen und dem konkreten historischen Handeln in bestimmten historischen Situationen: In diesem Zusammenhang siehst Du ja auch die Bedeutung Lenins für den Marxismus.

J.S.:

Darauf pflegte Lenin meist zu antworten, daß eben die gesellschaftliche Wirklichkeit viel reicher, umfassender ist als irgendeine Theorie, und mag sie noch so viel Wahrheit enthalten, erfassen kann. Da die menschliche Praxis in ihrem ganzen Reichtum eben niemals ganz erschließbar ist, auch nicht durch eine noch so reiche Wissenschaft und Theorie, muß nach den konkreten Antworten immer erst neu gesucht werden. Und wo nach den konkreten Antworten gesucht werden muß, sind auch immer Fehlerquellen enthalten, ist immer der Erfahrungsprozeß notwendig und die Korrektur von Fehlern. Und so gibt es niemals fertige Rezepte.

G.M.:

Wir möchten fragen, welche Rolle das Denken Gramscis für Dich gespielt hat. Ist Gramsci in den 60er Jahren auch in der DDR rezipiert worden? Meinst Du, daß auch er zu jenen Autoren gehört, deren Studium für die

Entwicklung eines zeitgenössischen Verständnisses des Marxismus unabdingbar ist?

J.S.:

Ich bin relativ spät auf Gramsci als Theoretiker gestoßen. Als Revolutionär war er mir bekannt. Als Theoretiker bin ich erst durch die Aufnahme, die er Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in Westeuropa gefunden hat, auf ihn gestoßen. Selbstverständlich war mir sofort bewußt, welche unterschiedlichen Interpretationen hier vorlagen. Ich habe in ihm – je mehr ich ihn lese, desto mehr bin ich davon überzeugt – immer einen Schüler Lenins gesehen; in seinen Anfängen einen eher naiven, einen emotional-enthusiastischen Schüler Lenins. Mit der Entwicklung dann in der Komintern wird er ein immer reiferer, theoretisch selbständiger Schüler Lenins, der wesentliche Kategorien aus der Entwicklung des Leninismus, aus der ersten russischen Revolution, aus der späteren Entwicklung auf die Probleme in Italien, zum Teil in Westeuropa anzuwenden sucht und der viele bedeutende selbständige Beiträge zur Entwicklung des Marxismus geleistet hat.

10. 1968: Studentenbewegung.

Konstituierung der DKP. Gründung des IMSF

F.D.:

Wir möchten jetzt mit Dir über Deine Arbeit als Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M. sprechen, also über die Zeit nach 1968/69. Eine erste Frage ergibt sich aus Deiner Rückkehr aus der DDR in die Bundesrepublik 1968 – Höhepunkt der Studentenbewegung. Ich selbst habe damals in der Zeitung gelesen, daß Du auf dem Campus der Universität Frankfurt, als dort die Universität – wie wir es damals nannten – besetzt war, umbenannt werden sollte in Rosa-Luxemburg-Universität...

J.S.:

Nein, das war Köln.

F.D.:

Du kamst also von der Karl-Marx-Universität, und dann standest Du plötzlich dort unter freiem Himmel auf einer Seifenkiste oder vielleicht auf einem Mauervorsprung und hast eine Rede gehalten über Rosa Luxemburg. Ich möchte Dich bitten, über die Eindrücke zu sprechen, die Du jetzt von dieser Bundesrepublik hattest, als Du in dieser Situation, die ja geschichtlich betrachtet eine Ausnahmesituation gewesen ist, wieder direkt eingegriffen hast?

J.S.:

Die Studentenbewegung schien eine völlig neuartige Bewegung zu sein. Seit vielen Jahrzehnten hatte es ja keine progressive Studentenbewegung im kapitalistischen Deutschland mehr gegeben. Und jetzt tritt sie, für einen, der aus der Arbeiterbewegung kommt, in völlig romantischen, illusionären Formen auf. Es wird Wolfgang Abendroth vielleicht genauso gegangen sein. Aber für mich war es ja noch viel komplizierter, weil ich ja nicht unter dem Druck meiner Schüler stand. Ich mußte ja nicht überlegen: Menschenkind, wie kannst du denn versuchen, Brücken zu schlagen, damit die nicht denken, was du für ein alter, unverständiger konservativer Mann bist. Da stand ich ja nicht, sondern für mich war das viel schwerer. Im Grunde habe ich es, glaube ich, auch nicht geschafft. Ich habe damals ein Interview gegeben über die Studentenbewegung, das in den „Marxistischen Blättern“ veröffentlicht und bald in den USA nachgedruckt wurde²⁷. Das war in mancher Hinsicht für unsere Leute zum Verständnis wichtig; auch die „Einheit“ in der DDR hat ein Stück daraus gebracht, weil sie alle fanden, das ist eine erste Annäherung, ein erstes Nachdenken eines kommunistischen Intellektuellen über diese Bewegung. Aber es ist sicher, daß ich diese Bewegung nicht allzu gut verstanden habe.

G.M.:

Und Du hast damals den Frankfurter Studenten davon abgeraten, die Johann Wolfgang Goethe-Universität umzubenennen?

J.S.:

Ja, aber ganz so, wie das dann später in der „UZ“ stand, war es nicht²⁸. Auf dieser Versammlung, die ja einen Massencharakter hatte, waren vielleicht 1500 Leute, die zwar begeistert waren für Rosa Luxemburg, weil sie gehört hatten, es ist eine große Revolutionärin, die aber ganz sicher nichts wußten

über Rosa Luxemburg. Ich habe unseren Leuten, die im SDS tätig und schon mit uns verbunden waren, gesagt: Laßt das! Für die Arbeiterbewegung und die progressive Intelligenz ist das nicht der Gegner, der Johann Wolfgang von Goethe. Ich habe natürlich versucht, von dem, was uns als illusionär, als romantisch erscheinen mußte, abzuraten. Ich glaube, etwas klüger und präziser haben wir dann später reagiert. Ich würde unterscheiden: auf die Notstandsgesetzbewegung 1968, die ja eine breite Massenbewegung mit großer gewerkschaftlicher Unterstützung war, haben wir sicherlich viel richtiger reagieren können, weil sie eine Massenbewegung in der Natur früherer Massenbewegungen war, weil uns alle ihre Aspekte sehr viel vertrauter waren als die der Studentenbewegung.

F.D.:

Ich will noch einmal auf die neuen Erfahrungen zurückkommen. Für Dich – wie für viele andere – war es doch eine ganz neue und gewiß auch überraschende Erfahrung, daß sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der jungen Intelligenz zum Marxismus öffnete – mit zum Teil romantischen Vorstellungen und aktionistisch versetzt. Es war doch eine ganz zentrale Aufgabe, diese neue Generation von jungen Intellektuellen zu einer marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und ihrer Widersprüche sowie zu den strategischen Implikationen dieser Analyse hinzuführen. Hat das die Arbeit des IMSF geprägt? Was waren die Schwerpunkte der Arbeit in der „Gründungsphase“?

J.S.:

Ich möchte die Frage aufteilen. Es gibt einen Unterschied. Es war sehr viel komplizierter in den politisch-pragmatischen Fragen. Denn was uns bedrückte, war ja zunächst nicht: Wie nehmen die Studenten den Marxismus auf? Sondern uns bedrückte: Da sind diese Studenten in einer für uns – ich sage es ganz offen – so wunderbaren Bewegung. Da begeistern sich jetzt in dieser, übertrieben formuliert, finsternen Bundesrepublik die Studenten für Vietnam und kämpfen gegen die Notstandsgesetze. Sie rebellieren gegen ihre Arbeitsbedingungen, gegen den hierarchischen Aufbau, gegen den Mangel an Arbeitsplätzen, gegen die repressiven Verhältnisse ...

F.D.:

... gegen Inhalte bürgerlicher Wissenschaft ...

J.S.:

Das begann und hängt dann schon ein bißchen mit dem Marxismus zusammen, aber das wißt Ihr besser als ich. Ich habe das damals eigentlich noch in sehr engen Grenzen gesehen. Nun seid Ihr natürlich ohnehin privilegiert gewesen. Es gab nur einen Wolfgang Abendroth zu dieser Zeit in der Bundesrepublik. Unsere erste Aufgabe sahen wir eigentlich darin: Wie kann man diese Studentenbewegung – um es einmal so auszudrücken – auf *rationale* politische Positionen führen? Das findet Ihr auch in meinem ersten Interview dazu. Das war, glaube ich, eine durchaus vernünftige und korrekte Position. Nur, viel näherliegender war ja die Frage: Wie bringt man sie von den ultralinken, illusionären, zum Teil abenteuerlichen – siehe die späteren Folgen der ultralinken „Radikalität“ – Positionen weg. Wie bringt man sie überhaupt von diesem im Grunde ja rein *elitären* Gedanken weg, daß von diesem universitären „Ghetto“ her eine ganze Gesellschaft umzuwälzen wäre? Wie kommt man zu einer Annäherung an die Arbeiterbewegung – mit all ihren Schwächen (die kannten wir ja auch, und sicher nicht schlechter)? Wie kann man ihnen klarmachen: obwohl *heute* in der Bundesrepublik revolutionäre Ziele illusionär sind, kann man ein Revolutionär sein, kann man sich revolutionäre Positionen aneignen, auch wenn die konkreten Bedingungen für eine solche Umwälzung fehlen. So standen die praktischen politischen Aufgaben. Wir standen vor völligem Neuland. Zu unserer Entschuldigung kann man sagen, daß selbst kommunistische Massenparteien dieses Neuland kaum verstanden haben. Es existierte ja damals keine legale kommunistische Partei in der Bundesrepublik und schon gar keine kommunistische Massenpartei. Die theoretische Seite war uns auch sehr schwer verständlich. Das heißt, wir begriffen schlecht, warum ausgerechnet zu dieser Zeit maoistische Theorien sich entfalten konnten. Später haben wir es besser verstanden. Besser verstanden wir schon, warum trotzkistische Strömungen sich entwickeln konnten. Denn wir wußten ja, Lenin war seit 1956 in der Bundesrepublik nie veröffentlicht worden. Niemand – außer einigen Kommunisten und – naja – Sowjetologen und Ostwissenschaftlern, die sich beruflich damit befaßten – kannten etwas von Lenin. Und insofern war es für uns schwer verständlich, aber gerade auch wieder durch die lange Verbotszeit der kommunistischen Partei erklärlich, und wir konnten uns darauf einstellen. Als einen Versuch, klarzumachen, daß das Mao-Büchlein keineswegs Leninismus ist, habe ich damals ein kleines Lenin-Wörterbuch veröffentlicht, was eine Verkürzung und Verengung war, aber es sollte einfach von den Definitionen her dazu

beitragen, den jungen Leuten klarzumachen, daß Leninismus etwas ganz anderes, viel Differenzierteres, Komplizierteres, viel Reicherer, selbst schon anhand elementarer Definitionen ist²⁹.

F.D.:

Wenn ich mich recht an die Schwerpunkte der Institutsarbeit in den ersten Jahren erinnere, so standen zunächst Probleme, die mit der Rolle der Arbeiterklasse und der Bedeutung der Klassenauseinandersetzungen – z.B. der Septemberstreiks des Jahres 1969 – zu tun hatten,³⁰ bis hin zur Mitbestimmungsstudie³¹, im Vordergrund. Das leitet dann unmittelbar über zu den großen Forschungen über die Klassenverhältnisse der BRD in den frühen 70er Jahren.³² Darauf folgen die Arbeiten zur Staatsanalyse.³³ Das sind gewiß nicht alle Arbeiten – aber es ist doch ganz eindeutig eine strategische Linie zu erkennen. Stets ging es darum, Grunderkenntnisse des Marxismus (Klassenanalyse, Kapitalismusanalyse, Staatsanalyse) in der Analyse der konkreten Entwicklungsprozesse in der BRD zu vermitteln und zu konkretisieren – vor allem auch in Hinblick auf strategische Grundfragen des Klassenkampfes und der Politik der Arbeiterbewegung (z.B. der Zusammenhang zwischen der Stamokap-Analyse und der Strategie des antimonopolistischen Kampfes).

J.S.:

Ja, wir, d.h. vor allem Heinz Jung und ich, haben das Institut Ende 1968 begründet, in den wissenschaftlichen Richtungen natürlich unter dem Gesichtspunkt nicht so sehr der Studentenbewegung. Die stand für uns im Institut eigentlich am Rande. Unsere Aufgaben entwickelten sich arbeits-
teilig. Unsere Idee war: wie kann man der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durch Analysen der sich in der Bundesrepublik vollziehenden ökonomischen und sozialen Prozesse helfen, wissenschaftlich helfen? Unsere Schwerpunkte hingen dann auch wiederum mit den Arbeiten der einzelnen Mitarbeiter und deren Fachrichtungen zusammen, die wir gewinnen konnten. Aber die Orientierung war von Anfang an auf die wissenschaftliche Unterstützung der Arbeiterbewegung gerichtet, und da hauptsächlich auf diesen beiden Feldern: Ökonomie und Analyse der sozialen Prozesse, insbesondere auch der praktischen sozialen Bewegungen in den Betrieben, der Gewerkschaften usw. Von daher ergaben sich dann auch die von Dir genannten Hauptarbeiten, wobei man, glaube ich, heute sagen kann, die ersten Analysen sozialer Klassenkämpfe, nicht nur

auf marxistischer Basis, die es in der Bundesrepublik gibt, sind eben durch das IMSF geleistet worden. Es gab vorher keine Analyse einer großen Streikbewegung, und die mußte eben auch von vielen unserer Gegner, insbesondere aber auch von den Gewerkschaften aufgenommen werden. Man mußte davon Kenntnis nehmen. Und das war ja unsere Intention, dadurch in der Arbeiterbewegung das Selbstverständnis solcher Kämpfe zu erhöhen, die sozialen Prozesse zu ergründen und Schlußfolgerungen zu ziehen, wie sie sich eventuell für die Gewerkschaften ergeben. Dasselbe gilt für die Mitbestimmungsstudie. Auch hier war der Ausgangspunkt, in eine aktuelle, damals breite gewerkschaftliche Diskussion einzugreifen, nun aber mit einer marxistischen Analyse, die auch versuchte, die historische Entwicklung aufzuarbeiten und die antimonopolistische Richtung einer realen Mitbestimmung der Arbeiterklasse in diese Konzeption einzubringen. Eine sehr viel größere Arbeit – und das ist ja vor allem das Verdienst von Heinz Jung, ich kam ja von einer ganz anderen Arbeitsrichtung her – war die Klassenstruktur-Studie: ich würde sagen, bis heute ein Glanzprodukt des IMSF, weil es ja von keiner Richtung – weder in der Gründlichkeit der Analyse noch in der empirischen Aufarbeitung des Materials – etwas Vergleichbares gegeben hat. Und es war auch für ganz Westeuropa etwas Neues, daß eine so kleine Gruppe von mit der kommunistischen Partei verbundenen oder ihr nahestehenden Marxisten, mit Hilfe von Freunden aus dem universitären Bereich, eine große, mehrbändige marxistische Klassenanalyse geliefert hat. Das war etwas völlig Neues.

F.D.:

Die großen Konferenzen in den frühen 70er Jahren mit zum Teil über 1.000 Teilnehmern ...

J.S.:

... über 2.000 ...

F.D.:

... bei diesen Konferenzen kam es doch – aus heutiger Sicht – zu einer durchaus neuartigen Verbindung von Funktionären der Arbeiterbewegung – der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung – und Intellektuellen aus den Universitäten. Für die Herstellung dieser Verbindung hat – wie mir scheint – das Institut eine außerordentliche Bedeutung. Es gibt heute auch noch große Konferenzen des IMSF, wie die Intelligenz-

Konferenz, die im Frühjahr 1985 aus Anlaß Deines 70. Geburtstages stattfand. Dennoch haben sich im Vergleich zu den frühen 70er Jahren enorme Veränderungen vollzogen; besonders in der Beziehung der Intellektuellen zum Marxismus. Gibt es eine „Krise des Marxismus“? Welches sind die Gründe für diese Veränderungen?

J.S.:

Es war eine Aufbruchsperiode. Aufbruchsperioden geschehen nicht in jedem Jahr. Es war insbesondere eine Aufbruchsperiode der jungen Intelligenz. Und nach dem praktischen Scheitern – Scheitern nicht im Sinne dessen, was sie praktisch bewirkt hat, sondern dessen, was die Studenten glaubten, bewirken zu können als kleine Elite – begann ja ein Suchen bei den wesentlich emotional beeinflussten Studenten, die nach einer theoretischen, weltanschaulichen, auch festeren politischen Position erst suchten. In diese Situation stießen wir im Grunde genommen. Ihr kennt diese Situation ja von Eurer eigenen Entwicklung her. Wir hatten 1970 die Konferenz zur „Frankfurter Schule“, die für uns auf philosophischem, weltanschaulichem Gebiet ein großer Auftakt war. Im Nachwort zu den Materialien³⁴ habe ich damals gesagt: eine praxisferne oder praxislose Theorie – damit meinte ich Adorno und Horkheimer – mußte eine *theorielose* Praxis gebären. Denn die durch die „Frankfurter Schule“ geistig beeinflussten Leute hatten für die Praxis keinerlei Theorie. Daher war auch, was die theoretischen Konzeptionen etwa von Wolff, Dutschke oder anderen Vertretern des SDS betrifft, ihr Unverständnis für die realen Prozesse von ihrem Bildungsgang her unvermeidlich. Das Günstige war, daß wir versuchen konnten, reale Vermittlungsprozesse herbeizuführen, ihnen zu zeigen: es gibt eine revolutionäre Theorie, die Euch das Verständnis für das, was jetzt vorgeht, erleichtern kann. Wir trafen auf ein großes Bedürfnis und auf ein starkes Interesse in dieser Richtung. Diejenigen, die sich nicht zur großen Sozialdemokratie, also mehr in eine pragmatische Richtung bewegten, und diejenigen, die auch nichts von ultralinken, abenteuerlichen Positionen hielten, konnten bei uns eine – wie wir meinen – fundierte Position erlangen. Und das ist auch der Grund, weshalb zunächst im SDS beschimpfte oder als Traditionalisten verspottete Leute dann bei den Studenten mehr Gehör fanden, und weshalb sich auch im Prozeß der Konstituierung der DKP viele Studenten und junge Intellektuelle mit dem Marxismus, mit Lenin theoretisch verbanden.

G.M.:

Nur sind es nicht viel mehr geworden in den letzten Jahren.

J.S.:

Das ist wahr. Aber das hängt eben auch mit der Aufbruchsperiode zusammen. Wobei man allerdings sehen muß: Wir hatten damals, als die DKP sich konstituierte, etwa 15.000 Mitglieder, die aus der Illegalität herüberkamen, wir haben heute über 50.000. Und wir haben auch trotz der massiven Berufsverbotspraxis sehr viel mehr Intellektuelle. Oft wünschten wir uns, daß wir im Verhältnis dazu mehr junge Arbeiter und Angestellte hätten. Aber die politische Großwetterlage läßt sich ja nicht durch Willen oder Wünsche ändern. Gleichwohl ist die Zahl gewachsen, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir das damals gehofft haben und wir das bis in die Mitte der 70er Jahre erlebt haben. Aber das läßt sich nicht loslösen von der Entwicklung der linken Intelligenz überhaupt. Das gilt ja auch für die linken Kräfte in der Sozialdemokratie.

G.M.:

Die Anziehungskraft sozialistischer Ideen war damals größer?

J.S.:

Ja. Das gilt auch für die Kräfte, die sich als parteilose Sozialisten verstehen. Inzwischen hat sich eben, infolge der Gesamtentwicklung und der besonderen Entwicklung der lohnabhängigen Mittelschichten, wie wir sie nennen, einschließlich breiter Kreise der jungen Intelligenz, etwas geändert. Diese linke Stimmung und Strömung bewegt sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre hin zu den Grünen und Alternativen.

11. Marxismus und Naturwissenschaft

G.F.:

Nach dem, was Du gestern gesagt hast, wäre die Frage zu stellen, ob Du nicht der richtige Mann wärst, um diese neue Entwicklung der viel jüngeren Intelligenz mit Deinen Antworten zu begleiten. Ich bin neugierig auf Andeutungen von Dir, in denen Du auf verborgene Zweige Deiner intellektuellen Biographie hinweisen könntest, die Du nicht voll ausleben

konntest. Du hast gezeigt, wie eine Seite Deiner Biographie sich doch gerade seit Anfang der 50er Jahre breit entfalten konnte: historische Studien, Studien zur politischen Geschichte, die Philologie des Marxismus – die Edition der Schriften von Franz Mehring ist ja auch eine philologische Aufgabe gewesen. Das ist die eine Seite. Da kannst Du ja auch auf ein Werk zurückblicken. Gestern sagtest Du auch, vielleicht hätten Dich andere Dinge zeitweilig mehr interessiert, gerade in der Emigration: Wie können neueste Ergebnisse der Naturwissenschaft diskutiert werden. Du sagtest, daß Deine Tochter als Physikerin einen Weg weiter gegangen ist, den Du auch ganz gerne gegangen wärest, und es könnte nun sein, daß hier unter Umständen eine Stelle ist, in der, gerade in der Auseinandersetzung mit ganz jungen Intellektuellen, jetzt der Marxismus neu gefordert wird und vielleicht sehr viel aufzuholen hat. Ich selbst habe ja auch ein bißchen über Mehring gearbeitet, bei weitem nicht so viel wie Du, aber ich muß sagen, daß ich im Unterschied zu Dir gar nicht mehr so arg neugierig auf ihn bin. Ich habe ihn jetzt lange nicht mehr gelesen, habe aber den Eindruck: Das ist zwar eine wichtige Periode in der Geschichte der Arbeiterbewegung, aber über politische Probleme würde ich zur Zeit nicht bei Mehring nachschlagen. Es gibt auch eine wachsende Zahl von politischen Problemen, bei denen ich nicht wüßte, wo ich bei Marx nachschlagen sollte. Ich habe kürzlich einen Vortrag halten sollen bei der „Marxistischen Arbeiterbildung“ über das Kommunistische Manifest; als ich das dann wieder gelesen habe, dachte ich, was sollst Du denen denn über das Kommunistische Manifest erzählen? Noch gröber ausgedrückt: Das Kommunistische Manifest beruht im Kernbereich auf einer völlig veralteten Technologie und bietet auch eine Sprache, von der ich nicht weiß, ob die Leute, die 30 Jahre jünger sind als ich, die auch begreifen; eine Sprache, die anders als die Sprache des „Kapital“ und keine politische Sprache ist, es ist auch teilweise eine sehr pathetische Sprache. Da kommen dann auch Sätze vor wie: die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen erzeugt, die ihr den Tod bringen werden, sondern auch die Männer, die sie führen werden...

J.S.:

Das ist nicht so ganz unberechtigt, denn die Frauen wollen wir ja nicht unbedingt an die Waffen bringen.

G.F.:

Es soll ja auch nicht von Waffen die Rede sein. Im Kommunistischen Mani-

fest ist jedenfalls die Grenze zwischen Metaphorik und Beweisführung sehr fließend; da wird also von der Sprengung der Produktionsverhältnisse gesprochen; es wird nicht abgeleitet, sondern Produktivkräfte sind eben bei Marx ihrem Wesen nach etwas, was sprengt; kein Gedanke an irgendeiner Stelle, ob nicht unter gegebenen Produktionsverhältnissen, unter gegebenen Machtverhältnissen gegebene Produktivkräfte und sich entwickelnde Produktivkräfte unter Umständen sich stabilisieren können oder ob es nicht ein Dehnungsverhältnis geben kann zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Wenn wir uns heute die US-amerikanische Gesellschaft ansehen, die über die modernste Technologie verfügt, muß man erst mal den Blickwinkel suchen, von dem aus man sagen könnte: Jawohl, hier sprengen die Produktivkräfte. Wie könnte man nun beispielsweise in der Sprache des Endes des Zwanzigsten Jahrhunderts das „Kommunistische Manifest“ überhaupt neu darstellen? – Das „Kommunistische Manifest“ hat ja eine sehr starke Technikeuphorie, beruft sich auf eine Informationstechnologie, die damals schon 400 Jahre alt war: der Druck spielte eine ganz große Rolle und hat die Welt vereinheitlicht, diese Technologie des 15. Jahrhunderts. Oder es wird von einer Energiebasis gesprochen, der Dampfkraft, und die wissenschaftliche Grundlage dafür ist damals 200 Jahre alt: es ist Denis Papin und Hooke, es ist die Ersetzung von Wasserkraft und Pferdekraft durch Dampfkraft. Das bewegt sich innerhalb einer Weltanschauung, die doch bestimmt ist durch die Newtonsche Himmelsmechanik; auch das ist schon wieder 200 Jahre alt und setzt sich fort in der Gesellschaftstheorie als das Mißverständnis Adam Smith', als ließe sich die Newtonsche Mechanik auf die Gesellschaft übertragen; da setzt Marx ein und sagt: So geht es nicht, da bricht er nun aus einem überkommenen Weltbild aus, an einer Stelle in der Ökonomie, aber zunächst nur da. Kurz danach kommt dann Engels': „Dialektik der Natur“, die große Angebote zur Vorwegnahme späterer naturwissenschaftlicher Erkenntnis enthält; das ist ein Geniestreich gewesen. Gleichzeitig setzt dann die große Popularisierungsarbeit der II. Internationale ein. In deren Zusammenhang gehört dann auch Mehring; hier hinein gehört die Befreiung der Arbeiterklasse aus einem früheren vorneuzeitlichen Weltbild, das ist die Leistung von Kautsky und von Mehring, die von vielen am Ende des 19. Jahrhunderts gelesen wurden, aber die Auseinandersetzung der Naturwissenschaften mit dem neuesten Weltbild, das nach der Jahrhundertwende entsteht, wäre ja immer auch danach eine Aufgabe des Marxismus gewesen. Immerhin hat ja kein Geringerer als Lenin sehr aufmerksam auf neue-

ste Entwicklungen der bürgerlichen Erkenntnistheorie reagiert. Andererseits hatten die Naturwissenschaftler in der UdSSR und die Philosophen lange Zeit Schwierigkeiten mit dem neuen naturwissenschaftlichen Weltbild. Könnte es nicht sein, daß der Marxismus heute mehr sein muß als eine Gesellschaftswissenschaft im engeren Sinne? Vielleicht war er da bei Marx und Engels in diesem Punkt schon weiter, und es ist ein großer Nachholbedarf entstanden.

J.S.:

Ganz bestimmt. Ich habe vorhin versucht, das anzudeuten. Aber es gibt auch schon eine breite Literatur.

G.F.:

Es muß doch einen Grund dafür geben, warum die Bourgeoisie sich vor vielen Jahren bei uns schon auf den Weg gemacht hat. Ich kann mich erinnern, wie Mitte der 50er Jahre der CDU-Bundestagsabgeordnete Jordan, ein Physiker, durch die Volkshochschulen gezogen ist und auch Beiträge zu Schulbüchern geliefert hat mit popularisierenden Thesen zur Eingrenzung der Gültigkeit von Kausalität.

J.S.:

Das ist der große Vorstoß der idealistischen Physiker, der beginnt schon in den 30ern mit der Bedeutung der Unschärferelation.

G.F.:

Ich vermute, daß die stark Marx-philologisch bestimmten Themen der siebziger Jahre heute nicht mehr viele Leute interessieren. Dagegen gibt es neue Fragen, die fast allesamt durch die Entwicklung von Naturwissenschaft, Technik, auch Naturphilosophie aufgeworfen sind. Überall eine Suche nach „Weltbildern“. Was kann der Marxismus dazu beitragen?

J.S.:

Ich glaube, der Marxismus kann viel beitragen: philosophisch, nicht, was die einzelnen naturwissenschaftlichen Forschungen und Ergebnisse betrifft. Aber er ist wichtig für die theoretische Deutung und Erfassung dessen, was an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurde. Ich glaube auch, daß er im einzelnen schon viel beigetragen hat, da gibt es Parallelen zu den 30er und 40er Jahren. Ich ver-

suchte gerade, diesen Gesichtspunkt in einem Aufsatz darzustellen: Wie vollzog sich damals die Hinwendung von Naturwissenschaftlern zum Marxismus, die auch nach einem Weltbild suchten? Was war die unmittelbare, spezifische Ursache ihrer Entwicklung zum Marxismus hin? Sie vollzog sich eben in der theoretischen Suche nach einem *Weltbild*, das sie natürlich verknüpften mit Politik, mit Antifaschismus und mit sozialer, praktischer Parteinahme im Sinne des Sozialismus, der sozialistischen Entwicklung. Das ist nun auch wieder der Nachteil der Arbeitsteilung. Man greift ja im Alter die Strömungen nicht in der gleichen Weise auf wie früher in der Jugend. Ich habe jetzt diese Entwicklung der letzten Jahre nicht verfolgt; ich kenne zwar die Namen und die Richtungen, aber ich weiß nicht, was sich da konkret in der Suche nach Weltbildern tut. Ich weiß nur und versuche das anzudeuten, daß allein die politische Entwicklung so vieler Naturwissenschaftler im Sinne der Friedensbewegung die Marxisten vor die Forderung stellt, sich ihnen auch *weltanschaulich* zu präsentieren. In dem Sinne empfehle ich auch, über die früheren marxistischen Naturforscher, wie Bernal, an sie heranzugehen. Ich bin übrigens auch der Meinung, daß im *einzelnen* über philosophische Probleme der Naturwissenschaften in der DDR, in der Sowjetunion viel gearbeitet und geleistet wird, allerdings oft sehr spezialisiert, weil dort die Grundlagen für viele Naturwissenschaftler längst selbstverständlich sind. Es ist nur in den westeuropäischen Ländern nicht bekannt, bisher auch, weil relativ wenig Interesse da war, bis zur Renaissance des Interesses daran. Eine ganz hervorragende Darstellung in jüngster Zeit gibt der österreichische Marxist Walter Hollitscher, populär, aber auf einer gründlichen Kenntnis der wissenschaftlichen Forschungen bis in unsere Tage beruhend³⁵. Also ich glaube nicht, daß der Marxismus sich da zu verstecken braucht oder daß die Ergebnisse hier schlechter sind als die anderer philosophischer Richtungen. Sehr viel dringlicher ist die Frage: Wie bringen wir diese Ergebnisse an die Naturwissenschaftler oder an die an naturwissenschaftlichen Weltbildern interessierten Menschen heran? Natürlich bin ich nicht der Meinung, daß hier nicht noch sehr viel zu leisten ist, sowohl an popularisierenden als auch an Forschungsmaterialien. Aber ich glaube, der Marxismus hat eigentlich auf diesem Gebiet sehr viel zu bieten, besonders von bedeutenden Naturforschern, auch wenn sie die Einzelergebnisse der heutigen Entwicklung nicht mehr erlebt haben. Ähnlich ist es übrigens auch mit den Antworten auf die Grünen. Es ist interessant, daß die Grünen vielleicht eine Entwicklung in Bewegung gebracht haben, die anders enden wird, als sie selbst das vorhatten oder

vermuteten. Der Marxismus kann hier sehr viel leisten, er muß nur solche Dinge an die Menschen heranbringen. Der Reichtum des Denkens eines Bernal und anderer ist noch längst nicht ausgeschöpft.

Ich möchte aber noch eine Bemerkung zum Komplex „Kommunistisches Manifest“ anfügen³⁶ und auch zu Mehring. Natürlich ist das „Kommunistische Manifest“ eine frühe Arbeit. Die große Lebensarbeit in den Forschungen von Marx stand noch bevor, ökonomisch und historisch, bei Engels auch naturwissenschaftlich. Es war die Grundlegung einer sozialtheoretischen und politischen Auffassung. Dennoch würde ich ganz anders herangehen an die Interpretation auch für einen Vortrag bei der „Marxistischen Arbeiterbildung“. Ich würde einfach fragen: Wie kann denn die *aktuelle* Bedeutung einer politischen Schrift, die vor 140 Jahren erschienen ist, überhaupt gewertet werden? Sie kann ja offensichtlich nur so interpretiert werden, daß man sich fragt: Was ist eigentlich in diesen 140 Jahren passiert? Nicht in den Einzelheiten, sondern in den *Grundtendenzen*. Und da kenne ich keine vergleichbare Schrift aus dieser Zeit, die auch nur annähernd die historischen Tendenzen so erfaßt hat wie das „Kommunistische Manifest“, angefangen von der Klassenentwicklung, Klassenstrukturentwicklung bis hin zur Bedeutung der Arbeiterklasse als künftige geschichtsbildende soziale und politische Kraft, von den Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, der Kapitalkonzentration bis hin zu den Zielen der Arbeiterbewegung. Und das ist ja das Entscheidende an Aktualität. Selbst auf technologischem Gebiet: in der Entwicklung der Technik, der Industrieentwicklung, der Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen: Wenn da von „Sprengung“ und „Umschlag“ die Rede ist, dann ist das ja eine Formel, die nicht losgelöst wird von den gesellschaftlichen Prozessen des Klassenkampfes und des Subjekts. Sie steht ja in Relation zu allem, was über den Kampf der Klassen bei Marx und Engels gesagt wird. Sie vollzieht sich ja nicht ohne Menschen, und sie vollzieht sich nicht als Automatismus, sondern das wird dargestellt als historische Erfahrung, an der Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus. Wie und warum sprengen Produktivkräfte – übrigens nicht als einmaliger Akt – die Produktionsverhältnisse? Weil die ausgebeuteten Klassen sie nicht in Destruktiv-Kräfte verwandelt sehen wollen. Weil sie das erreichte Zivilisationsniveau retten wollen. Und es wird transponiert aus der *geschichtlichen* Erfahrung für die zukünftigen Prozesse: eine solche „Sprengung“ wird erfolgen in Richtung auf Vergesellschaftung. Ich deute das nur an. So gehe ich meist heran und frage dann: Wo gibt es eine andere Theorie, die sagen

kann, sie hat eine solche geschichtliche Entwicklung vorausgesagt? Ich kenne keine. Und ich würde noch ein Stückchen weitergehen. Warum ist es die weitest verbreitete politische Kampfschrift der ganzen Menschheitsgeschichte, selbst in Gesellschaftsformen präkapitalistischer Natur, wo es kaum eine Arbeiterklasse gibt? Und warum akzeptieren selbst Formationen, die noch nicht vom entwickelten Kapitalismus ausgehen müssen, Wege, die bis zu den Organisationsformen ähnlich denen der marxistischen Parteien sind? Ist das nicht eine einzigartige Wirkung des Manifests? Es zeigt die Entwicklungstendenz, die das Manifest in seinen Keimen darlegt. Also, da bin ich ganz optimistisch. Das Verständnis der Technologie, der Produktivkräfte, das Marx damals gewonnen hat – in Abstimmung mit Engels, das siehst Du in den Briefen –, das kennt, besonders in den „Grundrissen“, was die künftigen Tendenzen betrifft, seinesgleichen nicht für die ganze Periode. Und im übrigen: Je mehr der Kapitalismus sich seit dem „Manifest“ änderte, desto mehr blieb er auch derselbe, in den fundamentalen Ausbeutungsverhältnissen.

Zu Mehring: Er war hauptsächlich Historiker, weniger Theoretiker. Seine Aktualität würde ich etwa an der Vorstellung – es ist ja eher ein Traum – messen, die preußisch-deutsche Geschichte vom 16. – 19. Jahrhundert, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, würde an unseren bundesdeutschen Oberschulen auf dem Verständnisniveau eines Mehring gelehrt. Kaum auszudenken. Es wäre eine Revolution des Geschichtsunterrichts.

F.D.:

Ich möchte einige Überlegungen zu der von Georg angesprochenen Problematik „Kommunistisches Manifest“/Marxismus heute hinzufügen. Zunächst wäre ein Gedanke zu vertiefen, den Jupp bereits angesprochen hat: wie hat sich in diesen 140 Jahren seit 1847/48 die weltgeschichtliche Realität, in der sich der Kapitalismus entwickelt, verändert? Das würde dann auch unmittelbar hinführen zu der Frage, wie Marx und Engels im „Manifest“ (ganz zweifellos noch mit unzureichenden Mitteln) die historischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus analysiert haben. Die bedeutendste Veränderung besteht darin, daß der Kapitalismus längst nicht mehr die gesamte Welt beherrscht – daß seit 1917 und vor allem nach 1945 nicht nur sozialistische Gesellschaften, sondern auch zahlreiche ehemalige Kolonien und Halbkolonien aus diesem Weltherrschaftssystem des Kapitalismus – in langen und entbehrungsreichen Kämpfen – herausgebrochen wurden. Zweitens: die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapita-

listischen Ländern ist zu einer mächtigen Kraft geworden. Ich weiß, daß diese These höchst kontrovers zu diskutieren wäre. Ich meine damit vor allem auch die reformistische Arbeiterbewegung, die ja nun einmal in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas stärker ist als die revolutionäre. Diese Arbeiterbewegung hat dem Kapitalismus durch ihre Kämpfe der vergangenen Jahrzehnte bedeutende Zugeständnisse abgerungen, was die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse betrifft. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase der neokonservativen Gegenoffensive, in der gerade diese Zugeständnisse, die niemals die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt haben (und die zugleich von der reformistischen Arbeiterbewegung als Gegenleistung die Anerkennung des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates gefordert haben), massiv angegriffen werden. Und das wäre der dritte Bereich für eine vertiefende Analyse: diese spezifische Konstellation der Klassenkräfte, die namentlich in der sog. „Prosperitätsperiode“ des Kapitalismus in den 50er und 60er Jahren sich etabliert hat (und über den Staat reguliert wurde), hat ihrerseits Einfluß auf Verlauf und Qualität der Vergesellschaftungsprozesse in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ausgeübt. Schließlich geht es um eine Problematik, die uns sehr zentral berührt. Diese historische und welthistorische Einschränkung der Herrschaftssphäre des Kapitalismus, die Kräftekonstellation zwischen den Klassen in den kapitalistischen/imperialistischen Zentren selbst haben die widersprüchliche Entwicklungsdynamik des Kapitalismus nachhaltig beeinflußt. Es ist namentlich die Tendenz zur gewaltsamen Austragung dieser Widersprüche, die die großen politischen Katastrophen dieses Jahrhunderts auszeichnet: die Weltkriege, die unzähligen Kolonialkriege, die Aggression gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen, schließlich aber auch: die faschistischen Diktaturen und die Repression der demokratischen und der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Zentren selbst. Heute ist es die Gefahr einer menscheitsvernichtenden atomaren Katastrophe, die insbesondere durch die neue Welle der Hochrüstungspolitik in den USA seit den späten 70er Jahren – als Reaktion auf Positionsverluste des US-Imperialismus in der Weltökonomie und -politik – uns alle bedroht. Georg hat aber vor allem von der Problematik der wissenschaftlich-technischen Revolution gesprochen – deshalb will ich mich jetzt auf diese Fragestellung konzentrieren. Mir scheint es relativ unerheblich zu sein, der Frage nachzugehen, ob Marx und Engels im „Manifest“ von einer veralteten Technologie ausgegangen sind. Natürlich sind sie das aus heutiger Sicht; denn sie gingen

ja von der fortgeschrittensten Technologie des frühen 19. Jahrhunderts aus! Vielmehr wäre zu fragen, ob sie die Problematik der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus, die Dialektik von Mehrwertproduktion, Produktivkraftsteigerung und Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals richtig begriffen haben – und deshalb auch richtige Tendenzaussagen über die Entwicklung des technischen Fortschritts, der den Zwängen der Profitproduktion unterworfen bleibt, machen konnten. Das scheint mir der wichtigste Punkt zu sein! Genau die Problematik, die sich auf der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus – wo wir eine neue Welle der Produktivkraftentwicklung erleben – ergibt, hat Marx im „Kapital“, vor allem aber in den „Grundrissen“ sehr genau bestimmt. Sehr grob und allgemein zusammengefaßt: steigende Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, Verwissenschaftlichung der Produktion üben einen wachsenden Druck auf die Kapitalverwertungsbedingungen aus – und dieser Druck macht sich in ökonomischen Krisenprozessen Luft. Die historischen Schranken der kapitalistischen Produktionsweise haben in diesen ökonomischen und technischen Prozessen ihre materielle Basis. Damit hängt nun eine zweite, ganz wichtige Problematik zusammen. Die Bedeutung des „Manifestes“ von Marx und Engels besteht vor allem darin, daß hier zum ersten Male die Notwendigkeit und Möglichkeit der revolutionären, der kommunistischen Perspektive des Kampfes der Arbeiterklasse dargelegt worden ist. Erinnern wir uns daran, daß Marx in den „Grundrissen“ von der Schaffung von „disponible time“ als Resultat der Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit gesprochen hat. Beziehen wir das auf die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, die Veränderungen im System der gesellschaftlichen Arbeit durch die Mikroelektronik in ihren verschiedensten Anwendungsbereichen. Vielleicht kann man sagen, daß wir uns heute zum ersten Male in einer historischen Phase befinden, in der die Perspektive der Befreiung der menschlichen Arbeit vom „Naturzwang“ wirklich greifbar geworden ist. Natürlich verlangt die Realisierung dieser Perspektive, daß die Produktivkraftentwicklung von den Zwängen der Profitproduktion befreit wird – und das ist ein sehr langwieriger und schwieriger Kampf. Ich will damit zunächst nur sagen – alles andere würde es erfordern, jetzt sehr ausführlich auf die angesprochenen Fragen einzugehen –, daß die Problematik der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht überholt, sondern heute wichtiger denn je ist. Auch die Tatsache, daß heute zahlreiche Naturwissenschaftler sich in der

Friedensbewegung engagieren, an den Debatten über Technikentwicklung teilnehmen, sich für die Frage nach der sozialen Beherrschbarkeit der neuen Technologien interessieren, hängt doch eng mit der Widerspruchserfahrung zusammen, daß die Fortschritte der Wissenschaft und Technik auf der einen Seite enorme Möglichkeiten zur Erleichterung und Verbesserung der menschlichen Existenzbedingungen geschaffen haben, und daß auf der anderen Seite sich diese menschlichen Produktivkräfte in Waffen verwandeln, die jeden weiteren menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt fundamental bedrohen, die – über die drohende Gefahr eines Atomkrieges – die Existenz der gesamten Menschheit aufs Spiel setzen. Schließlich noch ein Gedanke, der in den heutigen Diskussionen der grün-alternativen Bewegung eine gewisse Rolle spielt – oftmals mit utopischen Projekten („Wege ins Paradies“) verbunden. Die Freisetzung von Zeit durch Produktivkraftsteigerung bedeutet real: überschüssige Arbeit für das Kapital, Massenarbeitslosigkeit, neue Armut usw. Der objektiven Möglichkeit nach ermöglicht diese Freisetzung allerdings eine ganz neuartige Bestimmung der Arbeit und des Verhältnisses von Arbeit, Nicht-Arbeit, Kultur. Marx sagt in den „Grundrissen“: auch Komponieren ist verdammt harte Arbeit! Um vorerst einmal zusammenzufassen: wir Marxisten sind also mit einem ganzen Bündel von Fragen und Herausforderungen konfrontiert, die uns durch die objektiven Entwicklungsgesetze und -widersprüche dieser kapitalistischen Produktionsweise auf- und vorgegeben werden. Diese Herausforderungen theoretisch und praktisch zu bearbeiten, erfordert enorme Anstrengungen. Da reicht es auf keinen Fall aus, wenn wir die Grunderkenntnisse des Marxismus einfach nur – nach Art einer Gebetsmühle – wiederholen. Viele, die uns nicht einmal feindlich gegenüberstehen, halten es einfach für antiquiert, wenn wir immer wieder auf die Rolle der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes zurückkommen. Das ist jetzt meine Frage an Dich, Jupp: wo siehst Du die zentralen Aufgaben, die Marxisten gegenwärtig in der Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen haben?

J.S.:

Das ist natürlich komplex. Ich will versuchen, einige Andeutungen zu machen. Ich sehe diese Felder in einer ganzen Reihe von Problemen, die durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung wesentlich bedingt sind. Unsere Untersuchungen über die Arbeiterklasse³⁷ und die Veränderungen, die da vor sich gehen, sind natürlich noch nicht auf dem erforderli-

chen Stand. Das berührt aber auch die der Arbeiterklasse nahestehenden Intelligenzschichten, es berührt die Auswirkungen auf ideologische Prozesse wie die grün-alternative Bewegung, wo unsere Analyse sicherlich noch vertieft werden muß. Notwendig sind Untersuchungen darüber, wie diese Veränderungen sich auf die soziale Stellung der Arbeiterklasse, auf neue Schichten der Arbeiterklasse, auf ihre Bewußtseinsprozesse, auf ihre Stellung zu den Gewerkschaften usw. auswirken. Im Grunde sind wir da noch, wie ja auch die Gewerkschaften, in einer tastenden Annäherung. Was bedeuten diese technischen Umwälzungen für das Verhältnis der Produktionsintelligenz zur Arbeiterbewegung, zu klassischen, traditionellen Positionen und Forderungen der Arbeiterbewegung? Was bedeuten diese Veränderungen für das Verhältnis der beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu den Arbeitslosen? Das sind wichtige Untersuchungen, weil sie ja die allernächstliegenden sind, noch nicht so sehr mit den zukünftigen Prozessen verbunden sind, weil sie sehr konkreten Einfluß haben können. Das gilt vor allem auch für die Potenz der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung als Anziehungspunkt in den unmittelbar bevorstehenden politischen Prozessen. Das würde ich als ein wesentliches Problem sehen. Ein zweites liegt in tieferen Schichten: Wohin führen diese wissenschaftlich-technischen Prozesse? Welche Auswirkungen haben sie auf die Arbeitsbedingungen, den Charakter der Arbeit, die Entwicklung von freier Zeit, den Charakter der Freizeitprobleme, den Einfluß der Arbeiterbewegung, der progressiven Kräfte auf die Freizeitprobleme? Das sind natürlich perspektivisch weiterführende Fragen. Einige Hinweise auf Antworten gibt es bereits in der marxistischen Literatur auch der Bundesrepublik. Für sehr bedeutsam halte ich die Untersuchung der Probleme, die mit der Beziehung des Friedenskampfes und der Friedensbewegung zu den *sozialen* Prozessen, zu den politischen Strömungen, zu den Klassenkämpfen und zu den Befreiungsbewegungen verbunden sind.

G.M.:

Wie beurteilst Du die Möglichkeit für eine Vergrößerung des fortschrittlichen Potentials unter der wichtigen Gruppe der Intelligenz, die in engen Beziehungen zur materiellen Produktion steht? In der Bundesrepublik ist – wie in anderen kapitalistischen Ländern – die Zahl der Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker absolut und relativ stark angewachsen. Aber warum sollte sich diese Gruppe im Kapitalismus nicht wohlfühlen? Sie scheint weit weniger von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg

bedroht als andere Intelligenz-Gruppen und verfügt über nicht geringe materielle Möglichkeiten und Privilegien. Von den Gewerkschaften hält sie sich mehrheitlich fern (nur knapp 10 Prozent der Ingenieure dürften Mitglied einer Gewerkschaft sein³⁶), ebenso von linken Ideen. Zu den sozialistischen Ländern geht sie auf Distanz, auch weil dort der technologische Stand vielleicht unter dem der am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder liegt, die Lebensverhältnisse etwa von Ingenieuren merklich unter dem Niveau in der Bundesrepublik liegen und der Lebenshaltungsabstand zwischen Ingenieuren und Arbeitern in der Regel erheblich geringer ist als bei uns. Vom Sozialismus, so scheint es, hätten sie also eher etwas zu verlieren als zu gewinnen. Diese Gruppe ist sehr leistungs-, anpassungs- und karriereorientiert – viele hoffen auf raschen betrieblichen Aufstieg, manche auf den Aufbau eines eigenen Betriebs – und entwickelt anscheinend in den Betrieben in nur geringem Umfang solidarische Verhaltensformen, etwa bei Entlassungen aufgrund von Rationalisierungen, an denen sie selbst mitgewirkt hat (denen sie freilich teilweise auch selbst zum Opfer fallen kann). Ihr Bedarf an fortschrittlichen Weltbildern ist womöglich relativ gering. Technokratisches oder Elitedenken wird dominieren; für einige wird auch ein christliches oder konservatives Weltbild ausreichen, zumal wenn es sich – wie etwa Lothar Späths Gesellschafts- und Zukunftsvorstellungen – auf die modernen Produktivkräfte, die neueste Technik stützt, als deren Träger sich diese Gruppe ja sieht. Sicherlich haben sich Teile dieser Gruppe Problemen der Ökologie, der alternativen („sanften“) Technologien, der Friedenssicherung geöffnet. Aber derzeit ist das wohl nur eine kleine Minderheit. (Genauer über das politische Bewußtsein dieser wichtigen Gruppe wissen wir nicht.) Siehst Du dennoch perspektivische Möglichkeiten für ein Zusammengehen dieser Produktions- und Technik-Intelligenz mit der Arbeiterbewegung?

J.S.:

Die Beschreibung und das, was Du an unmittelbaren Tendenzen anführst, ist natürlich korrekt, und es ist ja auch wesentlich eine Frage der Überlegungen für die Arbeiterbewegung, die *Zugänge* zu untersuchen und zu finden, über die man solche Schichten der Intelligenz näher an sich heranbringen und sich mit ihren Bestrebungen und Zielen verbinden kann. Was den aktuellen Zustand betrifft, wissen wir, wie weit entfernt sie sind. Ihr wißt, welche materiellen Privilegien in der unmittelbaren Perspektive, wenigstens den meisten von ihnen, der Kapitalismus in den hochentwickelten

Ländern noch bieten kann. Aber sie sind unentbehrlich für jeden menschlichen Fortschritt in der Zukunft, den die Arbeiterbewegung anstrebt. Wir brauchen sie also, das ist klar. Wir brauchen sie nicht nur, wenn wir eine künftige Gesellschaft aufbauen wollen wie in den sozialistischen Ländern, sondern wir brauchen sie schon vorher. Die Schwierigkeit ist, die Zugänge zu finden, über die Sozialisten überhaupt relevante Kräfte unter ihnen – vielleicht also Leute, die einfach von der Bedeutung her auch tonangebend, meinungsbildend werden in ihren Reihen – gewinnen können. Ich behaupte nicht, daß wir da schon Rezepte hätten. Das ist ein Problem, das immer neu zu diskutieren sein wird. Wir haben eben – wenn ich einmal den historischen Vergleich ziehen soll – die heutigen Joliot-Curies, Bernals usw. – obwohl das ja eine kleine Garde war in den Reihen der Naturwissenschaftler – in den westlichen Ländern noch nicht. Es ist klar, daß wir sie in viel größerem Umfang gewinnen müssen. Hier sehe ich gegenwärtig einen Hauptzugang – wir sehen ihn alle – im Friedenskampf. Es ist ganz eindeutig, daß wir in einer – insgesamt – politisch in der Vergangenheit so wenig aufnahmefähigen sozialen Gruppierung wie den Naturwissenschaftlern und z. T. auch Ingenieuren und Technikern noch nie einen so großen Anteil derer hatten, die sich, angesichts des zerstörenden Charakters der neuen Waffen, des großen Ausmaßes der Gefahr, in der Friedensbewegung betätigen. Von der Friedensbewegung führen meiner Meinung nach Zugänge zu anderen Bereichen. Anteilnahme an der Friedensbewegung bedeutet Erkenntnis – zumindest ethische Erkenntnis – der Verantwortung. Es bedeutet, die Wissenschaftler – auch wenn sie gar nicht unmittelbar politisch sein wollen – denken über das Problem der eigenen Verantwortung nach. Ich glaube, von dieser ethischen Verantwortungsmotivation her sind durchaus Zugänge zu sozialen und politischen Bewegungen, zu der großen Strömung der Arbeiterbewegung und der Radikaldemokraten möglich. Wenn wir uns als progressive oder avantgardistische Kräfte auffassen, können wir im Grunde nur subjektive Verantwortung auf uns nehmen. Wir können nicht sagen: das wird in allernächster Zeit so sein. Wir können aber sagen, wenn wir nichts in dieser Richtung tun, wird gar nichts sein.

G.M.:

Gibt es – da Du jetzt von der Verantwortung und Ethik der Naturwissenschaftler gesprochen hast – so etwas wie eine marxistische Ethik, eine ethische Dimension im Marxismus, die uns in die Lage versetzt, diesen Dialog zu führen?

J.S.:

Es gibt ethische Arbeiten. Natürlich sind sie in solchen Ländern wie der Bundesrepublik nicht verbreitet. Aber auch hier gibt es, wenn Du willst, leichtere Zugänge – die Zugänge solcher Naturwissenschaftler, die über ihre Verantwortung für den Frieden schon in den frühen 50er Jahren (Joliot-Curie und Bernal oder Steenbeck und Manfred von Ardenne in der DDR) – geschrieben haben, obwohl sie aus ganz bürgerlichen Vorstellungen kamen. Sie haben sich dann weiterentwickelt und über diese Fragen nachgedacht. Was ein Mann wie Manfred von Ardenne in der DDR über solche Probleme wie SDI und die Verantwortung der Naturwissenschaftler schreibt, ist inzwischen auch für viele in der Bundesrepublik ein Anstoß. Da braucht man gar keine spezifisch marxistische Ethik. Das bewirken durchaus auch Vorstellungen der christlichen und humanistischen Ethik. Hier vereinigen sich die Ströme im Kampf, auch in vielen Fragen der philosophischen Überlegungen, die anders begründet und motiviert werden, die einen anderen wissenschaftlichen oder religiösen Charakter tragen, die aber in den *Ergebnissen* dieselbe menschliche Verantwortung anerkennen für das Überleben. Denkt an die Bewegung der Informatiker, der Ärzte, der Psychologen, der Pädagogen für den Frieden. Von der Politisierung dieser wichtigen Schicht, von ihrem Zusammengehen mit der Arbeiterklasse hängt sehr viel ab, was jetzt und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in den kapitalistischen Ländern weiterführt. Vielleicht bildet sich an den Grenzlinien zwischen dieser Intelligenz und der Arbeiterklasse eine neue revolutionäre Gruppe. Das heißt nicht, daß wir die Bedeutung dieser Schicht überschätzen. Sie ist im Grunde aber gar nicht zu überschätzen oder nur dann zu überschätzen, wenn man sie *isoliert* von der Masse der Arbeiterklasse betrachtet. In Verbindung mit dieser Masse, der alten und der neuen, ist sie meiner Meinung nach nicht zu überschätzen. Da gewinnt sie eine große Bedeutung, ebenso wie die Frage, wie man sie an die Arbeiterbewegung heranführt.

Wenn ich jetzt zunächst den Friedenskampf genannt habe, so würde ich aber unbedingt noch einen anderen Problembereich hinzunehmen. Es ist schon im „Manifest“ und später in der entwickelten Analyse der *Gesamt-tendenz* der kapitalistischen Entwicklung angedeutet. Ich glaube, die Friedensproblematik gewinnt im Denken der Besten, Fortgeschrittensten, der sich am stärksten verantwortlich fühlenden und mit Politik befassenden Schicht der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz in *Zusammenhang* mit folgender Frage immer mehr an Bedeutung: Wie kann man die

gewaltigen, von uns, von der Masse der Naturwissenschaftler und Techniker, geschaffenen Ergebnisse *wirklich für die Menschheit nutzbar machen*? Diese Frage hat bereits in der Naturwissenschaftler-Bewegung der 30er Jahre eine große Rolle gespielt. Auch sie wird weitgehend von verantwortungsethischen Motiven herkommen und unvermeidlich – das hängt auch von unserem Zutun ab, vom Zutun aller progressiven Kräfte, auch der radikaldemokratischen Kräfte, weil bei ihnen ja in bezug auf die Umwelt dieses Verantwortungsgefühl sehr groß ist, auch auf die Ressourcen der Menschheit und das, was wir künftigen Generationen überliefern – eine stärkere Rolle spielen. Nun sind wir sozusagen oft von der Wirklichkeit getäuschte Optimisten. Aber ohne diesen fundamentalen Optimismus ist heute kaum noch zu leben. Ich habe mich immer gewandt gegen jenen rosafarbenen Optimismus und ihn emotional nie vertragen. Ich habe immer gern das Wort von Romain Rolland nach dem ersten Weltkrieg – von dem durch Leiden, durch Krisen und Katastrophen hindurchgegangenen Optimismus – zitiert, d.h. vom Optimismus, der unserer Entwicklung im 20. Jahrhundert wirklich angemessen ist, der auch in der Arbeiterbewegung eine große Tradition hat. Liebknecht sagt nach der Novemberrevolution: Noch ist der Golgatha-Weg der Arbeiterklasse nicht beendet. Es ist ein Optimismus, der nicht schönfärbt, der die Gefahren nicht verniedlicht: ein Optimismus des „Trotz alledem!“. Aber ohne ihn ist ja ein Leben und sind besonders auch die Ideen, die wir der durch die Atomgefahr verängstigten jungen Generation vermitteln müssen, gar nicht möglich. Das ist der einzige wirklich revolutionäre Optimismus.

Ich wollte noch zu den ethischen Motiven für die Friedenserhaltung, die Verantwortung für die Verwertung und die Ergebnisse der Arbeit anmerken, daß hier eine weitere Berührung von Arbeiterbewegung und Wissenschaftlern, Naturwissenschaftlern, Technikern usw. vorhanden ist, je mehr die Beziehung zu Schichten zur Arbeiterbewegung hergestellt werden kann. Das ist auch ein Gebiet unserer Forschung, der Entwicklung unserer Theorie, in der dieses Moment längst enthalten ist. Es ist die Beziehung von Klasse und Menschheit, von Klassenkampf und Menschheitskampf: Inwieweit stecken Menschheitsprobleme im Marxismus? Es ist ja oft so, daß wir, historisch verständlich, den Weg unseres Kampfes, das Unmittelbare, das heute und morgen Notwendige verabsolutieren und ganz vergessen, daß das Ziel der Arbeiterbewegung eben die *Abschaffung* der Klassen ist, die *klassenlose* Gesellschaft, also ein *Menschheitsziel*. Es ist die große Idee der Menschheitsbefreiung der letzten 150 Jahre. In dieser *Zielset-*

zung, wenn auch mit unterschiedlichen Motivationen und Wegen, sind wir mit denen, die die Idee des *notwendigen* Weges über den Klassenkampf heute noch nicht begreifen können, durchaus einig. Vielleicht versäumen wir es, ihnen den Sozialismus und die Arbeiterbewegung auch als Menschheitsbefreiungsidee zu erklären? Anhand der Friedensidee, des Friedenskampfes könnte dieser Zusammenhang gut erläutert werden.

G.M.:

Vielleicht noch zwei Fragen zum Schluß dieses Abschnitts: Du bist 1931 als 16jähriger in die Arbeiterbewegung, in die kommunistische Bewegung eingetreten. Hast Du Dir den Weg damals auch nur annähernd so beschwerlich und lang vorgestellt – weil Du ja gerade von Optimismus gesprochen hast? Das Zweite: Damals wolltest Du noch einen künstlerischen Beruf ergreifen. Ich nehme an, Du spielst in letzter Zeit wieder etwas mehr Klavier als in früheren Jahren. Warum Du dann weniger gespielt hast, haben wir ja auch in diesem Gespräch erfahren. Was hat dieses kulturelle Interesse, diese kulturelle Betätigung für Dich mit Lebenssinn und Lebensperspektive zu tun, mit dem Optimismus, von dem Du gesprochen hast, mit dem revolutionären Elan? Anders ausgedrückt: Was hat Mozart mit dieser revolutionären Perspektive zu tun?

J.S.:

Zur ersten Frage. Wir alle haben uns, in der Jugend, den Weg nie so schwer vorstellen können. Das war ganz unmöglich. Es gibt ja zwei Krisensituationen im weltgeschichtlichen Sinne, die wir erlebt haben, vor deren Hintergrund man eine viel kürzere Perspektive hatte und haben mußte. Die erste – das ist jugendlich bedingt, aber auch durch die ungeheure Zuspitzung der sozialen Situation –, das waren die Jahre noch *vor* dem Faschismus, wo man glaubte: So kann es unmöglich weitergehen mit dieser Massenarbeitslosigkeit, diesen sozialen Widersprüchen, das kann nicht lange dauern. Da muß bald eine sozialistische Umwälzung kommen. Die zweite Periode ist die nach 1945, wo ja ähnliche Überzeugungen, Hoffnungen, wenn auch nicht unbedingt in einer ganz kurzen Perspektive, vorherrschten. Die Lehren des Faschismus und dieses Krieges sind so furchtbar, so bitter, da ist es undenkbar, daß die Menschen nicht begreifen werden, daß der Kapitalismus keine Menschheitsperspektive mehr ist. Das ist ein wichtiges Motiv, wenn man uns fragt: Wie konntet ihr denn, trotz all dieser Rückschläge, überhaupt noch Kommunisten bleiben. Da darf man auch nie das Grund-

motiv vergessen, das Grundmotiv schon der alten Sozialisten, dann der Kommunisten, die der Meinung waren: Seit dem 4. August 1914 ist der Weg der Sozialdemokratie nicht mehr der Weg des Sozialismus. Der Anschauungsunterricht, den uns die Sozialdemokratie gibt, zwingt uns einen anderen Weg auf. Aber dem lag zugrunde: der Kapitalismus kann die Menschheitsprobleme nicht lösen. Unsere Probleme sind Krieg, Krisen, Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit des Systems, den Menschen eine freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente zu ermöglichen, allen gleichermaßen, Frauen und Männern. Das war ja der Grund, weshalb wir Kommunisten geworden sind. Wir mußten uns dann immer fragen: Wo ist denn die andere gesellschaftliche Strömung und politische Gruppierung, die dieses Ziel, diese Überzeugung teilt, und was hat sie erreicht? Und unsere Enttäuschungen in der zeitlichen Perspektive teilen wir ja mit allen großen revolutionären Strömungen, allen Menschheitsbefreiungs-Strömungen der Weltgeschichte, die sich in ihren Perspektiven und Hoffnungen usw. zeitlich immer verrechnet haben. Das ist gar nicht beschämend. Schon Mehring und Lenin verspotteten die bürgerlichen Ideologen als Philister, die das als Romantik den alten Sozialisten vorzurechnen pflegten. Zu Deiner zweiten Frage: In meinem Leben hat Kunst immer eine große Rolle gespielt. Und ich würde sagen, eine rein rationale Entwicklung, nur auf Ratio und Wissenschaft gerichtet, ohne emotionale Nahrung – wenn ich das so sagen darf – kann ich mir für mich gar nicht vorstellen. Von der frühen Jugend an haben bei mir Literatur und Musik eine große Rolle gespielt, und durch das Klavierspielen war ich dann auch sehr früh selbsttätig in der Kunst; das schafft natürlich mehr Befriedigung als das bloße Konsumieren. Als „Rentner“ habe ich nach jahrzehntelanger Pause ein bißchen wieder angefangen zu spielen, und das macht Spaß.

12. Internationalismus

G.M.:

Lieber Jupp, wir wollen Dich heute über Internationales, über Internationalismus befragen. Welche Rolle hat die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung für Dein Denken, Deine persönliche und politische Entwicklung gespielt? Du hast ja mindestens vier große „Sprünge“ der internationalen revolutionären Bewegung in Deinem Leben mitbekom-

men. Erstens die russische Revolution und die verschiedenen Aufbauphasen in Rußland nach 1917; später, nach dem zweiten Weltkrieg, die volkdemokratischen Umwandlungen in Osteuropa; drittens China mit eigenen Dimensionen der revolutionären Entwicklung vor und nach 1949; viertens die nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien, die nach 1945 und insbesondere Anfang der 60er Jahre zu eigenständiger Staatlichkeit und teilweise zu sozialistischen Entwicklungswegen geführt haben. Welche Bedeutung hatten diese Entwicklungen für Dich? Vielleicht fangen wir mit der Oktoberrevolution an.

J.S.:

Nun, ich bin Anfang der 30er Jahre in die kommunistische Bewegung gekommen als ganz junger Mensch. Die russische Revolution war für uns zweifellos der große geschichtliche Bezugspunkt. Denn damals knüpfte sich die ganze Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung immer an die Frage: Wie steht man zur Sowjetunion? Für uns alle, sobald wir begannen, uns politisch und historisch zu interessieren, war ja die Frage immer: Wohin ist die Sowjetunion gekommen seit 1917, und wohin hat der Weg der Weimarer Republik, der deutschen November-Revolution, der Sozialdemokratie, aber auch der österreichischen Revolution geführt? Das war für uns eigentlich der Ausgangspunkt, und insofern war auch unser damaliges Handeln tief emotional bestimmt durch die Entwicklung in der Sowjetunion. Trotz ungeheurer Schwierigkeiten – sicher hatten wir auch viele Illusionen in bezug auf den Weg und die Erfolgsbilanz des sowjetischen Weges – war für uns entscheidend, daß die Revolution sich in einer feindlichen Umwelt behauptet hatte. Die deutsche Revolution hingegen war immer mehr, auch selbst in ihren Anfangsergebnissen und Anfangserfolgen, durch die Duldung der Konterrevolution, die Duldung der Reaktion zerstört und unterminiert worden und die Republik selbst in ihren bürgerlich-parlamentarischen Grundlagen gefährdet. Das war für uns der zentrale Punkt. Die Sympathie für die russische Revolution war außerordentlich groß, natürlich auch mit idealisierten Vorzeichen. Aber die Quelle für diese Sympathie lag in einem Vergleich der beiden Wege der Arbeiterbewegung und ihrer realen Ergebnisse.

F.D.:

Die erste Periode Deines Wirkens als Funktionär der kommunistischen

Bewegung fällt in die Zeit der Kommunistischen Internationale. Sie ist ja dann 1943 aufgelöst worden. Vielleicht kannst Du etwas dazu sagen, wie Du das in England erlebt hast. Ich kann mir vorstellen, daß in Beziehung zu dem, was Du jetzt zu den jungen Kommunisten, über ihre Einstellung zur Sowjetunion gesagt hast, das möglicherweise auch ein paar Fragen aufwirft. Meine Frage wäre: Wo siehst Du eigentlich aus Deinen Erfahrungen noch aus der KI-Periode in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung nach 1945 die großen Weiterentwicklungen?

J.S.:

Vielleicht darf ich noch einmal zurückkehren. Natürlich spielte bei uns auch der Gedanke der Kommunistischen Internationale, der neuen Internationale eine große Rolle in der Weimarer Republik, weil das für uns auch verbunden war mit den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, der Erfahrung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin. In unseren Augen war eine Internationale entstanden, die die furchtbare Katastrophe der internationalen Arbeiterbewegung von 1914 überwinden würde, die den Internationalismus zur *Tat* machen würde. Das war für uns ein ganz wichtiger Gesichtspunkt in der damaligen Entwicklung. Zu der anderen Frage: 1943 in England und die Auflösung der Kommunistischen Internationale. Für uns war das eigentlich keine so schreckliche Entscheidung. Denn wir sagten uns: die Aufgaben der verschiedenen kommunistischen Parteien sind gegenwärtig so unterschiedlich, liegen auf so verschiedenen Ebenen und Bereichen der Politik, und die Internationale selbst ist infolge des Krieges, infolge der völligen Konzentration der Kräfte der Sowjetunion auf die Kriegsaufgaben (und der illegalen kommunistischen Kräfte in den okkupierten Ländern auf den antifaschistischen Widerstandskampf) in den Hintergrund getreten, so daß auch funktionell, von der organisatorischen *Form* her, eine solche Organisation kaum wirksam werden kann oder nur sehr geringe Wirkungsmöglichkeiten besitzt. Andererseits überzeugte uns das Argument, daß die Aufgabe in der großen historischen Entwicklung ganz eindeutig war, zunächst den Menschheitsfeind Faschismus zu überwinden, so daß von der Orientierung her das organisatorische Instrument uns nicht von so großer Bedeutung zu sein schien. Entscheidend war, daß alle – unter welchen Bedingungen und in welchen Formen auch immer – gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus kämpften. Das war internationalistische Ein-

heit. Natürlich konnten wir damals nicht einkalkulieren, welche Folgen das haben würde, welche neuen Formen geschaffen werden müßten, um einen Zusammenhalt, eine gemeinsame Richtung der kommunistischen Bewegung zu ermöglichen. Aber so stellte sich die Entscheidung damals dar.

F.D.:

Gelegentlich ist zu lesen, daß Stalin 1943 die KI und noch dazu die KP der USA den Amerikanern „geschenkt“ habe wegen der „zweiten Front“. Von der Interessenlage der Sowjetunion aus betrachtet, erscheint das ganz plausibel; aber wenn das stimmen sollte, wäre es doch ziemlich bitter.

J.S.:

Ich glaube das nicht; denn wenn Stalin den USA zugunsten der zweiten Front das „geschenkt“ hätte, dann würde das ja bedeuten, daß der sowjetischen Politik an der Unterstützung der kommunistischen Bewegung in anderen Ländern nichts mehr gelegen gewesen wäre. Zugleich würde es bedeuten, daß die kommunistischen Parteien sich gerade in dieser Periode als unbedeutend erwiesen hätten. Aber das Gegenteil ist wahr. Die kommunistischen Parteien haben sich während des Krieges als so starke Widerstandskraft in vielen europäischen Ländern erwiesen. Sie haben in anderen Ländern zum ersten Mal stärker Fuß fassen können (wenn man von China einmal absieht, wo die Kommunistische Partei sowieso schon stark war), in anderen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, so daß ja die Begründung für die Auflösungsentscheidung sich als vollauf richtig erwiesen hatte, daß die kommunistischen Parteien auch ohne internationalen organisatorischen Rahmen, auf sich selbst gestellt, in vielen Ländern zu wichtigen politischen Faktoren werden konnten. Insofern ist die von Dir genannte Auffassung über das Ende der KI auch durch die Realität widerlegt.

F.D.:

Ich finde Deinen Hinweis auf die wachsende nationale Bedeutung der kommunistischen Parteien in den Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus oder gegen die Okkupation sehr wichtig. Die nationale Frage bekommt jetzt für die kommunistischen Parteien eine ganz neue Bedeutung – man denke nur an die KP Frankreichs. Und gerade in diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich einige europäische kommunistische Parteien überhaupt erst zu Massenparteien. Ein zweiter Gesichtspunkt liegt in

der Beziehung der sowjetischen Führung zur KI nach dem VII. Weltkongreß. Mir scheint, daß der Gedanke des Internationalismus in dieser Periode oftmals deformiert wurde – ich denke etwa an die Auflösung der polnischen KP. Wäre unter diesen Gesichtspunkten die Auflösung der KI im Jahre 1943 nicht doch auch als ein positiver Schritt zu sehen?

J.S.:

Der Auflösungsbeschluß war sicher nicht schädlich. Da liegen die schädlichen Dinge in der vorangegangenen Periode und besonders schlimm nach 1935. Die eigentlichen Probleme liegen in den Prozessen in der Sowjetunion, in der Vernichtung von Kadern aus kommunistischen Parteien, in der Auflösung der polnischen Partei im Jahr 1938 usw. Der andere Aspekt der Frage, die Rolle der Stalinschen Form des Zentralismus: die schädigte den Internationalismus auf schlimme Weise. Schon vorher gab es einen Einfluß der Organe der KI auf viele Entscheidungen in den einzelnen Parteien. Dieser Einfluß war übrigens manchmal auch positiv. Er war zuweilen auch gegen das Sektierertum in den Parteien gerichtet. Aber dann wirkte er eben auch wieder negativ. Das war sicherlich nicht der Geist Lenins, wobei es oft auch nicht mehr die empirischen Erfahrungsgrundlagen der sowjetischen Kader gab, die West- und Mitteleuropa gekannt hatten. Das spielt ja auch eine große Rolle bei vielen Entscheidungen dieser Zeit. Aber der andere Aspekt ist: der Internationalismus war später im Sinne der *gemeinsamen* Politik gegen den deutschen Faschismus schon so entwickelt, daß man auf das Instrument verzichten konnte, wobei ich übrigens Stalin zubilligen würde, daß er eine Konzession an antikommunistische Befürchtungen – Roosevelts oder Churchills – bewußt auch in dem Sinne machen konnte, daß solche *Formen* der Organisation nicht ewig sind und auch die Auflösung nicht ewig zu sein braucht, daß man zu gegebener Zeit *neue* Formen des Zusammenschlusses finden kann. Es war ja 1943 keine Kapitulation wie 1914. Es war ja nicht so, daß die kommunistischen Parteien gesagt hätten: Nun schlachtet euch mal gegenseitig ab, Arbeiter aller Länder. Sondern es war ein *antifaschistischer* Krieg, in dem auch die bewußten Deutschen – Sozialdemokraten, Kommunisten, alle Antifaschisten – durchaus *denselben* Feind hatten wie die Arbeiter und Völker der anderen Länder.

G.M.:

Kannst Du in diesem Zusammenhang von Persönlichkeiten aus dem

Bereich der internationalen Arbeiterbewegung erzählen? Sind Dir einige Begegnungen besonders lebendig?

J.S.:

1946 war ich ja noch in Großbritannien. Dort war damals nicht nur auf der wissenschaftlichen Ebene die große Blüteperiode des Marxismus in England; auch auf politischer Ebene sind mir bedeutende Personen in Erinnerung. Harry Pollitt war ein hochbegabter Arbeiterfunktionär und Arbeiterführer. Ich erinnere mich an einen Artikel in der konservativen „Times“, wo sie ihn als den besten Redner der britischen Arbeiterbewegung gepriesen haben. Rajani Palme Dutt galt mit Recht als einer der besten weltpolitischen Analytiker der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt, der viel über Indien geschrieben hat. Im „Labour Monthly“ hat er Monat für Monat den Leitartikel verfaßt; der beruhte auf einem intensiven Studium der gesamten internationalen Politik, und wenn man als einfacher Kommunist, der in der Fabrik arbeitete, seine „Notes of the Month“ las, war man eigentlich über die weltpolitische Entwicklung glänzend informiert. Ich habe Palme Dutt kennengelernt und auch Harry Pollitt oder John Gollan, der dann nach Harry Pollitt der Vorsitzende der Partei war. Diese Generation der britischen Kommunisten kannte ich gut, und wir alle, also die deutschen Antifaschisten in der Emigration, aber auch viele Freunde über unsere Reihen hinaus, haben von ihnen sicher sehr viel gelernt. Ich erinnere mich an einen witzigen Brief, den Bernard Shaw damals an das „Labour Monthly“ schrieb. Er war Abonnent und zahlte 1945 oder 1946 (er war fast 90) sein Abonnement für zehn Jahre im voraus und schrieb an Dutt: Ihr seid ja eine sehr gute Zeitschrift, aber ihr seid viel zu klug für die Engländer. Shaw war ja nicht nur der ewige Spaßmacher, er war auch ein selbstbewußter Ire.

G.M.:

Und nach 1945?

J.S.:

Nach 1945 habe ich dann unmittelbar noch nicht so viele Leute aus der internationalen Arbeiterbewegung getroffen, denn unsere internationalen Kontakte waren anfangs relativ eng, was daran lag, daß zunächst viel Mißtrauen abzubauen war. Hier waren die Engländer auch eine Art Eisbrecher. Sie kannten uns gut, und sie waren auch nicht von deutschen Truppen

besetzt gewesen, hatten unmittelbar nicht so gelitten, außer durch die Bomben, und sie waren die ersten, die dann unsere Partei 1947 oder 1948 zu einem Parteitag einluden. Das war eine Delegation mit Max Reimann und zwei, drei anderen Genossen. Sie halfen uns unmittelbar. Als Max Reimann von der britischen Besatzungsmacht angeklagt wurde, weil er über Adenauer und andere von „alliiertem Hilfspersonal“ gesprochen hatte, bekam er drei Monate Haft. Die Engländer stellten uns einen bekannten britischen Anwalt. Das waren erste Schritte der unmittelbaren Solidarität.

G.M.:

Kannst Du etwas zu dem Kominform sagen? Diese Einrichtung, die wohl von 1947 bis 1956 existiert hat, ist uns weitgehend unbekannt.

J.S.:

Das Kommunistische Informationsbüro wurde geschaffen als Reaktion auf die Truman-Doktrin, den sich entwickelnden Kalten Krieg, aufgrund der Notwendigkeit einer Koordinierung der Parteien in den sich entwickelnden volksdemokratischen Ländern. Am Anfang wurden in die Beratungen aus den kapitalistischen Ländern nur die Massenparteien Frankreichs und Italiens eingeschlossen. Erst später weiteten sich dann diese Kontakte aus. Das Kominform-Büro gab in Bukarest eine Zeitschrift in mehreren Sprachen heraus: Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie.

G.M.:

Das ist der Vorläufer der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ mit Sitz in Prag?

J.S.:

Ja, in gewissem Sinne, doch später gab es kein Kominform-Büro. Das war vom Standpunkt der internationalen Politik und für das Studium der Entwicklung in den volksdemokratischen Ländern eine sehr interessante Zeitschrift – unter allen Aspekten, sowohl der damaligen Kalte-Kriegs-Situation als auch dann 1948/49 des Bruchs mit Jugoslawien und der sowjetischen Politik gegenüber Jugoslawien, die ja von allen anderen volksdemokratischen Ländern unterstützt wurde, auch von den Chinesen. Das war der Sinn der Zeitschrift und des Büros, das selbst schon eine Reaktion auf die Kalte-Kriegs-Strategie darstellte. Das Kominform umfaßte nicht die gesamte kommunistische Bewegung.

G.M.:

Was war eigentlich der Grund dafür? Man könnte ja fragen, wenn man die Geschichte nicht so genau kennt: Warum wurde nach dem Krieg nicht wieder die Kommunistische Internationale gegründet? Zweitens: Warum hat man dann bei dem Kominform-Büro nur einige große kommunistische Parteien der westeuropäischen Länder hinzugenommen? Waren die Parteien aller Volksdemokratien dabei? Kann man sagen, daß der Schwerpunkt des Büros auf der propagandistischen Funktion lag?

J.S.:

Ja. Es war von Anfang an keine Vereinigung wie die Komintern. Es hieß ja auch Kommunistisches Informationsbüro. Es war gedacht als eine Art internationale Informationsstelle, wobei sicher beabsichtigt war, die gesamte kommunistische Bewegung in der Welt über die Politik der sozialistischen Länder und der großen kommunistischen Parteien zu informieren, die ja meist auch, als das Büro geschaffen wurde, nicht mehr in der Regierung waren, aber eben als Massenparteien in der Nachkriegszeit noch in den Regierungen vertreten gewesen waren. Dann kamen aber die raschen Veränderungen. Es war insofern ein reines Propagandainstrument. Doch es war die Situation, wo nicht nur die kommunistischen Parteien einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion befürchteten, sondern wo auch ein Sozialist wie Pietro Nenni aufrief: Wenn die USA einen Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaune brechen, dann werden wir an der Seite der Sowjetunion kämpfen. Das war damals die Situation. Warum keine neue Kommunistische Internationale? Das würde ich erklären aus den fortdauernden Bedingungen seit 1943. Wenn man es weiterführt, muß man es auch erklären aus der Tatsache, daß sich die alte Form historisch überlebt hatte. Die Organisationsform, nicht unbedingt eine vereinheitlichte, vereinigte Politik, aber die *Form* hatte sich überlebt. Manche haben das später bedauert.

G.M.:

Du auch?

J.S.:

Ich habe es nicht bedauert. Das war meistens die Auffassung derer, die der Meinung waren, die Gefahr der Differenz und des Auseinanderbrechens der Bewegung hänge stark mit den organisatorischen Formen zusammen.

Aber das ist nicht der Fall. Wer die internationalen Konferenzen 1957 oder 1960 ansieht, der weiß, daß das auch völlig illusorisch gewesen wäre.

G.M.:

Zu dieser Periode noch eine kurze Frage, weil Du ja selbst momentan Historiker auf diesem Gebiet bist: Wo, meinst Du, liegen für die historische Forschung der Nachkriegsperiode im Bereich der internationalen Entwicklung die Desiderate? Wo lohnte es sich am meisten zu forschen?

J.S.:

Ein sehr lohnenswertes Thema meiner Meinung nach ist immer noch – weil es nicht aufgearbeitet wurde und weil in den bürgerlichen Ländern historisch alles verzerrt wird, verständlicherweise – die Einwirkung der amerikanischen Politik in den einzelnen Ländern auf den Hinauswurf der Kommunisten aus den Regierungen der westeuropäischen Länder, auf ihre Eingliederung in die NATO. Einige Ausgangsmaterialien liefern ja die sogenannten „Revisionisten“ in Amerika, also etwa Fleming und Horowitz³⁹. Aber das wäre ein interessantes Thema, weil ja fast die ganze bürgerliche Geschichtsschreibung die Geschichte vom Februar 1948 an datiert. Aber der Februar 1948 in Prag war eine *Reaktion* auf längst vorangegangene Entwicklungen. Selbst wenn man einmal die Truman-Doktrin wegläßt, so lagen natürlich die Ereignisse in Frankreich, Italien usw. alle *vor* dem Februar 1948. Das heißt also, die ganzen Diskussionen in den volksdemokratischen Ländern, die einsetzenden Verengungen sind entscheidend von den internationalen Entwicklungen beeinflußt worden.

G.F.:

Eine Reihe von Problemen erfahren wir oft nur aus der bürgerlichen Literatur und können nicht mehr dazu sagen, weil die Archive in den Ländern, wo die Dinge passiert sind, verschlossen sind. Das KI-Archiv ist noch nicht zugänglich, ebenso eine ganze Reihe anderer Archive, so daß man als Historiker im Grunde genommen gar nicht auf dem Gebiet forschen kann und darauf angewiesen ist, daß es so ein paar bürgerliche Arbeiten gibt, die nicht allzu antikommunistisch sind. Ist das nicht ein Problem?

J.S.:

Das ist sicher so, aber es hat sich schon manches verändert, und es ist erkennbar, daß sich jetzt die Lage radikal ändern wird.

G.M.:

Wenn ich z.B. eine Forschungsarbeit über das Kominform machen wollte, seine Entstehung, die entsprechenden Diskussionen oder Kontroversen...

J.S.:

Da sind wir absolut auf die sowjetischen Unterlagen angewiesen, und darüber haben die sowjetischen Historiker auch selbst meines Wissens bisher kaum geschrieben. Es wäre denkbar, daß es in Frankreich oder Italien solche Unterlagen gibt, etwa Materialien von Maurice Thorez oder Raymond Guyot. In der SU sind sie wohl noch nicht freigegeben. Dabei muß man wissen, daß z.B. die SED auch nicht in diesem Gremium war.

G.F.:

Wie weit kann man eigentlich zwischen 1935 und 1943 tatsächlich noch von einem aktiven Eigenleben der Kommunistischen Internationale sprechen? Ich würde mal behaupten, daß mit dem Siebenten Weltkongreß ein solcher Einschnitt in der Geschichte der Internationale stattfindet, daß sie eine ganz neue Qualität erhält, die nicht mehr vergleichbar ist mit dem, was zwischen 1919 und 1935 stattgefunden hat. Oder man könnte die Frage stellen, ob die juristische Auflösung der KI 1943 nicht im Grunde nur noch der rechtliche Nachvollzug eines allmählichen Erlöschens zwischen 1935 und 1943 auch unter den Bedingungen des Krieges gewesen ist? Ganz deutlich ist das ja in der Geschichte der Gewerkschaftsinternationale, der RGI, bei der man im Grunde gar nicht genau feststellen kann, wann sie aufgehört hat zu bestehen. Bei der KI haben wir nun diesen Beschluß von 1943, müssen aber sagen: sehr viel ist zwischen 1935 und 1943 nicht mehr gewesen.

J.S.:

Ich würde es nicht ganz so sehen, weil man nicht vergessen darf, daß gerade in den Jahren bis 1939, also in den Versuchen, eine kollektive Abwehrfront gegen den Faschismus herzustellen, eine breite internationale Friedensbewegung zu erreichen, auch in der Unterstützung der chinesischen Revolution, die Komintern und ihre Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ noch eine *große* Rolle gespielt haben. Dies zeigen die Aufsätze von Dimitroff, Ercoli (Togliatti) usw. In diesen Jahren, also 1935 – 39, besitzt sie noch große Bedeutung. Der eigentliche Einschnitt ist tatsächlich der Krieg, der ja auch rein praktisch, organisatorisch ganz neue, schwierige Bedingungen schafft. Viele Parteien werden in die Illegalität gedrängt, und

dies schafft eine neue Situation für die Komintern. Auch größere Zusammenkünfte schließt das aus, so daß sich eigentlich nur sehr enge Kontakte unmittelbar vom Komintern-Sekretariat zu einzelnen Parteien weiterverfolgen lassen. Aber selbst wenn man ein solches Dokument nimmt, wie die gemeinsamen Erklärungen gegen den Hitler-Einmarsch in Prag, wie sie von der tschechoslowakischen, österreichischen und der deutschen Partei formuliert werden, ist das ohne die *Vermittlung* des Komintern-Sekretariats undenkbar. Solche praktischen Schritte wären sonst nicht möglich gewesen. Der Einschnitt ist 1939. Bis dahin gibt es noch eine umfangreiche propagandistische Arbeit, die sich natürlich auch ausdehnt auf den Versuch, überparteiliche Bündnisorgane zu schaffen im Kampf gegen die faschistische Aggression.

F.D.:

Lag nicht schon im Frühjahr 1933 ein Einschnitt, als die größte Partei in Westeuropa, die KPD, verboten wurde?

J.S.:

Ja. Nur darfst Du nicht vergessen, daß die deutsche Partei in ihrer Bedeutung sehr bald in anderen Ländern – etwa in Spanien, Frankreich, der Tschechoslowakei – im Zusammenhang mit dem antifaschistischen Kampf eingeholt, z.T. überholt worden ist, nicht unbedingt mitgliedermäßig, aber im nationalen Einfluß.

G.M.:

Du hast an den großen internationalen Beratungen der Kommunistischen Bewegung in Moskau 1960 teilgenommen. Kannst Du etwas über die Hintergründe des damals beginnenden chinesisch-sowjetischen Konflikts berichten? Er hat sich ja in den späteren Jahren vertieft – und ohne ihn sähe die Welt heute sicherlich anders aus. Wie ist er entstanden? Hätte er vermieden werden können?

J.S.:

Ich habe Ende der 50er Jahre in der damals verbotenen KPD gearbeitet und auch an internationalen Konferenzen teilgenommen, so auch als einer der Vertreter der KPD an der Konferenz 1960, wo ich gemeinsam mit dem Genossen Willi Mohn auch in der Vorbereitungsphase an der Redaktionskommission von 26 Parteien teilgenommen habe, wo es um die Erarbei-

tung der Entschließung ging. Das war eine sehr komplizierte Auseinandersetzung, die auch die Beziehungen Sowjetunion-China tangierte. Damals war die Auseinandersetzung bereits sehr hart. Mao Tse-tung war ja dann auch nicht auf der endgültigen Beratung in Moskau, also im November 1960. Die Repräsentanten der KP Chinas in der Kommission waren Deng Xiao Ping und Peng Chen. Diese Auseinandersetzung hatte ernste ideologische Folgen. Am Ende ist diese Entschließung dann doch von allen unterschrieben worden – mit all den umwälzenden Thesen, die auf dem 20. Parteitag der KPdSU entwickelt worden waren. Aber etwa anderthalb Jahre später formulierte Mao Tse-tung dann die Schrift „Über die Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“. Ein paar Jahre später erreichte das mit der Kulturrevolution innenpolitisch den Gipfel. Alle, die im November 1960 auf der Konferenz die KP Chinas vertreten hatten, wurden von Mao verfolgt und abgesetzt – Liu Shao Chi, Deng Xiao Ping, Peng Chen.

G.M.:

War der Konflikt unvermeidlich? Vielleicht hatte er auch objektive historische Ursachen. Der Typus der chinesischen Revolution unterscheidet sich ja sehr stark von dem der russischen Revolution. Wesentliche Unterschiede gab es im ökonomischen Ausgangsniveau, in der Klassenstruktur, in den Stadt-Land-Beziehungen, in der nationalen Frage, ebenso in den Strategien des wirtschaftlichen Aufbaus. Womöglich haben sich deshalb Fragen des Spezialisteneinsatzes, der Wahl der Technologie, der Effektivität von Massenkampagnen, auch die Probleme des Personenkults in China anders gestellt?

J.S.:

Das sicher. Nur bin ich der Meinung, der Bruch ist nicht darin begründet, nicht in den anderen objektiven Bedingungen, sondern er ist wesentlich subjektiv verursacht. Die Differenzen wären wohl beizulegen gewesen. Wir wissen, welcher große Schaden für die sozialistischen Länder und die Kommunisten überall in der Welt entstanden ist und wie bedeutsam die jetzigen Anstrengungen sind – so der Honecker-Besuch in China –, die Beziehungen grundlegend zu verbessern.

F.D.:

Wenn man von den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien seit den 50er Jahren – bis zur Berliner Konferenz 1976 –

ausgeht, dann zeigt sich doch auf Anhieb, daß der Begriff des „proletarischen Internationalismus“ einem starken, vielleicht sogar einem dramatischen Wandel unterworfen ist. Manche wollen das Wort gar nicht mehr in den Mund nehmen. Die kommunistische Weltbewegung verändert sich von einem straff und zentralistisch organisierten „Generalstab der proletarischen Weltrevolution“ (KI) zu einem außerordentlich lockeren und konfliktreichen Zusammenhang von politischen Organisationen, die auf ihre nationale Selbständigkeit pochen, die theoretisch und strategisch sehr unterschiedliche Positionen vertreten, die sich – offen oder versteckt – voneinander distanzieren. Hatte Togliatti nicht Anfang der 60er Jahre recht mit seiner These vom „Polyzentrismus“? Lassen wir einmal das Problem der „Zentren“ beiseite und sprechen über die Vielfalt. Der eindeutige Differenzierungsprozeß ist doch eine Tatsache, ja er hat sich in den letzten Jahren eher verstärkt als abgeschwächt. Ist die Tendenz zur Autonomisierung der kommunistischen Parteien, vielleicht auch zur Regionalisierung (sozialistische Länder, entwickelte imperialistische Staaten, dritte Welt) der bestimmende Trend? Oder muß der Begriff des Internationalismus neu durchdacht und bestimmt werden?

J.S.:

Der Prozeß, der sich hier vollzogen hat, ist sehr widerspruchsvoll. Auf der einen Seite die sozialistischen Länder unter Führung kommunistischer Parteien, die sich, trotz mancher, auch ernster Krisen insgesamt über die Jahrzehnte hinweg stabilisieren, in der Welt an Bedeutung gewinnen; die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung insbesondere in Asien und Lateinamerika, wo sie an Boden gewinnt, wo neue kommunistische Parteien entstehen oder wo regierende kommunistische Parteien, wie die in China, Vietnam usw., ihre Länder und ihre sozialen Erfolge – abermals: unter großen Schwierigkeiten – stabilisieren können. Auf der anderen Seite beobachten wir schmerzhaft Rückschläge in vielen Ländern, insbesondere auch Rückschläge in Westeuropa, in unserer unmittelbaren Nähe. Ich glaube: dies ist ein wesentlich *objektiv* bedingter Prozeß, der mit der historisch bedingten ökonomischen Stärke der führenden kapitalistischen Länder im Vergleich mit den sozialistischen Ländern zusammenhängt. Hinzu kommt, daß in vielen bürgerlichen Ländern der Antikommunismus durch den überhand nehmenden System- und Weltgegensatz aus einem außenpolitischen Problem transponiert werden konnte in ein innenpolitisches Problem, mit allem, was wir erlebt haben. Ich würde hinzusetzen: die Reak-

tion auf viele Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern ist von den kommunistischen Parteien nicht in gleicher Weise verarbeitet worden. Das war auch schwer, insbesondere unter dem starken innenpolitischen Druck, dem viele kommunistische Parteien ausgesetzt waren. Das hat dazu geführt, daß innenpolitische Schwierigkeiten, Probleme der Einschätzung ökonomischer und politischer Entwicklungsprozesse in den einzelnen Ländern, Probleme, die mit der Überwindung sektiererischer Positionen zusammenhingen, zu den durch die Weltentwicklung geschaffenen Schwierigkeiten zusätzliche Entwicklungsprobleme in vielen kommunistischen Parteien mit sich gebracht haben.

G.F.:

Die sozialdemokratische, die Sozialistische Internationale weist in den letzten Jahren ein höheres Maß an Einheitlichkeit auf als die Gesamtheit der kommunistischen Parteien, die ja keine internationale, einheitliche Organisation mehr hat. Der Grund für den relativen Zusammenhalt der Sozialistischen Internationale dürfte klar sein: Es sind, wenn wir einmal von den Exilparteien absehen, Parteien in der entwickelten kapitalistischen Welt, so daß unter Umständen die Entwicklung der Sozialistischen Internationale parallel sich verdichtet mit der Internationalisierung des Kapitals überhaupt. Ein weiterer Gesichtspunkt der Einheitlichkeit der Sozialistischen Internationale ist die Dominanz der sozialdemokratischen Parteien der höchstentwickelten kapitalistischen Länder in der Internationale, besonders der österreichischen, der westdeutschen und der schwedischen, die nun zu den nichtregierenden sozialdemokratischen Parteien in den Entwicklungsländern eher ein Patronatsverhältnis einnehmen. Diese objektiven Gründe der Vereinheitlichung gelten vielleicht sogar für die konservative Internationale, also für die Internationale der christlich-demokratischen Parteien, in Abschwächung für die Liberalen; dies gilt allemal für die kommunistische Bewegung nicht, die ja nun umspannen würde kommunistische Parteien, die regieren, solche, die nicht regieren, legale und illegale, so daß unter Umständen zumindest ein vordergründiger Interessengegensatz auch besteht, besonders deutlich auf deutschem Boden, wo nun die nichtregierenden Kommunistischen Parteien (DKP und SEW) die Konterrevolution zu verarbeiten haben, die immer dann entsteht, wenn im Nachbarland eine Revolution stattfindet. Schwierig wird es wahrscheinlich im gewerkschaftlichen Bereich. Hier hatten wir die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes, der im wesentlichen in sozialistischen

Ländern verankert ist, in kapitalistischen Ländern kaum und immer weniger, weil im gewerkschaftlichen Bereich die unterschiedlichen Interessen, wohlgemerkt: Tagesinteressen der Arbeiterklasse in sozialistischen und kapitalistischen Ländern evident sind. Wenn wir jetzt in den Bereich der sozialistischen Länder übergehen, haben wir zwar nicht diesen Gegensatz, daß kommunistische Parteien in unterschiedlichen Gesellschaftsformationen miteinander zu arbeiten haben, wohl aber haben wir doch nicht völlige Übereinstimmung der Staatsinteressen. Die Schwierigkeiten der Integration gibt es offensichtlich auch im RGW. Wie könnte denn eigentlich unter diesen Bedingungen noch eine Formel für einen proletarischen Internationalismus gefunden werden?

J.S.:

Ich glaube, die Antwort liegt in der Entwicklung der internationalen Beratungen, der großen Berliner Beratung 1976 und auch bilateraler und multilateraler Treffen von kommunistischen Parteien. Proletarischer Internationalismus betrifft zunächst die Zusammenarbeit der sozialistischen Staatengemeinschaft, trotz vieler Probleme, sicherlich auch solcher, in denen sich nationalstaatliche Interessen überbetont geltend machen, trotz bestimmter Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern. Dennoch – wie der Warschauer Vertrag zeigt, wie auch der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zeigt – eine Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten besteht. Es gibt auch den Versuch, diese Zusammenarbeit auszudehnen auf andere sozialistische Länder wie Kuba, Vietnam und Jugoslawien, jetzt auch die Versuche der Annäherung an China. Das ist heute der Hauptaspekt, mehr als die multilaterale Zusammenarbeit der Parteiorganisationen – da würde ich Dir recht geben. Das äußere Bild der Zusammenarbeit ist gewiß nicht günstig, könnte im Vergleich zu der Organisation der Sozialistischen Internationale sogar so erscheinen, als ob es hinter deren Entwicklung zurückbleibt. Wenn man sich *inhaltlich* fragt: Was macht nun eigentlich die Gemeinsamkeit dieser sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aus? Wo sind denn nun wirklich die gemeinsamen praktischen Dinge, die diese sozialistischen Parteien bewirken? Dann ist das Bild schon anders, also nicht so positiv. Die Berliner Konferenz 1976 hat gezeigt, daß es immer noch eine relativ breite Basis von Gemeinsamkeiten der kommunistischen Bewegung in der Welt gibt. Es ist wichtig, das nicht zu vergessen, denn die ganze öffentliche Meinung bei uns wird ja bestimmt von der Hervorhebung der Differenzen und

Meinungsverschiedenheiten. Nimmt man die Berliner Konferenz von 1976, auf der ja auch die jugoslawische Partei und andere kommunistische Parteien beteiligt waren, die vorher an internationalen Konferenzen nicht teilgenommen hatten, so zeigt sich im internationalen Bereich, also im Kampf gegen das Wettrüsten, um eine gemeinsame Friedenspolitik, auch im Bereich des gemeinsamen Wirkens – wenn man jetzt einmal die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern nimmt – für eine antimonopolistische Entwicklung immer noch eine gemeinsame Basis, auch der gemeinsamen Aktion. Das kann man auch international verfolgen. Beispielsweise findet man bei UNO-Abstimmungen weitgehende Gemeinsamkeiten der sozialistischen Staaten mit den Blockfreien, bei denen ja auch sozialistische Länder wie Jugoslawien und Kuba mitwirken. Auch da findet man – natürlich nicht in allen Fragen – viele Gemeinsamkeiten, die oft unterschätzt werden. Ich will damit nicht die Schwierigkeiten leugnen oder abschwächen, die bestehen, möchte aber darauf hinweisen, daß auf diesen Konferenzen Gemeinsamkeiten auch im Verhältnis zu den Sozialdemokraten, wie in Berlin 1976, zustande gekommen sind, die auch für unsere Diskussion in der Bundesrepublik Bedeutung haben. Wenn wir die Situation heute an den Perioden der Einheitlichkeit der kommunistischen Bewegung messen, dann könnte man sicher traurig sein bei dem Vergleich. Nur: die objektiven Bedingungen sind ganz andere geworden. Es ist sicher, daß unsere Vorstellungen über Formen und Methoden, über die Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung heute infolge dieser objektiven Prozesse ganz andere sind als früher. Das ist auch 1976 offen ausgesprochen worden. Ich möchte hinweisen auf die Bemerkungen von Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU über diese Beziehungen: daß absolute Einheit und Identität ohnehin nicht möglich sei, daß man die Meinungsverschiedenheiten nicht überschätzen sollte, daß es auf grundlegende Gemeinsamkeiten ankomme. Aber die Probleme sind groß und Fortschritte sicher nicht leicht.

G.F.:

Noch mal zu Deinen Ausführungen eben: Sie bedeuten ja, daß die Voraussetzungen zum Internationalismus in den letzten 60 Jahren sich so verschoben haben, daß auch der Inhalt sich notwendigerweise verändern muß. Nimmst Du die Erklärung von 1976, dann bezieht sich der Konsens auf einige Bereiche, die Anfang der 20er Jahre gar keine Bedeutung hatten:

die Gefahr des Nuklearkriegs. Andererseits ist dieser Konsens so weit gefaßt, daß tatsächlich kommunistische Parteien 1976 hier eine Übereinstimmung erzielten, die auf anderen Gebieten, etwa in der Staatsfrage, völlig uneinig sind, während man sich in der Friedensfrage die eine oder andere sozialdemokratische Partei ebenfalls als Unterzeichnerin der Erklärung von 1976 vorstellen könnte. Ich nehme andererseits einmal die Konstituierungsurkunde der Kommunistischen Internationale, also die 21 Bedingungen, dann weiß ich nicht, wie viele Parteien heute noch die 21 Bedingungen unterschreiben würden und ob es überhaupt sinnvoll wäre, das zu unterschreiben.

J.S.:

Ganz bestimmt nicht.

G.F.:

Daraus folgt für mich, daß unter Umständen in einer Situation großer Bedrohung der Internationalismus durchaus pragmatischer ist als vor 60 Jahren.

J.S.:

Daß der Internationalismus unter den heutigen Bedingungen ganz anders aussieht als damals, ist eindeutig. Das kann auch gar nicht anders sein.

G.M.:

Seit Ende der 70er Jahre gibt es vor allem aufgrund der aggressiver gewordenen außen- und militärpolitischen Strategie der USA und ihrer entsprechenden Rüstungsprogramme – Mittelstreckenraketen neuer Qualität, Neutronenbombe, neue Generation chemischer Waffen, Weltraumrüstung, Modernisierung zahlreicher sogenannter konventioneller Waffensysteme usw. – große Gefährdungen des Friedens. Diese Hochrüstung hat ja auch direkte Auswirkungen auf den Lebensstandard in allen Nato-Ländern. Dennoch ist es nicht gelungen, die Kräfte der Arbeiterbewegung, der kommunistischen Parteien für eine Verhinderung der amerikanischen Mittelstreckenraketen und weiterer Hochrüstungsmaßnahmen zu koordinieren und zu bündeln. Ist der proletarische Internationalismus in einer Krise?

J.S.:

Man kann historische Situationen nicht einfach gleichsetzen. Es ist nicht gelungen, die westeuropäischen Parteien zu einer gemeinsamen Aktion, zu gemeinsamen Entschlüssen im Hinblick auf die Friedensbewegung zu vereinen. Das liegt auch daran, daß einige Parteien keine formellen Beschlüsse auf internationaler Ebene wünschen. Dennoch: Wenn man sich die politische Grundhaltung und die praktischen Einflüsse, die die verschiedenen kommunistischen Parteien in der Friedensbewegung ausüben, ansieht, so gibt es natürlich bei allen Unterschieden auch wichtige Gemeinsamkeiten. Und man darf darauf hinweisen: so einfach für die Koordinierung ihrer Positionen hinsichtlich der Friedensbewegung ist natürlich die Haltung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auch keineswegs. Die Unterschiede in der Haltung beispielsweise der französischen Sozialisten und der deutschen Sozialdemokratie in der Friedensbewegung, der Frage der Atomrüstung sind doch größer als jene zwischen französischen Kommunisten und der DKP. Ich will nur sagen, daß das bedingt ist durch Entwicklungen in den einzelnen Nationen. Allerdings ist es so, daß die DKP, aber auch andere kommunistische Parteien sich sicher mehr Zusammenarbeit auf vielen Gebieten wünschten, als sie gegenwärtig da ist unter den Parteien in Westeuropa.

13. Entwicklung der Sowjetunion

G.M.:

Eine Frage zur Sowjetunion aktuell: Der 27. Parteitag der KPdSU hat auf zahlreichen Feldern neue Akzente gesetzt: etwa im Hinblick auf die Dynamisierung der Ökonomie im Rahmen ihrer Intensivierung und Modernisierung; auf einen sparsameren und schonenderen Umgang mit natürlichen Ressourcen; auf die Hebung des Lebensniveaus; auf neue Leitungs- und Planungsmethoden; auf betriebliche und überbetriebliche Kontrolle und Partizipation sowie die Weiterentwicklung der „sozialistischen Selbstverwaltung“ in Staat und Partei; auf eine größere Transparenz und Öffentlichkeit politischer Entscheidungen. Die Notwendigkeit von grundlegenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen auf der Basis umfassender nuklearer wie konventioneller Abrüstung ist mit großer Eindringlichkeit hervorgehoben worden. Anders könnten die dringenden

Menschheitsprobleme – Hunger, Analphabetentum, Naturzerstörung usw. – nicht gelöst werden. Wie beurteilst Du diese Vorschläge und Angebote, die auf der von M. Gorbatschow am 15. Januar 1986 formulierten Perspektive beruhen, die Erde bis zum Jahr 2000 von atomaren Vernichtungswaffen zu befreien?

J.S.:

Ich glaube, der 27. Parteitag der KPdSU⁴⁰ besitzt eine *revolutionäre*, gar nicht zu überschätzende Bedeutung – sowohl für die weltpolitischen Entwicklungen, für die Probleme, die mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens zusammenhängen, als auch für die innere Entwicklung der Sowjetunion. Ich sehe diese revolutionäre Bedeutung vor allem darin, daß dieser Parteitag, natürlich schon angedeutet durch die vorangegangenen sowjetischen Vorschläge, durch die innere Diskussion in der Sowjetunion, die ungeheuren Gefahren in der Menschheitsentwicklung in einer bisher nicht dagewesenen dramatischen Klarheit deutlich gemacht hat. Zugleich hat die Sowjetunion – inhaltlich wie auch methodisch – die Verantwortung der UdSSR und der USA, auch die Verantwortung anderer Länder in dieser gefährlichen Weltsituation auf neue Art dargelegt. Dadurch ist der Parteitag, meiner Meinung nach, zu einem leidenschaftlichen Appell an die ganze Menschheit, an die vernünftigen, realistischen Kräfte überall in der Welt geworden. Das kann man im Gorbatschow-Bericht deutlich nachlesen. Eine Randbemerkung: Es ist typisch für unsere Medien, wie sie den Parteitag in ihren Berichten behandelt haben, daß selbst die sogenannten seriösen bürgerlichen Blätter nicht den Mut gefunden haben, wirklich größere Passagen aus diesem Bericht zu dokumentieren, weil das doch vielen Menschen, auch der Intelligenz im bürgerlichen Lager klargemacht hätte, mit welch hohem Verantwortungsbewußtsein für die ganze Menschheit die sowjetische Politik gegenwärtig gestaltet wird. Ich halte auch die innere Entwicklung für revolutionär, weil die selbstkritischen Akzente, die in der Bestandsaufnahme gesetzt wurden, so deutlich sind wie nie zuvor. Bei aller Klarheit über das Erreichte – denn die Sowjetunion ist immerhin zur Weltmacht geworden in diesen Jahren seit der Oktoberrevolution; selbst die feindseligsten Sowjetologen würden heute nicht mehr wagen zu behaupten, daß die UdSSR 150 Jahre hinter den fortgeschrittenen bürgerlichen Ländern zurück sei, wie das ihre Vorläufer noch während des zweiten Weltkrieges gesagt haben –, trotz aller dieser Erfolge ist das Neue die absolut realistische Bestandsaufnahme und die Entschiedenheit, mit der auf

tiefgreifende Veränderungen in der sozialökonomischen Entwicklung und in den Demokratisierungsprozessen gedrängt wird. Den revolutionären Charakter der gegenwärtigen Veränderungen in der Sowjetunion sehe ich in allen drei Hauptsphären der Gesellschaft: der Ökonomie, der Politik und dem geistig – kulturellen Leben. Man mag über den Begriff Revolution in diesem Zusammenhang streiten. Als Marx 1847 in seiner Streitschrift gegen Proudhon, dem „Elend der Philosophie“, die Voraussage traf, erst wenn es keine Klassen und Klassegegensätze mehr gebe, würden „gesellschaftliche Evolutionen aufhören, politische Revolutionen“ zu sein, hat er gewiß nicht gemeint, daß jemals eine Epoche menschlicher Geschichte kommen werde, in der auf langsame, allmähliche Prozesse oder gar auf Stagnation nicht auch beschleunigte, stürmische, tiefgehende – eben revolutionäre – Veränderungsprozesse folgen werden.

Die ökonomischen Notwendigkeiten, das Zurückbleiben auf entscheidenden Feldern in den letzten 10 – 15 Jahren haben sicher den zwingenden Anstoß für den Umwälzungsprozeß gegeben. Doch sehen wir, daß die Veränderungen auf politischem und ideologisch-kulturellem Gebiet nicht weniger tiefgreifend und radikal sind. Hier scheint mir das von Gorbatschow proklamierte – und in mancher Hinsicht bereits definierte – „neue Denken“ wesentlich eine Rückkehr zu Lenin, zu den Quellen der Oktoberrevolution und den Methoden Lenins. Natürlich unter völlig anderen historischen Umständen, auf einem ganz anderen zivilisatorischen Niveau des Landes, aber auch mit Aufgaben und Problemen von kaum vorstellbarem Ausmaß. Lenin betonte immer, daß das weltgeschichtliche Neue, das Spezifische sozialistischer Demokratie – im Unterschied zum bürgerlichen Parlamentarismus – vor allem in der unmittelbaren Teilnahme der breiten arbeitenden Massen an den öffentlichen, politischen und staatlichen Beratungs- und Entscheidungsprozessen bestehen müsse. Wohl wissend, daß geographische Größe und Massenbevölkerungen repräsentative Vertretungskörperschaften notwendig machten, sah er im Sowjetsystem – in den Räten – die Verbindung, die Vereinigung von repräsentativer und direkter Demokratie. Es ist offensichtlich, daß die politischen Veränderungen, die jetzt in der Sowjetunion eingeleitet werden, auf die Erneuerung dieser Grundidee zielen.

Wenn unsere Medien die Dinge so darzustellen suchen, als ginge es um „Liberalisierung“ in „westlichem“ Sinne, so sind sie die Gefangenen der gesamten bürgerlichen Vorstellungswelt, die im parlamentarischen Repräsentationssystem das Maß aller politischen Dinge sieht und sich jenseits

davon nichts Progressives auszudenken vermag. Eine basisnahe Demokratie war der Bourgeoisie und ihren politischen wie ideologischen Interessenvertretern von jeher verdächtig. Auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU ging es ja in erster Linie um die Befreiung von allen bürokratischen Hindernissen und Verkrustungen, um die Freisetzung der schöpferischen Energien und Initiativen breiter Massen, um die Aktivierung der Fähigkeiten und Begabungen für die ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Veränderungen. Wenn Gorbatschow von der „umfassenden Demokratisierung des ganzen Lebens der Gesellschaft“ sprach, so weil es um einen *besseren Sozialismus* geht, der alle seine menschlichen und materiellen Potenzen ausschöpft. Dazu gehört das, was jetzt unter dem Begriff „glasnost“ ausgedrückt wird: Offenheit, Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit im ganzen öffentlichen Leben, die kritische Diskussion aller Probleme, die realistische Würdigung des Erreichten wie die selbstkritische Aufdeckung dessen, was der Vorwärtsentwicklung entgegensteht. Hier vollziehen sich grundlegende Veränderungen, die auch der Unumkehrbarkeit des begonnenen gesellschaftlichen Umbaus dienen. Nur: wenn uns Presse und Fernsehen weismachen wollen, es habe vorher in den sowjetischen Medien überhaupt keine Kritik gegeben, so ist das einfach Unsinn. Sie wissen es selbst besser, denn die Klügeren unter ihnen haben seit vielen Jahren davon gelebt – z.B. die fleißige Marianna Butenschön in der „Zeit“ oder der „Frankfurter Rundschau“ –, daß sie zu einem bestimmten Thema alles Selbstkritische aus den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften zu einem schwerem Paket schnürten, damit das denkbar negativste Bild herauskam. Doch was jetzt in der Sowjetunion vor sich geht, ist *qualitativ neu*, weil es die brennenden, die wunden, die zentralen Probleme der Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft betrifft; die gegenwärtigen und zukünftigen, aber ebenso die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit. Auch das ist eine Rückkehr zu den Lenin'schen Quellen. Denn in der Selbstkritik sah Lenin nicht nur – siehe den 'Linken Radikalismus' – den Prüfstein für den Ernst einer Arbeiterpartei in der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber den werktätigen Massen, sondern eine *notwendige Triebkraft* der sozialistischen Entwicklung.

Verständlicherweise rufen die radikalen Veränderungen in der UdSSR bei unseren Reaktionären und Konservativen – natürlich auch in anderen kapitalistischen Ländern – Unsicherheit, Verwirrung, Besorgnis hervor. Ihr geliebtes, ja unentbehrliches Feindbild droht ihnen verloren zu gehen. Die Realistischeren und Schlauerer wittern ein Riesengeschäft. Anders ist

das beinahe beschwörende Plädoyer Genschers in Davos für eine positive Reaktion auf die sowjetische Entwicklung nicht erklärbar; wobei das in der Außenpolitik bisher eher die Akzente als das Substantielle beeinflußt hat. Bei Sozialdemokraten und Grünen verliert die 'Supermachtsthese' – oft war sie ja schon bisher rein salvatorischer Natur, eine Pflichtübung wider besseres Wissen – mehr und mehr an Gewicht. In der linken Intelligenz, soweit sie sozialistischen Ideen und marxistischen Theorien nahesteht, wächst das sachliche Interesse für die inneren Vorgänge in der Sowjetunion. Natürlich zeigen jetzt viele mit Fingern auf uns und sagen: Seht ihr, das haben wir ja immer schon gesagt. Sie vergessen nur, daß die Kommunisten der Bundesrepublik bei ihrer auf prinzipieller Solidarität mit den sozialistischen Ländern beruhenden Position – der gemeinsamen Weltanschauung und den gemeinsamen historischen Zielen – immer betont haben: Wir sind nicht die Lehrer der Sozialisten und Kommunisten in den anderen Ländern. Wir sind überzeugt davon, daß die kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern selbst besser befähigt sind, im Prozeß der kritischen Überprüfung ihrer Praxis Fehlentwicklungen zu erkennen und zu überwinden. Wir bauen auf ihre Fähigkeit zur Selbstkritik, auf ihre Regenerationsfähigkeit, während unsere Kritiker von der „hoffnungslosen Erstarrung“ und der „Erschöpfung aller Potenzen“ der Oktoberrevolution sprachen. Das ist der Unterschied.

F.D.:

Ich habe noch eine Frage zu der von Dir angesprochenen „revolutionären“ Bedeutung des „neuen Kurses“, wie sie in der Gorbatschow-Rede formuliert wird. Muß uns diese Rede nicht auch dazu bringen, die Entwicklungsgeschichte der Sowjetunion in einem neuen Lichte zu sehen? Lenin hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Entwicklungsbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft nicht schematisch, idealistisch oder idealisierend (auch, wenn es für die Propaganda ist) angegangen werden dürfen. Wie aber kommt es, daß es in dieser Entwicklungsgeschichte der Sowjetunion (auch anderer sozialistischer Gesellschaften) immer wieder Phasen der Stagnation, des Rückfalls gibt – Phasen, nach denen dann gewaltige subjektive Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Schwächen und Fehler der vorangegangenen Politik zu überwinden? Wir haben einen solchen Einschnitt in der sowjetischen Geschichte z.B. nach dem 20. Parteitag der KPdSU und jetzt nach dem 27. Parteitag. Wir erleben in den letzten Jahren in der Volksrepublik China eine Politik des

Bruchs mit der Vergangenheit auf verschiedenen Gebieten (vor allem in der Wirtschaftspolitik). Was sind denn aus Deiner Sicht die Gründe dafür, daß es diese Dialektik in der Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Gesellschaften gibt?

J.S.:

Das kann einmal bedeutsame objektive Ursachen haben. Als einen solch objektiven Prozeß würde ich beispielsweise den zweiten Weltkrieg sehen und die darauf folgenden Entwicklungen in Richtung Kalter Krieg, Bruch des Bündnisses durch die USA, England usw. Wenn man die Entwicklung in einer Reihe von sozialistischen Ländern seit den 60er oder 70er Jahren nimmt, vor allem in Polen, so würde ich sagen, es sind wesentlich subjektive Gründe. Gorbatschow gibt die Gründe an. Sie liegen, und davor sind auch Kommunisten oder Sozialisten nicht gefeit, im Beharrungsvermögen, in Trägheitskräften und sind auch noch oft durch geschichtliche Traditionen, nationale Traditionen bedingt. Beharrungsvermögen und Trägheitskräfte stellen eine unerhörte Kraft dar. Es sind immer wieder die Gefahren bürokratischer Tendenzen, die offensichtlich in der Sowjetunion eine große Rolle gespielt haben in den letzten Jahrzehnten. Das darf man nicht unterschätzen. Aber selbst wenn die Entwicklung in der Sowjetunion ideal verlaufen wäre, also wenn immer ein Genie von der Elastizität und dem Realismus und dem tiefen Demokratismus eines Lenin gewirkt hätte, hätte die rein ökonomisch-technische Entwicklung trotzdem keine Wundertempi annehmen können. Das wäre nach dem zweiten Weltkrieg auch unmöglich gewesen. Insofern wirken eben immer *objektive* Bedingungen: Dieser rasche technische Fortschritt in Verbindung mit der Automatisierung, der Computerentwicklung usw. – das wäre auch unter viel günstigeren subjektiven Bedingungen, bei einem schnelleren Umschalten auf den intensiven Entwicklungsweg ein großes Problem für die Sowjetunion gewesen, angesichts der gegebenen ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Ausgangsbedingungen, die nach dem zweiten Weltkrieg existierten. Man konnte mit äußerster Anstrengung, bei Verausgabung eines ungleich größeren Maßes an Ressourcen, menschlichen und materiellen, bei der Atom-bombe, der Wasserstoffbombe und der militärischen Technik gleichziehen. Aber das kostete ganz andere Kräfte als in den USA, immer im Verhältnis zum gesamten akkumulierten Reichtum und zur insgesamt akkumulierten technisch-wissenschaftlichen und menschlichen Produktivkraft. Insofern darf man bei aller Betonung des Subjektiven die Voraussetzungen

nicht außer acht lassen. Die historisch ererbte Rückständigkeit spielt nach den furchtbaren Kosten des zweiten Weltkrieges für die UdSSR immer noch eine Rolle, besonders wenn man die gewaltigen Verpflichtungen einer Weltmacht, die furchtbaren Rüstungslasten berücksichtigt. Sehr wichtig scheint mir, daß die Triebkräfte und Impulse, die der Kapitalismus, auch der monopolistische Kapitalismus, mobilisieren kann, die sozialistischen Gesellschaften nur durch einen umfassenden Demokratisierungsprozeß und die Aktivierung aller Begabungen erreichen können.

G.M.:

Du hast nun Dein Leben lang die Entwicklung der Sowjetunion verfolgt und über sie nachgedacht. Du bist ja noch in der Zeit geboren, als es einen Zaren und viele Großfürsten gab; bei der Revolution warst Du zwei Jahre alt; in den 20er und 30er Jahren sahst Du große Aufbauleistungen und zugleich große Aufbauschwierigkeiten, in den 40er Jahren auch den welt-historisch entscheidenden Sieg der UdSSR über den Faschismus. Er war für sie mit größten Opfern und Verwüstungen verbunden, machte sie gleichzeitig aber zu einer Weltmacht. Es folgten die langen Wiederaufbaujahre mit den Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, ein Abbau des „Stalin-Syndroms“ und eine Annäherung an die selbstgesteckten gesellschaftlichen Ziele. Diesen sozialistischen Aufbau mit seinen Erfolgen und Widersprüchen hast Du sozusagen biographisch, politisch und wissenschaftlich begleitet. Könntest Du für Dich eine Gesamtbilanz der bisherigen Entwicklung der UdSSR ziehen?

J.S.:

Ich sehe im Rahmen einer historischen Bilanz das Jahr 1945 als einen Einschnitt. Viele aus meiner Generation haben immer wieder versucht, zu sagen: Es gab nach dem ersten Weltkrieg in der internationalen Arbeiterbewegung – und das war ja die Hoffnung der ganzen progressiven Menschheit, zumindest der europäischen Völker – die *beiden* Wege der mitteleuropäischen Revolutionen und der Sowjetunion. Man muß sich fragen, wo die Menschheit geblieben wäre ohne die Sowjetunion und ohne ihren Beitrag im zweiten Weltkrieg. Ich würde diesen historischen Vergleich – das ist meiner Meinung nach die entscheidende *weltgeschichtliche Bilanz* – für die Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg ziehen und würde die Bilanz durchaus fortführen in dem Sinne, daß man sich fragt: Wo wäre die Welt ohne die Kraft, ohne die Opfer der Sowjetunion und der sowjetischen

Völker an ihrem eigenen Lebensstandard, wo wäre die Entwicklung anderer volksdemokratischer Länder, auch die Entwicklung in Asien ohne die Sowjetunion? Ohne eine solche Bilanz kann man sich kein reales Bild von unserer Epoche machen. Das betrifft auch viele Fragen, die zusammenhängen mit der gegenwärtigen Situation der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern. Wenn man das aus dem Auge verliert, dann erscheint die Entwicklung Westeuropas oder der USA oft als ein trübes, sehr dunkles Bild der Rückschläge, der Komplikationen. Aber gerade historisch Denkende müssen sich diese Bilanz vor Augen führen. Und dann sieht die Welt anders aus. Auch der Einfluß auf die asiatische und lateinamerikanische Entwicklung spielt dabei eine Rolle. Sie ist undenkbar ohne die Sowjetunion, natürlich auch undenkbar ohne die chinesische Volksrevolution, auch ohne den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes und seinen Sieg. Dennoch bleibt es dabei, daß für alle progressiven Entwicklungen dieser Jahrzehnte die Sowjetunion der entscheidende Weltfaktor ist.

Helmut Gollwitzer hat vor einiger Zeit einen Aufsatz geschrieben⁴¹, in dem er sagt: Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder sind eine Belastung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Ich habe damals darauf geantwortet, daß jede Realität Schwierigkeiten beinhaltet, immer Fehler und Komplikationen bedeutet, in unserem Falle auch sehr schlimme Fehler. So ist jede Realität eine Belastung des Ideals. Es gibt keine Realität, die nicht eine solche Belastung wäre, weil Ideale immer abstrakter Natur sind. Aber wenn man menschlichen Fortschritt will, muß man Realität mit all ihren Schwierigkeiten und Kämpfen, Komplikationen und kritischen Perioden wollen und durchkämpfen. Insofern ist eben die Realität immer auch dem Ideal überlegen, weil sie – mit Hegel – die „Würde der Praxis“ besitzt.

F.D.:

Noch eine Zusatzfrage, die die Problematik der inneren Entwicklung in der Sowjetunion mit der Dialektik von Sozialismus und Imperialismus zu verbinden versucht. Muß man nicht befürchten, daß die aggressiven Potentiale des Imperialismus (vor allem in den USA) noch stärker hervortreten, wenn in der Sowjetunion die Perspektiven des 27. Parteitages erfolgreich eingelöst werden? Es ist doch eine zentrale Intention der Reaganschen Hochrüstungspolitik, die Sowjetunion „totzurüsten“, ihre sozialökonomische Entwicklung zu blockieren, sie zu „überfordern“, um auf diese Weise

zugleich einen größeren Handlungsspielraum in der „Dritten Welt“ und in den – vorwiegend ökonomischen – Konkurrenzbeziehungen zwischen den imperialistischen Zentren zu gewinnen. Zumindest zwei Linien sind denkbar: auf der einen Seite eine noch aggressivere, abenteuerliche Reaktion auf alle Fortschritte, die in der Sowjetunion realisiert werden – auf der anderen Seite eine „westeuropäische, sozialdemokratische“ Linie, die in der sowjetischen Modernisierungspolitik die Voraussetzungen für eine zweite Phase der internationalen Entspannungspolitik sieht.

J.S.:

Ja, das ist sicher richtig. Nur, glaube ich, gibt es dabei immer zwei Tendenzen, und heute noch viel mehr als früher, infolge der Tatsache, daß es ja auch um das Überleben der Kapitalisten geht, nicht nur um das Überleben der Sozialisten. Sicher wird diese aggressive Tendenz unter Umständen Auftrieb erfahren, die Tendenz, die man mit dem Begriff „Totrüsten“ charakterisieren kann. Aber die Stärke der Sowjetunion hat wiederholt, das läßt sich in der amerikanischen Außenpolitik nach 1945 deutlich verfolgen, auf der anderen Seite die nüchternen Kräfte bestärkt. Dies war beispielsweise deutlich erkennbar, als die Sowjetunion in der Lage war, die Wasserstoffbombe zu produzieren, als die sowjetischen Potenzen mit dem „Sputnik“ deutlich wurden, insbesondere zu Zeiten der Kennedy-Administration, später auch im Zusammenhang mit der Nixon-Kissinger-Politik. Wir hätten das ja vorher bei Nixon niemals für möglich gehalten. Angesichts des heutigen Charakters der Massenvernichtungswaffen wurden auch diese realistischen Kräfte stärker. Natürlich bleiben weltpolitisch die Schwierigkeiten der Friedenskräfte überall in der Welt und nicht zuletzt in den USA und Westeuropa bestehen. Das kann die Sowjetunion allein nicht lösen und bewirken. Deshalb ist ja die sowjetische These auch – und gerade in dem Bericht von Gorbatschow – deutlich: Sicherheit können wir nur gemeinsam haben. Dies ist im Grunde auch die These Egon Bahrs, die er für die SPD entwickelt hat. Aber die Gefahr ist riesengroß. Es zeigt, wie sehr die Zusammenführung aller, aus welchen Motiven auch immer, am Frieden Interessierter zur ersten, zur existentiellen Aufgabe geworden ist. Die Losung der DDR – die Koalition der Vernunft und des Realismus – ist buchstäblich eine Koalition zur Rettung menschlichen Lebens auf dieser Erde.

14. Perspektiven der Bundesrepublik

G.M.:

Welche Rolle können die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder für progressive Bewegungen in der Bundesrepublik und für ihre mögliche sozialistische Perspektive spielen? Zur Zeit wird nur eine Minorität sowohl der Arbeiterklasse wie der Intelligenz das sowjetische Beispiel für produktiv, historisch wegweisend oder gar nachahmenswert halten. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: die Lebensstandardfrage (die auf individuelle Konsummöglichkeiten reduziert wird, wobei die vielfältigen kollektiven, sozialen Sicherungen in den sozialistischen Ländern unbekannt sind oder als weniger wichtig erscheinen); die durchaus attraktiven und angenehmen Freiheiten in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, die großen Teilen der Bevölkerung – teilweise bis hinein in die unteren Schichten – offenstehen; Rüstung und Militär der sozialistischen Staaten, die – obwohl sie ihnen historisch von ihren Gegnern aufgezwungen worden sind – in der hiesigen Öffentlichkeit überwiegend als Bedrohung und Gefahr hingestellt und auch wahrgenommen werden; die bestehenden Informationsbarrieren: die Wirklichkeit der sozialistischen Länder wird von den bürgerlichen Massenmedien sehr selektiv wiedergegeben und mit einem ständigen „Grauschleier“ überzogen. Können diese Länder – vor dem Hintergrund der Krisenprozesse im Kapitalismus – gleichwohl eine Rolle für die Entwicklung von Klassenbewußtsein und vielleicht sogar für eine sozialistische Perspektive der westdeutschen Arbeiterbewegung spielen?

J.S.:

Ja. Man muß das aber sofort in folgendem Sinn einschränken. Erstens sind wir ja von einer sozialistischen Perspektive – aufgrund der inneren Kräftesituation – sehr weit entfernt. Es gibt keine Kräfte, die in der Bundesrepublik – wenn man einmal absieht von der programmatischen Zielsetzung des „demokratischen Sozialismus“ in sozialdemokratischen Programmschriften oder programmatischen Verlautbarungen –, die mit Masseneinfluß und Massenanhang das Ziel des Sozialismus für die nahe Zukunft ins Auge fassen. Von dieser inneren Entwicklung, von dieser Stärkung sozialistischer Ideen, sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik hängt es in erster Linie ab, wie sich sozialistische Perspektiven entfalten können. Die alten deutschen Imperialisten haben vor dem ersten Weltkrieg immer vom „Schweineglück“ der Sozialdemokratie gesprochen und meinten damit, daß die

Sozialdemokratie von der Armut der Massen profitiere und dadurch die breitesten Massen mobilisieren könne. Sie hatten in gewissem Sinne auch recht damit. Nur, das war eben begründet in der Tatsache, daß die alte Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse verfocht. Wenn man heute einmal eine Analogie – Analogien hinken natürlich – ziehen will, dann ist es das „Schweineglück“ des Imperialismus in Europa, daß die entwickeltsten kapitalistischen Länder noch über einen höheren materiellen Lebensstandard verfügen als die sozialistischen Länder. Da mag man noch so viel reden über starken oder geringen Einfluß sozialistischer Länder – das ist das eigentliche Geheimnis, weshalb die Wirkung der sozialistischen Länder noch nicht so stark ist wie auf der einen Seite die Kapitalisten das fürchten und wir es auf der anderen Seite bedauern. Für sie ist die Tatsache, daß der Sozialismus infolge der historischen Bedingungen es sehr viel schwerer hatte, daß er bisher nicht imstande war, den materiellen Lebensstandard zu gewähren, ihr Glück und eine entscheidende Voraussetzung der Herrschaft. Ganz anders sieht es aus, wenn man die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Bildungsmöglichkeiten, die soziale Fürsorge, den Mutterschutz und vor allem: das Fehlen extremer Armut und Unsicherheit in Betracht zieht. Da wir nicht an Bewußtseinswunder glauben, ist die Frage, wie die sozialistischen Länder auf diesem Gebiet ihre Fähigkeiten beweisen, auch für die entwickelten kapitalistischen Länder wesentlich. Hier existieren, wenn man die Krisenprozesse hinzunimmt, Möglichkeiten eines größeren Einflusses auf Bewußtseinsprozesse oder gar Perspektiven der sozialistischen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern. Das bedeutet jetzt nicht, daß man den Erfolg antikapitalistischer, antimonopolistischer Bewegungen auf den Einfluß sozialistischer Länder reduzieren kann. Einen solchen Automatismus gibt es nicht. Sicher ist, daß sich die Dinge im Prozeß der Veränderungen in der Sowjetunion und dort erreichter Fortschritte ändern werden. Aber was die Fristen betrifft, darf man auch hier keine Wunder erwarten.

F.D.:

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf das Problem der Intelligenz und der Intellektuellen zurückkommen. Die Intelligenz ist heute eine quantitativ bedeutendere Schicht als in früheren Jahren und – im Blick gerade auf die deutsche Geschichte: viele Angehörige der Intelligenz vertreten heute eher progressive als reaktionäre politische Positionen. Aber vor allem in den letzten Jahren fällt auf, daß sich die Mehrzahl der links-

orientierten Intellektuellen – ich denke z.B. an viele Professoren aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften – außerordentlich distanziert zur kommunistischen Bewegung und zu den sozialistischen Ländern verhält. Dieser Prozeß der Distanzierung hat sich in den 70er und 80er Jahren eher noch verstärkt! Als Beispiel könnte man hier Frankreich, Italien, England, aber auch die BRD anführen. Es gibt einen „Western Marxism“, der sich in Zeitschriften, Konferenzen, in einer eigenen akademischen Kultur artikuliert – aber zugleich beträchtlichen Einfluß auf die Theorie-Arbeit politischer Organisationen hat. Das ist gewiß nur ein Teilproblem der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Intelligenz, aber, wie ich meine, eines, das uns als marxistische Wissenschaftler doch in besonderer Weise betrifft und interessieren müßte.

J.S.:

Das ist wesentlich zurückzuführen auf den unerhörten Druck des Antikommunismus, der ja ideologisch bis weit in die Linke hinein gegangen ist. Was man heute sagen kann, ist, daß Veränderungen zu erwarten sind, daß eine Ernüchterung in diesen Kreisen zu erwarten ist. Nicht unbedingt bei denen, die bereits festgefahrene Positionen haben, aber doch bei denen, die sich neu zu sozialistischen und marxistischen Ideen hin entwickeln. Da werden unvermeidlich Veränderungen eintreten. Man kann jetzt nicht allzu lange mehr mit den alten Formeln zu den sozialistischen Ländern operieren, man wird Veränderungen, die in der Realität da sind, nicht völlig negieren können. Hier werden sich, ohne daß ich das jetzt zeitlich überschätzen will, wesentliche Wandlungen vollziehen, allerdings nicht unbedingt bei den alten Aposteln einer längst festgefahrenen antisowjetischen Richtung.

F.D.:

Könnte dabei nicht auch eine Rolle spielen, daß viele dieser Intellektuellen unter materiellen Bedingungen leben – z.B. als Universitätsprofessoren –, die ihnen einerseits eine Lebensweise ermöglichen, die sie so im realen Sozialismus nicht vorfinden würden – und daß sie andererseits viele Möglichkeiten haben zu publizieren, Zeitschriften und Verlage zu gründen, in der Welt herumzureisen usw. Es liegt mir völlig fern, daraus eine Korruptionsthese in Richtung „Intelligenz-Aristokratie“ abzuleiten. Aber ganz offensichtlich spielen diese materiellen Lebensverhältnisse als Bedingungen geistiger Produktion doch eine gewisse Rolle.

J.S.:

Ich würde das nicht überschätzen – zumindest nicht für die soziale Gruppe. Individuell spielen diese Faktoren sicherlich eine Rolle. Nur sind die Intellektuellen eine Schicht, die sich theoretisch als Schicht begreift und die teilweise durchaus moralische Qualitäten besitzt, um nicht unbedingt ihre *individuelle* gesellschaftliche Lage als Hauptmoment für ihre ideologische Prägung zu nehmen. Man darf ja nicht vergessen, daß die Stärke dieser sozialkritischen Strömung ein Resultat vieler Prozesse ist, die mit den unerhörten Schwierigkeiten, auch den Fehlern der kommunistischen Bewegung, der Sowjetunion, der Krise in Polen usw. zusammenhängen. Es sind ja viele gute Leute in diese Richtungen gegangen. Es ist also die Frage: Kann sich das reproduzieren? Welche weltpolitischen Erscheinungen sind heute ausschlaggebend für die Bewußtseinsentwicklung der sich jetzt herausbildenden, zu sozialistischen oder radikal-demokratischen Ideen tendierenden Intelligenz? Ehrlich gesagt, angesichts einer Reagan-Entwicklung in den USA und einer Gorbatschow-Entwicklung in der UdSSR – entschuldigt diese vereinfachte Gegenüberstellung – bin ich da nicht so skeptisch. Da wird es völlig neue Erfahrungen in der jungen linken Intelligenz geben, einschließlich der Grünen. Wir können sicherlich die 50jährigen, vielleicht auch schon die 40jährigen, die diese Richtung vor zehn oder zwanzig Jahren eingeschlagen haben, nicht ändern, obwohl selbst das bei einzelnen nicht unmöglich ist. Aber doch viele andere. Doch das hängt vom Engagement und Geschick der Marxisten ab.

G.M.:

Zu dem Argument von Frank: die „fetten Jahre“ sind zumindest für Teile der Intelligenz in den westeuropäischen Ländern schon vorbei.

J.S.:

Natürlich.

G.M.:

Wachsende Gruppen von Lehrern, Geistes- und Sozialwissenschaftlern finden keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung, werden für längere Zeit arbeitslos oder „marginalisiert“. In vielen Bereichen nehmen die Arbeitsbelastungen zu, gleichzeitig werden die Inhalte der Arbeit ärmer. In Großkonzernen werden Arbeit und Verhalten stärker als früher kontrolliert und überwacht. Zuweilen entwickeln Angehörige der Intelli-

genz Ansätze eines kritischen Bewußtseins, weil sie erkennen, daß die Resultate ihrer Arbeit nicht zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern zur Zerstörung der Umwelt und zur Entwicklung weiterer Destruktivkräfte verwendet werden. Vielleicht können vor diesem Hintergrund die sozialistischen Länder und ihr geplantes Wissenschafts- und Wirtschaftssystem zu einer Vertiefung solcher Bewußtseinsentwicklungen führen?

J.S.:

Ich würde das nicht überschätzen, würde solche Einflüsse nicht als nächste, unmittelbar wirkende Einflüsse sehen. Aber der Prozeß wird uns erst einmal wieder ein bißchen mehr Bewegungsraum geben, geistig mehr Möglichkeiten geben.

G.F.:

Es wäre ja nun, wenn man über eine sozialistische Perspektive in der Bundesrepublik spricht, auch mal zu reden über die spezifischen Funktionen einer kommunistischen Partei in einem so hoch entwickelten imperialistischen Land. Es geht nicht um Existenzberechtigung, das diskutiere ich nicht, sondern um die spezifische Funktion einer kommunistischen Partei in einem dominierenden imperialistischen Land. Zur deutschen Entwicklung: Die KPD ist gegründet worden in einer revolutionären Situation, bei ihrem Massenzulauf 1920 bestand nach wie vor eine revolutionäre Situation. Sie hat einen neuen Aufschwung sowohl an Wählern als auch an Mitgliedern ab 1929, besonders deutlich meßbar dann in den Wahlen ab 1930 in einer Situation, die nicht nur für die Komintern und KPD vermeintlich revolutionär ist, sondern auch für viele Nicht-Kommunisten, die die Alternative Faschismus oder Revolution sehen. Das ist ja eine spezifische historische Situation, damals auch noch in einem ehemals führenden imperialistischen Land, das einen Weltkrieg verloren hat und ziemlich unten gestanden hat in der imperialistischen Rangordnung. Man könnte sagen, es war eine relative Ausnahmesituation, eine spezifische Situation, die nicht identisch ist mit der in einem imperialistischen Land von heute. Wir haben kommunistische Parteien, auch proletarisch verankerte Massenparteien, aber die alte KPD ist 1933 vorbei; die Portugiesische Kommunistische Partei, die sich stützt auf ganz bestimmte Sektoren der Bevölkerung, Landarbeiter, Werftarbeiter, Stahlarbeiter; in Griechenland kenne ich die Situation nicht. aber in den anderen Ländern mit kommunistischen Massenpar-

teien sind zum Teil auch Arbeiterkategorien entscheidend, von denen man sich nun fragen muß: Welches Gewicht haben sie ab dieser Zeit noch? In Frankreich haben wir es ganz plastisch, die Wahlverluste des PCF haben ganz gewiß objektive Ursachen, nämlich eine Transformation der französischen Arbeiterklasse selbst. Die italienische Situation ist da auch keine Ausnahme, die dortige kommunistische Partei schwindet nicht, aber sie transformiert sich so, daß sie sich eher als Teil der westeuropäischen sozialdemokratischen Linken sieht. Vor diesem Hintergrund erscheint mir die Geschichte der alten KPD bis 1933 wenig lehrreich für unsere heutige Situation. Sie ist Ausdruck einer spezifischen historischen Lage, die so heute nicht mehr besteht. Ich selbst würde mich sehr fragen, ob ich mich da wiederfinden könnte, wenn wir sagen würden, die spezifische Funktion einer kommunistischen Partei muß allemal die der kommunistischen Massenpartei mit proletarischer Verankerung sein, denn wir haben ja nun durchaus traditionsreiche kommunistische Parteien, die sehr klein sind, gerade in den imperialistischen Ländern von den USA über Skandinavien, die Bundesrepublik bis Großbritannien. Wie wäre denn nun die spezifische Aufgabe solcher Parteien zu beschreiben -mal ganz abgesehen von Entwicklungsländern, wo es noch komplizierter ist? Wir haben sehr progressive entkolonisierte Staaten, in denen die kommunistischen Parteien verboten sind und wo man nicht sagen würde, es ist eine reaktionäre Gesellschaft, ganz im Gegenteil. Wir haben dann die komplizierte und sehr interessante und national differenzierte Situation in Lateinamerika mit kleinen kommunistischen Parteien, die auch ihre spezifische Aufgabe suchen müssen. Ich glaube nicht, daß gegenwärtig die Kommunistische Partei El Salvadors sagen würde, wir müssen einen ähnlichen Weg gehen wie die chilenische kommunistische Partei, sondern sie wird ihren spezifischen Weg suchen. Wir haben die völlig vertrackte Geschichte der kommunistischen Bewegung Kubas, wo ja nun eine kommunistische Partei eines bestimmten Typus eigentlich erloschen ist und dann abgelöst wurde durch eine ganz andere Bewegung, die zunächst gar keine kommunistische Bewegung war und vielleicht durch eine sehr hohe Mitwirkung internationaler Bedingungen sich in eine kommunistische Partei transformiert hat. Es könnte sein, daß die spezifischen Aufgaben kommunistischer Parteien so buntscheckig sind wie die verschiedenen Situationen der kapitalistischen Länder. Was bedeutet das nun für diesen Typ kommunistischer Parteien in den am weitesten entwickelten Ausbeuternationen?

J.S.:

Eigentlich ist die Antwort methodisch vorgegeben in dem Begriff „Spezifik“. „Spezifisch“ würde ja bedeuten, jeweils historisch konkret, ausgehend von der Konstellation der Klassen, von der politischen Konstellation zu untersuchen: Worin kann dieses Besondere einer kommunistischen Partei liegen? Wobei das meiner Meinung nach einschließt die Frage der Existenzberechtigung, der Existenzgrundlage und vor allen Dingen der Legitimationsgrundlagen. Denn das ist ja eine völlig berechtigte Frage von linken Sozialdemokraten, vielleicht von sozialistisch orientierten jungen Grünen, also Ökosozialisten. Wenn man an uns hier in der Bundesrepublik denkt, dann fragt man: Worin liegt eure Spezifik und wo ist eure Existenzgrundlage? Das ist ein sehr wichtiger Punkt auch des Selbstverständnisses der Kommunisten in der Bundesrepublik oder in jedem Land, wo die kommunistischen Parteien bei Wahlen über keinen Massenanhang verfügen. Das erste Problem entsteht, wenn eine marxistische Partei klein ist. Die Frage, die dann unvermeidlich gestellt wird, lautet: Ist eine selbständige marxistische Partei überhaupt notwendig, würde nicht eine marxistische Gruppe oder Strömung in der Sozialdemokratie ausreichen? Alle bisherigen historischen Erfahrungen sprechen jedoch eindeutig dagegen. Die Linke in der Sozialdemokratie bedurfte, wenn sie nicht immer wieder ihres Schneids beraubt, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, aufgesogen oder am Ende hinausgedrängt werden sollte, des *äußeren* Drucks organisierter Marxisten, eben Kommunistischen Parteien, auch wenn sie klein waren. Das ist bis heute der Fall. Damit ist die Existenzberechtigung politischer Parteien und Gruppierungen letztlich eine Frage der *Inhalte*, der *Ziele*. Und da können ja die Fragen nur lauten: Sind diese Ziele überholt oder überlebt, oder gibt es andere Parteien und politische Organisationen, von denen sie vertreten werden oder sogar wirksamer vertreten werden? Beides muß man verneinen.

Das Ziel der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, der politischen Macht der Arbeiterklasse ist von der Sozialdemokratie (ihrer den Kurs bestimmenden Rechten und Mitte) seit 1914 aufgegeben. Wo die Sozialdemokratie regierte, manchmal sehr lange regierte – Skandinavien, in Großbritannien, in der Bundesrepublik – wurden nicht nur keine Schritte in sozialistischer Richtung getan, sondern die Kapitalkonzentration wuchs, das monopolistische Kapital wurde mächtiger. Als die schwedische Sozialdemokratie bereits 34 Jahre an der Macht war, gestand ihr Führer Tage Erlander, sie sei dem Sozialis-

mus nicht nähergekommen. Das programmatische Bekenntnis der SPD zum demokratischen Sozialismus ändert daran nichts, denn es definiert den Sozialismus in ewigen ethischen Kategorien, nicht aber in ökonomischen, sozialen und politischen. Und die Grünen behaupten nicht, daß sie Sozialisten sind oder sozialistische Ziele anstreben. Sie weichen furchtsam sogar den Begriffen Kapital und Kapitalismus aus, halten die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft für unbedeutend usw.

Wer also bei uns davon überzeugt ist, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, weil er zum Hemmnis des menschlichen Fortschritts geworden ist, wer an der Auffassung festhält, daß dies nur durch die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse geschehen kann, hat – im Sinne einer, wenn auch kleinen, politischen Partei – eine Vertretung nur in der DKP. Und dasselbe gilt für die Marxisten in der Sozialdemokratie, in links-sozialistischen Gruppen, in den Gewerkschaften, als Parteilose. Es gibt nur eine politische Organisation mit Parteicharakter, die bewußt bestrebt ist, ihre Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, der Klassenverhältnisse, der sozialen und politischen Kämpfe und die aus dieser Analyse hergeleitete Programmatik, Strategie und Gestaltung der aktuellen Tagesforderungen auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin und auf die Untersuchungen der marxistischen Wissenschaftler unserer Zeit zu stützen. Das ist bei uns die DKP. Nichts spricht dafür – aufgrund aller geschichtlichen Erfahrungen –, den Marxismus als das notwendige analytische Instrument und als Weltauffassung aufzugeben, wenn man das Ziel der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse und das weitergehende Ziel einer klassenlosen Gesellschaft anerkennt. Das allein wäre – auch im Sinne einer Kaderpartei – ein hinreichender, ja notwendiger Grund für die kommunistische Partei. Das schließt in den entwickelten kapitalistischen Ländern das viel diskutierte Problem der Orientierung auf die Arbeiter oder andere Schichten ein: Arbeiterpartei oder Volkspartei, wobei die Spezifik in den Relationen und Proportionen sich durchaus ändern kann und ändert bei Massenparteien, beim Massencharakter einer Partei, daß also dann beispielsweise Arbeiterorientierung und Volksorientierung in einem anderen Verhältnis zueinander stehen können und müssen. Nur: wiederum von der sozialen Analyse her, für uns, die wir auch als Institut versucht haben, der Klassenstrukturanalyse näherzukommen, ist es ohnehin unmöglich, die Rolle der Intelligenz zu unterschätzen, die Strukturveränderungen und die Orientierung auf die neuen Schichten der Arbeiterklasse zu unterschätzen. Aber die Arbeiterorientierung ist vom Soziologischen her als Grundfunktion zu

sehen. Ferner: es gibt Sozialisten in der Sozialdemokratie, es gibt parteilose Sozialisten, es gibt vielleicht sogar grüne Sozialisten – das weiß ich nicht genau –, aber daß die feste programmatische Orientierung, die auch die tiefste geschichtliche Erfahrung seit über 150 Jahren einschließt, daß eine Überwindung *des Kapitalismus* in Richtung auf den Sozialismus *notwendig* ist, auch *parteilpolitische* Gestalt annehmen muß, nämlich durch die Kommunisten, das scheint mir unabdingbar und geschichtlich gerechtfertigt. Dann müßte man hinzufügen: eine kommunistische Partei muß sich bewußt auch als kleine Kraft, aber als avantgardistische Kraft im Sinne der organisatorischen Energie verstehen, mit dem Versuch, auch in allen sozialen und demokratischen Bewegungen wirksam zu werden: Arbeiterkampf, Friedenskampf und Überlebenskampf, soziale und demokratische Kämpfe zu verknüpfen. Diese Spezifik, die natürlich nur erfüllbar ist im Rahmen der jeweiligen gegebenen Kräfte und daher auch die Notwendigkeit der Stärkung dieser Kräfte einschließt –, die halte ich nach wie vor für *notwendig*, und so würde ich die heutige Spezifik erklären. Natürlich ist das nicht die unmittelbare Spezifik des Massenkampfes, der von einer Massenpartei, wie etwa in der Nachkriegssituation der Weimarer Republik oder in der Periode 1929 – 33, geführt werden konnte. Es ist heute mehr die Spezifik mit viel längerer historischer Perspektive; es ist sehr viel mehr die Perspektive einer kleinen Avantgarde, aber wenn ich mich in der Bundesrepublik umschaue, wüßte ich nicht, wer anders diese Aufgabe übernehmen könnte.

F.D.:

Eine Zusatzfrage. Viele junge Leute, die sich für eine fortschrittliche Politik einsetzen, halten das für einen völlig überholten Standpunkt. Sie wollen nicht durch das Nadelöhr des „Arbeiterklassenstandpunktes“, damit des Marxismus, hindurch. Ich will nicht auf Theoreme eingehen, die behaupten, die Arbeiterklasse sei noch niemals das „revolutionäre Subjekt“ gewesen – wichtiger sind vielleicht solche Positionen, die davon ausgehen, daß der Kapitalismus die Fähigkeit entwickelt habe, die Arbeiterklasse zu integrieren und damit die revolutionäre Sprengkraft des Klassenkampfes zu neutralisieren. Das war schon während der Studentenbewegung ein zentrales Thema. Ist die Arbeiterklasse gleichsam eine statische Größe? Funktionierte der Mechanismus der Integration reibungslos? Wie entwickeln sich Kämpfe und das Klassenbewußtsein?

J.S.:

Ist die Arbeiterklasse noch ein revolutionärer Faktor? Oft wird bei Antworten auf diese Frage folgender Fehler gemacht: Man glaubt, eine revolutionäre Kraft müßte zu jeder Zeit Revolution machen können. Dahinter steckt eine subjektivistische, voluntaristische Geschichtsdeutung oder der Glaube, die Arbeiterklasse müßte, wenn sie *potentiell* eine revolutionäre Kraft ist, sozusagen auch immer *aktuell* eine revolutionäre Kraft sein.

F.D.:

Aber Du kennst den Satz von Marx: „Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts“!

J.S.:

Sicher, den habe ich oft zitiert, und das stimmt im weltgeschichtlichen Sinne bis heute. Wenn die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit revolutionär gewesen wäre in Mitteleuropa, nach 1918, hätte es keinen Faschismus, keinen Weltkrieg gegeben, gäbe es heute keine Nukleargefahr. Also in dem Sinne hat Marx absolut recht gehabt. Nur hat er ja nie dahinter geschrieben, welche Zeitspanne dafür erforderlich ist. Und selbst wenn er es geschrieben und sich geirrt hätte, wäre das kein Gegenbeweis gegen seine These. Die ist schon richtig, auch wenn sie eine epigrammatische Zuspitzung ist. Nimmt man es im historischen Prozeß, ist es eben falsch zu glauben, daß die Arbeiterklasse immer revolutionär ist. Es gibt Länder, wo sie noch nie revolutionär war. In den USA hat sich die Integrationsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlich-parlamentarischen Staates als außerordentlich stark erwiesen. Wir können nicht sagen, wann die Arbeiterklasse wieder aktuell oder selbst im historischen Sinne in diesen entwickelten kapitalistischen Ländern revolutionäre Veränderungen anstreben wird, revolutionäre Potenz sein wird. Nur – und darauf geben diese Leute ja meist keine Antwort – fragen wir nach der Entwicklung in den westeuropäischen Ländern nach 1945: Welche demokratischen oder sozialen Veränderungen haben stattgefunden? Und fragen wir uns dann: Hätten sie auch stattgefunden *ohne* die Arbeiterbewegung, einschließlich der reformistischen Arbeiterbewegung, *ohne* die Aktion, das politische Handeln, die ökonomischen Streiks, die parlamentarische Stärke usw – bis hin zu den Regierungen nach 1945, die die ersten großen gesetzlichen Veränderungen in Frankreich und Italien, die neuen Verfassungen usw. durchgesetzt haben? Da sieht die Antwort schon ganz anders aus. Da kann

man doch nur „Abschied vom Proletariat“ nehmen, wenn man Abschied nimmt von jedem sozialen und demokratischen Fortschritt.

G.M.:

Das ist nur schon sehr lange her.

J.S.:

Gut. Jetzt fragen wir uns wiederum: Ist 1968 auch schon sehr lange her? Ist der Generalstreik der elf Millionen in Frankreich auch schon so lange her? Oder, wenn wir uns näher bei uns selbst umschaun, die großen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik bewirken im Sinne des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit oder im Kampf für die 35-Stunden-Woche doch etwas. Man kann sagen, es sind wesentlich Defensivkämpfe mit Ergebnissen, die aber doch Fortschritte gebracht haben, wenn auch kleine. Ich will nur auf eines hinaus. Wenn man *genau* untersucht, welche Bewegungen einen maßgeblichen Einfluß auf soziale und demokratische Prozesse bewirkt haben, dann kann man sicher die Studentenbewegung ebensowenig streichen wie andere Einflüsse, z.B. den Einfluß der ökologischen Bewegung auf die lohnabhängigen Mittelschichten. Hier liegt übrigens noch ein ernstes Defizit der reformistisch geführten Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Aber insgesamt wurden gesellschaftliche und politische Veränderungen wesentlich durch den Druck der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erzielt. Es bleibt das Faktum: wenn man soziale Veränderungen anstrebt, wird man ohne diese Orientierung nichts bewirken. Im Grunde zeigt es sich sogar bei den Grünen. Die Tatsache, daß sie gezwungen sind – das Problem der Arbeitslosigkeit existierte für sie vor einigen Jahren noch gar nicht –, zu sozialen Problemen Aussagen zu treffen, entsprechende Parlamentsanträge zu stellen, sich mit Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen, ist auch der Beweis dafür, daß sie, als radikaldemokratische Kraft einer anderen, nicht aus der Arbeiterbewegung gewachsenen Orientierung, gezwungen sind, sich mit dieser sozialen Realität auseinanderzusetzen. Unsere Kritiker begehen noch einen anderen Fehler. Wenn Marxisten sagen, die Arbeiterklasse sei die Hauptkraft, dann sagen sie doch nicht, alle anderen – Intelligenz, lohnabhängige Mittelschicht etc. – könnten nur Statisten-Rollen übernehmen. Sie haben wichtige Anstöße gegeben und eine wachsende Bedeutung erlangt. Aber ohne Arbeiterklasse einschließlich der neuen Schichten geht es eben nicht. Die heutige Aufgabe liegt in der *Verbindung* von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen.

F.D.:

Gerade in den letzten Jahren haben sich doch Veränderungen ergeben, die auch diejenigen, die die Arbeiterklasse für integriert und die Arbeiterbewegung für konservativ halten, deutlich gemacht haben, daß die konservative Politik nur durch Massenbewegungen, die auch von breiten Teilen der Arbeiterklasse getragen werden, in die Schranken gewiesen oder überwunden werden kann. Bei diesen Bewegungen handelt es sich nicht um revolutionäre Bewegungen. – Aber es zeigt sich doch, daß der Kampf für die eigenen Lebens- und Reproduktionsinteressen an Grenzen gerät, an denen grundlegende Fragen der Herrschafts- und Produktionsverhältnisse ins Bewußtsein treten.

G.M.:

Aber Siege und Niederlagen liegen oft eng beieinander. Das zeigt das britische Beispiel. Die großen, verzweifelten Kämpfe der Bergarbeiter und der Drucker haben, obwohl beide Berufsgruppen und ihre Gewerkschaften über lange, militante Traditionen verfügen⁴², in schweren Niederlagen geendet. Sie waren zu schwach, ihre Gegner zu stark. Ihre Gegner – das sind nicht nur die konservative Regierung, die staatlichen Machtapparate (Justiz, Polizei, Medien) und die Herren der Banken und Konzerne, sondern auch die teilweise bewußt gegen die Arbeiterbewegung eingesetzten neuen Technologien, die mit ihnen einhergehenden Ausdifferenzierungen der Arbeiterklasse (Verlierer und Gewinner von Rationalisierungsmaßnahmen, Besitzer moderner, traditioneller oder gar keiner Arbeitsplätze, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Stamm- und Leiharbeiter, Einheimische und Ausländer, Weiße und Farbige, Arbeiter in der „offiziellen“ und in der sich ausbreitenden Schattenwirtschaft usw.), der Abstieg traditionsreicher Arbeiterregionen und -berufe, die hohe Dauerarbeitslosigkeit und die wachsende Armut (die Zahl der unterhalb der „offiziellen Armuts Grenze“ lebenden Briten hat sich von 5,9 Millionen 1979 auf 8,8 Millionen 1983 vergrößert), nicht zuletzt die auch im Arbeitermilieu um sich greifende politische Ratlosigkeit, Apathie und Resignation. All das sind Wirkungen des realen Kapitalismus, die Fortschritte der Arbeiterbewegung blockieren.

J.S.:

Das ist sicher so. Ich will gleich noch auf diesen Punkt eingehen. Ganz aktuell: Die Bewegung gegen die Veränderung des 116 AFG zeigt ja auch – es ist eine defensive Bewegung, sicherlich –, daß es um soziale Grundin-

teressen geht, daß es keine gesellschaftliche Kraft in der Bundesrepublik gibt, die imstande wäre, auch defensiv eine so gewaltige Bewegung zu führen wie diese gewerkschaftliche Bewegung zur Verteidigung sozialer Rechte. Keine soziale Schicht wäre imstande, Angriffe auf ihre Interessen in dieser Weise zu beantworten. Natürlich ist das längst noch nicht eine Bewegung für antikapitalistische oder gar sozialistische Veränderungen. Nur: es zeigt, daß keine progressive Stömung, die sozial verändernde Ziele hat, an der Arbeiterklasse vorbeikommt, daß sich daran *historisch* nichts geändert hat. Siege und Niederlagen liegen eng beieinander, das ist klar. Die Kapitalisten sind oft genug in der Offensive, insbesondere wenn sie über so gewaltige politische Macht verfügen wie gegenwärtig die Reaktion und die Monopole in Großbritannien in Gestalt der Thatcher-Regierung. Wenn sie außerdem über so massive soziale Druckmöglichkeiten verfügen, wie die 3,3 Millionen Arbeitslosen dort darstellen, dann liegen natürlich Siege und Niederlagen in Kämpfen unterdrückter Klassen eng beieinander. Nur, was häufig dabei vergessen wird, auch beim Resultat des Bergarbeiterstreiks: Würden die Arbeiter nicht widerstehen, selbst in relativ aussichtslosen Situationen, wäre die Lage noch viel schlimmer. Das ist dann die reale Kampfsituation in solchen Ereignissen. Unter Umständen bewirken auch solche Niederlagen politische Lernprozesse. Es ist keineswegs so, daß die Lage der äußersten reaktionären Kräfte in der britischen konservativen Regierung für sie heute noch so günstig ist wie vor zwei, drei Jahren. Dies gilt auch für die konservative Partei selbst.

G.M.:

Ich würde zum Abschluß gerne den Blick von den Niederlagen der Vergangenheit auf die Hoffnungen der Zukunft lenken. Wie stellst Du Dir vor, wie es in der Bundesrepublik weitergeht? Marxisten haben immer um die Zukunft gekämpft und sich entsprechende Gedanken gemacht.

J.S.:

Das würde ich weniger auf's Vorhersagen der Entwicklung hin tun. Das ist natürlich sehr, sehr schwer. Dennoch, man kann nicht einmal in dieser Konjunkturperiode seit etwa drei, vier Jahren sagen, daß sich die Monopole, die Reaktion in der Bundesrepublik in einer sehr siegessicheren, einer sehr glücklichen Lage befinden. Im Gegenteil. Sie wissen, daß die Arbeitslosigkeit steigt und die Probleme der sozialen Unsicherheit sich zuspitzen, die damit einhergehen. Die Tatsache ist offensichtlich, daß ihre sozialen

Angriffe, also der Versuch, nach dem Muster Reagans oder der Mrs. Thatcher, Angriffe gegen soziale Leistungen, gegen die demokratischen Rechte gegen die Gewerkschaften zu führen, keineswegs in gleichem Maße möglich waren und daß sie keineswegs so großartige Erfolge dabei erzielt haben. Zwar mag es einen konjunkturellen Aufschwung geben (er schwächt sich schon wieder ab), auch eine relative Preisstabilität (die zur Zeit fallenden Ölpreise sind ihnen gewissermaßen in den Schoß gefallen). Dennoch wissen sie, daß die ökonomische Situation unsicher ist und daß ungewiß ist, wie es im nächsten oder übernächsten Jahr aussieht. Sie wissen, daß die gewaltige Problematik der Arbeitslosigkeit bleibt; daß die Perspektive von Millionen junger Menschen unsicher bleibt; daß trotz aller Modernisierungsstrategien von Späth und Biedenkopf die Zukunft für viele ungewiß ist. Das wissen sie wesentlich auch wegen der sozialen Konflikte und Kämpfe, z.B. jetzt des Arbeiterkampfes gegen die Veränderung des 116 AFG. Ohne daß wir prophezeien können, wie sich die progressiven gesellschaftlichen Kräfte, die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, die Grünen usw. entwickeln werden: Es ist sicher, daß die Rechte sich momentan in einer Offensive befindet. Sie profitiert vor allem von der Uneinigkeit der Kräfte links von der CDU/CSU. Es gibt nach wie vor ein großes progressives Aktiv, vor allem auf dem Gebiet der Friedensbewegung und des gewerkschaftlichen Kampfes, der ökologischen Fragen. Insofern sehe ich nicht schwarz in die Zukunft. Es gibt reale Chancen einer Mehrheit links von der CDU, auch wenn es sehr großer Anstrengung bedarf, um diese Möglichkeit zu realisieren. Das ist noch keine geschichtliche Perspektive. Aber es sind mögliche Veränderungen zum Besseren. Auch hinsichtlich der Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik gibt es Chancen. Erstens gibt es bis hinein in die unmittelbar herrschenden Kreise Differenzen über die Einschätzung der amerikanischen Weltraumkriegspläne. Es gibt Differenzen über das Verhältnis Westeuropas zu den USA, über die Frage einer größeren Selbständigkeit – auch wenn man das nicht überschätzen soll – bis in die CDU. Es gibt Differenzen zwischen CDU/CSU und FDP in dieser Hinsicht. Zweifellos haben wir eine starke Unterstützung der Grundideen und Grundforderungen der Friedensbewegung in der Masse der Bevölkerung. Es gibt ein völlig anderes Verhalten der SPD, auch der SPD-Führung in diesen Fragen als noch vor Jahren. Durch die ganze objektive Entwicklung, nicht zuletzt durch die gefährliche amerikanische Politik, werden Veränderungen bewirkt. Insofern gibt es auch Ansätze zu progressiven Veränderungen in der Bundesre-

publik. Sie werden sich nicht von allein durchsetzen. Hier ist eben wirklich Gemeinsamkeit im Wirken der unterschiedlichen progressiven Kräfte notwendig. Die Aufgaben, die Ansätze, die Kräfte sind sichtbar.

All das hatte ich vor den Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 gesagt. Aber ich glaube, es ist durch den Ausgang der Wahlen bestätigt worden. Die CDU/CSU hat ihre schwerste Wahlniederlage seit Bestehen der Bundesrepublik erlitten und das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Und das trotz aller Prognosen der Meinungsforschungsinstitute und der Stimmungsmache in den Medien. Gewiß, der Bürgerblock hat seine Mehrheit behalten, wozu die Weigerung der SPD-Führung, eine Koalition mit den Grünen einzugehen, sicher beigetragen hat. Doch selbst die suggestive Aufschwungspropaganda hat die Bäume der Konservativen nicht in den Himmel wachsen lassen. Ich glaube, daß es auch für uns eine Überraschung war, wie sehr sich die „Stahlhelmer“ in der CDU/CSU verrechnet haben. Sie hatten doch – wie nie zuvor seit 15 Jahren – versucht, durch Mobilisierung chauvinistischer und antisowjetischer Instinkte (siehe Kohls infamen Vergleich von Gorbatschow und Goebbels) Stimmen zu gewinnen und die FDP an die Wand zu drücken. Das Gegenteil ist eingetreten. Der bemerkenswerte Erfolg der FDP ist ja in erster Linie den geschickten außen-, entspannungs- und ostpolitischen Bekundungen Genschers zu verdanken. Andererseits hat naturgemäß die verheerende Wahlniederlage der CDU/CSU bei ihrem sogenannten Arbeitnehmerflügel unvermeidlich zur Folge, daß die extremsten sozialreaktionären und gewerkschaftsfeindlichen Pläne und Forderungen des vereinigten Großunternehmertums in CDU und FDP nicht mehr so leicht durchzusetzen sein werden wie in der hinter uns liegenden Legislaturperiode. Denn die CDU/CSU muß, selbst in ihren katholischen Stammgebieten, um die Wählerbasis unter den christlichen Werktätigen, den Rentnern und zunehmend unter den Frauen fürchten. Die Rechte bleibt an der Regierung. Sie hat von der Uneinigkeit der Linkskräfte profitiert, vor allem natürlich von der nicht nur illusionären, sondern schlicht absurden Zielstellung der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Rau, die alleinige Mehrheit erringen zu wollen. Das glich eher einer Schlangenbeschwörung als einem Wahlkampf. Die Quittung, die die SPD erhalten hat, war deutlich genug, und sie hat vielleicht das Gute, daß sie zum Nachdenken und zur Suche nach neuen Orientierungen beitragen kann. Bestimmte Wirkungen sind bereits sichtbar. Eine Stärkung der öko-reformistischen und öko-sozialistischen Strömungen ist erkennbar, wenn dem auch viele Hemmnisse und retardierende Kräfte entgegenstehen. Die

Integration, der Zusammenhalt der unterschiedlichen Strömungen wird eher durch die Personen der Mitte, vielleicht einer etwas nach links verlagerten Mitte, getragen werden. Insgesamt aber hat die Entwicklung der letzten Jahre und verstärkt das ausgezeichnete Wahlergebnis der Grünen bewirkt, daß sich die Sozialdemokratie nach links bewegen muß, auch in den für die nahe Zukunft wichtigen innenpolitischen Fragen. Die Niederlage Raus und seiner Linie hat diese Tendenz beschleunigt. Bei solchen Einschätzungen sind wir natürlich alle gebrannte Kinder. Wir wissen ja, wie wenig verbaler Tribut an Stimmungen in der politischen Praxis bedeuten muß, obwohl auch der verbale Tribut es den linken Kräften in der SPD zumindest erleichtert, die Führung beim Wort zu nehmen, an die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages z.B. zu erinnern und anzuknüpfen.

Nur eines kann diese Entwicklung stützen und weitertreiben: Die Stärkung der *außerparlamentarischen* Bewegungen, die größere Kampfbereitschaft in den Gewerkschaften, der Druck der jüngeren Kräfte in der SPD selbst, die weitere Entwicklung bei den Grünen – wenn und insoweit sie naive Ungereimtheiten und Überspitzungen überwinden, ihre Anhänger stärker für die außerparlamentarischen Bewegungen aktivieren, ihre Furcht vor Bündnissen und ihre Berührungsängste gegenüber Kommunisten ablegen. Die Gemeinsamkeit *aller* politischen Kräfte *links* von der CDU/CSU in den lebenswichtigen Fragen des Friedens, der Arbeitsplätze, der Umwelt – DKP und Friedensliste haben es schon vor den Wahlen betont –, das ist die *große Aufgabe* der nächsten Jahre.

Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts wußten die progressiven Kräfte im klassischen Land des Parlamentarismus, in Großbritannien, daß alle ernsthaften Reformen durch die Massenbewegung, durch das, was sie „pressure from without“ nannten, den Druck von außen, errungen worden waren. Es ist so alt, daß man sich scheut, es immer wieder zu sagen. Und doch gilt es für uns in der Bundesrepublik mehr denn je. Die Friedensbewegung; die gewerkschaftlichen Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die unsozialen Folgen der neuen Technologien; der Widerstand gegen den Sozialabbau; die emanzipatorischen Bestrebungen der Frauen; die ökologische Protestbewegung vieler Bürgerinitiativen; alle Bemühungen der Jugend für ihr elementares Recht auf Arbeitsplätze; die geistig-moralische Auseinandersetzung um die Zukunftsfragen und den Weg zu einer humaneren Gesellschaft – das sind die Kampffelder, auf denen die Marxisten beweisen müssen, daß sie – theoretisch wie praktisch – einen unentbehrlichen Beitrag leisten können.

Anmerkungen

- 1 Josef Schleifstein, Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt/M. 1980.
- 2 Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht, erstattet am 2. August 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau-Leningrad 1935 (Reprint).
- 3 Vgl.: Aus der Rede Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands bei Zeuthen am 7. Februar 1933. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 446 f.
- 4 Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte, Berlin 1947.
- 5 Das Prager Manifest von 1934. Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 4. Auflage, Köln 1978, S. 128 - 136.
- 6 Die Brüsseler Konferenz der KPD (3. - 15. Oktober 1935). Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Frankfurt/M. 1975.
- 7 Albert Einstein/Max Born, Briefwechsel 1916 - 1955. Kommentiert von Max Born, München 1969, S. 179.
- 8 Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, 3 Bde., Frankfurt/M. 1975 - 1981; jetzt auch in einem Band: Frankfurt/Main 1983.
- 9 Vgl.: Hans Fladung, Erfahrungen vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, hrsg. und eingeleitet von Josef Schleifstein, Frankfurt/M. 1986.
- 10 J. D. Bernal, The Social Function of Science, London 1939. Deutsche Ausgabe: Die soziale Funktion der Wissenschaft, Berlin 1986.
- 11 Marcel Prenant, Biologie et Marxisme, Paris 1936.
- 12 Was ist der Marshall-Plan?, Frankfurt/M. 1949.
- 13 Vgl. Note der UdSSR vom 10. März 1952, in: Keesing's Archiv der Gegenwart, Jg. 1952, S. 3387 - 3388.
- 14 Fritz Rische, Alternativen zur Wirtschaftspolitik des Kapitals 1945 - 1978, Aufsätze - Artikel - Reden, Frankfurt/M. 1980.

- 15 Josef Schleifstein, Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891 – 1919, Berlin 1959.
- 16 F. Mehring, Gesammelte Schriften, 15 Bde., Berlin 1960 – 1967.
- 17 Josef Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels, Lenin, München 1972.
- 18 Josef Schleifstein, Heinz Jung, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1979.
- 19 Hans Koch, Franz Mehrings Beitrag zur marxistischen Literaturtheorie, Berlin 1959.
- 20 Ein Gefühl der Befreiung, in: Deutsche Volkszeitung/die tat vom 14. Februar 1986, S. 15.
- 21 Josef Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947.
- 22 Deutsche Volkszeitung/die tat vom 14. Februar 1986.
- 23 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 364.
- 24 Ebenda.
- 25 W. I. Lenin, Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: ders., Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 1 - 91.
- 26 Vgl. Das Argument, Jg. 1984, Nr. 144, S. 271 - 274; Jg. 1984, Nr. 148, S. 905 - 910.
- 27 Gegenwartsprobleme des revolutionären Kampfes, in: Marxistische Blätter, Jg. 1967, Nr. 6, S. 1 - 8; abgedruckt in: Josef Schleifstein, Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1975, S. 202 - 212.
- 28 Robert Steigerwald. Josef Schleifstein wird siebzig, in: Unsere Zeit vom 15. März 1985, S. 15.
- 29 Kleines Lenin-Wörterbuch, Frankfurt/M. 1971.
- 30 Die Septemberstreiks 1969. Darstellung – Analyse – Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, Frankfurt/M. 1969.
- 31 Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1972.
- 32 Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 – 1970, Teil I - III, Frankfurt/M. 1974/75.
- 33 Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Beiträge des IMSF, Bd. 6/I und 6/II, Frankfurt/M. 1981/82.
- 34 Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus, Frankfurt/M. 1979.
- 35 Walter Hollitscher, Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft, Wien 1969; Josef Schleifstein, Enzyklopädischer Wissenschaftler dieser Zeit.

- Walter Hollitscher zum Gedenken, in: Deutsche Volkszeitung/die tat vom 18. Juli 1986, S. 15.
- 36 Josef Schleifstein, 125 Jahre Kommunistisches Manifest, in: Marxistische Blätter, Jg. 1973, Nr. 1, S. 12 - 18.
 - 37 Vgl. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Nr. 7, Frankfurt/M. 1984.
 - 38 Vgl. Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa, hrsg. vom IMSF, Arbeitsmaterialien Bd. 16, Frankfurt/M. 1985, S. 606 - 610.
 - 39 D.F. Fleming, The Cold War and its Origins. 1917 - 1960, 2 Bde., New York 1961; David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde., Berlin 1969.
 - 40 Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien, Düsseldorf 1986.
 - 41 H. Gollwitzer, Sowjetkritik und Antikommunismus, in: Das Argument, Jg. 1979, Nr. 113, S. 82 - 93; J. Schleifstein, Zu H. Gollwitzers „Sowjetkritik und Antikommunismus“, in: Das Argument, Jg. 1979, Nr. 115, S. 403 - 409.
 - 42 Vgl. V. L. Allen, The Militancy of British Miners, Shipley 1981.

Josef Scheifstein

Geboren am 15. März 1915 in Lodz. Schulzeit in Leipzig. Seit 1931 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, seit 1932 Mitglied der KPD. Beginn eines Musikstudiums. 1. November 1933 Verhaftung wegen illegaler antifaschistischer Arbeit. 1934 Verurteilung zu 1 Jahr und zehn Monaten Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Ende 1935 Emigration in die Tschechoslowakei, 1939 nach Großbritannien. Dort Mitglied der Parteileitung der deutschen kommunistischen Emigrationsgruppe. Betriebsarbeiter und Shop-steward in einem Flugzeugmotoren-Werk. 1946 Rückkehr nach Deutschland. Stellvertretender Chefredakteur der „Volksstimme“ in Köln. Seit 1948 Mitglied, seit 1949 Sekretär des Parteivorstandes der KPD. 1951 Dozent im marxistischen Grundlagenstudium und für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Universität Leipzig. 1956 Promotion. Professor für Geschichte der marxistischen Philosophie an der Karl Marx-Universität Leipzig. Seit 1960 Arbeit in der Führung der verbotenen KPD. 1968 – 1981 Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.

Buchveröffentlichungen u.a.:

Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891 – 1919, Berlin 1959.

Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München 1972.

Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung. (Ausgewählte Beiträge), Frankfurt/M. 1975.

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 1979 (Zusammen mit Heinz Jung).

Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt/M. 1980.

Herausgeber: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 1 - 15, Berlin 1960 – 1967 (Zusammen mit Thomas Höhle und Hans Koch). Schriftenverzeichnis in: Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag. Hrsg. von F. Deppe, W. Gerns, H. Jung. Frankfurt/M. 1980.

AUSWAHL LIEFERBARE TITEL

SCHRIFTENREIHE FÜR SOZIALGESCHICHTE UND ARBEITERBEWEGUNG

Angela Federlein
**Autobiographien von Arbeitern 1890
1914**
Schriftenreihe ... Band 68
439 S., DM 49,80
ISBN 2-921630-82-7

Sabine Gattermann
Chance oder Alibi?
Die kommunalen Gleichstellungsstellen
und Frauenbüros
Schriftenreihe ... Band 67
ca. 160 S., DM 19,80
ISBN 3-921630-81-9

Gudrun von Kowalski
Homosexualität in der DDR
Ein historischer Abriss
Schriftenreihe ... Band 66
129 S., DM 16,80
ISBN 3-921630-80-0

Marcelino Passos
**Der Niedergang des Faschismus in
Portugal**
Zum Verhältnis von Ökonomie,
Gesellschaft und Staat/Politik in einem
europäischen Schwellenland
Schriftenreihe ... Band 65
ca. 700 S., DM 68,-
ISBN 3-921630-83-5

Max Faulhaber
„Aufgegeben haben wir nie ...“!
Erinnerungen aus einem Leben in der
Arbeiterbewegung
Hersg. von Heiko Haumann, Thomas Held,
Herrmann Schmid und Edgar Wolfram
Schriftenreihe ... Band 64
ca. 300 S., broschiert, DM 22,-
ISBN 3-921630-76-2

Joachim Oltmann
Kalter Krieg und kommunale Integration
Arbeiterbewegung
im Stadtteil Bremen-Vegesack 1945 –
1956
Schriftenreihe ... Band 63
500 S., DM 48,-
ISBN 3-921630-71-1

Josef Schleifstein
Der Intellektuelle in der Partei
Gespräche
Schriftenreihe ... Band 62
185 S., DM 19,80
ISBN 3-921630-70-3

Urte Sperling
Portugal – Von Salazar zu Soares
Krise der Diktatur und
Systemstabilisierung in einem
europäischen „Entwicklungsland“
Schriftenreihe ... Band 61
ca. 400 S., DM 42,-
ISBN 3-921630-69-X

Chong-Oh Lee
Südkorea 1961 – 1979
Die Entwicklung der politischen und
gesellschaftlichen Verhältnisse unter
besonderer Berücksichtigung der
sozialen Bewegungen
Schriftenreihe ... Band 60
338 S., brosch., DM 36,-
ISBN 3-921630-68-1

Witich Rossmann
**Vergesellschaftung, Krise und
gewerkschaftliche Gegenmacht**
Studien zu Strukturveränderungen der
„industriellen Beziehungen“ in der
Bundesrepublik (1969 bis 1984)
Schriftenreihe ... Band 59
708 S., DM 68,-
ISBN 3-921630-65-7

Dieter Kramer
Theorien zur historischen Arbeiterkultur
Schriftenreihe ... Band 57
400 S., broschiert, ca. DM 38,-
ISBN 3-921630-62-2

Sigrid Curth
Soziologie als Programm sozialer Reform
Evolutionstheorie und demokratische Aktion:
F. Müller-Lyer
Schriftenreihe ... Band 55
552 S., broschiert, DM 58,-
ISBN 3-921630-60-6

Herbert Zirpel
Unternehmensstrategie und Gewerkschaftspolitik um Lohn und Leistung
Entwicklung der Entlohnungsmethoden und Leistungskontrolle in der deutschen Metallindustrie bis zum ersten Weltkrieg
Schriftenreihe ... Band 54
242 S., broschiert, DM 28,-
ISBN 3-921630-59-2

Dieter Wittmann
Handlungsforschung und Lerntheorie zum Nutzen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit – das DGB-Grundlagen-Seminar in Hessen
Schriftenreihe ... Band 53
530 S., broschiert, DM 48,-
ISBN 3-921630-58-4

SCHRIFTENREIHE AUFLÄRUNG UND ERZIEHUNG

**Horst-Wilhelm Jung/
Gerda von Staehr**
Historische Friedensforschung und historisches Lernen
Reihe Aufklärung und Erziehung
240 S., broschiert, DM 22,-
ISBN 3-921630-72-X

**Jahrbuch für Kritische
Erziehungswissenschaft 1/87**
Herausgegeben von Karl-Heinz Braun
(Fulda), Horst W. Jung (Hamburg) und
Gerda von Staehr (Hamburg)
Reihe Aufklärung und Erziehung Band 2
213 S., DM 24,80
ISBN 3-921630-79-7

STUDIENBIBLIOTHEK DER KRITISCHEN PSYCHOLOGIE

Herausgegeben von Karl-Heinz Braun und
Konstanze Wetzel

Band 1
Braun/Hollitscher/Holzcamp/Wetzel
Karl Marx und die Wissenschaft vom Individuum
Bericht von der 1. internationalen
Ferienuniversität Kritische Psychologie
vom 7. bis 12. März 1963 in Graz
166 S., broschiert, DM 26,-
ISBN 3-921630-40-1

Band 2
Karl-Heinz Braun/Gert Gekeler (Hrsg.)
Objektive und subjektive Widersprüche in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik
Bericht von der 2. internationalen
Ferienuniversität Kritische Psychologie
vom 9. bis 13. Januar in Fulda
172 S., broschiert, DM 20,-
ISBN 3-921630-46-0

Band 4
Geschichte und Kritik der Psychoanalyse
Mit Beiträgen von K.-H. Braun, O. Dreier,
P. Fleissner, W. Hollitscher, K. Holzcamp,
M. Markard, G. Minz und K. Wetzel
Bericht von der 3. internationalen
Ferienuniversität Kritische Psychologie
vom 25. Februar bis 2. März 1985 in
Innsbruck
ca. 180 S., broschiert, ca. DM 20,-
ISBN 3-921630-56-8

Band 5
Josef Held
Subjektbezogene Forschungsverfahren
134 S., broschiert, DM 14,80
ISBN 3-921630-64-9

Band 6
Norbert Helbig
Psychiatriereform und politisch-ökonomische Strukturkrise in der Bundesrepublik Deutschland
768 S., broschiert, DM 58,-
ISBN 3-921630-73-8

Band 7

Joseph Dehler/Konstanze Wetzel (Hrsg.)
Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in
der Psychologie

233 S., broschiert, DM 28,80
ISBN 3-921630-86-X

AUSSERHALB DER SCHRIFTENREIHE

Helko Haumann

„Der Fall Max Faulhaber“

Gewerkschaften und Kommunisten – ein
Beispiel aus Südbaden 1949 – 1952

ca. 136 S., broschiert, DM 14,80
ISBN 921630-77-0

Friedhelm Kröll

Vereine im Lebensalltag einer Großstadt
am Beispiel Nürnberg

Eine kultursoziologische Studie
250 S., broschiert, DM 30,-
ISBN 3-921630-75-4

Marburg

Eine illustrierte Stadtgeschichte

Wirtschaft und Kultur, Armseliges und
Herrschaftliches, Torheit und
Gelehrsamkeit aus 850 Jahren
178 S., 148 Abb. und Tabellen,
Format 25 x 21 cm, DM 20,-
ISBN 3-9219390-50-9

Marginalisierung Im Sozialstaat

Beiträge aus Großbritannien und der
Bundesrepublik

Autorengruppe Fulda, Portsmouth,
Sheffield

Friedrich Blahusch, Gert Gekeler, Mark
Mitchell, Coli Raban, Dave Russell, Roland
Schopf, Bruce Senior, Hartmut Weber,
Chas Wilson, David Woodhill
179 S., DM 18,-

ISBN 3-921630-67-3

Panzerrohre zu Pflugscharen

Zwangsarbeit Wiederaufbau

Sozialisierung

Wetzlar 1939 – 1956

Herausgegeben von der

Verwaltungsstelle Wetzlar der

Industriegewerkschaft Metall

Text und Dokumente Witich Rossmann

484 S., 36 Abb., 11 Tab.,

2 Schaubilder, DM 29,80

ISBN 3-921630-78-9

Peter Römer

Recht und Demokratie bei Wolfgang
Abendroth

ca. 48 S., broschiert, DM 5,80

ISBN 3-921630-74-6

va&g

Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH · Postfach 510 · Rosenstr. 12 · 3550 Marburg 2

Dieser Interview-Band verknüpft persönliche Erinnerungen des kommunistischen Intellektuellen Josef Schleifstein mit historisch-theoretischen Reflexionen über politische und wissenschaftliche Fragen. Die autobiographischen Teile umfassen: die Jugendjahre in der Weimarer Republik; den Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband (1931) und in die KPD (1932); den Widerstand gegen den Faschismus; die Emigrationsjahre in der Tschechoslowakei und in England; die politische Arbeit nach 1945; die wissenschaftliche Tätigkeit in der DDR; die Gründung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M., dessen Leiter Josef Schleifstein 1968 – 1981 war.

Die aus den biographischen und politischen Zusammenhängen entwickelten Problembereiche markieren wesentliche Felder der gegenwärtigen marxistischen Diskussion: die Kontroversen um die Einheitsfront in der deutschen Arbeiterbewegung vor und nach 1933; die Rolle der UdSSR (auch die Stalins) für die politische Entwicklung der KPD; Konzeptionen der Arbeiterbewegung nach 1945; Einheit und Vielheit in der internationalen Arbeiterbewegung (Komintern, sowjetisch-chinesischer Konflikt); Stellung der Intelligenz zum Marxismus; Bedeutung der Naturwissenschaft und Technik für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie; Rolle der Arbeiterbewegung für die Bewältigung des Hauptproblems der Gegenwart – die Sicherung des Friedens.

Gesprächspartner von Josef Schleifstein sind Frank Deppe, Georg Fülberth und Gert Meyer.